DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Montag, 16. Dezember 1985 - D ***

Nr. 292 - 51.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

Belgien 38,00 bfr, Dänemark 6,75 dkr, Frankreich 7,00 F, Griechenland 140 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1500 L, Jugoslawien 275,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,20 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 14 öS, Portugal 115 Esc, Schweden 5,50 skr, Schweiz 2,00 sfr, Spanien 150 Pts, Kanarische Inseln 175 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Berlin: Die „DDR" hat klargestellt, daß sie West-Berlin weiterhin als eine selbständige Einheit betrachte, zu der eigene „Beziehungen" entwickelt werden sollen. Von West-Berlin aus seien die „aggressivsten Kräfte des Imperialismus" dreimal angetreten, um die „Arbeiter- und Bauernmacht in der DDR zu liquidieren", heißt es in einem Papier zur 750-Jahr-Feier der Stadt. (S. 4)

Europa: Die Türkei will Mitglied der EG werden. Ministerpräsident Özal sagte, „Zeit, Form, Taktik und Strategie" für einen Aufnahmeantrag müßten allerdings sorgfältig geplant werden.

Tarife: In Stuttgart werden heute die Tarifverhandlungen für die 2,23 Millionen Beschäftigten des öffentlichen Dienstes sowie die 220 000 Arbeiter und Angestellten bei der Post und die 120 000 bei der Bahn aufgenommen. Die ÖTV verlangt Einkommensverbesserungen im Gesamtvolumen von sechs Prozent.

US-Landwirtschaft: Der Vermittlungsausschuß des Kongresses hat ein Hilfsprogramm für die Farmer erarbeitet, für das in den nächsten drei Jahren 125 Milliarden Dollar ausgegeben werden sollen. Damit sollen die Farmer wieder wettbewerbsfähig werden. Unklar ist noch, ob Präsident Reagan ein entsprechendes Gesetz nach Billigung durch den Kongreß unterzeichnen wird.

Eklat: Die versuchte Entführung eines nach Spanien geflohenen kubanischen Funktionärs durch vier Mitglieder der kubanischen Botschaft in Madrid hat die Beziehungen zwischen beiden Ländern schwer belastet. Nach spanischen Presseberichten will Regierungschef Gonzalez seinen für Anfang 1986 geplanten Kuba-Besuch absagen. (S. 8)

Rüstung: Frankreich hat sein Jagdflugzeug der 90er Jahre vorgestellt. Die „Rafale", die zu 35 Prozent aus neuartigen Materialien hergestellt wurde, soll im Mai oder Juni zum ersten Probeflug starten. (S. 8)

Uganda: Die Aussichten für eine Beilegung des kriegerischen Konflikts sind weiter gesunken. Auch die jüngsten Vermittlungsgespräche, die Kenias Präsident Arap Moi separat mit der ugandischen Regierung und den Führern der Rebellenbewegung führte, brachten offenbar kein Ergebnis. (S. 8)

Umbesetzung: Der 58jährige Bergbauingenieur Michail Schtschadow ist zum neuen UdSSR-Minister für Kohleindustrie ernannt worden. Er löst den 73 Jahre alten Boris Bratschenko ab. Neuer Finanzminister wurde der frühere Mitarbeiter von Ministerpräsident Ryschkow, der 58jährige Boris Gostynew. Sein Vorgänger Wasili Gorbutzow war im September gestorben.

ZITAT DES TAGES



» Einmal in der Woche eine verlängerte Einkaufszeit, das würde mir schon gefallen «

Bundesfamilienministerin Rita Süssmuth (CDU) zur Debatte über eine Änderung des Ladenschlußgesetzes

FOTO: JUPP DARCHINGER

WIRTSCHAFT

Kapitalmarkt: Die Investmentgesellschaften in der Bundesrepublik sehen ihren Platz unter den Kapitalsammelstellen gefestigt. Erstmals überschritt ihr gesamtes verwaltetes Vermögen im November 100 Milliarden DM. (S. 9)

Weihnachtsgeschäft: Auch der vorletzte lange Samstag vor Weihnachten verlief für die deutschen Einzelhändler weitgehend enttäuschend. Nach einer Umfrage blieb das Geschäft von 55 Prozent der befragten Firmen deutlich unter dem Vorjahresergebnis. (S. 9)

Atomauftrag: Nach siebenjährigen Verhandlungen hat sich China bereit erklärt, das Kernkraftwerksprojekt von Daya Bay bei Hongkong unter maßgeblicher französischer Beteiligung durchzuführen. Die französische Framatome soll die beiden ersten Kernreaktoren liefern. (S. 9)

Reagan kämpft: Im Tauziehen um die in den USA geplante Steuerreform hat Präsident Reagan in einer Rundfunkansprache die Bevölkerung um Beistand gebeten. Die Chance, das unfaire Steuerrecht zu verbessern, dürfe nicht verpaßt werden. (S. 9)

US-Aktien: Die Hausse setzte sich auch in der vergangenen Woche fort. Alle wichtigen Barometer stellten neue Rekorde auf. (S. 9)

KULTUR

Theater: Seit mehr als 60 Jahren ist Frank Wedekinds „Franziska" in Berlin nicht mehr gespielt worden. Mit gutem Grund, wie sich jetzt bei einer Aufführung in der Freien Volksbühne herausstellte. Die hochgesteckte Faust-Travestie ist ein Wirrsal mehr als ein Theaterstück. (S. 15)

Akademie: Nach einjähriger Arbeit des Gründungsausschusses ist jetzt in Berlin eine Denkschrift für die Gründung der Akademie der Wissenschaften vorgelegt worden. Die geistige Leitlinie der künftigen Arbeit wurde aus dem Festvortrag deutlich: fachübergreifende Forschung. (S. 15)

SPORT

Schwimmen: Beim Europacup in Den Bosch (Holland) stellte Frank Hoffmeister über 200 m Rücken mit 1:58,92 Minuten einen deutschen Rekord auf. (S. 13)

Ski: Mit seinem 80. Weltcup-Sieg beim Riesentorlauf in Alta Badia (Italien) feierte der 29jährige Schwede Ingemar Stenmark ein glänzendes Comeback. (S. 14)

AUS ALLER WELT

HA Schult: Das Satelliten-Spektakel des Aktionskünstlers in Berlin ist buchstäblich ins Wasser gefallen. Nur etwa 50 Personen trotzten dem regnerischen und kalten Wetter, um das mit viel Aufwand angekündigte „Medienereignis" zu verfolgen. (S. 16)

Wetter: Die milde Witterung hält voraussichtlich noch die ganze Woche an. Es bleibt bewölkt mit vereinzelten Aufheiterungen oder Niederschlägen. Über das Wetter zu Weihnachten wollen sich die Meteorologen noch nicht äußern. Temperaturen heute bis 10 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Lambsdorff: Es geht um den „Flankenschutz" für Firmen

Die FDP-Position zu SDI / Briefwechsel mit Washington / WELT-Interview

ms. Bonn

Der wirtschaftspolitische Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion, Otto Graf Lambsdorff, hat unmißverständlich zu verstehen gegeben, daß das Votum seiner Partei für eine SDI-Vereinbarung nicht als Identifizierung mit den politischen Aspekten des amerikanischen Programms gedeutet werden dürfe. In einem WELT-Interview legte Lambsdorff die Betonung auf die Absicht, den interessierten deutschen Unternehmen Flankenschutz für eine Zusammenarbeit mit den USA zu geben. Sicherheitspolitisch, „was die strategischen Fragen anlangt", hätten sich die Freien Demokraten „noch kein abschließendes Urteil gebildet".

Er sei überzeugt, daß das Bundeskabinett am kommenden Mittwoch einen einstimmigen Beschluß fassen werde. Eindeutig mit „Ja" beantwortete der frühere Bundesminister die Frage, ob ein SDI-Briefwechsel mit Washington auch von der FDP gewollt sei. Berichte, er habe sich für den Abschluß eines Staatsvertrags stark gemacht, verwies Lambsdorff in den Bereich der Lüge.

Bundesaußenminister Genscher vertrat gestern im Südwestfunk die Auffassung, daß das Bundeskabinett nur in allgemeiner Form Möglichkeiten einer verbesserten technologischen Zusammenarbeit mit den USA erörtern werde. Davon seien allerdings auch jene Unternehmen betroffen, die sich am SDI-Forschungsprogramm beteiligen wollten.

In dem WELT-Interview bekräftigte der FDP-Politiker seinen Standpunkt, daß die FDP auch künftig gegenüber der CDU/CSU ihre Position als eigenständige Kraft deutlich machen müsse. Er verband diese

SEITE 2:
Leitartikel von Manfred Schell
SEITE 5:
Wortlaut des Interviews

Anmerkung mit Worten des Lobes für Bundeskanzler Kohl: „Ich muß sagen, der Bundeskanzler hat uns in dieser Hinsicht immer fair behandelt, er hat uns immer genügend Spielraum gegeben. Helmut Kohl sieht sich als Enkel Konrad Adenauers. In dieser Hinsicht ist er besser als der Großvater." Während der Kanzlerschaft Adenauers war es immer wieder zu starken Spannungen mit dem Koalitionspartner FDP gekommen.

Zu den Gegenpositionen, die die FDP markieren wird, zählt Lambsdorff vor allem die Wirtschaftspolitik, in der die Freien Demokraten die ordnungspolitischen Grundsätze der Marktwirtschaft betonen wollen. Dabei legte Lambsdorff Wert auf den Hinweis, daß die FDP nicht zu einer Wirtschaftspartei „verkommen" dürfe. Der FDP-Politiker machte diese Äußerung vor dem Hintergrund entsprechender Forderungen aus dem Munde von CDU-Generalsekretär Geißler. Er riet Geißler, sich den „Schwachstellen" der CDU zu widmen. „Die liegen gar nicht weit entfernt. Er braucht nur von Bonn nach Düsseldorf zu fahren und sich dort den Zustand der CDU und den Umgang der CDU-Politiker anzusehen." Eine Anspielung auf die Rivalitäten zwischen der rheinischen und der westfälischen CDU und deren Repräsentanten.

Als „lebensgefährliches Unterfangen" bezeichnete Lambsdorff „die Nebenaußenpolitik der SPD". Daß eine demokratische Partei sich mit den Staatsparteien der „DDR" oder der CSSR zusammensetze und Verträge abschließe, bedeute, „daß eine zukünftige etwaige sozialdemokratische Regierung schon eine Verbindung eingegangen ist, die ich für unakzeptabel halte".

DER KOMMENTAR

Die USA und Jalta

BERNT CONRAD

Hierzulande neigt mancher dazu, schon bei vagen Aussichten auf eine Milderung der Ost-West-Spannungen, wie sie der Genfer Gipfel eröffnet hat, politische Frühlingsgefühle zu empfinden. Die Folge sind Fehleinschätzungen, Illusionen. Vor ihnen hat der amerikanische Außenminister George Shultz zu Recht in Berlin gewarnt. Seine Aussage, bei den Gegensätzen zwischen Ost und West gehe es um mehr als „Mißverständnisse; denn das System jenseits der Mauer könne auf Gewalt nicht verzichten", wird durch die Realitäten unterstrichen.

Zu diesen Realitäten gehört ein Artikel der Moskauer „Prawda" vom Samstag, in dem der Einmarsch sowjetischer Truppen in die Tschechoslowakei im Jahre 1968 noch einmal ausdrücklich gerechtfertigt wird. Das bedeutet: Auch der angeblich so flexible Gorbatschow denkt nicht daran, auf die Breschnjew-Doktrin und damit auf das Recht zu militärischer Intervention im Falle politischer „Abweichungen" kommunistischer Bündnispartner zu verzichten. Frontal gegen diesen Machtanspruch hat sich Shultz – unmittelbar vor seiner Reise nach Rumänien, Ungarn und Jugoslawien – mit der Bemerkung gewandt, die USA könnten „die Eingliederung Osteuropas, einschließlich der DDR und Ost-Berlins, in einen sowjetischen Machtbereich" nicht akzeptieren. Das ist eine klare Absage an die Theorie alter und neuer Entspannungspolitiker, der Westen dürfe das System im Osten nicht „destabilisieren".

Was es wirklich mit der Entspannung auf sich hat, wird sich bei der heute beginnenden neuen Runde der Afghanistan-Gespräche in Genf zeigen. Die Reagan-Administration hat dafür eine neue Initiative angekündigt: Sie will die Garantie für eine friedlich Lösung des Afghanistan-Konflikts übernehmen, wenn zuvor ein Waffenstillstand und ein präziser Zeitplan für einen russischen Truppenabzug vereinbart werden. Hier steht Gorbatschow auf dem Prüfstand. Bis zum Beweis des Gegenteils ist Skepsis am Platze.

Shultz: Jalta verpflichtet die Sowjets

Eingliederung Osteuropas in Moskaus Einflußbereich wird von den USA nicht akzeptiert

hrk./DW. Berlin/Bukarest

Moderat im Ton, aber hart in der Sache hat der amerikanische Außenminister George Shultz in Berlin versichert, daß Washington kein Jota von seinen erworbenen Rechten in Deutschland und Mitteleuropa preiszugeben gedenke. Dem rumänischen Staats- und Parteichef Ceausescu machte er in Bukarest klar, daß er die wirtschaftliche Unterstützung der USA verlieren könne, sollten in Rumänien weiterhin die Menschenrechte verletzt werden.

Während seines Besuchs in Berlin widersprach Shultz entschieden der östlichen Version, das Berlin-Abkommen gelte nur für den Westteil der Stadt. Zum Schlüsselsatz seiner Rede vor der „Berliner Pressekonferenz" geriet die Versicherung, Amerika werde weiterhin das „kostbare Recht aller Deutschen auf Selbstbestimmung" gewährleisten. Er schloß ausdrücklich die „DDR"-Bewohner mit ein. „Die Teilung dieser Stadt und die Teilung Deutschlands sind widernatürlich und unmenschlich (‚unnatural und inhuman'). Durch unsere Präsenz und die Wahrung unserer Rechte in Berlin geben wir und unsere Verbündeten der ganzen Welt klar zu verstehen, daß wir die Eingliederung Osteuropas, einschließlich der DDR und Ost-Berlins, in den sowjetischen Einflußbereich nicht akzeptieren. Durch die Erhaltung der Freiheit in

SEITE 4:
Auf Kennedy berufen

Berlin liefern wir den Beweis unserer Verpflichtung für die Freiheit in ganz Europa."

Die politische Grenze durch Europa, präzisierte Shultz, sei nicht das Ergebnis einer demokratischen Entscheidung der betroffenen Menschen. Die osteuropäischen Staaten hätten nie von ihrem Recht auf Bestimmung der eigenen Regierungs- und Lebensform, „das ihnen in Kriegs- und Nachkriegsabkommen, zu denen, wie ich betonen möchte, auch das Abkommen von Jalta gehört, Gebrauch machen können."

Die „künstlichen Teilungen" – Shultz meinte die Spaltung Deutschlands und Europas – seien selbst eine „Spannungsquelle". Die „schreckliche Mauer" zeige, daß es bei den Gegensätzen zwischen Ost und West „um mehr als bloße Mißverständnisse" gehe. „Die Berliner wissen, daß Zwang und Gewalt das Wesen der Regierungsmacht auf der anderen Seite bestimmen, und sie wissen deshalb auch, daß Kanonen, Panzer und Raketen nur der Ausdruck der grundlegenden Gegensätze, nicht ihre Ursache sind."

Der Besuch von Shultz war von teilweise militanten Ausschreitungen begleitet. Bei Attacken gegen einen Polizei-Mannschaftswagen fielen Warnschüsse.

RMB, Moskau

Seit Michail Gorbatschows Machtantritt warnt der Kreml seine Vasal-

● Fortsetzung Seite 8

Grüne wollen in Wackersdorf präsent bleiben

DW. Offenburg

Die Grünen haben gestern auf ihrer Bundesversammlung bei nur wenigen Gegenstimmen beschlossen, auf dem Gelände für die geplante atomare Wiederaufbereitungsanlage (WAA) im bayerischen Wackersdorf künftig ständig anwesend zu sein. Die Grünen hatten ihre Bundesversammlung am Samstag unterbrochen, um den Delegierten die Möglichkeit zur Beteiligung an den für das Wochenende in Wackersdorf geplanten Protestaktionen zu geben. Der hessische Umweltminister Joschka Fischer erklärte, er nehme als Minister an der Demonstration teil. Am Freitag war er noch als „Privatmann" abgereist. Nach heftigem Richtungsstreit bestätigten die Grünen ihre drei Vorstandssprecher Dittfurth, Trampert und Beckmann im Amt. Otto Schily wertete das Abstimmungsergebnis als „Niederlage für die pragmatisch-realpolitische Position".

Seite 3: Pfiffe für den Herrn Minister

Rau will heute Wahlkampf der SPD eröffnen

DW. Ahlen

Der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Johannes Rau firmiert jetzt auch offiziell als Kanzlerkandidat der SPD. Bereits vor dem Treffen in Ahlen, wo Rau heute die Grundsatzauseinandersetzungen mit den Parteien der Bonner Koalition eröffnen will, wurde der Düsseldorfer Regierungschef in der sozialdemokratischen Wochenzeitung „Vorwärts" in dieser Funktion vorgestellt. Raus angekündigter Rede wurde der Titel gegeben: „Beitrag zur Orientierung sozialdemokratischer Politik im Bundestagswahlkampf." In der nordrhein-westfälischen Stadt Ahlen hatte die CDU der britischen Zone 1947 ihr „Ahlener Programm" beschlossen, das sehr stark sozialistische Züge trug.

Die Rede Raus ist nach Parteiangaben eine „Standortbestimmung" und nicht eine vorweggenommene Regierungserklärung.

USA starten Afghanistan-Initiative

Zu Garantien für friedliche Entwicklung bereit / Moskau wird beim Wort genommen

FRITZ WIRTH, Washington

Unmittelbar vor Beginn der neuen Runde der Afghanistan-Gespräche in Genf hat die Reagan-Administration eine Initiative gestartet, um zu testen, wie ernst die Spekulationen zu nehmen sind, daß die Sowjetunion an einer politischen Lösung des Afghanistan-Konflikts interessiert sei. Das State Department hat UNO-Generalsekretär Pérez de Cuéllar schriftlich darüber informiert, daß die USA bereit seien, eine Rolle als Garant einer friedlichen Lösung in Afghanistan zu spielen. Voraussetzung dazu ist ein Waffenstillstand und ein präziser Zeitplan über den Abzug der sowjetischen Soldaten aus Afghanistan.

Vermutungen über die Bereitschaft zu einer politischen Lösung in Afghanistan waren durch einige Äußerungen Gorbatschows und seiner Mitarbeiter auf dem Genfer Gipfel geweckt worden. Über die genaue Auslegung dieser Äußerungen gab es in der Reagan-Administration jedoch Meinungsverschiedenheiten. Die amerikanische Initiative ist offensichtlich ein Versuch, hier Klarheit zu gewinnen.

Sie wurde vom stellvertretenden Außenminister John Whitehead in einer Rede vor dem „World Affairs Council" erwähnt, ohne Einzelheiten zu enthüllen. Whitehead machte jedoch klar, daß von einer Einstellung der amerikanischen Unterstützung für die afghanischen Widerstandskämpfer keine Rede sein könne, solange die Sowjetunion eine militärische Lösung dieses Konflikts anstrebe. Reagan hatte Gorbatschow in Genf zu verstehen gegeben, daß die sowjetische Rolle in Afghanistan ein entscheidendes Hindernis bei dem Bemühen um eine Entspannung des Ost-West-Verhältnisses sei.

Die neue Runde der Afghanistan-Gespräche beginnt heute in Genf unter Leitung des UN-Diplomaten Diego Cordovez aus Ecuador, der die amerikanische Initiative als überaus hilfreich begrüßt hat. Offizielle Teilnehmer an diesen Genfer Gesprächen sind Vertreter der von den Sowjets gestützten afghanischen Regierung und Pakistans. Die Sowjets nehmen nicht direkt an diesen Gesprächen teil, bestimmen in Wahrheit aber den Kurs der afghanischen Verhandlungsdelegation.

Die Gespräche selbst verliefen in der Vergangenheit äußerst kompliziert, da sich die afghanische Delegation weigert, mit der Vertretung Pakistans an einem Tisch zu sitzen, solange Pakistan die gegenwärtige Regierung in Kabul nicht anerkennt. Der UNO-Diplomat Cordovez führte deshalb bisher stets getrennte Gespräche. Sein Optimismus über angebliche Fortschritte ist bisher nicht durch irgendwelche konkreten Ergebnisse gerechtfertigt worden.

Die Sowjets haben nach US-Angaben in Afghanistan und unmittelbar an den Grenzen außerhalb des von ihnen gestützten Staates insgesamt 150 000 Soldaten stationiert.

Spekulation über neuen Gipfel

DW. Washington

Mitte Juni findet möglicherweise in Washington ein zweites Treffen zwischen US-Präsident Ronald Reagan und dem sowjetischen Parteichef Michail Gorbatschow statt. Dies berichtet die gewöhnlich gut informierte „Washington Post" unter Berufung auf amerikanische Regierungskreise. Nach Informationen der Zeitung soll sich dem Gipfel ein Besuch Gorbatschows in der kalifornischen Heimat Reagans anschließen. Der Kreml habe allerdings noch kein Datum für ein eventuelles zweites Treffen genannt, schränkte die Zeitung ein. Sollte die Begegnung zustande kommen, würde es darum gehen, so die Regierungskreise, konkrete Vereinbarungen über Rüstungskontrolle zu treffen.

Minister müssen EG-Fragen klären

DW. Bonn

Die Außenminister der EG-Staaten treffen sich heute in Brüssel, um die beim Gipfel in Luxemburg offengebliebenen Fragen zu klären. Das Auswärtige Amt betonte in Bonn, auf der Regierungskonferenz sollten ferner die Schlußfolgerungen des Europäischen Rates redaktionell überarbeitet werden. Außerdem müsse entschieden werden, in welcher Form die Texte zur Unterzeichnung vorgelegt würden.

Der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, Volker Hauff, betonte, nach der Luxemburger Marathon-Sitzung habe es zunächst so ausgesehen, als sei in einigen für die Weiterentwicklung der Gemeinschaft vordringlichen Fragen ein Durchbruch gelungen.

Ostblock erwartet Signal Moskaus

DW. Moskau

Die Regierungschefs der zehn Mitgliedsstaaten des kommunistischen Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) kommen morgen in Moskau zu einer außerordentlichen Sitzung zusammen, um ihre neuen Fünfjahrespläne zu koordinieren. Politische Beobachter gehen davon aus, daß neun RGW-Mitglieder das Treffen als Test für den Grad der wirtschaftlichen Unabhängigkeit betrachten, die der sowjetische Parteichef Michail Gorbatschow den Partnerländern der UdSSR bereit ist einzuräumen. Westliche Diplomaten vermuten, daß die auf der RGW-Tagung geführte Debatte über eine Verbesserung der Qualität der von den übrigen RGW-Staaten gelieferten Waren für Zündstoff sorgt. Moskau hatte im vergangenen Jahr erklärt, die sowjetischen Öllieferungen seien von einer Qualitätsverbesserung der RGW-Importe abhängig.

Polizei umstellt Danziger Kirche

DW. Warschau

Die polnische Polizei hat mehrere tausend Menschen, an ihrer Spitze der Chef der verbotenen Gewerkschaft „Solidarität", Lech Walesa, daran gehindert, im Anschluß an einen Gottesdienst am Danziger Ehrenmal für die Opfer der Unruhen in den Ostseehäfen von 1970 Blumen niederzulegen. Umfangreiche Einheiten der Polizei sowie der „Anti-Terror-Einheit" (Zomos) umstellten dabei die Brigitten-Kirche. Um Zusammenstöße zu vermeiden, lehnte Walesa es ab, zu dem Ehrenmal zu gehen.

Seine Anwälte wollen in einem gegen den „Solidaritäts"-Chef angestrengten Verleumdungsprozeß den polnischen Regierungssprecher Jerzy Urban als Zeugen vorladen lassen. Sie wollen auf diese Weise die Quelle und den genauen Inhalt der von acht Wahlausschuß-Vorsitzenden gegen Walesa erhobenen Beschuldigungen erfahren.

„Sondersteuer" in Rumänien

DW. Bukarest

Das Politbüro der Kommunistischen Partei Rumäniens hat nach einer Meldung der amtlichen Presseagentur Agerpress eine „Sondersteuer" für kinderlose Ehepaare beschlossen. Gleichzeitig sollen die Vergünstigungen für kinderreiche Familien erweitert werden. Das Politbüro habe auch die Ärzte auf ihre Verantwortung für das Bevölkerungswachstum hingewiesen.

Staats- und Parteichef Nicolae Ceausescu hatte 1984 erklärt, daß er für 1990 eine Bevölkerungszahl von 24 Millionen und 19 bis 21 Geburten pro 1000 Einwohner anstrebe. Gemäß dieser Vorgabe müßte in fünf Jahren jede rumänische Familie im Schnitt zwei Kinder haben.

Westliche Experten sehen hinter der Kampagne für das Bevölkerungswachstum die Angst der Regierenden, nicht mehr über eine ausreichende Zahl von Arbeitskräften verfügen zu können.

Sindermann spricht in Peking von „Freundschaft"

Reist Honecker nach China? / Kontakte zur „DDR" hervorgehoben

DW./hrk. Peking/Berlin

Der „DDR"-Staatsratsvorsitzende Erich Honecker wird im Zuge der umfassenden Reise-Diplomatie der SED-Spitze nach seinem vereinbarten Besuch bei Staatspräsident François Mitterrand im Frühjahr wahrscheinlich im kommenden Jahr auch nach Peking reisen. Ost-Berlin will nach jahrelangen heftigen ideologisch-politischen Auseinandersetzungen seine Beziehungen zu China neu ordnen.

Am Wochenende traf die hochrangigste „DDR"-Delegation seit 25 Jahren in Peking ein. Sie wurde von Volkskammer-Präsident Horst Sindermann (SED) geführt, der zugleich einer der Stellvertreter Honeckers im Staatsratsvorsitz ist. Sindermann fungierte auch schon in Paris als Wegbereiter eines Honecker-Besuchs und holte vor einiger Zeit in Madrid die Zusage von König Juan Carlos zu einem Besuch der „DDR" ein.

Sindermann trifft nach Angaben der Ostberliner Agentur ADN auch mit Staatspräsident Li Xiannian zusammen. Honeckers China-Reise könnte nach dem 11. SED-Parteitag im April möglich sein.

Der stellvertretende Vorsitzende des Ständigen Ausschusses des Nationalen Volkskongresses, Geng Biao, bezeichnete es nach Angaben der amtlichen „DDR"-Nachrichtenagentur ADN als erfreulich, daß die Parlamente beider Staaten in diesem Jahr ihre offiziellen Kontakte wiederaufgenommen hätten. Sindermann hob nach diesen Informationen das „feste Band der Freundschaft zwischen den Fortschrittskräften beider Staaten" hervor.

Einen Tag vor der Ankunft der Delegation aus der „DDR" hatte der stellvertretende sowjetische Außenminister Michail Kapiza einen neuntägigen Besuch in China beendet.

Kapiza erklärte später, man sei „mehr oder weniger" übereingekommen, daß der chinesische Außenminister Wu Xueqian Mitte 1986 die Sowjetunion besuchen und der sowjetische Außenminister Eduard Schewardnadse danach nach Peking reisen werde.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Einiger Lack ist ab

Von Enno v. Loewenstern

Joseph Fischers Turnschuhe sind und bleiben mehr als ein Traditions-Zopf aus überwundenen Zeiten. Die Grünen bestätigten Jutta Ditfurth und – abgesehen vom flexiblen Lukas Beckmann – den kaum noch grün übertünchten Marxisten Rainer Trampert mit überwältigenden Mehrheiten. Damit bestätigten sie, daß jeder Realist, ob Grün oder nicht, weiterhin mit den Fundamentalisten rechnen muß.

In den letzten Tagen hatte es lebhafte Bemühungen seitens der Grün-Sympathisanten in der öffentlichen Meinungsmache gegeben, den Bundesvorstand als isoliert und die Grünen auf den Weg zur staatstragenden Partei darzustellen. Die Bundesversammlung war das geeignete Gremium, alle solchen Spekulationen zu klären.

Die Grünen sind nach wie vor, was sie nicht von Anbeginn waren, aber kurz nach dem Auftauchen ihrer Idee durch Übernahme seitens geschickter Macher – wie sie Trampert etwa verkörpert – wurden: Eine radikalsozialistische Gruppierung in Turnschuhen und Tarnanzügen; letztere freilich schon stark verschlissen. Sie leben davon, daß eine ganze Anzahl von Leuten nicht begreift, daß es ihnen in Wahrheit um Entwaffnung des Westens, Lähmung seiner Industrie, Erhöhung der Wohlfahrtsätze und alle möglichen ideologischen Anliegen geht, nicht aber darum, wie man Rechtsstaat, Wohlstand, Sicherheit und Umwelt vereinbart.

Aber sie sagen immerhin, was sie denken, und überlassen es ihren Schlips-und-Kragen-Sympathisanten, dem Tarnanzug immer neue grünliche Flicken aufzunähen. Otto Schily mag wohl klagen, daß die Abstimmung des Sonntag eine „Niederlage für die pragmatisch-realpolitische Position" innerhalb der Grünen sei und daß er sich damit „in einer außerordentlich schwierigen Situation" gegenüber seinen Wählern befinde. Frau Ditfurth dagegen spricht eine außerordentlich einfache Sprache: „Polizeistaat"; „Hetze gegen uns Staatsfeinde"; „Mord" an Günter Saré. Dafür bekam sie die Zustimmung von zwei Dritteln der Bewegung von Brokdorf bis Wackersdorf. Sage also niemand, von Otto Schily angefangen, er habe es nicht gewußt und wisse es womöglich immer noch nicht.

Umwelt-Zusammenarbeit

Von Dankwart Guratzsch

Es war nur eine kleine Notiz: Die „New York Times" meldet, beim Gipfeltreffen in Genf hätten Präsident Reagan und KPdSU-Parteichef Gorbatschow ein „umfangreiches Abkommen über die Zusammenarbeit beim Umweltschutz" geschlossen. Gemeinsame Projekte seien für die Auswirkungen des sauren Regens, die Beobachtung der weltweiten Luftverschmutzung und die Entwicklung von Technologien zur Behandlung giftiger Substanzen vereinbart worden.

Die unscheinbare Nachricht kann leicht die Dynamik einer Herausforderung für die Europäer entwickeln. Sie haben schon heute bei den Umwelttechnologien Nachholbedarf gegenüber den Amerikanern und den Japanern. Die Zersplitterung Europas, Subventionsmentalität gegenüber alternden Industrien und ökonomische Vorteilsnahme einiger Länder nach dem Sankt-Florians-Prinzip haben effektive gemeinsame Strategien zur Emissionsminderung, zum Schutz der Meere und der Böden blockiert. Damit wurde auch der Innovationsdruck zur Entwicklung neuer Umwelttechnologien gemildert – ausgerechnet in einer Zeit, in der sich die Umwelttechnologie als eine der expansivsten Wachstumsbranchen in der Welt erweist.

Die Bundesregierung kann sich das Verdienst zurechnen, diese Herausforderung früher als die meisten EG-Partner nicht nur gesehen, sondern auch angenommen zu haben. Bei dem Versuch, gemeinsame Umweltinitiativen mit den Partnerstaaten auf den Weg zu bringen, ist sie jedoch sowohl auf dem Gebiet des Emissions- als auch des Meeresschutzes sowie in der Agrarpolitik am Widerstand hauptsächlich der Engländer und Franzosen gescheitert. Das amerikanisch-sowjetische Abkommen mahnt die Europäer nun zur Eile, es damit nicht bewenden zu lassen. Wenn Europa hier nicht abgehängt werden soll, müssen sie ihre Kräfte auch hier bündeln.

Die Bundesregierung kann zusätzlich Druck machen, indem sie darüber hinaus ihre Möglichkeiten für eigene Umweltabkommen mit den Ostblockstaaten nutzt. Was auf diesem Gebiet bereits begonnen und besonders vom bayerischen Umweltminister Alfred Dick in regelrechten Verträgen konkretisiert worden ist, ist Pionierarbeit und weist den Weg.

Castros langer Arm

Von Rolf Görtz

Beherzte Passanten retteten am Wochenende in Madrid einen Menschen vor einem furchtbaren Schicksal. Sie sahen den Mann schreckensbleich zusammenbrechen, als er auf offener Straße von vier Männern ergriffen und in ein bereitstehendes Autos gezerrt wurde. Als die Passanten Pistolen in den Händen der Vier erkannten, die sich als „Helfer" ausgaben, wußten sie Bescheid: hier geschieht ein Verbrechen.

Ein Taxifahrer warf seinen Wagen vor das Gangsterauto, dessen Insassen sich den einen gegenüber als Polizisten ausgaben, anderen aber die – gültigen – Diplomatenausweise vorzeigten. So wurden die Entführer festgehalten.

Der Mann, der da mitten in Madrid am hellichten Tage überfallen wurde, war der kubanische Vize-Minister Manuel Antonio Sánchez Pérez – der ehemalige Vize-Minister, muß man wohl sagen. Er war mit einem bestimmten Auftrag nach Spanien gekommen, hatte aber am 19. November um Asyl nachgesucht. Die Männer, die ihn nun überfielen und zu verschleppen suchten, waren Angehörige des kubanischen Geheimdienstes G 2 im Diplomatenstatus.

Es geht also. Zivilcourage kann doch Verbrechen der Mächtigen stoppen. Ohne sie wäre ein schwerer Diplomatenkoffer mit einem zusammengeschlagenen Bündel Mensch über den Atlantik nach Havanna geflogen worden. Und dann säße ein Mann, der die Freiheit suchte, in Castros Folterkammer.

Die spanische Regierung darf aus diesem haarsträubenden Gangsterstück eine Lehre ziehen. Ihre neutrale Haltung gegenüber roten Diktaturen in hispano-amerikanischen Bruderländern wird schlecht gelohnt: der Funktionär war mit viel Geld nach Spanien geschickt worden. Eine halbe Million Dollar war unter seinem Namen auf einer spanischen Bank deponiert. Es heißt, daß er die Anti-NATO-Kampagne mitfinanzieren sollte; außerdem hat er merkwürdige Beziehungen in der Waffenhändlerzentrale Saragossa angeknüpft.

Was treibt Castro da alles in Spanien, von bezahlter Agitation bis zur Entführung? Warum eigentlich wirft die Regierung Gonzáles nur die vier Politgangster hinaus, anstatt die diplomatischen Beziehungen zu Kuba ganz abzubrechen?



„Ich wußte es doch, Michail – man muß nur Vertrauen zueinander haben!" JIM BORGMAN / CINCINNATI ENQUIRER

Liberale Raketenabwehr

Von Manfred Schell

Das Ergebnis der Kabinettssitzung am Mittwoch, bei der es nach Lage der Dinge nicht mehr um das „Ob", sondern nur noch um das „Wie" einer deutschen Beteiligung am SDI-Forschungsprogramm der Amerikaner geht, wird nicht nur sicherheits- und bündnispolitische Bedeutung haben. Es wird auch Auskunft über das Durchsetzungsvermögen, über das Gewicht von Politikern geben.

Die Konstellation ist einzigartig seit Beginn dieser Koalition im Jahre 1982. Auf der einen Seite steht Bundeskanzler Helmut Kohl, ohne Wenn und Aber von den Ministern der CDU und der CSU unterstützt. Der Kanzler hat eine klare Position. Er will, daß sich deutsche Unternehmen an der SDI-Forschung beteiligen, und er will, daß die Bundesregierung diesen Unternehmen durch eine Vereinbarung mit Washington rechtlichen und politischen Flankenschutz gibt.

Die Details sind kompliziert. Sie sollen vom Bundeswirtschaftsminister mit den USA festgelegt und dann durch einen offiziellen Briefwechsel notifiziert werden. Es geht dabei um Modalitäten der Auftragsvergabe, der Preisbildung, es geht um den Technologietransfer, um Nutzungs- und Verwertungsrechte und um Fragen des Geheimschutzes.

Demgegenüber steht Bundesaußenminister Genscher, der eine deutsche Mitwirkung an SDI am liebsten verhindert hätte, jedenfalls auf politischem Gebiet. Genscher hat von Anfang an Vorbehalte und Bedenken in den Vordergrund zu schieben gewußt. Aus seinem Amt sind Expertisen nach außen gedrungen, in denen mit erheblicher Arroganz versucht wurde, der „Fact-finding-mission" unter Federführung des Kanzlerberaters Teltschik die Kompetenz zu nehmen.

Genscher ist jedoch politisch erfahren genug, um zu wissen, daß er die deutsche Beteiligung an SDI nicht stoppen kann. Durch eine emsige Pressepolitik war er deshalb bis in die letzten Tage hinein bemüht, einer Vereinbarung mit Washington zumindest den „politischen Charakter" zu nehmen. Er will auch keine Regierungsvereinbarung, sondern „Absprachen" mit den verantwortlichen Ressorts der amerikanischen Regierung über die rechtlichen und technischen Grundlagen für die Zusammenarbeit von Firmen auf dem Gebiet der Technologie. Dadurch soll dann auch die „privatrechtliche Position" derjenigen deutschen Unternehmen verbessert werden, die sich an SDI beteiligen wollen.

Was er sich von alledem verspricht, ist unklar; jedenfalls aber hat er die Führungsgremien der FDP dafür gewonnen. Überdies versucht Genscher, den deutschen Anteil an der SDI-Forschung gering darzustellen. Es werde sich, das weiß Genscher schon jetzt, um „minimale Beteiligungen" handeln.

Der Bundeskanzler hat SDI als moralisch gerechtfertigt und politisch notwendig bezeichnet. Eine solche Aussage gibt es von Genscher nicht, dafür aber seine Erklärung vom Wochenende: „Wir sind der Meinung, daß es klar sein muß, wir wollen den Osten nicht totrüsten und wir wollen ihn auch wirtschaftlich nicht abhängen".

Den Osten „totrüsten"? Das ist kein politisches Ziel Bonns und auch hier gar nicht die Frage. Der Außenminister hätte zielgenauer formuliert, wenn er an die Machthaber in Moskau die Frage gerichtet hätte, ob sie sich nicht, was die Auswirkungen auf die Lebensverhältnisse in Osteuropa betrifft, generell „totrüsten".

Der NATO-Doppelbeschluß, für den Genscher gefochten hat, ist als Antwort auf die massive Aufrüstung der Sowjetunion gefaßt worden. Und es war das SDI-Forschungsprogramm, das Moskau trotz aller Drohgebärden wieder an den Verhandlungstisch in Genf gebracht hat. Dies, obwohl SDI bisher nur skizzenhaft zu erkennen ist. Zu den politischen Wirkungen von SDI gehört zudem schon jetzt, daß die Sowjetunion erstmals Reduzierungen von Offensivsystemen vorgeschlagen hat.



Muß die Entscheidung durchsetzen: Kohl FOTO: SVEN SIMON

Nun steht aber neben Genscher der FDP-Vorsitzende und Bundeswirtschaftsminister Bangemann. Er ist, wenn es um die FDP geht, Kohls erster Ansprechpartner. Bangemann hat den von Genscher geprägten Beschluß der FDP-Gremien zugelassen. Öffentlich gibt es von ihm keine eindeutigen Erklärungen zu SDI. Bangemann hat das Feld seinem Vorgänger im Amt des Parteivorsitzenden überlassen. Das wird ihm als Fehler angekreidet. Autorität ist die Basis der Macht; dafür aber muß sie auch sichtbar werden.

Otto Graf Lambsdorff hat in einem heute erscheinenden Interview mit dieser Zeitung gesagt, am Ende werde nach seiner Einschätzung ein Briefwechsel mit den USA stehen. Auch gehe er von einem einstimmigen Beschluß des Bundeskabinetts am Mittwoch aus, und zwar von einem Beschluß, der der Position des Bundeskanzlers Rechnung trage.

Gleichzeitig aber tauchen Agenturmeldungen auf, gespeist von wem auch immer, wonach der Widerstand in der FDP beträchtlich sei und Bangemann die Entschließung seiner Gremien als eine „Handlungsanleitung" für die drei FDP-Minister im Kabinett betrachte. Will es der kleine Koalitionspartner tatsächlich darauf ankommen lassen, daß er im Kabinett überstimmt wird? Bisher hat Kohl so offensichtliche Konflikte nicht zugelassen. Aber er möchte jetzt eine Entscheidung in seinem Sinne erreichen und damit das schädliche Hin und Her beenden.

Es wird Zeit, daß alle Beteiligten sich wieder auf die Sache besinnen und die Optik beiseite lassen. Präsident Reagan hat den Sinn und Zweck von SDI am 23. März 1983 auf den einfachen Nenner gebracht: „Wie wäre es, wenn wir strategische Raketen abfangen und vernichten könnten, bevor sie unseren Boden oder den unserer Verbündeten erreichen?" Ja, wie wäre das? Dazu brauchen wir eine klare Antwort aus den eigenen Reihen.

IM GESPRÄCH Ezra Taft Benson

Im Namen des Herrn

Von Fritz Wirth

Es gibt nicht viele Menschen in der Welt, die für sich das Recht beanspruchen können, im Namen des Herrn zu sprechen. Ezra Taft Benson mußte 86 Jahre alt werden, bis ihm die „Kirche Jesu Christi der Heiligen der letzten Tage" diese Ehre und dieses Amt antrug. Und keiner der Präsidenten der Mormonenkirche war bisher stärker entschlossen als Ezra Taft Benson, dies so wörtlich wie möglich zu nehmen. „Die Worte des Präsidenten", so sagte er vor fünf Jahren, „haben Vorrang vor allen Verkündigungen vergangener Propheten und über die Schrift."



Frauen gehören an den Herd: Mormonen-Präsident Benson FOTO: AP

Nicht allen Mormonen gefiel dieser Anspruch. Dennoch zögerten sie nicht, Ezra Taft Benson vor wenigen Wochen dieses Amt anzutragen. Er war nicht nur wegen seines Alters, sondern auch wegen seiner unbestrittenen Autorität der einzig denkbare Nachfolger des kürzlich verstorbenen Mormonen-Präsidenten Spencer W. Kimball.

Es ist der späte Höhepunkt einer bemerkenswerten Karriere eines streitbaren Mannes mit unverrückbaren Überzeugungen. Seine Anschauungen von Kirche, Gesellschaft und Politik sind ultrakonservativ, was seiner eigenen Karriere und dem Geschick seiner Kirche nicht immer förderlich war.

So zog er sich als Landwirtschaftsminister im Kabinett Eisenhower wegen seines Widerstandes gegen staatliche Subventionen für Farmer so intensiv den Zorn seiner Bauern zu, daß sie ihn mit Eiern bewarfen. Dennoch war er der einzige Minister, der beide Amtszeiten Eisenhowers ungeschoren überlebte, was einiges über seine Beharrlichkeit und Widerstandskraft sagt. Er war immerhin der erste Mormonengeistliche seit mehr als hundert Jahren in einem amerikanischen Kabinett, wo er sich den Fährnissen dieses Amtes mit steifer Oberlippe und bemerkenswerter Unlust zum Kompromiß entgegenstellte.

Seine eigenen Kirchenfreunde zogen allerdings indigniert die Augenbrauen hoch, als er vor zehn Jahren das liberale Amerika mit der Feststellung vor den Kopf stieß, daß ein Demokrat kaum ein guter Mormone sein könne. Außerdem verurteilte er Wohlfahrtsprogramme verschiedener Regierungen als „galoppierenden Sozialismus", beschrieb die amerikanischen Bürgerrechtler als „kommunistische Unterwanderer" und wies Feministinnen zurecht mit der Behauptung, daß der rechtmäßige Platz der Frau am heimischen Herd sei.

Das Bemerkenswerte: All das hat den Zulauf zu seiner Kirche kaum stoppen können. Denn als Ezra Taft Benson vor 42 Jahren zu einem der zwölf Apostel dieser Kirche geweiht wurde, hatte sie weniger als eine Million Mitglieder. Heute sind die Mormonen trotz schwerer interner Glaubenskonflikte über die Entstehung ihrer Kirche vor 155 Jahren die am schnellsten wachsende Glaubensgemeinschaft in den USA mit insgesamt 5,8 Millionen Gläubigen.

Diese Expansion hat die Mormonenkirche offener gemacht. Seit acht Jahren akzeptiert sie auch Farbige als Geistliche und räumt den Frauen eine aktivere Rolle in der Gesellschaft ein. Die Kirche hat ein Eigenleben entwickelt, das selbst ihr neuer oberster Herr in den wenigen Jahren, die ein noch höherer Herr ihm im Amte schenken wird, kaum noch nachhaltig zu verändern vermag.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

WESTFALEN-BLATT

Die Bielefelder Zeitung meint zum Bonner Spionage-Ausschuß:

Friedrich Zimmermann, der von den Sozialdemokraten so heißblütig befehdete Bundesinnenminister, sollte und soll noch heute politisch so mürbe gemacht werden, daß er schließlich nur seinen Hut nehmen könnte. Doch die SPD hat im Ausschuß nur mit Platzpatronen und Stinkbömbchen hantiert. Ja, sogar Verfassungsschutzamt-Vize Pelny selbst bescheinigte dem Innenressortchef zumindest indirekt, daß Zimmermann sich selbst sehr wohl gründlich um den Verfassungsschutz gekümmert habe. Die Un-Moral von der Geschicht': Als die SPD im Spionageuntersuchungsausschuß merkte, daß sie Zimmermann nichts wirklich Handfestes am Zeuge zu flicken vermochte, versuchte sie – an diesem Freitag – dessen Staatssekretär Spranger kurzerhand zum Ersatz-Popanz aufzubauen. Die selbstverschuldete (Fehler-)Pechsträhne der SPD wird lang und länger. Vom Fast-Kanzlerkandidaten aus Düsseldorf bis ins Bonner Hohe Haus.

NEUE PRESSE

Die hannoversche Zeitung äußert sich zur Forderung der Lehrergewerkschaft GEW, den Paragraphen 116 im Schulunterricht zu erörtern:

Nun soll also auch die Schule in die Auseinandersetzungen einbezogen werden. Das ist eine höchst fragwürdige Empfehlung der Lehrergewerkschaft Erziehung und Wissenschaft. Leider nicht die erste dieses Kalibers. Noch sind die Ereignisse um die NATO-Nachrüstung in unguter Erinnerung, als GEW-Lehrer vereinzelt zwischen Agitation und Information nicht mehr zu unterscheiden vermochten. Auch hier hatte die Gewerkschaft die bei ihr organisierten Pädagogen heißzumachen versucht ... Daß der Streit um den Paragraphen 116 auch Niederschlag in den Fächern Arbeitslehre, Deutsch und Religion finden soll, ist einfach maßlos. Zu behaupten, durch die Bonner Pläne sei „die Demokratie insgesamt gefährdet", das grenzt bereits an Demagogie.

BERLINER MORGENPOST

Zu Honecker heißt es hier:

Die Träume von einem Erich Honecker, der unsere adventlichen Tage verschönt, indem er während seines Besuches in Bonn und an der Saar das Füllhorn seiner innerdeutschen Gaben über das geteilte Land ausschüttet, sind zerronnen. Lange Zeit ist die Bundesregierung davon ausgegangen, daß ein positiver Verlauf des Genfer Gipfeltreffens zwischen Reagan und Gorbatschow den Besuch des SED-Chefs erleichtern würde. Nun hat der Genfer Gipfel die politische Großwetterlage mit Sicherheit entlastet. Gleichwohl kommt Honecker nicht. Gorbatschow will eben die Regie für alle nennenswerten Ost-West-Kontakte behalten.

Wie ein Denunziant den Forstmann Nefjodow absägte

„Noch gibt es kein Gesetz, das ehrliche Menschen schützt . . ." / Von Carl Gustaf Ströhm

Akademiemitglied Skoropanow, Mitglied des Wissenschaftlichen Forschungsinstituts im weißrussischen Minsk, berichtete jüngst über eine Serie von anonymen Briefen, mit denen Mitglieder seines Instituts bei den Sowjetbehörden denunziert worden seien: „Die Staatsanwaltschaft hat festgestellt, daß kein einziger anonymer Brief sich bewahrheitet hat, aber dennoch haben die Briefe ihr schwarzes Werk getan. Wie viele fähige Menschen haben monatelang nicht ihrer wissenschaftlichen Arbeit nachgehen können!"

Ein Ausnahmefall? Keineswegs: „Anonyme Briefe sind in unserem Institut zu einem probaten Mittel der Drohung, der Rache und des Hasses geworden. Man kann den materiellen und erst recht den moralischen Schaden nicht ermessen. Noch gibt es kein Gesetz, das ehrliche Menschen vor skrupellosen anonymen Denunzianten schützen könnte ..."

Die Moskauer „Istwestija" griff diesen Fall auf und klagte, daß die sogenannten „Anonimschtschiki" – die Verfasser anonymer Briefe – Zehntausende von Arbeitskollektiven lahmlegen („zerschlagen") und fähige Leute daran hindern, ihre Meinung zu sagen. Damit seien die „Anonimschtschiki" in Wahrheit „Gegner der Parteilinie".

Allerdings – bisher las man's anders. Da wurde der Jugend der Bauernsohn Pawel Morosow als leuchtendes Beispiel vorgestellt, weil er seinen Vater, der Getreide vor der staatlichen Beschlagnahme versteckt hatte, denunzierte und damit dem Tode überantwortete (wofür empörte Nachbarn „Pawlik" erschlugen). Das System ist auf Mißtrauen, Bespitzelung und Denunziation aufgebaut. Wie soll die Sowjet-KP jene Geister, die sie selber rief, je wieder loswerden?

Ein besonders absurder Fall wurde jetzt von der sowjetischen Presse aufgegriffen: Im Sowchos (Staatsgut) Schuminsk nahe Wladiwostok in Ostsibirien war der Forstspezialist Pawel Nefjodow jahrelang als geachteter Forstexperte tätig – bis ein anonymer Brief seine Existenz vernichtete.

Noch 1974 war Nefjodow mit dem „Großen Bannerorden" ausgezeichnet und zur Weiterbildung nach Moskau entsandt worden. Während der nichtsahnende Ordensträger sich dort aufhielt, empfing der örtliche Staatsanwalt einen anonymen Brief, wonach Nefjodow Bestechungsgelder genommen und falsche Angaben über die Erfolge seines Holzkombinats gemacht habe. Das Unglück wollte es, daß die Partei eben eine Direktive über den „Kampf gegen die Korruption" erlassen hatte. Folglich fühlte sich der Staatsanwalt als Vollstrecker der Parteilinie, als er dem Fachmann Nefjodow einen „Revisor" – ganz im Sinne des berühmten Gogol – in Gestalt des Buchhalters Ponisow schickte.

Heute heißt es, daß Ponisow ein notorischer Trinker und Faulenzer war, der die Finanzen des notorisch schlecht arbeitenden Nachbarbetriebes verwaltete. Damals wurde auf Grund seines Berichts gegen den Bannerordensträger ein Strafverfahren eingeleitet. Als Nefjodow drei Monate später aus Moskau zurückkehrte, fand er in seinem Büro einen neuen Direktor vor. Man hatte ihn abgesetzt, ohne ihn zu verständigen – obwohl er die Immunität eines Mitglieds des Obersten Sowjets genoß. Seither mußte er als Waldarbeiter sein Brot verdienen.

Damit war aber die Geschichte nicht zu Ende. Nefjodow wurde verhaftet, mitten in der Feier zu seinem zehnten Hochzeitstag. Die Staatsanwaltschaft reicherte den anonymen Brief mit vier Aktenordnern voll „Beweismaterial" an. Ein halbes Jahr lang widerlegte Nefjodow schriftlich jeden einzelnen Punkt der Anklage und der „Beweise". Das Gerichtsverfahren dauerte vier Wochen – der Prozeß endete mangels Beweises ohne Verurteilung.

Darauf begann der unermüdliche Staatsanwalt Sinegubow von neuem. Die einstigen Belastungszeugen fielen um und gaben jetzt zu Protokoll, sie hätten ihre Aussage unter dem Druck des Staatsanwalts machen müssen. Dennoch wurde mehr als sieben Jahre weitergesucht, während Nefjodow im Wald Holz hackte. Dann folgte eine erneute Verhaftung. Diesmal ließ Staatsanwalt Sinegubow den Unglücklichen kahlgeschoren und mit Handschellen durch die Straßen seines Wohnorts Tschugujewka führen. In letzter Instanz erhielt Nefjodow vier Jahre Gefängnis sowie eine Geldstrafe von 14 000 Rubel. Erst das Oberste Gericht der Russischen Föderation stellte seine Unschuld fest und entließ ihn aus der Haft.

Die Akten dieses Prozesses sind inzwischen verschwunden. Ein Gerichtsbediensteter hat sie als Altpapier gegen ein Buch eingetauscht. Der Angeklagte ist rehabilitiert und arbeitet als Forsttechniker in Ussurijsk. Der Staatsanwalt, der ihn vor Gericht brachte, wurde befördert. Der anonyme Briefschreiber wurde nie entdeckt. Und ein Gesetz, das ehrliche Menschen schützt, gibt es nicht und wird es in der Diktatur nie geben. Unzählige Nefjodows haben das erfahren, die niemals rehabilitiert wurden; unzählige werden es erfahren.

Pfiffe für den lächelnden Herrn Minister

Eine grüne Karawane zog von Offenburg zum Protest gegen das Projekt Wiederaufarbeitungsanlage Wackersdorf in den Taxöldener Forst: Parteitag auf Rädern. Einer war dort, der seit kurzem eine neue Rolle spielt – als Minister. Joschka Fischer bezahlt dafür mit Sympathien.

Von D. GURATZSCH

Ein bißchen Manipulation war schon dabei, als die Bundesversammlung der Grünen am Freitag in Offenburg beschloß, den Parteitag für 24 Stunden zu unterbrechen. Den Delegierten sollte so „Gelegenheit" gegeben werden, an der Großdemonstration gegen die geplante Wiederaufarbeitungsanlage im 400 Kilometer entfernten Wackersdorf in der Oberpfalz teilzunehmen.

Den Ausschlag hatte Frank Schwalba-Hoth gegeben, der frühere hessische und jetzige Europa-Abgeordnete der Grünen. Als sich in mehreren Abstimmungen immer wieder ein 50 zu 50 Verhältnis zwischen Befürwortern und Gegnern einer Unterbrechung des Parteitages ergab, zog er den Schluß, der Parteitag könne doch wohl nicht die Hälfte der Delegierten daran hindern, an einer so wichtigen, seit einem Jahr für den Sonnabend nach Rodungsbeginn in Wackersdorf anberaumten Kundgebung teilzunehmen.

Er hätte natürlich genau entgegengesetzt argumentieren können, immerhin hatten die Grünen in diesen Parteitag fast eine Viertelmillion Mark aus der Parteikasse investiert. Aber rund 60 Prozent der über 800 Delegierten fanden seine Argumente plausibel, und so setzten sich am nächsten Morgen um 6.30 Uhr vollbesetzte Busse mit 650 Delegierten in Bewegung und wälzten sich als lange Karawane fünf Stunden über die nebligen Autobahnen.



Als „Privatmann" zur Demo: Minister Joschka Fischer und Gefährtin Claudia Blohm im Taxöldener Forst FOTO: AP

Unter den 15 000 bis 20 000 Demonstranten im Taxöldener Forst gingen die grünen Delegierten unter. Als sie vom Lautsprecherwagen herunter begrüßt wurden, kam immerhin Beifall auf. Dem prominentesten Grünen, dem frischgebackenen hessischen Umweltminister Joschka Fischer, der aus Frankfurt angereist war – als „Privatmann", wie er betonte –, gellten indessen bei der Begrüßung auch Pfiffe entgegen. Seine Freundin am Arm, den Hund an der Leine und die Zigarette im Mundwinkel, quittierte er es mit einem Anflug von Lächeln.

Die „Protestbewegung" trägt es ihm nach, daß er „Regierungsgewalt" in dem von ihr so titulierten „Schweinesystem" übernimmt. Im Taxöldener Forst vermied es Fischer, sich zu rechtfertigen. Weder hielt er die von ihm erwartete Rede, noch nahm er an der anschließenden Bauplatzbesetzung teil.

Statt dessen heizte SPD-Landrat Schuirer den Demonstranten ein. Obwohl weit und breit kein einziger Polizist zu sehen war und statt dessen immer neue Scharen von Demonstranten mit Fähnchen, Wimpeln und Transparenten aus den Waldschneisen und Schonungen heranströmten, rief er mit erhobener Stimme: „Wer mit Knüppeln, Schlagstöcken und Waffen gegen die eigenen Landsleute vorgeht, der provoziert Ausschreitungen." Bayern werde den „Besuchs- und Urlaubsländern" des Ministerpräsidenten Strauß in Südamerika und Südafrika „immer ähnlicher", in denen „die Grundrechte des Volkes nicht beachtet werden". Schuirer sah „Erinnerungen an unselige Zeiten" geweckt. Aber er sei „überzeugt, wir können es gemeinsam schaffen, dieses Wahnsinnsprojekt zu verhindern".

Der Landrat bekam viel Beifall für seine Rede, der nur noch übertroffen wurde, als Hubert Weinzierl, der Vorsitzende des Bundes Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), prophezeite: „Selbst wenn diese Staatsregierung dieses Unheilbauwerk noch beginnt – es wird nicht fertiggebaut werden –, so wie der Schnelle Brüter in Kalkar, das Kernkraftwerk in Zwentendorf bei Wien, das Reichsparteitagsgelände in Nürnberg, der Turm zu Babel nie zu Ende gekommen sind." Die Demonstranten würden sich von „jenen, die in 20 Jahren keiner mehr kennt, nicht 20 000 Jahre Sicherheit vorgaukeln" lassen.

Weinzierl, Schuirer und die massige, in eine große braune Lederjacke gezwängte Figur des bayerischen SPD-Chefs Hiersemann waren längst auf dem Heinweg, und auch die grünen Delegierten strebten schon zurück zu ihren Bussen, als einige hundert zurückbleibende Demonstranten bei einbrechender Dunkelheit den Bauplatz „besetzten", die Zugangswege mit Baumstämmen verbarrikadierten, Lagerfeuer entzündeten, Gräben aushoben und sich in flugs gezimmerten „Baumhütten" auf die Strohschütte streckten. Unter ihnen, umringt von schwarz Maskierten, stand einer mit einem großen roten Kreuz auf der Brust. Die Einheimischen kannten ihn nicht, viele Angereiste aber wußten: Es war „Startbahnsanitäter" Michael Wilk, einer der Strategen der „Blutsonntage" an der Frankfurter Startbahn West.

Im gemischten Doppel gegen die Katastrophe

Optimisten sehen in dem Projekt den ersten sichtbaren Erfolg, den der Genfer Gipfel haben könnte: Der „Heiße Draht" zwischen Moskau und Washington soll in zwei Krisenzentren verwandelt werden.

Von FRITZ WIRTH

Zu jeder geraden Stunde schickt im militärischen Befehlszentrum des Pentagon ein amerikanischer Offizier ein Fernschreiben an den Kreml. Eine Stunde später geht regelmäßig die Antwort aus Moskau ein. Die Prozedur läuft unter dem Stichwort „Heißer Draht".

Es gibt in der verklausulierten Krisenumgangssprache zwischen Ost und West viele „verunglückte" Wortschöpfungen. Diese ist eine davon. Denn der „Heiße Draht" zwischen Moskau und Washington befördert stündlich die wohl kältesten Nachrichten, die sich denken lassen. Beispielsweise Informationen über die Feinheiten einer Wasserlilie. Die Sowjets antworten darauf mit historischen Erinnerungen aus der Entwicklung von Schiffshebewerken. Zuweilen hat ein poetisch veranlagter Offizier den Auftrag, den „Heißen Draht" heiß zu halten, und tut es mit einem Werk von Robert Frost, was die Sowjets mit einem Turgenjew-Œuvre erwidern.

Das sind so die täglichen Dialoge in einer Einrichtung, die zur Legende geworden ist, deren Endpunkte man sich als rotes Telefon auf den Schreibtischen des amerikanischen Präsidenten und des sowjetischen Parteichefs vorgestellt hat. In Wahrheit handelt es sich nicht um eine Telefonverbindung, sondern um einige Fernschreibapparate, die seit kurzem mit einigen Telekopierern angereichert sind, die es erlauben, im Ernstfall innerhalb von wenigen Minuten Dokumente, Graphiken und Karten auszutauschen.

Diese „Hotline" ist 22 Jahre alt. Sie wurde am 31. August 1963 in Betrieb genommen. Sie ist ein Kind der Kuba-Krise, als das Weiße Haus plötzlich feststellte, wie schwer es ist, mit Nikita Chruschtschow schnell Kontakt aufzunehmen, und die Sowjets mit Hilfe eines amerikanischen Fernsehreporters Zugang zu John F. Kennedy im „Oval Office" suchen mußten.

Man hat diesen „Heißen Draht" euphemistisch „die erste bilaterale Rüstungskontrollvereinbarung" genannt und als Beweis dafür gewertet, daß beide Seiten entschlossen sind, eine nukleare Katastrophe zu verhindern. Inzwischen wächst die Zahl der Kritiker, die überzeugt sind, daß diese „Hotline" nicht mehr der nuklearen Wirklichkeit entspricht.

So stellte beispielsweise Ex-Präsident Richard Nixon kürzlich in einem bemerkenswerten Beitrag in der hochrespektierten Zeitschrift „Foreign Affairs" fest: „Die geringste wahrscheinliche Gefahr eines Nuklearkriegs ist die eines direkten sowjetischen Nuklearangriffs auf Westeuropa oder die Vereinigten Staaten." Nixon sieht statt dessen die Hauptgefahr in einem unbeabsichtigen Nuklearangriff durch mechanische Fehlfunktionen oder in der zunehmenden Möglichkeit, daß Nuklearwaffen in die Hände eines wahnwitzigen Diktators in der Dritten Welt oder von Terroristen geraten.

Die Befürchtungen sind nicht neu. An den Universitäten Harvard, Stanford und Georgetown wird seit einigen Jahren daran gearbeitet. So hat William Ury, Autor des Buches „Beyond the Hotline", dieses Szenarium eines Nuklearkriegs, ausgelöst durch einen „agent provocateur", an die Wand gemalt: Ein Diktator vom Kaliber Khadhafis unternimmt einen Nuklearangriff auf amerikanische Installationen in Westeuropa oder auf die USA direkt. Die USA vermuten einen sowjetischen Angriff und erwidern die Attacke. Moskau schlägt unverzüglich zurück, und der Nuklearkrieg ist nicht mehr zu stoppen.

Ury fordert deshalb die Einrichtung eines „Krisenkontrollzentrums". Die Idee dazu ging vom amerikanischen Senator Henry Jackson aus. Sie wurde nach dessen Tod von den Senatoren Sam Nunn und John Warner aufgenommen. Der Senat stellte sich am 8. Juni des letzten Jahres mit 82:0 Stimmen hinter ihren Antrag zur Einrichtung eines Krisenkontrollzentrums.

Das Echo war zunächst nicht günstig. Moskau sah dahinter vor allem ein Manöver der Reagan-Administration, um damit dem seinerzeitigen Druck nach Abrüstungsverhandlungen zu entgehen. Das Pentagon dagegen entdeckte in diesem Projekt starke Sicherheitsrisiken.

Inzwischen jedoch ist das Klima für dieses Projekt wesentlich günstiger geworden. Senator Warner brachte es vor einem halben Jahr im Kreml in einem Treffen mit Gorbatschow zur Sache und stieß, wie er es nennt, auf eine „nicht unfreundliche Reaktion", und Präsident Reagan schnitt dieses Thema im Mai in seiner Rede im Europaparlament in Straßburg und vor zwei Monaten in der UNO an. Die Folge: Auf dem Genfer Gipfel kamen beide Seiten überein, dieses Projekt in ihre Schlußerklärung aufzunehmen.

Ursprünglich war daran gedacht worden, dieses Krisenzentrum an einem neutralen Ort entweder in Helsinki oder Wien einzurichten. Amerikanische Experten weisen den Plan jedoch zurück. Das Krisenzentrum wäre im Ernstfall zu weit von den Befehlszentren entfernt und würde deshalb, wenn es hart auf hart kommt, ignoriert werden.

William Ury schlägt vor, zwei Krisenzentren in beiden Hauptstädten einzurichten, wobei das in Moskau mit acht Russen und vier Amerikanern und das in Washington umgekehrt mit acht Amerikanern und vier Sowjets besetzt werden soll.

Abgesehen davon ist die „Hotline" nicht vor Pannen sicher. Vor einigen Jahren warf ein Schiff bei Sturm in einer verbotenen Zone vor der irischen Küste Anker und nahm, als es die Anker wieder lichtete, das Kabel der „Hotline" mit nach oben. Es gab vorübergehend Funkstille.

Solange davon nur der Austausch von Informationen über die Wasserlilie und frühhistorische Schiffshebewerke behelligt wird, kann die Welt mit solchen Unfällen leben. Wenn es jedoch ums Überleben dieser Welt geht, hätte man irgendwie gern verläßlichere Krisenkrücken zur Hand.

Domenica, Toulouse-Lautrec und beider Milieu

Von KLÄRE WARNECKE

Die schweren Eichentüren waren verrammelt wie zu einer Geheimsitzung der Mafia. Doch hielten nicht schwerbewaffnete Bodyguards, sondern zwei für diesen Zweck gewiß nicht ausgebildete Kustoden Wache am Eingang von Hamburgs berühmtestem Bilder-Palast, der altehrwürdigen Kunsthalle, in die sich eine sensationsversessene Menge in abendlich-kessem Habit, als sei Party-Time, mit Macht hineinzustemmen suchte.

Denn in die heil'gen Hallen des Museums, in dem sonst auf die wohl anständigste Weise Rubens, Rembrandt, Runge und Caspar David Friedrich um den höchsten Ruhm der Nachwelt ringen, hielt eine Dame mit Madonnenscheitel und Riesenbusen Einzug, die gewöhnlich nur in St. Paulis berüchtigter Herbertstraße gegen Barzahlung hofzuhalten pflegt: Domenica, Hamburgs Edelnutte Nummer eins. Sie hatte der bis dato doch mit feineren Sensationen arbeitende Kunsthallendirektor Werner Hofmann zum Blickfang und Magneten einer Performance erkoren, die seine neueste Ausstellung „Pariser Leben" schlagzeilenträchtig eröffnen sollte.

Der Musentempel als „Maison close"? Da saß sie dann also, die Stadtbekannte, in ein hochgeschlossenes Rotes gezwängt, mitten im tumultuösen Kreise des für den Eröffnungsabend handverlesenen Künstler-, Schickeria- und Medienvolks, und intonierte ihre Liebesmelodie für einen, der auf dieses triviale Spektakel gewiß mit Hohnlächeln herabgeschaut hätte: Henri Toulouse-Lautrec, einen der Großen seines Metiers, der zur Zeit im New Yorker Metropolitan Museum of Art die Kunstfreunde in ein ungeahntes Fieber zu versetzen vermag, das bereits jetzt auf Hamburg übergegriffen hat.

Hatte man denn nicht geglaubt, seiner Bilder für alle Zeiten überdrüssig zu sein? Hatten uns nicht in den vergangenen Jahrzehnten La Goulue, das anmutige monstre sacré der Pariser Amüsierwelt, der arrogante Aristide Bruant, die sanfte May Belfort und die spitznasig-freche Yvette-Guilbert von tausendfach multiplizierten Plakaten bis zur Ermüdung entgegengestarrt: Inkarnation dessen, was man als billiges und hochdekoratives Poster-Glück an die eigenen oder die Café- und Wirtshauswände pinnte, in der Hoffnung, à la mode zu sein? Und all diese Lautrecschen Kunst-Lebewesen der Pariser Monde und Demimonde sollten uns jetzt, anno 1985, in wundersamer Renaissance noch einmal aufregen und faszinieren können?

Die Überraschung: Was Kunsthallenchef Hofmann da aus den vollgestopften Magazinen seines Hauses an alten Sammelbeständen zutage förderte und – ergänzt durch einige Leihgaben aus Bremen und Paris – nun im Kuppelsaal zeigt, ist in seinen besten Schöpfungen von ganz unverbrauchter Frische, von zauberhafter Delikatesse und immer wieder frappierender Meisterschaft. Nicht die großformatigen Plakate, die freilich völlig frei sind von jenen grellen, farbverfälschenden Effekten der Endlos-Posterdrucke, sondern die kleineren Lithographien der berühmten Pariser Freudenhaus-Serie „Elles" sprechen da die erhellendste Sprache.

Sie sind denn auch, zusammen mit den beiden entzückenden Frauenporträts der „Reisenden der Kabine 54" und der „Modistin", das geheime Herzstück der 120-Blätter-Schau. Bewunderungswürdige Beispiele, mit welch unglaublicher Zartheit und Dezenz in Farbgebung und Linienführung dieser verlorene Sohn der Pariser Salons (Hofmann) das trist-banale, ganz und gar nicht begehrenswerte Leben der Bordell-Bewohnerinnen von Montmartre bloßgelegt hat, die er Bürgerinnen nach seinem Maße zu nennen pflegte.

Ein Bürger nach Maß ist Lautrec ja selbst gewiß nicht gewesen – die Mehrzahl seiner Biographen hat das aufs genüßlichste auszuschlachten gewußt. Doch muß man deshalb sein vom Makel der Verkrüppelung geprägtes Leben, das ihn immer wieder zu den Randfiguren der Pariser Gesellschaft trieb, gleich als platten Hokuspokus inszenieren, wie das jetzt bei besagter Performance in der Hamburger Kunsthalle vierzig entnervende Minuten lang geschah?

Mütterchen Toulouse als barbusige Gräfin, die ihren verkrüppelten Sohn warnt: „Höre nicht auf die Stimme deines Vaters." Sohn Henri, der – als Mädchen in olivgrünem Samtkleid einherschleichend – seinen Vater beschwört: „Ich muß ins Leben." Der Vater, der seinem bereits von käuflichen Damen umgirrtem Filius wie Rilke seinem Cornett nachruft: „Du mußt reiten, reiten, reiten ... Wirkliche Liebe wirst du nur finden im Pferd, im Falken ... Vergiß die Frauen, denn alles der Freiheit Beraubte stirbt."

So nämlich schallte es – von absurd gedrechselten Bewegungen begleitet – unter dem Titel „Mon petit bijou Toulouse" aus dem Munde der freien Theaterschaffenden. Dazu gab's Vogelgezwitscher und Hühnergegacker, Weihrauchdünste, Trommelgetöse und Lichtschübe aus dem siebten Kitschhimmel, einen Wachtmeister vom Kunsthallendienst, der mit seinem Schäferhund mal kurz in die Herren-, dann in die Damentoilette marschierte, die echte Domenica und eine falsche Dirne, die von der Treppe herab schrie: „Nimm mich nach Argentinien, nach Brasilien ins Bett. Neunzig Dollar die Stunde oder male mich berühmt."

Nun, Kunsthallen-Direktor Hoffmann fand's fabelhaft und rühmte den Performance-Erfinder, daß er nicht die Klischee-Vorstellungen vom Fin de siècle, vom Froufrou wiederaufgenommen hatte. „Hier wurde eine Messe zelebriert – in einer spanisch-katholischen, erotischen Atmospähre. Eine schwarze Messe ...", resümierte er für die Öffentlichkeit. Armer Henri Toulouse-Lautrec!


Szene einer Ausstellung: Domenica und die Sängerin Sintawati Tansjadi als junger Toulouse-Lautrec FOTO: PETER PEITSCH

Aus der EKD ein Appell für Namibia

idea, Marburg/Windhuk

„Die Probleme des südlichen Afrika können nur mit einem wirtschaftlich starken Südafrika gelöst werden." Mit diesen Worten wandte sich jetzt ein Mitglied des Rates der EKD, der Unternehmer Helmut Müller (Marburg), gegen kirchliche Boykottforderungen zu Lasten Südafrikas. Gleichzeitig plädierte er für die Unterstützung eines friedlichen Wandels in diesem von Unruhen geschüttelten Land.

In einem Interview mit der in Windhuk erscheinenden südwestafrikanischen Kirchenzeitung „Heimat – Unsere Kirche" sagte er, nur

eine „evolutionäre" Entwicklung könne zu einer gerechteren Ordnung in Südafrika führen. Ein wirtschaftlicher Boykott sei kein taugliches Mittel, um die schwierigen politischen Probleme des Landes zu lösen. Handelssanktionen träfen überdies vor allem die schwarze Bevölkerung sowie die von Südafrika wirtschaftlich abhängigen Nachbarländer. Dazu Müller: „Das kann ernsthaft niemand wollen – es sei denn, er will über eine weitere Radikalisierung eine revolutionäre Situation schaffen, die zu Chaos und zu Unregierbarkeit des Landes führen soll."

Boykottaufrufe sind nach Müllers Ansicht grundsätzlich kein Mittel, das die Kirche einsetzen darf. Sie sei „allein auf das ihr anvertraute Wort verwiesen". Das Ausweichen auf andere Mittel und Methoden würde zeigen, „daß sie an der Wirksamkeit dieses Wortes zweifelt". Dies wäre „Unglauben und Sünde". Der Rat der EKD habe sich deshalb dem Aufruf zu Wirtschaftssanktionen nicht anschließen können.

Mit Blick auf Südwestafrika (Namibia) forderte Müller, dem Land bereits jetzt westliche Entwicklungshilfe zu gewähren und nicht bis zur Unabhängigkeit zu warten.

Shultz berief sich in Berlin auf J. F. Kennedy

Besuch an der Mauer / Krawalle auf dem Kürfüstendamm

HANS-R. KARUTZ, Berlin

Hunderte von Ehrengästen erhoben sich spontan, reckten das Champagnerglas in Richtung Ehrengast und hoben ungeübt zum spontanen „Happy birthday, dear Georgie, happy birthday to you" an: es war der unpolitischste, aber gewiß familiärfreundlichste Augenblick bei der Visite von Außenminister George Shultz in Berlin. Das Ständchen galt dem 65jährigen Chef des State Department: Tags zuvor hatte er sein 65. Wiegenfest begangen. Weniger festlich ging es in der City zu. Rund 3000 Demonstranten protestierten mit einem Anti-SDI-Aufzug gegen Shultz. Wie in alten Zeiten flogen am Kurfürstendamm die Steine, war der Boulevard stundenlang abgesperrt, schimpfte die Geschäftswelt über halbierte Weinachtsumsätze.

Von pfälzischen Saumagen am reichen Mittagstisch von Oggersheim im Hause von Helmut Kohl gestärkt, verspätete sich Shultz samt seiner Begleitung auf dem Berlin-Flug. Währenddessen sammelten sich am Kurfürstendamm von der kommunistischen SEW, den Alternativen, Falken und Jungsozialisten eingeladene Demonstranten. Die Bundesregierung hatte angesichts der angekündigten Proteste auf der Sicherheitsstufe 1 bestanden – ähnlich den Vorkehrungen bei der Visite von Ronald Reagan 1982.

Gast blieb unbehelligt

Krawall-Trupps stürmten über den Boulevard und „versteckten„ sich zwischen den Besuchern des Weihnachtsmarkts rings um die Gedächtniskirche. Später zogen sich die militanten Störer in ihre „Feste" Kreuzberg zurück. Dort stürzten sie einen mit fünf Beamten besetzten Mannschaftswagen um. Ein Polizist feuerte bei dem Zwischenfall zwei Warnschüsse ab.

Shultz blieb von diesen Erscheinungen, die Berlins Image abermals zu trüben geeignet waren, unbehelligt: Seine Wagenkolonne stoppte am Potsdamer Platz, auch bei Licht der dunkelste Flecken Erde in Europa. Westliche Scheinwerfer leuchteten zumindest das Podest aus, von dem Shultz – wie vor ihm US-Vizepräsident George Bush und Margaret Thatcher – bei Regen und Wind hinüber in den anderen Teil der Stadt blickte.

Im Rathaus Schöneberg geleiteten Monika und Eberhard Diepgen die gehbehinderte Ehefrau von Shultz, Helen, fürsorglich zu ihrem Sessel aus kaiserlicher Zeit, als Schöneberg nicht einmal zu Berlin gehörte. In seiner Ansprache erinnerte Shultz an den Mann, der 22 Jahre zuvor in der selben Brandenburghalle des Rathauses stand, John F. Kennedy: „Mein Besuch in Berlin erfolgt in dem Bewußtsein, daß ein Stück von mir, ein Stück aller meiner Mitbürger, in Berlin ist. Präsident Kennedy sagte, daß alle freien Menschen sich stolz Berliner nennen dürfen. Auch ich bin stolz darauf ..."

Eine politische Geste

Eberhard Diepgen, erst Stunden zuvor von einer Rom-Reise nebst Privataudienz beim Papst mit höheren staatsmännischen Weihen zurückgekehrt, nannte Berlin das „politische Herz der deutsch-amerikanischen Freundschaft". Shultz' weltläufiger Reisebegleiter Hans-Dietrich Genscher versagte sich im letzten Moment doch das vertrauliche „lieber George", das in seinem Redemanuskript stand. Er gab sich fast „berlinischer" als Gastgeber Diepgen, und kommentierte gleich selbst, was die Berliner vom Genfer Gipfel hielten: „Die Berliner sind erfahren genug, um sich nicht leichtfertigen Illusionen hinzugeben. Sie haben Geduld gelernt."

Shultz' Hauptrede im weiträumig abgeriegelten „Steigenberger" mag vor allem in Ost-Berlin nicht angenehm geklungen haben: Denn er markierte scharf die Gegenposition zum Militär- und Gewalt-Regime jenseits der Mauer. Mit dem ausgeprägten Sinn für politische Gesten mag man drüben auch mit Groll verzeichnet haben, daß der US-Botschafter bei der „DDR", Francis Meehan, am westlichen Festessen mit seinem Chef teilnahm. Als Symbol der Zuständigkeit Amerikas für das ganze Berlin.

„DDR" spricht wieder von „Beziehungen"

hrk. Berlin

Die „DDR" hält an ihrer feindseligen Haltung gegenüber dem freien Teil Berlins fest und sieht in West-Berlin weiterhin eine selbständige Einheit, zu der eigene „Beziehungen" entwickelt werden sollen. Von West-Berlin aus seien die „aggressivsten Kräfte des Imperialismus" dreimal angetreten, um die „Arbeiter- und Bauernmacht in der DDR zu liquidieren" (17. Juni 1956, 13. August, d. Red.). In einem Papier zur 750-Jahr-Feier Berlins 1987 heißt es außerdem mit drohendem Unterton, Ost-Berlin und Moskau würden jedem „Versuch revanchistischer Kräfte", das angeblich nur für West-Berlin geltende Viermächte-Abkommen „zu unterlaufen, entschlossen entgegentreten".

Diese polemisch-aggressive und die tatsächlichen Status-Gegebenheiten in Berlin verfälschende Darstellung fällt weit hinter das gemeinsame Kommuniqué zurück, das Erich Honecker und sein Gast Richard von Weizsäcker, damals Regierender Bürgermeister, bei dessen Ost-Berlin-Besuch am 15. September 1983 vereinbart hatten. Damals war – abgedruckt im „Neuen Deutschland" – ausdrücklich nicht von „Beziehungen" zwischen Berlin (West) und der „DDR", sondern vom beiderseitigen „Verhältnis" die Rede.

Die neun Thesen wurden am Wochenende auf sechs kompletten Seiten des „Neuen Deutschland" veröffentlicht und stammen von einer Gruppe von Historikern. Bei den Erörterungen über den Schlußtext dieser Geschichtsschreibung Berlins aus marxistischer Sicht vor einigen Wochen war offenbar der damalige Ostberliner SED-Chef Konrad Naumann zugegen. Er wird erstmals nach seinem Sturz wieder erwähnt und indirekt belobigt: Die von ihm 1971 bis 1985 geführte Ostberliner SED habe sich als „Vortrupp der Arbeiterklasse bewährt".

In der Dokumentation, die Berlins proletarische Vergangenheit hervorkehrt, wird mit keinem Wort auf die laufenden Terminabsprachen zwischen Beauftragten aus Ost und West für die 750-Jahr-Feier 1987 eingegangen.

Herausforderer Scharping will Vogel mit dessen eigenen Waffen schlagen

Von JOACHIM NEANDER

Berauschend waren die Kritiken wirklich nicht für den 37jährigen, erst vor wenigen Monaten ins Amt gewählten rheinland-pfälzischen Oppositionsführer Rudolf Scharping (SPD). Sein großer, fast anderthalbstündiger Auftritt während der am Wochenende abgeschlossenen Haushaltsdebatte stieß auf Urteile wie „indisponiert", „wenig Elan", „langweilig" oder „allzu staatsmännisch".

Einige Zeugen machten sogar aus, daß Scharping – einer von denen, die der SPD-Vorsitzende Willy Brandt häufig als die „Enkel" herauszuheben pflegt – kurz zuvor drei Tage lang mit Großpapa Willy durch Polen gereist war und wohl doch ein wenig von dessen etwas pathetischem Tremolo angenommen habe. Aber all dies ist wahrscheinlich viel zu kurz gezielt. In den kommenden Wochen und Monaten, keine anderthalb Jahre vor der nächsten Landtagswahl, wird sich herausstellen, daß der so gut wie sichere Spitzenkandidat Scharping hier nicht etwa Opfer seiner Tagesform gewesen ist, sondern – freilich noch zaghaft und etwas undeutlich – den ersten Schritt in eine neue Strategie der Opposition in Rheinland-Pfalz unternommen hat.

Um diese neue Strategie und damit Scharpings neue, ihm selber ungewohnte Rolle zu verstehen, muß man ein wenig seine Vorgänger in der undankbaren Rolle des SPD-Spitzenkandidaten betrachten. Wilhelm Dröscher – das war der Anwalt der kleinen Leute. Die Strategie hieß: Aufbegehren gegen die seit Kriegsende „herrschende" CDU, die Partei der Mächtigen, Besitzenden. Dröscher blieb ohne Chance.

Dann kam Klaus von Dohnanyi, der Staatsminister aus Bonn. Er erzählte den braven Hinterpfälzern und Hunsrückern, wie es wirklich zugeht in der großen weiten Welt. Ein Achtungserfolg – aber nicht der Griff zur Macht in Mainz. Schließlich Hugo Brandt, der Lehrer mit dem Hang zum Grundsätzlichen, Weltanschaulichen. Aber auch hier blieb die SPD-Strategie, das grundsätzlich Politische auch ins letzte landespolitische Detail hineinzuinterpretieren, natürlich ohne große Wirkung.

Rudolf Scharping will (und kann) keinen der drei kopieren. Von Haus aus ist er zwar nicht ganz jener forsche linke Lebenszeit-Juso, den viele in ihm sehen, aber seine Stärke ist eindeutig die kühle, sarkastische, nach Bedarf dialektische Argumentation und Analyse. Daß er in der eigenen Partei auf diesem Feld allen möglichen Rivalen weit überlegen ist, braucht er eigentlich nicht mehr herauszukehren (manchmal tut er es dennoch). Aber der intellektuelle Schnellstdenker ist nicht gerade ein



chancenreiches Image für jemand, der in Rheinland-Pfalz, das außer- und innerhalb viele immer noch für das Land der Reben und Rüben halten, eine Mehrheit erringen will.

Hier setzt Scharpings Kalkül ein. Wer die CDU samt und sonders schlechtmacht, das hat er erkannt, macht im Grunde das Land mit seiner 40jährigen Geschichte schlecht. Das mögen die Leute nicht. Wer ständig auf dem Kanzler in Bonn herumhackt, macht sich unnötig Feinde in der Pfalz. Denn der Kanzler ist ein Pfälzer. Wer unablässig Pessimismus, Depression oder Sozialneid schürt, gerät mit denen aneinander, die ihre und des Landes Situation eigentlich gar nicht so schlecht finden.

All dies hat Rudolf Scharping in seinen letzten Reden allenfalls zart und auf eine eher friedfertige Weise angetippt. Vokabeln wie „Optimismus", „Mut zur Zukunft", „Mut zum technischen Wandel" gehen ihm dagegen ebenso glatt und gefühlig über die Lippen wie seinem Rivalen Ministerpräsident Bernhard Vogel (CDU).

Er zeigt sich gern und häufig mit der Familie (Frau und zwei Kinder), er reist quer durchs Land, sucht Kontakte mit ungeheuer vielen, unterschiedlichen Leuten. Sein Ziel ist deutlich. Er will den Wählern klarmachen: Das Land ist schön, das bisher Geleistete kann sich sehen lassen, über die politischen Ziele kann man durchaus diskutieren – aber diese Regierung Vogel taugt nichts, lauter Affärchen, Unverständnis, Durcheinander, Führungslosigkeit. Dies wird auch im Landtagswahlkampf die Linie der Sozialdemokraten sein. „Herr Vogel wird sich wundern", sagt Rudolf Scharping.

Vermutlich wird er das wirklich. Denn einen großen Teil ihrer Wahlkampfmittel will die SPD für Veranstaltungen aufwenden, die unter dem Leihbegriff „Heimat" stehen. Heimat, wie sie etwa in der im Hunsrück angesiedelten Fernsehserie „Heimat" ausgedrückt wurde, jene leichtverständliche Mischung aus Geschichte, Familiensinn, Bodenständigkeit, Anständigkeit und Wirklichkeitssinn. Scharpings eigene Rolle in diesem Konzept ist leicht zu erkennen: Er will der im Grunde bessere, sympathischere, energischere Landesvater sein, einer aus diesem Land.

Das Konzept und die angestrebte Rolle des Spitzenkandidaten hat mancherlei Ähnlichkeit mit der Strategie Oskar Lafontaines an der Saar. Doch gerade daran werden auch Scharpings Probleme sichtbar. Die von ihm angestrebte Rolle ist auch nach jüngsten Umfragen in Rheinland-Pfalz beim Wähler eindeutig besetzt vom amtierenden Regierungschef. Das galt für den abgewählten Saar-Ministerpräsidenten Zeyer lange nicht in dem Maße.

Und so gehen in Mainz die Prophezeiungen darüber, ob der Intellektuelle Scharping die Heimat- und Landesvater-Rolle tatsächlich bis zum Frühjahr 1987 durchhalten kann, auch in der eigenen Partei auseinander. Der angeborene Hang zum Sarkasmus, meinen einige, könne dem jungen Mann wohl einen Strich durch die Rechnung machen.

‚Novitätenecke' gewünscht

Bonner Rüstungsplaner beklagen schwerfälligen Apparat

RÜDIGER MONIAC, Erftstadt

Seit Professor Manfred Timmermann als Staatssekretär für Rüstungsfragen zuständig ist, weht im Bonner Verteidigungsministerium ganz offensichtlich ein anderer Wind. Zeichen für diese Veränderung war unter anderen ein von ihm gemeinsam mit unabhängigen Wissenschaftlern, Vertretern der Wirtschaft und den Planern der Streitkräfte veranstaltetes Kolloquium in Schloß Gracht, dem Universitätsseminar der Wirtschaft. Das Thema des Gesprächs lautete: „Aufgabenerfüllung der Streitkräfte durch alternative technische Mittel".

Völlig Unerwartetes hat die zweitägige Begegnung nicht erbracht. Das war auch von Timmermann und seinen Mitarbeitern kaum erhofft worden. Erwiesen aber hat die Tagung, daß die institutionellen und personellen Voraussetzung auf der Hardthöhe zur wirksamen Bewältigung der Rüstungsplanung durchaus verbesserungsbedürftig sind. Das mag überraschen, zumal von den Verantwortlichen auf der Hardthöhe seit dem Einzug von Minister Manfred Wörner die Ansicht vertreten wird, jetzt erst wieder sei mit Hilfe der Fortschreibung der Bundeswehrplanung über jeweils die kommenden fünfzehn Jahre eine solide Grundlage für die Planungsarbeit gelegt worden. Diese These wurde von den Fachleuten auch nicht angezweifelt, freilich in der Begegnung im Schloß Gracht auf geradezu klassische Weise ergänzt. Da Bürokratien zur Beharrung neigen, wurde argumentiert, sei es schwer, sie für Neues zu interessieren.

Diese Auffassung vertraten erstaunlicherweise im übrigen nicht nur die Vertreter der Wirtschaft selbst, die mit wehrtechnischen Neuerungen in der Bürokratie bislang fast immer abblitzen: „Innovation findet auf der Hardthöhe sehr selten Ansprechpartner." Nicht minder beklagten sich diejenigen unter den hohen Offizieren, die für Heer, Luftwaffe und Marine die Planung zu verantworten haben, daß ihnen zum einen die Kapazitäten für eine „Novitätenecke" fehlen, der „Apparat" im übrigen auch bisher nicht erlaubt habe, sich in diese Richtung zu öffnen. Ein Offizier sagte: „Es ist auch nicht einfach, sich vom Vorhandenen zu lösen."

Auch in der Wirtschaft aber fehlt, wie sich zeigte, die Fähigkeit, eingefahrene Bahnen zu verlassen. Ein hoher Beamter aus der Abteilung Rüstung des Ministerium berichtete, man habe, um den ABC-Schutz der Truppe zu verbessern, Vertreter der Wirtschaft zum ungehinderten Ideensammlung – brainstorming nennen das die Fachleute – eingeladen. Geschickt wurden von der Wirtschaft Experten für den Vertrieb.

Die Planer der Bundeswehr verstehen sich, wie sich erwies, zumeist als „Fortschreiber" bekannter Entwicklungen. Beispiel: Nach dem Panzer Leopard 1 kam der Leopard 2. Folgt ihm der Leopard 3, oder werden künftig andere technische Möglichkeiten es erlauben, die bisher vom Panzer auf dem Gefechtsfeld erfüllten Aufgaben zu bewältigen? Die Diskussion im Schloß legte nahe, daß dies im Bereich des Denkbaren liegen könnte. Eines aber scheint nach der Begegnung gewiß: Staatssekretär Timmermann will der Bürokratie den Blick für das Neue schärfen.

Strauß warnt die SPD

Offenheit der deutschen Frage „nicht zur Diskussion stellen"

rtr, München

Der bayerische Ministerpräsident und CSU-Vorsitzende Franz Josef Strauß hat der SPD vorgeworfen, sie gebe die über lange Zeit unter allen Demokraten unumstrittene Grundsatzposition in der Deutschlandpolitik nach und nach preis. Bei der Einweihung des für 22 Millionen Mark in München errichteten Sudetendeutschen Hauses warnte Strauß davor zu glauben, Deutschland könne zwischen den Machtblöcken eine eigene Politik betreiben.

„Das deutsche Vaterland ist trotz seiner Teilung unzerstörbar und unvernichtbar und kann auf die Dauer nicht gespalten bleiben", sagte Strauß. Rechtliche und politische Grundlagen, die aufgrund der internationalen Rechtslage und des deutschen Verfassungsrechtes nicht zur Disposition stünden, dürften „nicht leichtfertig zur Diskussion gestellt" werden. Hierzu gehöre der Fortbestand des Deutschen Reiches in den Grenzen von 1937 und die Vier-Mächte-Verantwortung, also die Offenheit der deutschen Frage, unterstrich Strauß. Im übrigen könne über die Grenzen Deutschlands erst in einem Friedensvertrag mit einem wiedervereinigten Deutschland entschieden werden.

Strauß, der Schirmherr der Sudetendeutschen Landsmannschaft ist, sagte, mit der Anerkennung der Sudetendeutschen als „viertem Stamm" habe sich Bayern rechtlich, politisch und moralisch in die Pflicht gestellt, mit allen Möglichkeiten die Sache der sudetendeutschen Volksgruppe zu vertreten, für die Sicherung der Existenz der Volksgruppe und für ihr Heimatrecht einzutreten. Das Sudetendeutsche Haus ist das größte Zentrum seiner Art in der Bundesrepublik und kostete 22 Millionen Mark. Davon hatten der Freistaat Bayern 10,5 Millionen und die Bayerische Landesstiftung rund drei Millionen Mark übernommen.

Die CDU zeigte Dohnanyi die kalte Schulter

HERBERT SCHÜTTE, Hamburg

Der Wahlkampf in Hamburg hat begonnen – elf Monate, bevor die Bürger des Stadtstaates über die Zusammensetzung ihres neuen Landesparlaments entscheiden. Erstaunlicherweise legten sich die regierende SPD wie die CDU-Opposition jedoch als Hauptstreitpunkt ein Thema zurecht, das selbst für Fachleute nur sehr schwer durchschaubar ist: den Länderfinanzausgleich.

Welcher Wähler läßt sich schon von Begriffen wie „Lohnsteuerzerlegung" oder „Hanseaten-Klausel" in Harnisch bringen? Doch sowohl Bürgermeister Klaus von Dohnanyi wie sein CDU-Herausforderer, Hartmut Perschau, haben sich am Streit um den Länderfinanzausgleich festgebissen. Die Hamburger Haushaltsberatungen, die in der Nacht zum Samstag mit der Verabschiedung des 12,5-Milliarden-Etats 1986 endeten, lieferten einen neuen Beweis dafür.

„Es geht um eine Lebensfrage der Stadt"

Während sich der Herausforderer Dohnanyis fleißig bemühte, die persönliche Verantwortung des Bürgermeisters für die Talfahrt der hanseatischen Finanzen zu belegen – die Gesamtverschuldung erhöht sich mit dem neuen Etat auf rund 16 Milliarden Mark –, kehrte der SPD-Regierungschef den Landesvater heraus. Den Staatsmann, der um Gemeinsamkeit bei der CDU warb, um Rückendeckung bei der Klage vor dem Verfassungsgericht zu erreichen. Doch die CDU blieb spröde.

„Wie die Ablehnung fast sämtlicher Anträge meiner Fraktion durch die SPD-Fraktion beweist" – so teilte Perschau dem Regierungschef mit – „sind Senat und SPD an Gemeinsamkeiten mit uns in diesen wichtigen Fragen auch gar nicht ernsthaft interessiert." Die Angebote zu einer gemeinsamen Haltung könne er daher auch „nicht als aufrichtig" betrachten.

Dohnanyi äußerte sein Bedauern, sieht aber noch eine „schmale Gemeinsamkeit" und bekräftigte seine Auffassung, daß es „nicht um Parteifragen, sondern um eine Lebensfrage unserer Stadt" gehe.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

Otto Graf Lambsdorff zum Thema SDI, Außenpolitik, Rolle der FDP in der Koalition und Paragraph 116

„Kohl gab uns immer genügend Spielraum"

Der frühere Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff hat in einem WELT-Interview klargestellt, daß es der FDP in Zusammenhang mit SDI um einen „Flankenschutz" für deutsche Unternehmen gehe. Es sei auch gewollt, über die Vereinbarungen einen Briefwechsel mit Washington zu beschließen. Mit Graf Lambsdorff sprach Manfred Schell.

FOTO: JUPP DARCHINGER

WELT: Graf Lambsdorff, was bedeutet die Entscheidung der FDP zu SDI in der Sache?

Lambsdorff: Sie bedeutet erstens, daß wir uns sicherheitspolitisch, was die strategischen Fragen anlangt, noch kein abschließendes Urteil gebildet haben. Selbst der amerikanische Außenminister hat erklärt, daß dies mangels notwendiger Erkenntnisse noch nicht möglich ist. Sie bedeutet zweitens, daß wir die Wünsche der Unternehmen unterstützen, ihnen rechtlichen Flankenschutz für die Zusammenarbeit mit den USA im Rahmen des SDI-Forschungsprogramms zu geben. Ich habe das immer für notwendig gehalten. Sie bedeutet drittens, wir haben uns koalitionspolitisch so verhalten, daß das Kabinett am kommenden Mittwoch einen Beschluß fassen kann, der sicherlich einstimmig erfolgen kann, der der Position des Bundeskanzlers Rechnung trägt, der aber auch in der klaren Linie des Beschlusses des Bundessicherheitsrates vom 27. März '85 liegt. Ich bin damit zufrieden, auch deshalb, weil sich die Bundesrepublik Deutschland in dieser Frage nicht vor dem Genfer Gipfel entschieden hat und weil sie nicht das einzige Land ist, das zu einer Abmachung mit den USA kommt. Die Briten haben dies schon getan. Die Italiener sind dabei.

WELT: Ist es richtig, daß der Bundeswirtschaftsminister die Verhandlungen mit Washington führt?

Lambsdorff: Wenn einer zu verhandeln hat, ist es der Bundeswirtschaftsminister. In dessen Bereich liegen die Kompetenzen für Außenhandel. Diese Aufgabe abzuschieben wäre falsch gewesen.

WELT: Heißt „politischer Flankenschutz" am Ende eine vertragliche Übereinkunft durch einen Briefwechsel?

Lambsdorff: Eine spektakuläre Form hielte ich für politisch falsch. Die Form ist aber rechtlich nicht das entscheidende. Auch ein Briefwechsel ist eine vertragliche Abmachung.

WELT: Ein solcher Briefwechsel ist also auch von der FDP gewollt?

Lambsdorff: Ja.

WELT: Der „Spiegel" schreibt, Sie hätten für den Abschluß eines Staatsvertrages gefochten ...

Lambsdorff: Ich habe immer den Briefwechsel empfohlen. Der „Spiegel" lügt – wie üblich.

WELT: Graf Lambsdorff, wie sehen Sie Ihre Rolle innerhalb der Koalition? CDU-Generalsekretär Geißler hat sie als „Springteufelchen" der Marktwirtschaft kritisiert, das alle 14 Tage aus der Kiste springt und der Union das Leben schwermacht ...

Lambsdorff: Ich habe diese Koalition zwischen der Union und der FDP gewollt und ich habe zu ihrem Entstehen beigetragen. Ich habe auch keinen Zweifel daran gelassen, daß diese Koalition über 1987 hinaus fortgesetzt werden sollte. Das weiß auch Herr Geißler. Innerhalb der Koalition lege ich Wert darauf, daß die FDP ihre Position als eigenständige, unabhängige Partei weiter deutlich macht. Das war in früheren Koalitionen eine unserer Aufgaben, das ist auch jetzt der Fall. Ich muß sagen, der Bundeskanzler hat uns in dieser Hinsicht immer fair behandelt, er hat uns immer genügend Spielraum gegeben. Helmut Kohl sieht sich als Enkel Konrad Adenauers. In dieser Hinsicht ist der besser als der Großvater.

WELT: Geißler warnt die FDP vor einer Profilierungskampagne gegen die Union. Wie denken Sie darüber?

Lambsdorff: Herr Geißler hat uns aufgefordert, im Bundestagswahlkampf stromlinienförmig mit der Union zu marschieren. Ich will ihm unsere Formel für den Bundestagswahlkampf ganz deutlich sagen: CDU/CSU sind unsere politischen Konkurrenten im Kampf um die Wählerstimmen, und SPD und Grünen sind unsere politischen Gegner. Das ist die Definition, an die wir uns halten werden. Wir werden in bestimmten Fragen klarmachen, daß wir anderer Meinung sind als CDU/CSU, und wir werden ebenso klarmachen, daß die Gemeinsamkeiten zwischen Union und FDP ausreichend sind, um diese Koalition fortzusetzen.

Natürlich wird es Gegenpositionen der FDP geben. Dazu gehört zum Beispiel auch auf dem Gebiet der Wirtschaftspolitik die Betonung ordnungspolitischer Grundsätze der Marktwirtschaft. Ich stelle mit Bedauern fest, daß einige in der Union von diesen Grundsätzen wenig halten und meinen, mit Pragmatismus, Intervention und dem Hinweis auf die angeblich blauäugigen Theoretiker davon Abstand nehmen zu müssen. Es geht dabei um Grundsätze, mit denen die Union und dieses Land groß geworden sind.

WELT: Worin liegt die qualifizierende Rolle der FDP innerhalb der Koalition, von der Wirtschaftspolitik einmal abgesehen?

Lambsdorff: Die FDP muß sich weiteren wichtigen Aufgaben stellen. Auf dem Gebiet der Außen- und Sicherheitspolitik müssen wir die Kontinuität und die Berechenbarkeit sicherstellen, dafür sorgen, daß realistische Entspannungspolitik fortgesetzt wird. Wir müssen klarmachen, daß abweichende Meinungen von Minderheiten in der Union den Kurs nicht bestimmen dürfen. Auf dem Gebiet der Rechts- und Innenpolitik bleibt es die Aufgabe der FDP, kritisch zu sein, die Rechte des Individuums gegenüber den Ansprüchen des Staates zu vertreten. Die Abwägung zwischen innerer Sicherheit und persönlicher Freiheit des einzelnen Bürgers ist immer ein Spannungsfeld.

WELT: Was die Außenpolitik betrifft, so gibt es deutliche Kritik an Genscher. Zu den Kritikern gehört auch Geißler ...

Lambsdorff: Wir haben uns zu Beginn der Koalition darauf verständigt, daß die Grundlinien der deutschen Außen- und Ostpolitik und selbstverständlich die Politik des Atlantischen Bündnisses fortgesetzt werden, daß es einen Kurswechsel nicht gibt. Der Außenminister vertritt diese Politik, mit der geschlossenen Unterstützung der FDP. Wenn es dafür gelegentlich Beifall aus der SPD gibt, dann ist das so lange kein Wunder, als das unter dem Stichwort Kontinuität läuft. Wenn Herr Geißler auf diesen Beifall hereinfällt, dann muß ich bei ihm mangelndes Urteilsvermögen sehen. Er wird doch nicht übersehen, daß sich die SPD meilenweit von ihren früheren Positionen entfernt hat. Die Nebenaußenpolitik der SPD, die da auf parteipolitischer Ebene betrieben wird, ist ein lebensgefährliches Unterfangen. Daß eine demokratische Partei sich zusammensetzt mit den Staatsparteien der DDR oder der CSSR und Verträge abschließt, bedeutet natürlich, daß eine zukünftige etwaige sozialdemokratische Regierung schon eine Vorbindung eingegangen ist, die ich für unakzeptabel halte. Ebenso unakzeptabel ist der in dieser Politik liegende Versuch, den Handlungsspielraum der Bundesregierung einzuengen.

WELT: Was sagen Sie zu dem Vorwurf, die FDP entwickele sich zu einer reinen Wirtschaftspartei?

Lambsdorff: Ich habe der FDP immer gesagt, sie dürfe nicht zu einer Wirtschaftspartei „verkommen". Eine reine Wirtschaftspartei hat in meinen Augen keine Existenzberechtigung. Eine liberale Partei, die sich auf den Wirtschaftsbereich beschränkt, verrät einen Großteil ihrer Prinzipien. Das sieht Martin Bangemann genauso wie ich.

Herr Geißler ist sehr großzügig in Ratschlägen an uns. Er sollte sich aber vor allem um die Verfassung seiner eigenen Partei zum Beispiel in Nordrhein-Westfalen – in dem Bundestagswahlen entschieden werden – kümmern. Ich sage das nicht ohne Besorgnis, denn ich bin nicht froh, wenn es der CDU schlechtgeht. Wir können nur zusammen das Klassenziel erreichen. Der größte CDU-Landesverband befindet sich in einem deplorablen Zustand. Geißler hat allen Anlaß, sich den Schwachstellen der Union zu widmen. Die liegen gar nicht weit entfernt. Er braucht nur von Bonn nach Düsseldorf zu fahren und sich dort den Zustand der CDU und den Umgang zwischen CDU-Politikern anzusehen.

WELT: Wie denken Sie über die Politik von Johannes Rau?

Lambsdorff: Ich habe im Bundestag gesagt, der Wind bläst in Bonn härter als in Düsseldorf. Soweit sich Rau bisher politisch geäußert hat, also über den Familienvater, das Skatspielen und die Eröffnung von Fußballspielen hinausgegangen ist, hat er die SPD in tiefste Verwirrung gestürzt. Seine Partei macht ihm Dampf, sie ist nicht glücklich, was Rau bietet. Ich bin gespannt, ob nicht aus dem Kanzlerkandidaten „zur Anstellung" noch ein Kanzlerkandidat „zum Abgewöhnen" wird.

WELT: Welche Chancen geben Sie den Grünen?

Lambsdorff: Ich rechne damit, daß sie auch im nächsten Bundestag vertreten sein werden. Sicherlich sind sie in ihrer Wählerwirksamkeit auf dem Rückzug. Aber Holger Börner hat ihnen durch die Regierungsbeteiligung Auftrieb gegeben. Diese Koalition in Hessen wird die SPD noch vor viele Fragen stellen. Der Herr Fischer hatte sich noch nicht einmal die Turnschuhe von der Vereidigung geputzt, da machte er sich schon als hessischer Minister zur Demonstration im Nachbarland auf. Die SPD wird an ihm noch viel Freude haben.

WELT: Die Diskussion über eine Änderung des Paragraphen 116 Arbeitsförderungsgesetz hat das Klima belastet, die Gewerkschaften blasen zum Kampf gegen Bonn. Sind Sie mit dem Kurs der Bundesregierung in dieser Frage einverstanden?

Lambsdorff: Ja. Ich gehe davon aus, daß das Kabinett am Mittwoch eine Formulierung zum 116 verabschiedet. Wir müssen entscheiden, ob das eine Fraktionsinitiative im Bundestag wird. Aus Gründen der Zeitersparnis hielt ich das für gut. Ich habe zu denen gehört, die sich gewünscht haben, der neugefaßte Paragraph 116 sollte schon heute verabschiedet sein und zum 1. Januar 1986 wirksam werden. Das ist nicht geschehen. Man hat den Konsens versucht. Ich war dagegen, weil ich fest davon überzeugt war, daß ein Konsens am Ende objektiv unmöglich ist. Aber ich sehe, daß es Gründe dafür gab, wegen der politischen Optik, des politischen und sozialen Klimas wegen, Bemühen um Verständigung zu demonstrieren.

Das Ergebnis ist interessant. Wir hätten uns mit einer schnelleren Entscheidung die Auseinandersetzung mit den Gewerkschaften leichter gemacht, schon deshalb, weil die Zeit für eine Mobilisierungskampagne kürzer gewesen wäre. Aber, und das spricht für das Rezept des Kanzlers und Norbert Blüms, die Gewerkschaften haben so überzogen, daß sie zum Beispiel die Sozialausschüsse in der CDU von sich weggetrieben haben. DGB und IG Metall haben sich mit ihrer Demagogie ihre eigene Hoffnung zerstört, bei den Sozialausschüssen Widerstand gegen die Regierungspläne mobilisieren zu können. Wer überzieht, der schadet sich selbst. Wir haben uns noch auf harte Auseinandersetzungen gefaßt zu machen. Wahlpolitisch wird sich die Sache eher für die Koalition positiv auswirken. Ein Zurückweichen vom Druck der Gewerkschaften und der SPD würde dem Kanzler und der Regierung übel angekreidet werden. Die Regierung hat alle Chancen, mit einer vernünftigen und angemessenen Lösung, die nicht die 150prozentige Arbeitgeber-Lösung sein darf, der Bevölkerung klarzumachen, daß wir hier nichts anderes tun, als den Willen des Gesetzgebers wiederherzustellen, der da heißt: Der Staat hat sich bei Arbeitskämpfen auch mit seinen finanziellen Mitteln neutral zu verhalten.

WELT: Oppositionsführer Vogel hat das Vorgehen der Regierung als „Rechtsbruch" bezeichnet?

Lambsdorff: Wer sich einen klaren Verstand bewahrt hat, der kann angesichts der schon jetzt eindeutigen Gesetzesformulierungen keinen Zweifel daran haben, daß die von uns beanstandeten Zahlungen vom Gesetzgeber 1969 nicht gewollt waren. Der Vorwurf des Rechtsbruchs ist deshalb absurd. Ganz gewiß erlegt uns die verfassungsrechtlich geschützte Tarifautonomie Grenzen auf, die nicht überschritten werden dürfen. Niemand hat dies vor. Den Hinweis, der Gesetzentwurf sei verfassungswidrig, den höre ich bei allen Vorlagen, die dem einen oder anderen nicht passen. Daß ausgerechnet Herr Vogel diesen Vorwurf erhebt, ist besonders pikant: Nach meiner überschlägigen Schätzung ist Herr Vogel derjenige Bundesjustizminister gewesen, zu dessen Zeit die meisten Gesetze verabschiedet worden sind, die anschließend durch das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe wieder aufgehoben wurden.

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Ein Brief aus Polen

Sehr geehrte Damen und Herren,

in der WELT vom 7. Dezember haben Sie freundlicherweise den Brief Konrad Morawieckis, des Vorsitzenden der landesweit aktiven polnischen Organisation „Kämpfende Solidarność" (er ist nicht „niederschlesischer Solidarność-Vorsitzender"!) an Willy Brandt abgedruckt. Der diesbezügliche Kommentar in derselben Ausgabe enthält jedoch Fehlinterpretationen dieses Briefes.

Hier ist klarzustellen, daß unsere Organisation weder gegenüber den Ukrainern noch gegenüber den Litauern – wie dies der Kommentator vermutet – irgendwelche territorialen Forderungen erhebt. Wenn hingegen der Kommentator aus dem Brief Morawieckis irgendwelche territorialen Aussagen über unser Verhältnis zu den Deutschen herauslesen zu müssen glaubt, schlägt dies letztlich nur in dieselbe Kerbe wie die volkspolnische Regierungspropaganda – siehe „Trybuna Ludu" vom 5. Dezember, wo man uns vorwirft, „sich mit den Interessen des deutschen Nationalismus zu identifizieren".

Demgegenüber stellen wir fest, daß wir weder unsere östlichen noch unsere westlichen Grenzen als ein Problem ansehen. Gemeinsame Sorge aller sollte es hingegen sein, „den Kommunismus zu überwinden", wie der polnische Untergrundführer schreibt.

Eine Lösung dieser übernationalen Frage würde ein freies Polen und freie osteuropäische Staaten sowie ein freies, wiedervereinigtes Deutschland ebenso möglich machen wie eine Öffnung und faktische Aufhebung der Grenzen, zum Beispiel nach westeuropäischem Muster. Beides würden wir als polnische Demokraten sehr begrüßen, und wir denken, daß dies auch nach dem Wunsch unserer deutschen Nachbarn ist.

Mit freundlichen Grüßen
Andrzej Wirga,
Mainz

*

Sehr geehrte Damen und Herren,

das Nichtzustandekommen eines Zusammentreffens von Walesa und Brandt hat auch einen positiven Aspekt. Beide Männer verkörpern absolute Gegensätze, auch im Menschlichen. Was hätten sie sich also sagen sollen am Danziger Kamin? Für „Freiheit, Gott, Vaterland" kämpfen die Popieluszko-Polen, die Arbeiter und Bauern hinter Walesa. Gott und Vaterland: Das entspricht doch nicht der Werteordnung eines Willy Brandt? Zwei Welten, unvereinbar. Historischer Materialismus und tagespolitischer Opportunismus in der SPD-Baracke, ein revolutionärer religiöser Patriotismus im Vaterlande Walesas: Wie sollte da Verständigung zustande kommen? Morawieckis Ansprechpartner und Bundesgenossen sind „andere" Deutsche. Sie gibt es ganz gewiß.

Mit freundlichen Grüßen
Wolfgang Strauss,
Furth i. Wald

Keine neue Idee

Sehr geehrte Damen und Herren,

in Ihrer Ausgabe vom 9. November veröffentlichten Sie einen Artikel von Henk Ohnesorge unter der Überschrift „Wer pflegt, braucht von Zeit zu Zeit selber Pflege".

Ich habe diesen Artikel mit Interesse gelesen, kann jedoch die Auffassung des Autors, daß die Idee von Pfarrer Hans Roser neu ist, nicht teilen.

Begründung: Bereits seit 1976 verwenden wir in unserem Landkreis den Reinerlös einer jährlichen Ballveranstaltung, um Müttern mit behinderten Kindern über den staatlich gesetzten Rahmen hinaus Erholungsaufenthalte zu ermöglichen. In den bisherigen Landkreisbällen konnte für diesen Zweck insgesamt eine Summe von mehr als einer Viertel Million Mark aufgebracht werden. Im Jahresdurchschnitt war damit die Finanzierung von Erholungsaufenthalten für jeweils 13 Mütter mit behinderten Kindern möglich.

Mit freundlichen Grüßen
Dr. Klinkhammer,
Der Landrat des Landkreises
Mayen-Koblenz

Wort des Tages

„Worte sind Taschen, in die bald dieses, bald jenes, bald mehreres auf einmal hineingesteckt worden ist."

Friedrich Nietzsche, deutscher Philosoph (1844–1900)

Zwei Vorbilder

„Den Freunden, dem Gegner und sich selbst ein unbequemer Mann"; WELT vom 10. Dezember

Sehr geehrte Damen und Herren,

es war erfreulich und eine Erholung zu lesen, was Georg Leber über Alfred Dregger geschrieben hat. Dieser Artikel ist eine ganz große Empfehlung für beide, Leber und Dregger. Die große Mehrheit aller Politiker sollte bei diesen beiden in die Lehre gehen, und vieles würde einfacher oder sogar besser werden.

Mit freundlichem Gruß
Karl-Ernst Zippel,
Hamburg 70

Schon vor 1900

„Auf der Suche nach den Geheimnissen der Tiefsee"; WELT vom 4. Dezember

Sehr geehrte Herren,

zu diesem sehr gut gelungenen Beitrag möchte ich Ihnen herzlich gratulieren.

Wenn diese Schiffe rund 60 Jahre insgesamt gefahren sind und man mit ihnen weiträumig deckende Meeresforschung betreiben konnte, so ist dies in bezug auf die Schiffe gesehen absolut richtig. Aber Ozeanographie wurde von deutscher Seite her schon vor 1900 intensiv betrieben.

Ich greife hier heraus: die Ergebnisse der deutschen Tiefsee-Expedition von 1898/1899. Es wurden nicht nur die – damals noch mit Klaviersaitendraht – gemessenen Tiefen angezeigt, es wurde über alles denkbar Vorkommende berichtet. Chemie des Meeres, Physik des Meeres usw. Die Engländer waren so begeistert, daß sie spontan ein Tief nach dem wissenschaftlichen Leiter des Unternehmens, Professor Chun, benannten (heute das Kapverdische Becken); ein anderes Tief nannten sie nach dem nautischen Leiter der Unternehmung, Kapt.-Krech-Tief (heute Guinea-Becken). Die Teilbereiche ab Bouvetinsel bis Enderby-Land nannten sie nach dem Forschungsschiff Valdivia-Becken.

Die Emden und die Meteor I konnten mit ihren neuen Geräten die Ergebnisse von damals nur bestätigen.

Die von Deutschland betriebene Forschung auf dem Gebiet der Ozeanographie ist insgesamt an die einhundert Jahre alt, nicht erst 60 Jahre.

Mit freundlichem Gruß
Walther Krech,
Lüneburg

Schweigepflicht

„Ärztliche Schweigepflicht hat Grenzen"; WELT vom 28. November

Sehr geehrte Herren,

das Bundessozialgericht in Kassel hat in einem Musterprozeß entschieden, daß die Kassenärztlichen Vereinigungen die Vorlage von Patientenunterlagen, die Offenbarung von persönlichen Patientendaten, von dem betreffenden Arzt verlangen können, wenn das ihrer Auffassung nach zur Sicherung der ärztlichen Versorgung notwendig erscheint.

Ohne die nähere Begründung dieses Urteils abwarten zu müssen, kann jetzt schon gesagt werden, daß dieses Urteil der Willkür Tür und Tor öffnet, zum Mißbrauch direkt einlädt und den Verwaltungen der Kassenärztlichen Vereinigungen freie Hand gibt, die Angabe aller nur möglichen persönlichen Patientendaten als notwendig zu bezeichnen, die dann nicht mehr der Schweigepflicht unterliegen würden. Da nun pro Tag ca. 2,5 Millionen Patienten durch die Arztpraxen gehen, werden es in kurzer Zeit für die ganze Bundesrepublik Hunderttausende bis Millionen von persönlichen Patientendaten sein, die freigegeben und nicht mehr geschützt sind. Man wird mit ihnen fast Handel treiben können.

Nach diesem Urteil kann kein Patient mehr sicher sein, daß seine Geheimnisse, die er einzig und allein seinem Arzt anvertraut hat, nicht plötzlich irgendwo auftauchen, nachdem sie von einer Kassenärztlichen Vereinigung angefordert sind und dann, auf welche Weise auch immer, eigene Wege eingeschlagen haben. Meine Weigerung, diese Schweigepflicht zu verletzen, hat zu diesem Musterprozeß geführt. Ich werde mich auch weiterhin weigern, die verlangten Unterlagen vorzulegen, und als persönlich Betroffener dem Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe die Frage vorlegen, ob eine Kassenärztliche Vereinigung durch einen Verwaltungsakt den Arzt zwingen kann,

- gegen die Berufsordnung zu verstoßen,
- den Paragraph 203 des Strafgesetzbuches zu übertreten,
- das grundrechtlich geschützte informationelle Selbstbestimmungsrecht des Patienten zu verletzen und
- die Würde des Menschen, deren Schutz die Schweigepflicht dient, zu beschädigen.

Das Wort hat jetzt das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe.

Mit freundlichen Grüßen
Dr. med. Hans-Jürgen Deiwick,
Hamburg 80

Personalien

ERNENNUNG

Bundespräsident **Richard von Weizsäcker** hat dem neuen österreichischen Botschafter Dr. **Friedrich Bauer** das Agrément erteilt. Dr. Bauer, in Bonn Nachfolger von Botschafter Dr. **Willibald Pahr**, wird Ende Januar auf seinem neuen Posten erwartet. Der Jurist, Jahrgang 1930, der dem Auswärtigen Dienst seit 1955 angehört, war in Belgrad tätig und in Israel und von 1973 bis 1977 Botschafter in Ost-Berlin gewesen. Danach leitete er bis 1979 die Ostabteilung der politischen Sektion. 1979 wurde er politischer Direktor und Stellvertreter von Generalsekretär Dr. **Gerhard Hinteregger** im Außenministerium am Ballhausplatz in Wien.

KIRCHE

Die 43jährige Pfarrerin **Heide Fischer** aus Friedrichsdorf-Köppern ist zur ersten Oberkirchenrätin der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau gewählt worden. Die Landessynode berief Frau Fischer zur neuen Leiterin des Referates „Soziale Dienste / Diakonie und Erwachsenenbildung" in der Kirchenverwaltung in Darmstadt. Heide Fischer war bisher Krankenhauspfarrerin an der Psychiatrischen Klinik in Friedrichsdorf-Köppern im Taunus.

AUSZEICHNUNGEN

Die deutsche Missionsärztin Dr. **Elfriede Schmitt** aus Siegen erhielt durch den deutschen Botschafter in Ägypten, Dr. **Müller**, das Verdienstkreuz Erster Klasse des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland überreicht. Damit wurde ihre 28jährige Tätigkeit als leitende Ärztin eines Krankenhauses in Assuan gewürdigt. Das Krankenhaus gehört der Evangelischen Mission in Oberägypten (EMO), deren Zentrale sich in Wiesbaden befindet. Im Frühsommer 1986 beendet die Ärztin ihre Arbeit in Assuan.

*

Als erster Bildhauer erhält der in Köln lebende Künstler **Alf Schuler** in diesem Jahr den „Lisa- und David-Lauber-Preis". Mit dem Reisestipendium von 13 000 Mark soll das kühl-ästhetische Skulpturenwerk des ehemaligen Nürnberger Kunststudenten gewürdigt werden. Die Auszeichnung, die von der Deutsch-Amerikanerin **Hermine Wiener** zur Erinnerung an ihre 1939 aus Nürnberg emigrierten Eltern gestiftet wurde, wird seit 1981 alljährlich an einen bildenden Künstler verliehen, der eine enge Beziehung zu Nürnberg hat.

*

Mit dem erstmals vergebenen Deutschen Jugend-Video-Preis hat Bundesjugendministerin **Rita Süssmuth** fünf Video-Filme ausgezeichnet. Die fünf Werke wurden unter 23 Vorschlägen als „besonders jugendgeeignet" ausgewählt. Der erste Preis ging an den Münchner Regisseur **Roland Richter** für den Film „Kolp". Weitere Preise erhielten **Dominik Graf** für „Treffer", **Claus Strigel** und **Bertram Verhaag** für „Echt tu matsch", **Oguz Peker** und **Thomas Plonsker** für „Ali" und die Medienkooperative Berlin für „Am Rande der Träume". Der Preis ist mit insgesamt 18 000 Mark dotiert.

*

In einem Festakt im Kurhaus des Harzortes Goslar-Hahnenklee wurde dem Komponisten **Werner Bochmann** der Paul-Lincke-Ring 1985 übergeben. Diese Auszeichnung wird seit 1955 an Komponisten, Textdichter und Interpreten von Tanz- und Unterhaltungsmusik von dem Harzkurort vergeben. Bochmann ist der 17. Träger des aus 14karätigem Gold bestehenden Ringes. Vor ihm erhielten u. a. **Franz Grothe**, **Will Meisel**, Professor **Peter Kreuder** und **Ralph Siegel** die Auszeichnung, die alle zwei Jahre vergeben wird.

*

Elf junge Künstler sind mit dem Förderungspreis, dotiert mit je 6000 Mark, des Landes Nordrhein-Westfalen ausgezeichnet worden. Den Preis des Landes erhielten **Julia Lehmann**, **Jindrich Zeithamml** (Bildende Künstler), **Vikteria Lösche**, **Alfred Miersch** (Schriftsteller), **Christoph Poppen**, **Martin Schulz** (Musiker), **Johannes Leiacker** (Bühnenbildner), **Dominique Mercy** (Tänzer), **Ebba Jahn**, **Muscha** (Film), **Jörg Friedrich** (Architekt).

VERÄNDERUNG

Dr. **Helmut Seifert**, stellvertretender Direktor des Diakonischen Werks der Evangelischen Kirche im Rheinland (Düsseldorf) übernimmt am 1. Januar 1986 den Vorsitz der Arbeitsgemeinschaft der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege des Landes Nordrhein-Westfalen. Dr. Seifert wurde turnusgemäß und einstimmig von den Mitgliedern der Arbeitsgemeinschaft gewählt. Er löst Dr. **Bernhard Nether**, Landesgeschäftsführer des Deutschen Roten Kreuzes, Landesverband Nordrhein e. V. ab, der den Vorsitz 1984/85 innehatte. Die Arbeitsgemeinschaft bilden Arbeiterwohlfahrt, Caritas, Paritätischer Wohlfahrtsverband, Rotes Kreuz, Diakonische Werke und Jüdische Kultusgemeinden.

EHRUNG

Der Fachbereich Neuere Deutsche Literatur und Kunstwissenschaften der Universität Marburg verlieh dem Münchner Buchverleger **Klaus Gerhard Saur** die Würde eines Ehrendoktors der Philosophie. Wie der Dekan des Fachbereichs, Professor Dr. **Hans-Joachim Kunst**, bei der Überreichung der Ehrendoktorurkunde erklärte, hat sich der 44jährige Verleger vor allem um die Gestaltung des vom Bildarchiv „Foto Marburg" herausgegebenen „Marburger Index", der bisher umfassendsten Dokumentation zur bildnerischen Kultur Europas, verdient gemacht.

WAHL

Professor Dr. **Arnulf Schlüter** wurde als Nachfolger von Professor Dr. Dr. **Herbert Franke** zum Präsidenten der Bayerischen Akademie der Wissenschaften gewählt. Professor Schlüter, Direktor am Max-Planck-Institut für Plasmaphysik (IPP) in Garching bei München, ist einer der Pioniere der kosmischen Elektrodynamik und der Plasmaphysik sowie ihrer Anwendung in der Erforschung der kontrollierten Kernfusion. Grundlegende Arbeiten hierzu entstanden nach der Promotion im Jahre 1948 im Max-Planck-Institut für Physik und Astrophysik in Göttingen. 1958 wurde Professor Schlüter zum ordentlichen Professor der theoretischen Physik an die Universität München, ein Jahr darauf zum Wissenschaftlichen Mitglied der Max-Planck-Gesellschaft berufen. An der Gründung des Max-Planck-Instituts für Plasmaphysik, das er von 1965 bis 1973 als Wissenschaftlicher Direktor leitete, und am Aufbau der ersten Kernfusionsexperimente in Deutschland war er maßgeblich beteiligt.

Wie in Deutschland Firmengründungen staatlich unterstützt werden

Neue Ideen in „Silicon Wedding“

Am Anfang steht die Idee, und dann kommt die Tat; so hört man es gern, wenn von Leuten die Rede ist, die es aus eigener Initiative zu etwas gebracht haben. Dabei, wer wüßte es nicht, spielen die berühmten Begleitumstände eine tragende Rolle. Um sie aber geht es eigentlich, wenn wir davon hören (und sehen), daß in den Vereinigten Staaten Selbständige und neue Unternehmen wie Pilze aus der Erde schießen und, so wird berichtet, Millionen neue Arbeitsplätze geschaffen haben.

Auch sie bedürften der Unterstützung in Form so oft zitierter flankierender Maßnahmen, sei es im weltberühmten Silicon Valley, jener der praxiserfahrenen unternehmerischen Nachbarschaft und preisgünstiger Startbedingungen, sei es die Beratung durch erfahrene Manager, mit der neueste Beispiele aufwarten, um zu zeigen, daß gute Ideen auch mit sparsamen Mitteln ihre Märkte finden.

Genau diese Überzeugung verbreitet hierzulande seit einiger Zeit die selbst atemberaubend gewachsene, zeitschriftenunterstützte Aktion „Die Geschäftsidee“ mit der Norman Rentrop Tausenden Möglichkeiten des Selbständigwerdens nahebringt, die vielfältig in die berühmte Tat umgesetzt worden sind, vom Mikrostaubsauger bis zur Computer-Stickerei.

Eine Entwicklung von nicht nur wirtschaftlicher Bedeutung, die sich seit 1982 in der Bundesrepublik abzeichnet, ist die systematische Einrichtung sogenannter Technologie-Parks. Es begann in Berlin. Dort stellte Wirtschaftssenator Elmar Pieroth in enger Zusammenarbeit mit der Technischen Universität das historische Gebäude der AEG mitten im

WISO, 21.15 Uhr im ZDF

Wedding Gründerfirmen als „Berliner Innovations- und Gründerzentrum“ (BIG) zur Verfügung. Produktions- und Verwaltungsräume werden bei Vermitthung von Finanzierungserleichterungen zu günstigen Preisen offeriert. Der Erfolg übertraf alle Erwartungen. Internationales Echo verlieh dem Berliner Versuch den Markennamen „Silicon Wedding“. 1986 werden 56 Jungunternehmen vorwiegend aus dem Mikroelektronikbereich mit mehreren 100 Mitarbeitern hier unmittelbar an der Berliner Mauer arbeiten.

Das Beispiel machte Schule. Auch in Niedersachsen entstanden und entstehen Technologie-Parks für Gründerunternehmen. Im nächsten Jahr werden es – begonnen in Syke bei Bremen mit Nordhorn, Hannover, Braunschweig, Hildesheim, Buxtehude und Clausthal-Zellerfeld weit über 100 Neufirmen mit annähernd 1000 Arbeitsplätzen sein, die vor allem wieder in den Bereichen der Hochtechnologie aktiv sind.

Desgleichen melden andere Bundesländer wie zum Beispiel Bayern und Hamburg „Technologie-Park“-Erfolge. In Hamburg, wo erst vor zwei Monaten das Gründerzentrum Harburg seine Pforten geöffnet hat, haben sich so aufsehenerregende Produzenten niedergelassen, wie die Hersteller des ersten Flugzeugs, das im Handumdrehen vom Eindecker zum Doppeldecker umgebaut werden und für landwirtschaftliche Aufgaben wie Transportaufgaben eingesetzt werden kann. Es soll bereits 1986 in Harburg in Serienproduktion gehen und erwartete nach internationalen Preisen seiner Konstrukteure einen weltweiten Markt.

Die Unterstützung Selbständiger mit Ideen und unternehmerischem Engagement ist wesentlich durch den 1983 begonnenen Modellversuch des Bundesministeriums für Forschung und Technologie (BMFT) zur Förderung technologieorientierter Unternehmensgründungen vorangebracht worden. WALTER LEOPOLD

ZDF sieht die Koordinierungspflicht mit der ARD in Frage gestellt

Streit um die Werbe-Einnahmen

Statt des allgemein erwarteten Kampfes mit der privaten Konkurrenz droht den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten durch die in Bewegung geratene Mediendiskussion zunächst einmal ein Krieg im eigenen Lager. In einem einstimmig (also auch mit den Vertretern der Bundesländer) gefaßten Beschluß hat der ZDF-Fernsehrat unter dem Eindruck der Pläne zur bundesweiten Ausstrahlung der Dritten Programme die Koordinierung zwischen ZDF und ARD in Frage gestellt. Am 17. Dezember wird in Mainz ein Spitzengespräch der beiden Systeme über dieses Problem stattfinden.

Im einzelnen enthält der ZDF-Fernsehratsbeschluß folgende Punkte:

1. Intendant Professor Stolte soll über die Auswirkungen einer bundesweiten Ausstrahlung der Dritten Programme der ARD insbesondere auf die Sehbeteiligung an der „heute“-Sendung um 19 Uhr und an den beiden letzten Werbeblocks des ZDF berichten. Erste Untersuchungen hat das ZDF von sich aus bereits im hessisch-bayerischen Grenzgebiet, wo viele Fernsehteilnehmer sowohl Hessen 3 als auch Bayern 3 und S 3 empfangen können, vorgenommen. Die Ergebnisse sind laut Stolte so gravierend, daß auf lange Sicht eine erhebliche Beeinträchtigung der ZDF-Einschaltquoten und damit der Werbeeinnahmen anzunehmen ist.

2. Das ZDF soll bei der Entwicklung eines neuen Programmschemas 1987 diese Entwicklung berücksichtigen.

3. Der Intendant wird ermutigt, weiterhin nach einer einvernehmlichen Lösung mit der ARD zu suchen.

4. Vorsorglich aber soll ein Rechtsgutachten darüber eingeholt werden, ob nach dem ZDF-Staatsvertrag nicht auch die Dritten Programme unter die Koordinationspflicht der beiden Systeme fallen.

Der Streit zwischen ARD und ZDF um die Koordination und damit um Einschaltquoten und Werbeeinnahmen muß auf dem Hintergrund der Tatsache gesehen werden, daß eine Gebührenerhöhung aus allgemeinen politischen Gründen in nächster Zeit ungewiß erscheint.

Auch der Ton zwischen ARD und ZDF in der Öffentlichkeit hat sich verschärft. Auf die Verteilung der Fernsehgebühren und die Koordinationsproblematik anspielend, sagte Professor Stolte nach der Fernsehratsitzung in Mainz: „Es geht nicht, daß wir wie eine an den Baum angebundene Geis unser Futter mühsam in zwei Meter Umkreis suchen müssen, während die ARD in munteren Bocksprüngen alles rundherum abgrast.“

JOACHIM NEANDER

ARD



ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

9.45 ARD-Ratgeber
10.00 heute
10.05 Die Schwarzwaldklinik
10.50 Komödienstadel
12.25 Globus
Die Welt, von der wir leben
12.55 Presseschau
13.00 heute

ARD

16.00 Tagesschau
16.10 Zwischen Göttern und Dämonen
Frauen in Bangkok. Wie leben sie wirklich? Am Beispiel der Thailänderinnen Sok-Si und Prateep zeigt Wolfram Schlebener, mit welchen Problemen Frauen in der thailändischen Hauptstadt zu kämpfen haben und wie schnell Träume zerstört werden können.
16.55 Mona
Ein Programm mit Lisa
17.20 Kater Mikesch
Spiel mit der Augsburger Puppenkiste
17.50 Tagesschau
Dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Marktplatz der Sensationen
Wenn zwei sich lieben, muß das Dritte nicht immer glücklich machen. So ist auch Börsenrat Samek entsetzt, als seine Tochter ihre Zuneigung zu dem Sohn des Schnorrers Maendl Maendeles bekennt.
21.15 Kontraste
Mit folgenden Themen: Soll Honecker Bonn besuchen? / Anerkennung auf Weltniveau / Herrscherpose oder Verlegenheitsgeste? / Medikamente sind oft Mangelware / Für D-Mark ein voller Gabentisch
Moderator: Jürgen Engert
22.00 Sketchup
Lachen mit Iris Berben und Diether Krebs
22.30 Tagesthemen
23.00 Das Nacht-Studio
Die Verweigerung
Franz.-schweiz. Spielfilm (1980)
Mit Nathalie Baye u. a.
0.50 Tagesschau
0.55 Nachtgedanken
Späte Einsichten mit Hans-Joachim Kulenkampff

ZDF

16.00 heute
16.04 Die Zukunft im Visier
Rüdiger Proske im Gespräch mit Professor Karl Kaiser, Direktor des Forschungsinstitutes der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik Bonn
Anschl. heute-Schlagzeilen
16.35 Frühling am Nordpol
Zu Besuch bei den Eskimos
R. H. Materna, der schon vor Jahren unter Eskimos lebte, hat einen Film über diese Menschen zusammengestellt, in dem er auch die Auswirkungen der Industrialisierung des Polargebietes auf die Eskimos anspricht.
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
17.50 Silas
Wiederholung der Abenteuer-Serie
Dazw. heute-Schlagzeilen
19.00 heute
19.30 Palast der Winde
21.15 WISO
Wirtschaft & Soziales
Mit folgenden Beiträgen: Sind eigentlich nur Frauen Zweitverdiener? / Private Spenden – erst Kontrolle macht Hilfe wirksam / Förderung von Selbständigen – Amerika hat's wirklich besser / Sozialstationen – nicht nur für alte Menschen / Tip: Was taugen Pflegeversicherungsangebote?
Moderation: Hans-Ulrich Spree
21.45 heute-journal
22.05 Menschenskinder!
Präsentiert von Wolfgang M. Ebert
22.45 Theaterwerkstatt
23.55 Ratschlag für Kinogänger
Die aktuelle Filmkritik
0.05 heute



Aus dem Frankfurter Festival „Theater der Welt“: Die japanische Suzuki Company in „Klytemnästra“, um 22.45 Uhr in der ZDF-Sendung „Theaterwerkstatt“ FOTO: TELEBUNK

III.

WEST
18.00 Telekolleg II
18.30 Sesamstraße
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Lindenstraße
Hausarrest
20.45 Auslandsshow
Treffpunkt Kopenhagen
22.15 Landesspiegel
Aufhaltsamer Verfall
Restaurateure bei der Arbeit
Bericht von Wolfgang Haferkamp
22.45 Die Schwärmer
Von Robert Musil
Mit Hermann Treusch u. a.
Regie: Hans Neuenfels
0.40 Letzte Nachrichten

NORD
18.00 Sesamstraße
18.30 Die Sprechstunde
19.15 Streng geheim!
Wissenschaft im Zweiten Weltkrieg
20.00 Tagesschau
20.15 Lindenstraße (2)
20.45 Auf dem Wege in die nachindustrielle Gesellschaft (2)
Ein Film von Rüdiger Proske
21.30 Das Montagsthema
22.30 Dein Leben in meiner Hand
Amerikanischer Spielfilm (1949)
0.00 Nachrichten

HESSEN
18.00 Sesamstraße
18.30 Kinder dieser Welt (15)
18.55 Wildwestgeschichte
19.05 Drei – D
20.08 Trends
Geplant u. a.: Aktien-Boom / Stuhlfabrik Thonet
20.45 Die Sprechstunde
Gesundheitsküche: Wurst
21.30 Drei aktuell
21.45 Magnum
Der Tod spielt mit
22.30 Wege zum Menschen

SÜDWEST
18.00 Sesamstraße
18.30 Telekolleg II
Nur für Baden-Württemberg:
19.00 Abendschau
Nur für Rheinland-Pfalz:
19.00 Abendschau
Nur für das Saarland:
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm:
19.25 Nachrichten
19.30 Bonanza
Little Joe und der Gefangene
20.15 Ich bin nicht mehr der letzte Dreck
Eine Selbsthilfegruppe für obdachlose Frauen
21.00 Die Otto-Show
Von und mit Otto Waalkes
21.45 Mit Kruzifix und Pendel
22.30 Jazz
Pat Metheny in Deutschland
23.40 Nachrichten

BAYERN
18.45 Rundschau
19.00 Live aus dem Alabama
20.45 Aus Forschung und Lehre
21.30 Rundschau
21.45 Blickpunkt Sport
22.45 Z. E. N.
22.50 Der Spion (3)
Schwedischer Fernsehfilm in vier Teilen
Von Rolf Börjlind
23.35 Rundschau

SAT 1

13.30 Kimba, der weiße Löwe
Im Tal der Flußpferde
14.00 Tarzan
In Ketten durch den Urwald
15.00 Mein Freund Taffdi
Hilfe Ma, die Küche brennt
15.30 Musicbox
16.30 Bis ans Ende der Welt
Der unheimliche Mönch
17.00 Ufo
Die fremde Kraft
18.00 Westlich von Santa Fé
Prediger Jamison und die Vergangenheit
Oder: Regionalprogramme
18.30 APF blick
Nachrichten und Reise-Quiz
18.45 3 Girls 3
Amerikanische Unterhaltungsserie
19.30 Hardcastle & McCormick
Flucht ins Nichts
Anschließend: APF Wetterblick
20.30 WM – Das Wirtschaftsmagazin
21.00 Galerie Buecher
Deutsche Familienserie
21.30 APF blick
Aktuelles,
Show und Künstler,
Sport und Wetter
22.15 Die weiße Dämmerung
Kanadischer Spielfilm (1974)
Mit Waren Oates u. a.
Regie: Philip Kaufman
Drei Walfänger, die mit ihrem Boot ins gefährliche Packeis-Wasser trieben, werden von den hilfsbereiten Eskimos gerettet.
23.40 APF blick
Letzte Nachrichten

3SAT

18.00 Neues aus Uhlenbusch
5. Eine Nacht im Freien
Kompass
Oberflächen (3)
19.00 heute
19.30 Sportreport
mit „Sport am Montag“ aus Österreich
21.15 Zeit im Bild 2
21.35 Kulturjournal
21.45 cinema international
Voyou, der Gauner
Franz.-ital. Spielfilm (1970)
Mit Jean-Louis Trintignant u. a.
Regie: Claude Lelouch
23.40 3SAT-Nachrichten

RTL-plus

18.35 Hallo RTL
18.53 7 vor 7
Nachrichten, Sport, Wetter
19.20 Karlchen
19.30 Knight Rider
20.15 Filmvorschau
20.30 Die schwarze Serie
Schnee auf Capri
Französischer Spielfilm (1984)
22.10 RTL-Spiel
22.20 Das Kind im Manne
22.45 Bonnitetti
0.15 Wetter / Horoskop / Betthupferl

Der „Windstoß" konkurriert mit dem Euro-Jäger

HEINZ WEISSENBERGER, Paris

Der französische Flugzeugkonstrukteur Marcel Dassault (93) stellte am Wochenende sein neues Kampfflugzeug „Rafale", den Konkurrenten für den „europäischen" Jäger 90, in Paris der Öffentlichkeit vor. „Dies ist ein Flugzeug für die Welt", sagte Dassault bei der Präsentation des Prototyps, der ähnlich aussieht wie die aus dem gleichen Hause stammende „Mirage 2000".

„Rafale" kann sowohl mit „Windstoß" als auch mit „Maschinengewehrsalve" übersetzt werden. Der erste Probeflug soll im Mai oder Juni stattfinden.

Fast zur gleichen Zeit wird der britische Prototyp „EAP", der als Basis für den „europäischen" Jäger 90 dient, seinen ersten Probeflug absolvieren. Beide Maschinen haben Deltaflügel und die kleinen „Schnurrbartflügel", die beim Starten und Landen die erforderliche Flugstabilität verleihen. Frankreich hatte ursprünglich ins Auge gefaßt, sich an dem Bau des „europäischen" Jägers zu beteiligen. Doch Meinungsverschiedenheiten über die Eigenschaften des für die 90er Jahre notwendigen Kampfflugzeuges und darüber, wer in dem europäischen Konsortium führend sein sollte, Dassault oder British Aerospace, ließen das Projekt platzen.

Nachdem Spanien sich nach einigem Zögern für das britisch-deutsch-italienische Projekt entschied, baute Frankreich die „Rafale" im Alleingang. Der technische Direktor von Dassault, Bruno Revellin-Falcoz, teilte mit, Kontakte seien mit „anderen europäischen Ländern" über eine Beteiligung im Gange. Inoffiziell spricht man von Belgien, den Niederlanden und Schweden.

Der amerikanische Verteidigungsminister Caspar Weinberger deutete vor einigen Tagen an, die USA seien möglicherweise bereit, sich sowohl an „Rafale" wie an dem Projekt EFA (European Fighter Aircraft) zu beteiligen.

Der Generalstabschef der französischen Luftwaffe, General Bernard Capillon, sagte, dieses Flugzeug entspreche „voll und ganz den Aufgaben und Leistungen, die wir für das künftige Kampfflugzeug definiert haben". (SAD)

Spranger hat wegen Nachforschungen über die Grünen ein „gutes Gewissen"

SPD-Abgeordneter nennt Einschaltung des Verfassungsschutzes einen „Skandal"

PETER PHILIPPS, Bonn

Der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesinnenministerium, Carl-Dieter Spranger, hat gegenüber der WELT erklärt, „mich nicht öffentlich zu äußern" zu den Vorwürfen, die am Ende der vergangenen Woche während der Arbeit des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses gegen ihn vor allem von den Grünen erhoben worden sind. Er sprach von dem „guten Gewissen", auf dessen Grundlage er und Innenminister Friedrich Zimmermann wie seit Beginn der Affäre Tiedge auch weiterhin schweigen könnten. Nach seiner Überzeugung zeige sich, daß „die letzten Träume" der Opposition „platzen", der Spitze des Innenministeriums Versäumnisse im Fall Tiedge nachweisen zu können.

Der stellvertretende Chef des Bundesamtes für Verfassungsschutz (BfV), Stefan Pelny, hatte die Diskussion um Spranger entfacht, als er vor dem Untersuchungsausschuß – der ein mögliches Verschulden Zimmermanns in der Affäre des übergelaufenen Agenten-Jägers Tiedge klären soll – auf Fragen des CSU-Abgeordneten Fellner gesagt hatte: Staatssekretär Spranger habe 1984 mehrere Aufträge an das BfV erteilt, in denen es unter anderem um Aufklärung etwaiger linksextremistischer Einflüsse auf die Grünen und den Verdacht einer möglichen Identifikation des Bundestagsabgeordneten der Grünen und Berliner Rechtsanwalts Otto Schily mit dem Terrorismus ging. Außerdem habe Spranger um eine Stellungnahme gebeten, ob die Flick-Spendenaffäre nicht im wesentlichen nur eine Desinformations-Arbeit gegnerischer Geheimdienste sei.

Pelny, der als SPD-Mitglied nach der „Wende" aus dem Bundeskanzleramt ins BfV versetzt worden war und dort seit Mai 1983 entsprechend dem Parteien-Proporz Vizepräsident ist, sprach zwar von den Sorgen, die er gemeinsam mit Amtschef Hellenbroich gehegt habe, die Kölner Behörde könne auf diese Weise parteipolitisch mißbraucht werden, doch der Überraschungseffekt blieb auf die Grünen und ihre daraus resultierenden Forderungen nach einem Spranger-Rücktritt beschränkt:

Die SPD hielt sich vollständig bedeckt. Sie hatte, wie bereits vor einigen Wochen durchgesickert war, schon während der streng geheimen Befragungen zum Fall Tiedge in der Parlamentarischen Kontrollkommission (in der die Grünen nicht vertreten sind) von diesen Aufträgen Sprangers erfahren. Da offenbar nicht der Eindruck entstand, daß hier rechtlich bedenkliche Wege beschritten worden waren, war der „Knochen" den Grünen für den öffentlich tagenden Untersuchungsausschuß zum „Abnagen" überlassen worden. Doch die Auffassung der SPD hat sich offenbar gewandelt. Der Vorsitzende des Bundestagsinnenausschusses, Axel Wernitz (SPD), will den „Skandal" jetzt vor diesen Ausschuß bringen. Auch die Parlamentarische Kontrollkommission soll sich mit den Nachfragen Sprangers befassen.

Der CDU-Abgeordnete Todenhöfer, der mit seinen Anfragen Sprangers Aktivitäten in Richtung Grüne ausgelöst hatte, wies gestern alle Vorwürfe zurück: Es gehöre „zu den demokratischen Rechten jedes Bundestagsabgeordneten, in Angelegenheiten, die er für das Wohl des Staates für bedeutsam hält, Fragen an die Bundesregierung zu stellen".

Da die Inlandsaufklärung das Arbeitsgebiet des BfV ist, sind in Köln von Anbeginn an auch Informationen über alle Parteien ausgewertet worden. Dies bedeutete freilich nicht – ebensowenig wie bei Sprangers Aufträgen – eine gezielte Observation, sondern im wesentlichen eine aus allgemein zugänglichen Quellen gespeiste Einschätzung der Lage.

Shultz: Jalta verpflichtet die Sowjets

● Fortsetzung von Seite 1

len vor jeglicher Eigenmächtigkeit – vor allem aber verurteilt Moskau ausdrücklich jede unabhängige Außenpolitik kommunistischer Staaten. In diesem Licht muß man den in der „Prawda" veröffentlichten Artikel zum 15. Jahrestag der Unterzeichnung der Dokumente von Prag sehen. Der Bericht befaßt sich mit den „Lehren der Krisenentwicklung der Kommunistischen Partei der CSSR und der Gesellschaft nach der XIII. (13.) Tagung der „KPC".

Der Bericht wurde gezielt zum Besuch des amerikanischen Außenministers Shultz in Osteuropa plaziert. Die Verlautbarung der Reagan-Administration, daß sie „die individuellen Identitäten und Zielsetzungen" der einzelnen Länder unterstütze, hat den Kreml aufgeschreckt. Als „Warnung" an die Ostvölker wird noch einmal das „Eingreifen" der Sowjets und indirekt das „Niederwalzen" des „Prager Frühlings" gerechtfertigt. So heißt es in der „Prawda": Die internationale Hilfe bei der Verteidigung der sozialistischen Errungenschaften, die als Antwort auf den Aufruf der Kommunisten – der wahren Patrioten der Tschechoslowakei – erfolgte, wendete das Blutvergießen, das die Konterrevolutionäre vorbereitet hatten, ab." – Und weiter: „Dieser Akt hat das Leben von Tausenden von Menschen gerettet, hat die inneren und äußeren Bedingungen für eine friedliche und ruhige Arbeit gewährleistet, hat die West-Grenzen des sozialistischen Lagers gefestigt und die Hoffnungen der imperialistischen Kreise auf eine Revision der Ergebnisse des Zweiten Weltkrieges auf immer vernichtet."

Westliche Stimmen sehen in diesem Artikel eine Bekräftigung der Breschnew-Doktrin. Nicht nur der Shultz-Besuch mag ausschlagend für das Erscheinen dieses Artikels gewesen sein, sondern sicher auch die 41. Sitzung der RGW-Staaten, die morgen in Moskau beginnt. Auch seinerzeit im Juni, vor der jüngsten Sitzung in Warschau, wurde den osteuropäischen Regierungschefs durch einen „Prawda"-Artikel unter dem Pseudonym „Wladimirow" eine scharfe Absage an Experimenten mit Elementen der Privatinitiative und der Marktwirtschaft erteilt.

Weder die Militärs noch Museveni lenken ein

Verhandlungen über Machtteilung in Uganda gescheitert

DORIS GRAY, Nairobi

Das „Ultimatum" für die Unterzeichnung eines Friedensvertrages für Uganda ist am Wochenende verstrichen, die Hoffnungen auf eine friedliche Beilegung des bürgerkriegsähnlichen Konfliktes sind jetzt auf den Nullpunkt gesunken. Erfolglos verliefen auch die Gespräche, die der kenianische Präsident Daniel Arap Moi am Wochenende separat mit den ugandischen Kontrahenten führte.

Unter Vorsitz Mois verhandeln seit dem Sturz des ugandischen Präsidenten Milton Obote im Juli dieses Jahres Vertreter des gegenwärtig regierenden Militärrates mit der Nationalen Befreiungsarmee (NRA) um die Macht in Uganda.

Panik in Kampala

Vertreter beider Seiten sind sich seitdem jedoch nicht nähergekommen. Im Gegenteil, die NRA unter der strikten Führung von Yoweri Museveni hat mittlerweile den gesamten Südwesten des Landes unter ihre Kontrolle gebracht und eine Interimsverwaltung eingesetzt. Am Samstag lösten Gerüchte, Musevenis Kämpfer marschierten in Richtung Kampala, eine Panik aus.

Massenweise versuchten Ugander die Hauptstadt zu verlassen. Die Armee riegelte schließlich einige Straßen, die aus Kampala herausführten, vor allem den Weg nach Entebbe (Flughafen) ab. Später glich Kampala einer verlassenen Stadt. Geschäfte schlossen vorzeitig, der Stadtmarkt verödete, und der Straßenverkehr kam zu einem Stillstand. Obwohl sich die Gerüchte als falsch erwiesen, kam gestern nur langsam wieder Leben in die Straßen Kampalas.

Währenddessen hielten Reporter aus dem In- und Ausland im benachbarten Kenia ihre Kameras und Stifte bereit, um die angekündigte Unterzeichnung des Friedensvertrages festzuhalten.

Aber der alternde General Tito Okello, Führer des Militärrates und gegenwärtiges Staatsoberhaupt von Uganda, und Rebellenführer Yoweri Museveni verließen getrennt Harambee Haus, den Amtssitz des kenianischen Präsidenten. Mois Kommentar: „Es gibt nichts zu berichten."

In einer Textvorlage des Friedensvertrages hieß es, daß die Regierung in Kampala den Hauptforderungen der Befreiungsarmee nachgeben wolle und bereit sei, Museveni das Amt des Vizepräsidenten des Militärrates zu übergeben. Bedingung sei jedoch, daß die NRA die Interimsverwaltung im Südwesten mit sofortiger Wirkung aufhebe.

Das gegenwärtige Chaos in Uganda hat eine lange Geschichte und führt bis in die Tage zurück, da Uganda britisches Protektorat war. Zwei unterschiedliche ethnische Gruppen stehen sich hier gegenüber, die Niloten aus dem Norden und die Bantus, die vorwiegend im südlichen, fruchtbaren Teil des Landes leben.

Die verschiedenen Stämme, die der Volksgruppe der Niloten angehören, sind Krieger und wurden unter den Engländern zu Soldaten ausgebildet. Die den Bantus zugehörigen Stämme hingegen sind traditionell Landwirte und Bauern. Wie Obote ist auch das gegenwärtige Staatsoberhaupt Okello ein Mann aus dem Norden mit entsprechend gelagertem Interesse.

Museveni dagegen will auch den Menschen aus dem Süden eine Mitsprache in der Regierung und vor allem in der Armee sichern. Darüber hinaus fordert Museveni, der bei Beobachtern mit Robert Mugabe von Zimbabwe verglichen wird, daß die Armee von Politikern gesäubert wird, die unter dem einstigen Diktator Idi Amin aktiv waren. Für die NRA ist somit die Neuordnung der Armee Grundvoraussetzung für einen Friedensvertrag.

Verhärtete Fronten

Inzwischen haben sich die Fronten in Uganda derart verhärtet, daß eine Lösung – gleich welcher Art – in absehbarer Zeit nicht in Sicht ist. Selbst wenn Museveni, der hinter vorgehaltener Hand immer mehr Unterstützung aus Kreisen westlicher Diplomaten bekommt, an die Macht gelangen sollte, so bedeutet das, daß sich die gegenwärtig Regierenden in den Busch zurückziehen und kämpfen werden. Politische Orientierungen verlieren an Bedeutung. „Das einzige, worum es jetzt noch geht", so ein politischer Beobachter in Kampala, „ist die Macht".

Madrid weist vier kubanische Diplomaten aus

ROLF GÖRTZ, Madrid

Die spanische Regierung hat am Wochenende vier kubanische Diplomaten ausgewiesen, die versucht hatten, einen kubanischen Regimekritiker in Madrid zu entführen. Außerdem legte sie bei der Regierung in Havanna Protest ein. Aus Regierungskreisen verlautete, die Kuba-Reise von Ministerpräsident Felipe González sei nun „unmöglich".

Die Ausgewiesenen, Mitglieder des Geheimdienstes „G 2", hatten in Madrid auf offener Straße Manuel Antonio Sánchez Pérez (41), den ehemaligen Vizeminister für Technologie und Materialbeschaffung, mit vorgehaltenen Pistolen entführen wollen. Sánchez hatte am 19. November das von ihm erbetene Asylrecht erhalten.

Beherzte Passanten, ein ziviler Wachmann und ein Taxifahrer warfen sich dazwischen und verhinderten so bis zum Eintreffen der Polizei die Entführung des zu Tode erschrockenen Mannes. Sánchez, der von einem vor ihm aus Kuba geflüchteten anderen Vizeminister gegenüber der Madrider Zeitung „ABC" als Spitzenfunktionär des Castro-Regimes bezeichnet wurde, hatte in Saragossa im Auftrage kubanischer Staatsunternehmen Geschäfte abzuwickeln. Saragossa ist seit Jahren als Zentrale für Waffenverkäufe an kommunistische Guerrilla-Verbände in Südamerika bekannt.

Sánchez Pérez hatte außerdem auf der Madrider Zentrale der Banco Comercial Transatlántico eine halbe Million Dollar auf seinen Namen eingezahlt. Mit diesem Geld sollte nach Informationen der gut unterrichteten „ABC" die Anti-NATO-Kampagne in Spanien mitfinanziert werden. Die von González versprochene Volksabstimmung über Verbleib oder Nichtverbleib in der NATO wird nur noch vom linken Flügel der Regierungspartei sowie von den kommunistischen Parteien und mehreren pazifistischen Gruppen gefordert.

Die Castro-Regierung warf inzwischen der spanischen Regierung vor, einem „gemeinen Dieb" seine gerechte Strafe vorenthalten zu haben. Spaniens Außenminister Fernández Ordóñez nannte diesen Vorwurf „unannehmbar", der die gespannten Beziehungen zwischen beiden Ländern weiter verschärfe. (SAD)

Gewaltige Lücke

dos. – Die Kritik, die das Mittelstandsinstitut Niedersachsen im Anschluß an ein „Privatisierungs-Seminar" in Hannover formulierte, ist ebenso eindeutig wie richtig: zwischen dem Anspruch, mit dem die Politiker der Entstaatlichung das Wort reden, und den tatsächlichen Ergebnissen klafft eine gewaltige Lücke. Am Beispiel Niedersachsens läßt sich nachvollziehen, wie bescheiden die Erfolge auf dem Gebiet der Privatisierung sind. Die Schlußfolgerung liegt nahe, daß die mangelnde Durchsetzungsfähigkeit im politischen Bereich wesentliche Ursache dieses Dilemmas ist.

Vorsichtige Schätzungen gehen davon aus, daß mehrere hundert Leistungsbereiche, die sich zur Privatisierung anbieten, von der öffentlichen Hand unterhalten werden, obwohl keine Zweifel daran bestehen, daß eben diese Leistungen von Privaten sehr viel günstiger angeboten werden könnten. Wirtschaftlichkeitsberechnungen kommen zu durchschnittlichen Kosteneinsparungen von 50 Prozent.

Obwohl es durchaus postive Erfahrungen gibt, bewegt sich kaum etwas in Sachen Privatisierung. Im Gegenteil: Das Land weitet seinen Einflußbereich eher noch aus. Der Grundstückserwerb von Klöckner in Osnabrück, die Gründung der Fang-Union in Cuxhaven als Fortsetzung des Engagements in der Fischverarbeitung und die angestrebte Übernahme der Wilhelmshavener Öl-Raffinerie sind Beispiele dafür. In der Öffentlichkeit, und das kann kaum überraschen, wachsen die Zweifel an der Ernsthaftigkeit der politischen Willensbekundungen in bedrohlichem Maße.

Arbeit nicht nur am Bau

Von HANNA GIESKES

Im dritten Quartal haben die Bauinvestitionen relativ am meisten zum kräftigen Anstieg des Bruttosozialprodukts beigetragen. Gleichzeitig hat sich die Zunahme der Beschäftigung beschleunigt. Diese Botschaften aus dem Wirtschaftsministerium klingen wesentlich froher als vieles, was zur Zeit von Verbänden und Unternehmen aus der Bauwirtschaft zu hören ist. Gleichzeitig bestätigen sie die Erfahrung, daß Bauen Arbeitsplätze schafft.

So betrug der Anteil der Bauinvestitionen am Bruttosozialprodukt im Jahr 1965 rund 17 Prozent; damals gab es eine Arbeitslosenquote von 0,7 Prozent. Im Jahr 1984, als die Arbeitslosenquote auf 9,4 Prozent angestiegen war, hatten die Bauinvestitionen nur noch einen Anteil von 11,5 Prozent am Bruttosozialprodukt. Im gleichen Zeitraum ist die reale Quote der Ausrüstungs-Investitionen mit 8,5 Prozent in etwa konstant geblieben, so daß sich der Strukturwandel einseitig auf dem Rücken der Bauwirtschaft vollzogen hat. Mit den bekannten Folgen für den Arbeitsmarkt.

Nur eine Ausweitung der Produktion in der Wirtschaft sorgt für neue Arbeitsplätze. Das geht in der Regel nicht ohne bauliche Maßnahmen, auch wenn die Entwicklung der Mikroelektronik es mit sich bringt, daß viele Maschinen immer kleiner werden, so daß auch die Hallen, in denen sie stehen, kleiner werden. Gebaut werden müssen sie doch. Und je mehr gebaut wird, desto geringer ist die Arbeitslosigkeit – nicht nur in der Bauwirtschaft.

Das stützt nicht gerade die derzeit gängige Empfehlung an die Branche, sie möge sich „gesundschrumpfen". Gleichwohl ist unbestritten, daß es am Bau Überkapazitäten gibt. Welcher Maßstab soll für ihren Abbau gelten? Das kann nur die Rentabilität sein, und die vielen Insolvenzen in der Branche beweisen ja, daß die Entwicklung in diese Richtung geht. Auf keinen Fall darf eine „volkswirtschaftlich vernünftige" Baukapazität Bemessungsgrundlage des Gesundschrumpfens sein, wie es gelegentlich vorgeschlagen wird.

Denn was ist „volkswirtschaftlich vernünftig"? Doch wohl alles, was nachgefragt wird, seien es nun Penthäuser, Fabrikhallen oder Kläranlagen. Diejenigen, die solche Vorschläge machen, meinen es aber oftmals anders: „Vernünftig" ist für sie alles, was sie vernünftig finden; Penthäuser gehören in der Regel nicht dazu und Fabrikhallen nur dann, wenn dort etwas „Vernünftiges" hergestellt wird. Das aber können wir nicht wollen.

Analoges gilt für die Nachfrage der öffentlichen Hand nach Bauleistungen. Auch hier kann es eine „volkswirtschaftlich gebotene" Kapazitätsgrenze für die Branche nicht geben – weder nach oben noch nach unten –, weil niemand sicher sagen kann, wie hoch der Bedarf an öffentlichen Bauinvestitionen in der Zukunft sein wird. Das hängt vom politischen Umfeld ebenso ab wie vom technischen Fortschritt etwa im Bereich des Umweltschutzes. Vielleicht wollen künftige Regierungen den Fernstraßenbau einstellen, vielleicht erfinden Ingenieure völlig neue Methoden zur Reinhaltung des Wassers, die große Baumaßnahmen erfordern – wer kann es heute wissen?

Eines freilich wissen wir ziemlich genau: Im Wohnungsbau sind die Kapazitäten entschieden zu hoch. Nur Optimisten glauben daran, daß im kommenden Jahr 300 000 Wohnungen gebaut werden können. Eher werden es 280 000 sein, denn erstens ist der Markt gesättigt, und zweitens lohnt bei stabilem Geldwert eine „Flucht in die Sachwerte" nicht. Hinzu kommt, daß zur Zeit sehr viele gebrauchte Wohnungen an den Markt drängen, teils aus Bauherrenmodellen, bei denen die Mietgarantie inzwischen ausgelaufen ist, teils aus Beständen der Neuen Heimat, die mit ihren massiven Verkäufen diesen Markt vermutlich noch auf Jahre stören wird. Am Wohnungsmarkt haben normale Verhältnisse die Not der Nachkriegszeit abgelöst, und darauf wird sich diese Sparte einstellen müssen.

Dem öffentlichen Bau trauen Experten im kommenden Jahr ein Wachstum um drei bis vier Prozent zu, nicht zuletzt dank größerer Aufträge von Bahn und Post. Der Wirtschaftsbau wird vermutlich um vier bis fünf Prozent zulegen. Mithin sind aus dem Hause Bangemann weitere frohe Botschaften zu erwarten, auch für die Lage am Arbeitsmarkt.

KAPITALANLAGE-GESELLSCHAFTEN / Mehr als 100 Mrd. Mark Vermögen

Das Investmentsparen wird in diesem Jahr Rekordhöhen erreichen

INGE ADHAM, Frankfurt

Die Kapitalanleger haben sich wieder stärker auf das Investmentsparen besonnen: Ende November verwalteten die deutschen Kapitalanlagegesellschaften mehr als 100 Mrd. DM. Im Dezember des vergangenen Jahres waren es erst gut 79 Milliarden. Damit hat sich das Fondsvermögen innerhalb der letzten drei Jahre verdoppelt. Im Vordergrund des Anlegerinteresses stehen dabei die Rentenfonds.

Um gut ein Fünftel auf fast 56 Mrd. DM steigerten im Jahresverlauf die Publikumsfonds das von ihnen verwaltete Fondsvermögen. Noch stärker legten mit einem Plus von gut 33 Prozent auf gut 44 Mrd. DM die Spezialfonds institutioneller Anleger zu, teilt jetzt der Bundesverband Deutscher Investmentgesellschaften (BVI) mit, der für beide Sparten des Investmentgeschäfts ein Rekordjahr erwartet. Dabei entwickeln sich auch in diesem Jahr die Fondsgruppen sehr unterschiedlich.

Während Spezialfonds und offene Immobilienfonds kontinuierliches Wachstum verzeichnen, kommt es bei Aktienfonds und Rentenfonds analog zur Kapitalmarkt- und Börsenentwicklung zu erheblichen Schwankungen. So lagen in diesem Jahr die international anlegenden Rentenfonds ganz vorn in der Gunst der privaten Anleger, was diese Fonds mit jetzt knapp 36 Mrd. DM. Fondsvermögen zur abstandsgrößten Fondsgruppe unter den Publikumsfonds werden ließ.

Hintergrund für die fast explosionsartige Entwicklung ist die Tatsache, daß die international investierenden Rentenfonds lange Zeit von den hohen Zinsen in Währungsanlagen profitieren konnten, was ihnen eine weitaus bessere Performance als den deutschen Fonds bescherte. Die Erfolge dieses Jahres wurden freilich nach Rückgang des Dollarkurses und der Festigung der D-Mark in vielen Fällen von Wechselkursverlusten wieder aufgefressen. Die deutschen Anleger hat das bisher freilich nicht von weiteren Investitionen in entsprechenden Fonds abgehalten.

Rätselhaft bleibt selbst für die BVI-Mitglieder das mangelnde Interesse der deutschen Anleger für die Aktienfonds (knapp zwölf Mrd. DM Fondsvermögen), bei denen auch in diesem Jahr mehr Anteile zurückgegeben als neu verkauft wurden, obwohl gerade die deutschen Aktienfonds in diesem Jahr mit haussierender Börse mit einer hervorragenden Wertentwicklung (zwischen 36 und 53 Prozent) glänzten.

Als eine der Ursachen macht der BVI einen neuen Anlegertypus aus: nämlich jene Investmentsparer, die Spezialitätenfonds kaufen und bei entsprechender Gewinnentwicklung auch schnell Gewinne realisieren. Eine Flexibilität, die eigentlich der Konstruktion dieser Fonds entspricht. Auch kam es deutlich zu Gewinnrealisierungen von Anlegern, die recht teuer eingestiegen waren und jetzt eine Chance sahen, mit Gewinn ihre lange gehaltenen Anteile zu verkaufen. Als ein weiteres Indiz für die relative Absatzschwäche bei Aktienfonds wird in der Branche hinter vorgehaltener Hand freilich auch das Verhalten der Vertriebsbanken gesehen. Aktienfonds würden in der Verkaufsstrategie vernachlässigt, heißt es.

„Auffallende Konstanz" bescheinigt der BVI der Entwicklung der offenen Immobilienfonds, obwohl dieses Jahr alles andere als ein Jahr mit gutem Immobilienklima war. Eine breite Anlagestreuung und die ständige Anpassung des Liegenschaftsbestandes an die sich ändernden Marktverhältnisse hatten sich als eindeutige Vorteile der offenen Immobilienfonds gezeigt.

„Objektive Anzeichen dafür, daß das Investmentsparen den Wachstumspfad verlassen könnte, sind derzeit nicht erkennbar", stellt der BVI fest. Zumal das Investmentsparen eine zentrale Anlageform im Rahmen der Vermögenspolitik der Bundesregierung sei. Angst, bei der Neuregelung außen vor der Tür zu bleiben, haben die offenen Immobilienfonds, die mit Unbehagen Vorschläge registrieren, Fonds, die zu mehr als 80 Prozent in gewerblichen Objekten investiert sind, bei der begünstigten Anlageform auszuklammern.

US-AKTIENMÄRKTE

Sinkende Ölpreise stoßen Hausse weiter nach vorn

H.-A. SIEBERT, Washington

Diese Hausse, die in großen Sprüngen nach vorn stürmt, ist nichts für Hasenherzen. Bei diesem Niveau bedarf es des Zuspruchs eines Gurus mit überirdischen Kräften, um auf den rasenden Zug zu springen. Aber gesprungen wird: An den US-Aktienmärkten stellten in der vergangenen Woche alle wichtigen Barometer neue Rekorde auf, allein an der New York Stock Exchange wechselten 827 Mill. Papiere den Besitzer – so viel wie nie zuvor. Die Kaufwut hat nun auch die Kleinanleger erfaßt.

Im Wochenverlauf stiegen der populäre Dow-Jones-Industrie-Index 58,03 (Freitag: 23,97) auf 1535,21, der umfassende Nyse-Index um 3,84 (1,71) auf 120,83 und der Standard & Poor's 500 um 6,95 (3,21) auf 209,94 Punkte. Wie schnell alles gegangen ist, läßt sich am „Dow" ablesen: Erst im Mai durchbrach er die 1300- und schon im November die 1400-Marke. Seit dem Beginn der Hausse im August 1982 hat er 98, seit der Einschaltung des Schnellgangs im September 15 Prozent zugelegt.

Die Anstöße in der letzten Woche haben die Börsen vor allem der Opec zu verdanken, die alle Preisbremsen löste, um wenigstens den Kampf um die Anteile am Ölmarkt zu gewinnen. Billigeres Öl bedeutet jedoch weniger Inflation und niedrigere Zinsen, da die Währungsbehörden einen großzügigeren Geldkurs steuern können. Die Folge sind höhere Unternehmensgewinne; wenn die Kreditkosten sinken, kann überdies der Konsument mehr Geld ausgeben.

Aus dieser Kausalkette folgert die Wall Street, daß zwar Mineralölkonzerne, Driller und Pipeline-Unternehmen unter Druck geraten, alle anderen Aktien, die von niedrigeren Kosten und reicheren Verbrauchern profitieren, jedoch die Hausse am Leben erhalten. In diese Kategorie fallen alle zyklischen, also konjunkturabhängigen Papiere wie Fluggesellschaften, IBM, ITT, Boeing oder Burrough. Attraktiv bleiben aber auch Fusionswerte. Warner Lambert gewann 2,25 Dollar, weil die Bayer AG ein Auge auf sie geworfen haben soll.

Folgt man ernstzunehmenden Analysten, dann hat der Ölpreis eine viel größere Bedeutung als die Verabschiedung des US-Haushaltausgleichsgesetzes durch den Kongreß. Denn niemand weiß, ob Einnahmen und Ausgaben bis 1991 wirklich ausgeglichen werden können. Präsident Reagan zweifelt inzwischen selbst die Verfassungsmäßigkeit an; eine Gruppe von Abgeordneten hat bereits Klage erhoben. Dagegen nehmen die Spekulationen, daß die US-Notenbank spätestens im Januar den Diskontsatz (zur Zeit 7,5 Prozent) herabsetzt, zu.

Am Freitag brachten dreimonatige Treasury Bills nur noch 6,96, zehnjährige Notes 9,21 und 30jährige Bonds 9,52 Prozent. Die US-Industrieproduktion stieg im November um 0,4 Prozent, nach minus 0,4 und 0,1 Prozent in den beiden Vormonaten.

AUF EIN WORT

» Im Erfinden von Bedenken sind wir noch Spitze. «

Dr. Erich Häußer, Präsident des Deutschen Patentamtes, München

FOTO: AP

EINZELHANDEL

Langer Samstag wieder verregnet

J. G. Düsseldorf

Das „handelsfeindliche und kundenunfreundliche" Wetter habe zwischen dem sehr guten November und dem schwächeren Dezember zu einer „Umsatzzäsur" geführt. Dieses Urteil gewinnt die Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandel (HDE) aus ihrer bundesweiten Blitzumfrage zu den Umsatzergebnissen auch am dritten verkaufsoffenen Samstag des diesjährigen Weihnachtsgeschäfts. Er war zwar, mit hoher Nachfragepriorität für Geschenkartikel, der traditionell umsatzstärkste Tag des Jahres.

Aber nach HDE-Umfrage haben an diesem Samstag nur zehn Prozent der Befragten ihren Vorjahresumsatz leicht überschritten; 35 Prozent kamen knapp an das Vorjahresniveau heran, der große Rest von 55 Prozent meldete unterschiedlich hohe Minusraten. Die gleiche Tendenz berichten die Warenhauskonzerne, darunter Horten mit einem Tagesumsatz von 32,1 Mill.DM.

Nur dürftig verkaufte der Einzelhandel abermals Damen- und Herren-Oberbekleidung, Winterschuhe, Pelze, Möbel und Gardinen. Hier wirke, meint die HDE, mehrjähriges und weitverbreitetes „Fehlverhalten mancher Branchen" negativ auf das Weihnachtsgeschäft. Generell rechnen immer noch zwei Drittel der Händler damit, daß das Weihnachtsgeschäft mit einem knappen Umsatzplus gegenüber dem Vorjahr enden wird.

AUSSENHANDEL

Tokio kündigt Zurückhaltung an

AP, Tokio

Das japanische Handels- und Industrieministerium hat am Wochenende für sieben Produkte freiwillige Beschränkungen beim Export in die Länder der Europäischen Gemeinschaft angekündigt.

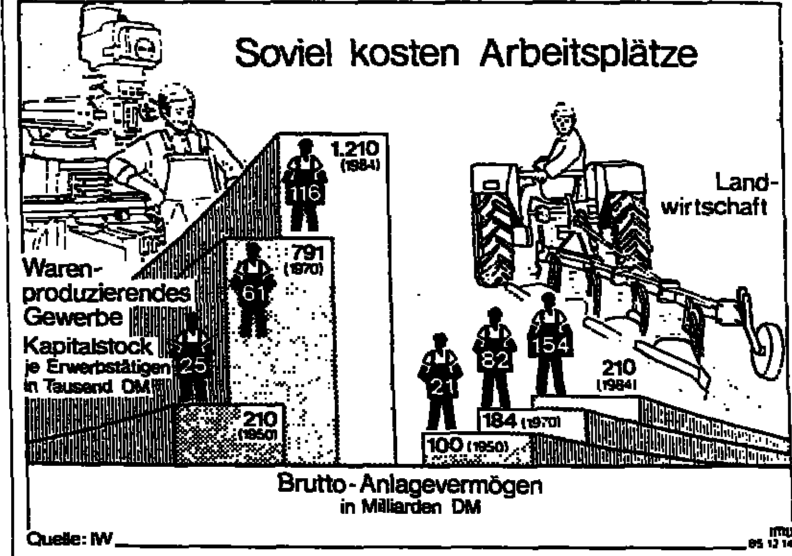
Nach Mitteilung des Ministeriums wird Japan die Ausfuhr dieser Artikel in die Gemeinschaft im kommenden Jahr überwachen und sie gegebenenfalls drosseln, wenn der Export plötzlich unvorhergesehen steil ansteigen sollte.

Betroffen sind Videorecorder, Farbfernseher, Farbfernseherröhren, Personenwagen, Lieferwagen, Gabelstapler und Maschinensteueranlagen. Die japanische Regierung werde sich im Falle einer starken Zunahme der Ausfuhren mit der EG-Kommission über die Möglichkeit einer Drosselung in Verbindung setzen, hieß es dazu in Tokio.

Für Videorecorder läuft Ende des Jahres eine auf drei Jahre befristete Vereinbarung über freiwillige japanische Beschränkungen aus. Nach einer Meldung der Tokioter Nachrichtenagentur Kyodo ist für das kommende Jahr ein Höchstgrenze von 1,5 bis 1,7 Millionen Geräten ins Auge gefaßt worden.

Laut Übereinkunft hätte Japan in diesem Jahr 2,2 Millionen Geräte in die EG einführen können, wegen eines Nachfragerückgangs dürfte die tatsächliche Zahl jedoch bei 1,8 Millionen liegen.

WIRTSCHAFTS JOURNAL



Seit 1950 hat sich die Produktion je Beschäftigten in der Industrie verfünffacht, in der Landwirtschaft sogar versiebenfacht. Für diese Leistungssteigerung wurde sehr viel Geld ausgegeben. Im Jahr 1950 kostete ein Industriearbeitsplatz rund 25 000 DM, 1984 waren es 116 000 DM. Noch kapitalintensiver produziert die Landwirtschaft. Hier kostete 1984 ein Arbeitsplatz fast 154 000 DM. QUELLE: IMU

Berlin-Anleihe

Frankfurt (cd.) – Das Land Berlin begibt eine 6,75prozentige Anleihe über 200 Mill. DM mit zehnjähriger Laufzeit zum Kurs von 99,5 Prozent. Die Anleihe wird eine Rendige von 6,78 Prozent ab. Zeichner mit Wohnsitz in Berlin profitieren bei den Zinseinnahmen von der 30prozentigen Steuerpräferenz.

Bald Rentenoptionshandel?

Frankfurt (adh.) – Keine grundsätzlichen Bedenken gegen einen Optionshandel mit festverzinslichen Wertpapieren hat Bundesbankdirektoriumsmitglied Claus Köhler. Zwar liege noch kein konkreter Börsenvorschlag dafür vor, aber wenn die Sicherheitenfrage im Optionshandel befriedigend geklärt werde, sei nicht unbedingt etwas dagegen einzuwenden, sagte Köhler. Allerdings warnte er vor den mit einem überbordenden Einsatz der neuen Finanzinstrumente verbundenen Risiken für die internationalen Kapitalmärkte: Aus dem derzeit einzig gesehenen Zinsrisiko könne leicht ein Liquiditätsproblem werden.

DBAG überzeichnet

Frankfurt (cd.) – Die Zeichnung für die zum Kurs von 140 DM angebotenen Aktien der Deutschen Beteiligungsgesellschaft (DBAG) ist wegen der sehr starken Nachfrage vorzeitig geschlossen worden.

Millionen-Strafe

Brüssel (dpa/VWD) – Die EG-Kommission hat gegen Akzo-Chemie eine Strafe in Höhe von 22 Mill. DM wegen Mißbrauchs einer marktbeherrschenden Stellung verhängt. Die Tochtergesellschaft des niederländischen Chemieunternehmens Akzo hat nach Angaben der Kommission eine kleine britische Chemiefirma bedroht, nachdem diese in den zur Hälfte von Akzo kontrollierten europäischen Markt für Benzolperoxid einzudringen versuchte.

Moratorium abgelehnt

New York (AP) – Die amerikanischen Banken sind nicht bereit, Südafrika ein Moratorium für die Tilgung seiner Auslandskredite bis 1990 zu gewähren, erklärte eine betroffene US-Großbank. Südafrika hatte einseitig seinen Schuldendienst für ein halbes Jahr bis zum 31. März 1986 ausgesetzt und fordert ein vierjähriges Moratorium.

Teilliberalisierung

Athen (dpa) – Die griechische Regierung plant zu Beginn des kommenden Jahres eine teilweise Liberalisierung des Kapitalverkehrs mit den EG-Ländern. Nach Angaben aus dem griechischen Wirtschaftsministerium wolle man damit einer Verurteilung durch den Europäischen Gerichtshof zuvorzukommen.

Bitte um Finanzierung

Mexiko-Stadt (dpa) – Die mexikanische Regierung hat den internationalen Währungsfonds (IWF) offiziell um eine „Notfinanzierung" in Höhe von 300 Mill. Dollar (rund 750 Mill. DM) gebeten, um den Druck auf die Devisenreserven des Landes zu verringern. In dem Schreiben des Finanzministeriums an den IWF hieß es, mit dem Geld solle auch den Auswirkungen des Erdbebens vom 19. September begegnet werden.

FRANKREICH

Paris erhält von Peking Auftrag für Kernkraftwerk

J. SCH. Paris

Nach siebenjährigen zähen Verhandlungen hat sich die Volksrepublik China endlich bereit erklärt, ihr Kernkraftwerksprojekt von Daya Bay (bei Hongkong) unter maßgeblicher französischer Beteiligung durchzuführen. Nach einem jetzt in Paris unterzeichneten Regierungsvertrag soll die französische Framatome die beiden ersten Kernreaktoren mit einer Leistung von je 900 MW liefern, während die britische GEC die traditionellen (thermischen) Anlagen dafür erstellt. Die Electricité de France (EdF) übernimmt die Koordinierung des Gesamtprojekts.

Der auf Frankreich entfallende Auftragswert wird in Paris mit rund 10 Milliarden Franc angegeben. Für dessen Finanzierung sollen sehr bedeutende Kredite zu Vorzugsbedingungen bereitgestellt werden. Es würde sich um außerordentlich günstige Bedingungen handeln, die den französischen Unternehmen nur sehr bescheidene Gewinne – wenn überhaupt – erlauben.

Aber die französischen Zugeständnisse werden deshalb für notwendig gehalten, weil das nationale Kernenergieprogramm eingeschränkt worden und der Exportmarkt stark zusammengeschrumpft ist. Außerdem erwartet Paris dank dieses ersten Einstiegs chinesische Anschlußaufträge.

Peking will bis zum Ende dieses Jahrhunderts jährlich mindestens ein Kernkraftwerk bauen. Um die Aufträge für die dritte und vierte Tranche bewerben sich außer den Franzosen auch die Deutschen und die Amerikaner. Noch offen ist, wer für die beiden ersten Tranchen die nuklearen Brennelemente liefert.

VEREINIGTE STAATEN / Präsident Reagan kämpft um Steuerreform

Für eine Beerdigung ist es zu früh

H.-A. SIEBERT, Washington

Noch ist es zu früh, die in den USA geplante Steuerreform zu beerdigen. Die Administration hat alle Kräfte mobilisiert, um renitente Republikaner, die eine Abkehr von der konjunkturfördernden Angebotspolitik befürchten, umzudrehen. Die Entscheidung fällt erst in dieser Woche, nachdem die politische Führung des Kongresses den Beginn der Weihnachtsferien verschoben hat.

In seiner samstäglichen Rundfunkansprache bat Präsident Ronald Reagan die Bevölkerung um Beistand; die Abgeordneten forderte er auf, den Wunsch der Amerikaner nach niedrigeren Steuern zu erfüllen. Die Chance, das unfaire Steuerrecht zu verbessern und die Einkommensteuern auf den tiefsten Punkt seit 50 Jahren zu drücken, dürfe nicht verpaßt werden. Ein Versagen der Legislative bedeute eine Niederlage für alle US-Bürger.

Eingeschaltet haben sich der Stabschef des Weißen Hauses, Donald Regan, und US-Finanzminister James Baker. Sie leisteten im Kapitol stundenlange Überzeugungsarbeit. Beide versicherten zum Beispiel, daß der Senat unter seiner republikanischen Führung im kommenden Jahr ein ausgeglicheneres Paket, das die Interessen der Wirtschaft stärker schütze, zusammenschnüren werde.

Den Winkelzügen der Gesetzgebungsprozedur in den USA ist schwer zu folgen. Bisher hat das Plenum des Repräsentantenhauses nur dafür votiert, nicht über den Entwurf des Ausschusses abzustimmen.

Dadurch vermied das Regelkomitee einen Mißerfolg, weil nur 14 Republikaner eine Ja-Stimme abgeben wollten. Nötig sind jedoch etwa 50. Für Reagan steht viel auf dem Spiel. Wenn er noch nicht einmal seine eigene Partei überzeugen kann, droht ihm für den Rest seiner Amtszeit das Schicksal einer „lahmen Ente".

So weit muß es aber nicht kommen. Der Präsident hat selbst mehrere Dutzend Telefongespräche geführt, und am Samstag standen schon 40 republikanische Abgeordnete auf der Befürworterliste. Weitere zehn ließen sich beschaffen, wenn die Demokraten die Forderung nach einem einheitlich von 1080 auf 2000 Dollar heraufgesetzten Grundfreibetrag erfüllten. Im Gegenzug soll die Absetzbarkeit für Zinsen auf Ratenkredite gestrichen werden.

Das Rennen ist also noch völlig offen. Seit 1969 hat der Bewilligungsausschuß immerhin sieben Steuerprojekte durch das Repräsentantenhaus geboxt. Nur die Durchsetzung des „Deficit Reduction Act of 1984" gelang nicht im ersten Anlauf. Eine längere Verzögerung wäre auch diesmal wohl das Schlimmste, was passieren könnte.

BERGBAU

Computer soll künftig steuern

dpa/VWD, Essen

Um auch in den künftigen Abbautiefen von 1000 bis 1500 Metern unter Tage günstig und sicher Steinkohle fördern zu können, will die Ruhrkohle AG (RAG), Essen, bis zur Jahrhundertwende das „teilautomatisierte Bergwerk" verwirklichen. Wie das größte deutsche Bergwerksunternehmen berichtet, setzt die RAG zur Zeit in ihren 23 Bergwerken bereits 74 Prozeßrechner für Automationsaufgaben ein. 1980 waren es erst 20. Die Zahl der Mikroprozessoren stieg im gleichen Zeitraum von 110 auf 360.

So werden bereits in den Steuerzentralen zahlreicher Grubenwarten Produktions- und Versorgungssysteme automatisch überwacht. Einzelne Maschinen können schon ferngesteuert arbeiten. In fünf weiteren technischen Bereichen befindet sich die Automation in der Erprobung. So werden der weitgehend „mannlose" Streckenvortrieb und ein elektrohydraulisch gesteuerter Schildausbau inzwischen im Betriebseinsatz getestet. Nach Abschluß der Automation in Einzelbereichen schwebt der Ruhrkohle AG die Verknüpfung zu einem zentral steuerbaren Gesamtsystem vor. Da im Jahre 2000 nach RAG-Ansicht mehr als 60 Prozent der Steinkohle unterhalb von 1000 Metern Tiefe gefördert werden, könne der Bergbau künftig auf den Einsatz neuer Techniken nicht verzichten.

SPANISCHE BÖRSE / Geschäftsvolumen nach wie vor niedrig – Bemühen um mehr ausländische Investoren

Der Platz Madrid ist kein Geheimtip mehr

ROLF GÖRTZ, Madrid

Die Madrider Börse wurde jahrelang international als ein Geheimtip gehandelt. Mit dem Geheimnis ist es aber vorbei, wie das lebhafte Interesse des Auslandes zeigt. Im vergangenen Jahr trug das Ausland mit etwa zehn Prozent zu der positiven Kursentwicklung bei. Ihren Höhepunkt erreichte die Madrider Börse am 8. Oktober 1984, als sie 154,5 Punkte notierte (Basis Dezember 1970 = 100).

Insgesamt stieg der Börsenkurs um 40,6 Prozent (die Basis wird normalerweise in jedem Jahr mit 100 neu festgesetzt). Im laufenden Jahr hat sich die allgemeine positive Tendenz zwar fortgesetzt, nicht jedoch die gleichen Höhen erreichen können. Zur Zeit steht die Madrider Börse bei 134 Punkten (1. Januar 1985 = 100), Bilbao 133, Valencia 124 und Barcelona 116.

Spanien steht vor der Tür zur EG und muß in der Zeit vom 1. Januar bis 1. März 1986 die Mehrwertsteuer einführen. Wie Finanz- und Wirtschaftsminister Carlos Solchaga dazu der WELT gegenüber äußerte, rechnet er mit einer Belastung der Inflation durch zusätzliche zwei Prozentpunkte, was für 1986 eine Inflationsrate von etwa neun Prozent erwarten läßt.

In ihrem Bemühen um ausländische Investoren paßte sich die spanische Börse immer mehr den europäischen Usancen an, wozu mehr Publizität der an den Börsen notierten Unternehmen gehört. Bis vor kurzem noch bestimmten die 60 zugelassenen Börsenagenten als Makler wesentlich den Geschäftsablauf. Als alleinige Kenner – und Mitgestalter – der Kurse gaben sie der Börse den Charakter einer geschlossenen Gesellschaft.

Ihre Macht wurde jedoch im Interesse einer größeren Markttransparenz kontinuierlich abgebaut. Nach wie vor aber bleibt das Geschäftsvolumen niedrig, beschränkt sich der Aktienhandel auf einen kleinen Kreis. So betrug der effektive tägliche Umsatz für Elektrowerte noch im vergangenen Jahr etwa 500 Millionen Peseta und für Bankwerte 360 Millionen Peseta, während die restlichen Werte wie Ernährung, Bau, Metallindustrie und Chemie 120 Millionen Peseta nicht überschritten.

Wenn man nun die 400 in Madrid eingetragenen Gesellschaften mit den 615 der in Frankfurt quotierten vergleicht, scheint der Abstand nicht einmal so groß. Aber so wie die spanische Wirtschaft nach wie vor von kleinen bis mittleren Unternehmen getragen wird, so erreichen auch die an der Börse gehandelten Firmenwerte natürlich nicht die der meisten europäischen Höhen. Im Schnitt sind es nicht mehr als 4,5 Milliarden Peseta.

Das größte Unternehmen, die Compania Telefonica, ist mit einem Aktienkapital von 280 Milliarden Peseta beteiligt; sechs Elektrizitätsgewerkschaften bringen zusammen ganze 450 Milliarden Peseta Kapital auf, und von den übrigen 393 Gesellschaften verfügen nur 145 über ein Kapital von 1 Milliarde Peseta und darüber. Um die spanische Börse in ihrer Bedeutung für die Volkswirtschaft insgesamt beurteilen zu können, darf man nicht vergessen, daß nur 160 der 300 führenden Gesellschaften Spaniens an den Börsen quotieren. 40 Prozent der gehandelten Werte sind dabei nach wie vor Bankaktien.

Das wachsende Auslandsinteresse läßt sich leicht durch den vergleichsweise anormal billigen Markt in Spanien erklären. So beträgt das Verhältnis zwischen Kurswert und Nennwert 0,43. Das bedeutet eine Quotierung, die über die Hälfte über dem Buchwert liegt. Im Weltmittel beträgt dieses Verhältnis 1,46. So liegt dieses Verhältnis in Spanien am niedrigsten im Vergleich zu den 20 wichtigsten Börsenländern. Der PER-Wert – also Quotient zwischen Quotierung und Gewinn – kommt in Spanien auf 9,1, während der Weltdurchschnitt bei 11,6 liegt. (SAD)

GROSSBRITANNIEN / Westland in Schwierigkeiten

Beteiligung von Sikorsky?

fu. London

Der in Schwierigkeiten steckende britische Hubschrauber-Hersteller Westland hat bekanntgegeben, daß er ein gemeinsames Beteiligungsangebot des amerikanischen United-Technologies-Konzerns und Fiat grundsätzlich akzeptiert hat. Zu United Technologies gehört der größte Hubschrauber-Hersteller der westlichen Welt, Sikorsky. Das amerikanisch-italienische Konsortium hat angeboten, Westland mit der Übernahme einer Beteiligung in Höhe von 29,9 Prozent und einem Restrukturierungspaket wieder auf die Beine zu helfen.

Die Entscheidung der Westland-Unternehmensführung wird in London nicht nur als schwerer Affront gegenüber Verteidigungsminister Heseltine gewertet, sondern auch als Schlag gegen die europäische Hubschrauberindustrie. So hat das europäische Hubschrauberkonsortium mit MBB, Aerospatiale (Frankreich), Agusta (Italien) und British Aerospace durch die persönliche Initiative von Minister Heseltine seit Monaten an einem Rettungspaket für Westland gearbeitet. Selbst die Aussicht auf gemeinsame Hubschrauber-Programme mit den europäischen Partnern für die 90er Jahre hat die Westland-Führung nicht davon abhalten können, das Rettungsangebot angeblich nur zwei bis drei Stunden, nachdem es vorgelegt wurde, zurückzuweisen.

Das United Technologies-Fiat-Arrangement sieht unter anderem vor, daß Westland unter Lizenz den Sikorsky-Transporthubschrauber Black Hawk herstellen und verkaufen soll. Das britische Verteidigungsministerium hat bereits erklärt, daß für die Streitkräfte des Landes keinerlei Bedarf für diesen Helikopter-Typ bestehe. Im übrigen wurde große Überraschung zum Ausdruck gebracht, mit welcher Geschwindigkeit das Rettungsangebot des eurpäischen Konsortiums zurückgewiesen worden sei.

Inzwischen hat sich der britische Elektronikkonzern GEC eingeschaltet und versucht, Westland praktisch in letzer Minute von der engen Verflechtung mit Sikorsky abzuhalten. GEC als zweitgrößter britischer Streitkräfte-Ausrüster hinter British Aerospace gehört inzwischen auch dem europäischen Hubschrauber-Konsortium an.

INDIEN / Handel mit der Bundesrepublik in den letzten Jahren kräftig gestiegen

Deutsche entdecken den Subkontinent

CHRISTIAN FÜRST, Neu-Delhi

Die Wirtschaft der Bundesrepublik hat in diesem Jahr offenbar den indischen Subkontinent für sich entdeckt. Minister und Wirtschaftsbosse geben sich zur Zeit in Neu-Delhi die Klinken zu den Türen führender Politiker und Wirtschaftsverbände in die Hand. Innerhalb weniger Monate flogen der Bundesaußenminister, der Finanzminister und zuletzt der Bundespostminister ein. Anfang November kam eine Delegation des Bundesverbandes der deutschen Industrie, und für Februar hat sich Wirtschaftsminister Martin Bangemann angesagt. Auf der indischen Industriemesse im November stellten doppelt so viel deutsche Aussteller aus wie beim letzten Mal.

Auch in den vergangenen fünf Jahren hatte sich der deutsch-indische Handel gut entwickelt. Seit 1980 haben sich die deutschen Exporte nach Indien mit einem Wert von fast 2,62 Milliarden DM 1984 fast verdoppelt. Gleichzeitig stiegen die Importe aus Indien zum Leidwesen Neu-Delhis nur bescheiden von rund 1,14 Milliarden auf 1,42 Milliarden DM. Der deutsch-indische Warenaustausch überschritt 1984 erstmals die Marke von vier Milliarden DM. In diesem Jahr scheint sich der Trend noch zu verstärken. Nach Berechnungen der Bundesstelle für Außenhandelsinformationen in Neu-Delhi erhöhten sich die deutschen Exporte im ersten Halbjahr 1985 um etwas mehr als 30 Prozent, während Indiens Exporte in die Bundesrepublik nur um rund acht Prozent wuchsen.

Auch bei der Zahl der neuen Kooperationen mit indischen Firmen, bei denen die Bundesrepublik 1984 mit 135 Vereinbarungen an zweiter Stelle hinter den USA lag, wird ein neuer Rekord erwartet. Im ersten Halbjahr wurden insgesamt 72 neue Kooperationen genehmigt, im Vergleich zu 50 im gleichen Zeitraum des Vorjahres.

Auf deutsche Unternehmer wartet nach Meinung von Bernd Dittmann, Geschäftsführer der deutsch-indischen Handelskammer Neu-Delhi, „ein riesiger Binnenmarkt bei oft nur begrenztem Wettbewerb". Durch die neuen Schwerpunkte des siebten Fünfjahresplans im Bereich der Infrastruktur, der Modernisierung der indischen Eisenbahnen, im Umweltschutz, im Bergbau, vor allem aber im knappen Energiebereich, eröffnen sich ihnen in ihren traditionellen Exportbereichen Maschinenbau und Chemie sowie Elektronik und Nachrichtentechnik neue Chancen, aber auch Möglichkeiten für Kooperationen mit indischen Partnern.

Bei Kapitalbeteiligungen (weniger als 100) gibt es nach Ansicht deutscher wie indischer Experten gute Möglichkeiten. Hier halten sich Deutschlands Unternehmer bisher wegen der vielen staatlichen Einschränkungen zurück. Ausländische Beteiligungen sind in Indien mit wenigen Ausnahmen auf maximal 40 Prozent begrenzt. Dies wiederum hat bei vielen Interessenten, vor allem mittelständischen deutschen Firmen, Skepsis ausgelöst. Allerdings sind Kapitalbeteiligungen durch das neue Doppelbesteuerungsabkommen attraktiver geworden. Danach werden Dividende auf Aktienkapital rückwirkend vom 1. April 1984 in Indien nur noch mit 15 statt bisher 25 Prozent besteuert. (dpa/VWD)

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Aachen: Loren Modevertrieb GmbH; Barbara Schmitz, geb. Stiel, Kauffrau, Eschweiler; **Berlin Charlottenburg:** Loechel Bau GmbH; **Brilon:** Hüwel Bauges. mbH, Marsberg-Essentho; **Düsseldorf:** Geoplan Messebau u. Innenausbau GmbH; **Gelsenkirchen:** Liesel Schäfer, Kauffrau; Hubert Kausträter GmbH; HUKA-Fachbaumarkt; **Hamm:** Betten- u. Kinderparadies Erich Budt GmbH & Co. KG; **Heilbronn:** Nachl. d. Katharina Mathilde Steinke, Neckargartach; **Ingolstadt:** Nachl. d. Anneliese Judjahn geb. Wendel; **Köln:** Harry Liebing Werbeartikel Werbeagentur GmbH; Gasper Computers GmbH; **Leer:** Josef Iseken, Gastwirt; **Lüdenscheid:** Flash Records Tonträger Vertriebsges. mbH & Co. KG, Plettenberg; **Mönchengladbach:** Nachl. d. Peter Karl Merten, Wegberg; **Offenburg:** Gastronomiebedarf Fischer u. Hilberer GmbH, Wolfach; **Peine:** Maschinen- und Stahlbau Vöhrum GmbH; **Recklinghausen:** Heinz-Willi Beckmann, Bauingenieur, Waltrop; **Rüdesheim:** Diamant-Baustoffe GmbH, Geisenheim; **Wiesbaden:** Knapp & Partner Beratungs- u. Treuhandges. mbH, Steuerberatungsges.; **Worms:** Peter Lang, Osthofen.

Vergleich eröffnet: Düsseldorf: Stahlring GmbH, Stahleinkaufsges; **Oldenburg/H.:** Rolf Wildfang & Co. OHG, Heringsdorf Krs. Ostholstein.

Vergleich beantragt: Köln: Kölner Asphalt-Fabrik Simonit-Werke GmbH; **Mayen:** Ferdinand Wilhelm Wagner GmbH, Andernach 1; **Neustadt:** CHUR Grundstücksges. mbH.

RENTENMARKT / Etwas freundlicher

US-Zinsrückgang stimuliert

Am Rentenmarkt hat sich wider Erwarten eine freundliche Tendenz durchgesetzt. Der Zinsrückgang in den USA hat ausländische Anleger, aber auch einige heimische Investoren und Händlerbanken zu Käufen deutscher Renten animiert, deren Renditen allerdings weniger sanken als die amerikanischer Titel. Deswegen sehen einige Marktteilnehmer noch Chancen für einen weiteren Zinsrückgang in der Bundesrepublik, vor allem nach dem Jahresultimo, der die Aktivitäten doch recht deutlich lähmt. Von der Stimmungsverbesserung haben die jüngsten Neuemissionen allerdings nicht profitiert. Der 6,75prozentigen Berlin-Anleihe (Emissionsrendite 6,78 Prozent) über 200 Mill. DM werden außerhalb Berlins keine Plazierungschancen eingeräumt. cd.

Emissionen	13.12. 85	6.12. 85	28.12. 84	30.12. 83	30.12. 82
Anleihen von Bund, Bahn und Post	6,02	6,08	6,58	7,88	7,45
Anleihen der Städte, Länder und Kommunalverbände	6,36	6,37	6,72	7,72	7,04
Schuldverschreibungen von Sonderinstituten	6,14	6,18	6,56	7,83	7,61
Schuldverschreibungen der Industrie	6,38	6,41	6,94	8,29	8,24
Schuldverschreibungen öfftl.-rechtl. Kreditanstalten u. Körperschaften	6,20	6,20	6,65	7,90	7,65
Titel bis 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit	5,79	5,81	6,34	7,64	7,43
Titel über 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit	6,90	6,91	7,14	8,30	7,94
Inländische Emittenten insgesamt	6,92	6,19	6,64	7,89	7,63
DM-Auslandsanleihen	6,19	6,93	7,20	8,08	8,45

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer †, Dr. Herbert Kremp

Chefredakteure: Peter Gillies und Manfred Schell

Stellvertretender Chefredakteur: Dr. Günter Zehm

Meinungen: Enno von Loewenstern

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Jens-Martin Lüddeke Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius, Klaus-J. Schwehn (stellv.), Klaus Jonas (stellv. für Tagesschau); Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann, Dr. Leo Fischer (stellv.); Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Dr. Rainer Nolden; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Knut Teske; Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Kluge-Lübke; WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Personalien: Ingo Urban; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt; Fotoredaktion: Bettina Rathje; Schlußredaktion: Armin Reck

Weitere leitende Redakteure: Dr. Hanna Gieskes, Werner Kahl, Lothar Schmidt-Mühlisch

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos, Klaus Bruns (stellv.)

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Günther Bading (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Stefan G. Heydeck, Peter Jentsch, Evi Keil, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Friedemann Diederichs, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover: Michael Jach, Dominik Schmidt; Kiel: Georg Bauer; München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Chefreporter: Horst Stein (zugleich Korrespondent für Europa), Walter H. Rueb

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Reiner Gatermann, Wilhelm Furler; Johannesburg: Monika Germani; Kopenhagen: Gottfried Mehner; Moskau: Rose-Marie Borngässer; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Washington: Fritz Wirth, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt; Jerusalem: Ephraim Lahav; London: Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Helmut Voss, Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Miami: Prof. Dr. Günter Friedländer; New York: Alfred von Krusenstiern, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Werner Thomas, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz.

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714, Fernkopierer (02 28) 37 34 65

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 565

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104
Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919
Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09
Telex 92 30 106

4000 Düsseldorf 1, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main) 1, Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11; Telex 4 12 449
Fernkopierer (0 69) 72 79 17
Anzeigen: Tel. (0 69) 77 90 11 – 13
Telex 4 185 525

7000 Stuttgart 1, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966
Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813
Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39
Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 26,50 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 64 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 14 gültig ab 1. 10. 1985, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 50.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart. Der Verlag übernimmt keine Gewähr für sämtliche Kursnotierungen.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT. Anzeigenpreisliste Nr. 4, gültig ab 1. Januar 1984.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Harry Zander

Herstellung: Werner Kozlak

Anzeigen: Hans Biehl

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2070 Ahrensburg, Kornkamp.

BAYWA / Wirtschaftliches Ergebnis leicht unter dem Vorjahr – Wieder 6,40 Mark

Belastungen durch EG-Agrarpolitik

DANKWARD SEITZ, München

Die Aussichten der BayWa AG, München, für das kommende Jahr sind nicht gerade rosig: Die neue Weichenstellung in der EG-Agrarpolitik und die weiterhin auf niedrigem Niveau verharrende Bautätigkeit werden dem größten deutschen landwirtschaftlichen Warenverteiler nach eigener Einschätzung „nur wenig geschäftlichen Spielraum" lassen. Eine gewisse Zuversicht leitet der Vorstand nur aus der Hoffnung ab, daß „auch in Zukunft alle Aufgaben und Veränderungen wie schon in den letzten Jahren gemeistert werden" können.

Vor allem der Landwirtschaft wird, wie der Vorstand in einem Zwischenbericht schreibt, voraussichtlich noch ein tiefgreifender Wandel bevorstehen. So sei die Tendenz in der Agrarpolitik zu erkennen, das Einkommen der Bauern aus dem Verkauf von Produkten zu senken und mögliche Härtefälle durch Beihilfen auszugleichen. „Eine solche Entwicklung wäre für die deutschen Landwirte mit einem erheblichen Verlust an Marktanteilen verbunden, würde sie ganz oder teilweise allein in der Bundesrepublik vollzogen." Einkommenswirksame agrarpolitische Maßnahmen seien daher nur dann vertretbar, wenn sie in allen EG-Ländern zur Anwendung kämen.

Schon 1985 habe die EG-Agrarpolitik, so die BayWa, die Einkommens- und Entwicklungsmöglichkeiten der bayerischen Landwirtschaft erheblich eingeschränkt. So hätten beispielsweise die wiederum hohe Erntemenge und die Notverordnung der EG-Kommission erneut zu niedrigen Getreidepreisen geführt. Besonders stark betroffen worden sei aber von der Agrarreform der Futtermittelmarkt. Neben einer Talfahrt der Preise, die die Bauern treffe, würden daraus aber auch der Mischfutterindustrie zunehmend strukturelle Probleme erwachsen.

Vor diesem Hintergrund wird die BayWa 1985 zum zweiten Mal hintereinander ein – wenn auch geringfügiges – Umsatzminus (1984: minus 1,3 Prozent auf 5,87 Mrd. DM) hinnehmen müssen. Die stagnierenden oder besseren Umsätze bei Saatgut, Dünge- und Pflanzenschutzmitteln sowie Landtechnik und Brennstoffen hätten den Rückgang bei Kartoffeln, Baustoffen und insbesondere bei Getreide und Futtermitteln nicht kompensieren können. Da auch die Betriebskosten leicht gestiegen seien, werde ebenfalls das wirtschaftliche Ergebnis „etwas unter dem von 1984" liegen.

Trotzdem geht der Vorstand davon aus, für 1985 wieder eine Dividende von 6,40 DM je 100-DM-Aktie ausschütten zu können. Am Grundkapital der BayWa von 106 Mill. DM ist die Bayerische Raiffeisen-Zentralbank AG (BRZ) mit 43 Prozent beteiligt, verschiedene Raiffeisenbanken mit zusammen 40 Prozent sowie die Belegschaft und Private mit jeweils 8,5 Prozent.

SEDUS / Vor allem das Inlandsgeschäft floriert

Trend zu mehr Sitzkomfort

nl. Stuttgart

Die Sedus Stoll GmbH & Co. KG, Waldshut, einer der größten Bürositzmöbelhersteller Europas mit über 300 000 produzierten Einheiten im Jahr, hat ihr ohnehin schon hohes Wachstumstempo sogar noch etwas beschleunigt. Im abgelaufenen Geschäftsjahr 1984/85 (30. 9.) steigerte das Familienunternehmen den konsolidierten Umsatz um 23 (Vorjahr: 20,5) Prozent auf 92,5 Mill. DM. Produktionstöchter bestehen in Frankreich, Italien und Österreich.

Den starken Umsatzschub begründet man bei Sedus so: Der allgemeine Trend geht auch weiterhin zu gesünderem und komfortablem Sitzen, was dem Unternehmen mit seinem Angebot hochwertiger Sitzmöbel entgegenkommt. Außerdem profitiert man vom zunehmenden Bedürfnis zur Kommunikation in kleineren Gruppen in den Betrieben, wofür entsprechende Besprechungsräume eingerichtet werden müssen. Überdies kam dem Unternehmen zugute, daß durch die bundesweit durchgeführte Gasfeder-Aktion zusätzliche Nachfrage entstand. Der im vergangenen Jahr erfolgte Einstieg in den Bereich der Herstellung hochwertiger Konferenztische erwies sich als Erfolg.

Da vor allem das Inlandsgeschäft florierte, verringerte sich die Exportquote leicht auf 48,7 (49,5) Prozent. Gute Auslandsmärkte sind für Sedus Frankreich, die Niederlande, Belgien und Großbritannien. Zur Ertragslage heißt es, daß sie sich zufriedenstellend entwickelt habe. Das Kapital wurde inzwischen aus erwirtschafteten Mitteln um 4 Mill. auf 21,4 Mill. DM aufgestockt. Die Eigenmittel, die das Anlagevermögen überdecken, machen fast 50 Prozent der Bilanzsumme aus. Beteiligt am Unternehmen, das in 1952 bereits die Mitarbeiterbeteiligung eingeführt hat, sind heute 12 Kommanditisten und 260 stille Gesellschafter.

Im laufenden Geschäftsjahr sollen 5 (1984/85: 1,2) Mill. DM investiert werden. Zur weiteren Geschäftsentwicklung gibt man sich bei Sedus zuversichtlich, wenn auch nicht mit einer Fortschreibung der hohen Zuwachsraten vergangener Jahre zu rechnen sei. Im Unternehmen beschäftigt sind rund 700 Mitarbeiter.

NAMEN

Karl Heinz Siepe (46) wurde zum Vorsitzenden des Vorstandes der O+K Orenstein + Koppel AG, Berlin/Dortmund, bestellt.

Dr. **Franz Josef Hufnagel** wurde zum Vorsitzenden der Geschäftsführungen der Rheinische Kalksteinwerke GmbH und der Dolomitwerke GmbH, beide Wülfrath, bestellt. Dr. **Jürgen Stradtmann** wurde stellvertretender Geschäftsführer.

Leopold Merkelbach, Generalbevollmächtigter der Deutschen Messe- und Ausstellung-AG, Hannover, tritt mit Vollendung des 63. Lebensjahres am 26. Dezember in den Ruhestand.

Wolfgang Schmeick (39) ist als Nachfolger für den Mitte 1986 in den Ruhestand tretenden Dr. **Kurt Friede** zum Geschäftsführer des Bundesverbandes der Betriebskrankenkassen (BdB) gewählt worden.

Ernest A. Volckmar, Vorsitzender der Geschäftsführung der H. Krantz GmbH + Co., Aachen, wird zum Jahresende das Unternehmen verlassen.

Leonhard P. Peukert, seit 1982 Geschäftsführer der Duropal-Werk Eberh. Wrede GmbH & Co. KG, Arnsberg, verläßt Ende März 1986 das Unternehmen.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Massa geht an die Börse

Frankfurt (dpa/VWD) – In den Kreis der Börsenneulinge wird sich 1986 auch die Einzelhandelskette Massa einreihen. Wie die Alfred Massa GmbH, Alzey, mitteilte, wird sie Anfang 1986 in eine AG umgewandelt. Anschließend ist über die BHF-Bank eine breit gestreute Plazierung von stimmrechtslosen Vorzugsaktien im Nominalwert von 23 Mill. DM vorgesehen. Die bisherigen Alleineigentümer (Familie Kipp) werden künftig sämtliche Stammaktien halten. Die Vorzugsaktien sollen an den Börsen Frankfurt und Düsseldorf notiert werden. Zu Massa gehören 23 Warenhäuser und vier Spezialmärkte. Der Umsatz ist 1984 auf 3,92 (3,99) Mrd. DM zurückgegangen, für 1985 wird ein „bescheidener" Zuwachs erwartet.

Neutraler Beauftragter

Hannover (dos) – Die Einrichtung eines Privatisierungsbeauftragten, der unabhängig von den Landesregierungen für die Parlamente entsprechende Vorschläge mit „konkreten Einsparungsberechnungen" vorlegen soll, schlägt das Mittelstandsinstitut Niedersachsen, Hannover, vor. Nach Ansicht des Instituts-Leiters, Professor Eberhard Hamer, ließen sich durch einen neutralen Dritten die Privatisierungsbemühungen gezielt vorantreiben. Die Parlamentarier wiederum könnten ihre Entscheidung „ohne Rücksicht auf die Fraktion" und ausgerichtet auf das jeweilige Objekt treffen.

Kautex baut in Leer

Leer (dos) – Die Kautex-Werke Reinhold Hagen AG, Bonn, wird in Leer/Ostfriesland mit einem Aufwand von zunächst 18 Mill. DM einen Produktionsbetrieb errichten. Ein entsprechender Vertrag ist jetzt zwischen der neu gegründeten „Kautex Ostfriesland GmbH" und der Ansiedlungsgesellschaft Leer-Nord GmbH unterzeichnet worden. Mit der Fertigstellung des Werks, in dem rund 80 Mitarbeiter beschäftigt werden sollen, sei im Herbst 1986 zu rechnen. Maßgeblich beeinflußt wurde diese Entscheidung von der Volkswagen AG: An das VW-Werk in Emden wird Kautex auf vertraglicher Basis Kraftstoff-Tanks aus Kunststoff liefern.

Gut beschäftigt

Düsseldorf (J.G.) – Ein auch auf dem Heimatmarkt deutlich verbessertes Investitionsklima und ein „zufriedenstellender" Auftragsbestand von 460 Mill. DM per Ende Oktober 1985 sichere den Maschinenbau-Bereichen überwiegend die Beschäftigung bis in das zweite Halbjahr 1986. Die mit 60 Mill. DM Aktienkapital mehrheitlich zum Rheinmetall-Konzern gehörende Jagenberg AG, Düsseldorf, gibt sich im Zwischenbericht über die ersten zehn Monate 1985 auch zuversichtlich, trotz einmaliger Sonderlasten, auch das bisherige Ertragsniveau (6 DM 1984er Dividende) behaupten zu können. 1985 wurde die Umstrukturierung der Fertigung im Hauptwerk Neuß abgeschlossen und vier kleinere Maschinenbaubeteiligungen verkauft, denen Anfang 1986 als fünfte die Herlan GmbH folgt. Der Umsatz stieg in der Berichtszeit um 6,3 Prozent auf 860 Mill. DM mit 51 (53) Prozent Exportanteil. Die Belegschaftszahl hat sich um 4,8 Prozent auf 5231 vermindert.

O+K steigt bei Faun ein

Nürnberg (dpa/VWD) – Die zum Hoesch-Konzern gehörende O+K Orenstein + Koppel AG, Dortmund, wird sich mit Wirkung vom 1. Januar 1986 mit 51 Prozent an dem Nutzfahrzeughersteller Faun AG, Lauf, beteiligen. Die bisherigen Aktionäre der Familiengesellschaft werden dazu ihre Anteile in gleicher Höhe abgeben. Mit dem Einstieg der O+K bei Faun soll das Faun-Grundkapital in Höhe von 50 Mill. DM im Verhältnis 3:1 erhöht werden. Die Faun AG rechnet nach eigenen Angaben im Geschäftsjahr 1985 bei rund 3860 Mitarbeitern mit einem Umsatz von rund 650 Mill. DM.

Wochenschlußkurse

New York

	13.12.	4.12.
Adv. Micro Dev.	29,5	29,75
Aetna Life	52,25	49,875
Alcan Aluminium	29	28,75
Alcoa	38,5	36,375
Allied Chemical	44,375	44,875
AMR Corp.	44,625	40,75
Amax	12,375	12,5
Am. Cyanamid	58	56,5
Am. Express	54,25	49,625
Am. Motors	2,875	2,75
Am. Tel. & Telegr.	24,125	24
Amoco Corp.	62,625	65,875
Asarco	19,5	18,625
Atlantic Richfield	62,625	64,125
Avon Products	28,5	28,5
Bally	16,375	15,5
Bk. of America	15,375	13,875
Bethlehem Steel	16	15,75
Black & Decker	20,125	19
Boeing	51,875	50,25
Brunswick	45,25	42,625
Burroughs	64	60,75
Caterpillar	42,375	40
Celanese	146,25	139,625
Chase Manhattan	49,125	47
Chrysler	44,125	43,5
Citicorp	49,375	46,625
City Investing	–	–
Clorox	48,25	48,75
Coca-Cola	86,125	83,625
Colgate	32	29,375
Commodore	11,25	10,75
Commonw. Edison	30,5	29,375
Comm. Satellite	35	32,375
Control Data	19,25	19,25
CPC Int.	51,625	51,875
Curtiss Wright	39,5	39,375
Deere	36,375	36,625
Delta Airlines	40,75	39
Digital Equipm.	135,625	128,25
Dow Chemical	40,625	39,375
Du Pont	64,25	64
Eastern Gas+Fuel	23,875	24,75
Eastman Kodak	52,5	49,875
Exxon	52,75	53,5
Firestone	21,25	20,5
Fluor	14,375	15,125
Ford	57,25	54,375
Foster Wheeler	12,375	12
[illegible]	25,875	25,625
GAF Corp.	46	47,75
General Dynamics	67,125	64,75
General Electric	70,875	65,25
General Foods	–	–
General Motors	75	71,25
Gen. T. & E.	45,25	43,125
Goodrich	33	33
Goodyear Tire	30,125	29,375
Grace	47,5	44,25
Halliburton	26	26,625
Heinz	32,875	32,375
Hewlett Packard	38	–
Homestake	22,5	23
Honeywell	77,25	70,5
IBM	150,25	141,5
Int. Tel. & Tel.	36,75	34,625
Int. Harvester	8,75	7,375
Int. Paper	50,75	49,625
Int. North. Inc.	46,75	46,125
Jim Walter	42	41
Litton Industries	85,875	78
Lockheed Corp.	47,875	47
Loew's Corp.	54,625	51,5
Lone Star	32,25	32,125
Louisiana Land	31,25	34,625
LTV Corp.	4,75	4,625
Mc Dermott	17,5	18
Mc Donnel Doug.	77,875	75,375
Merck & Co.	134,5	130
Merrill Lynch	38,5	35,625
Mesa Petroleum	15,125	16,875
MGM (Film)	25,75	24,875
Minnesota M.	88,625	85,25
Mobil Oil	30	30,375
Monsanto	47,25	46,75
Morgan J.P.	65,75	58,75
Nat. Semiconductor	13,625	13,5
National Steel	–	27,125
NCR	41,125	37,75
Newmont	44,5	48,375
PanAm World	7,875	8,125
Pfizer	55,5	51,875
Philbro	46	43,625
Philip Morris	85,25	79,5
Phillips Petroleum	12,125	12,625
Pittston	11,625	12
Polaroid	39	37,875
Prime Computer	25,5	22,125
Procter & Gamble	70,375	67,125
RCA	57,625	47,625
Revlon	57,75	57,375
Reynolds Ind.	32	28,75
Rockwell Int.	34,5	36,125
Rorer Group	35,75	34,625
Schlumberger	35	36,125
Sears, Roebuck	40,75	38,625
Singer	41,75	42,25
Sperry Corp.	52,625	50,375
Stand. Oil Calif.	34,5	38
Storage Techn.	1,75	1,75
Tandy	41,5	39,5
Teledyne	297,125	289,625
Telex Corp.	58,375	57
Tesoro	9,875	10,75
Texaco	29,625	31,25
Texas Instrum.	106,5	105,25
Tosco	3,625	4,125
Trans World Corp.	39,25	39,75
Transamerica	35	34
Travellers	47,25	46,25
UAL	52,5	49,25
Uccel Corp.	16,625	15,375
Union Carbide	69,75	65
Union Oil of Calif.	27,375	29,5
US Gypsum	47,5	45,25
US Steel	26,125	26,25
United Technologies	44,625	42,5
Walt Disney	108	102
Warner Comm.	35,25	34,5
Westinghouse El.	44,75	43,625
Weyerhaeuser	32	31,125
Whittaker	31	28,5
Woolworth	60,875	59,125
Xerox	59,75	58,75
Zenith Radio	19,25	18
Dow Jones Index	1535,21	1477,18
Stand. & Poors	209,94	202,99

Toronto

	13.12.	6.12.
Abitibi-Price	18	17,5
Alcan Alu.	40,125	37,5
Bk. of Montreal	34,625	33,75
Bk. of Nova Scotia	15	14,625
Bell Can. Enterprises	41,625	41,875
[illegible] Oil	3,5	3,55
Bow Valley Ind.	14,375	15,5
Brenda Mines	4,875	4,75
Brunswick M. & Sm.	12,5	12,75
Can. Imperial Bk.	45,75	42,25
Can. Pacif. Enterpr.	29,75	29
Can. Pacific Ltd.	17,875	17,5
Cominco	11,5	11,25
[illegible] Res.	2,45	2,7
Denison Mines	14,375	15,875
Dome Petroleum	3,65	3,5
Domtar	22,5	22
Falconbridge Ltd.	18,875	18,625
Great Lakes Forest	14,75	16,5
Gulf Canada	20,25	20,125
Goldstream Res.	1,01	1,33
Hiram Walker Res.	32,75	33,75
Hudson Bay Mng. Sp.	6,625	6,75
Husky Oil	9,25	9,875
Imperial Oil -A-	51,75	55
Inco	17,375	17,75
Inter City Gas Ltd.	16,625	17
Interprov. Pipeline	42,75	44,5
Kerr Addison	15,25	15,5
Lac Minerals	35,5	34,5
Massey Ferguson	3,1	3,1
Moore Corp.	29,625	28,5
Noranda Mines	14,75	14
Norcen Energy Res.	15,375	16,375
Northgate Expl.	4,35	4,3
Northern Telecom.	47,875	46,125
Nova An Alberta 'A'	6,75	6,875
No West Group	0,42	0,42
Oakwood Petrol	8	8,5
Placer Development	23,5	24,75
Provigo Inc.	14,5	14,875
Ranger Oil	4,7	5,625
Revenue Properties	1,97	2
Rio Algom	25,125	23,25
Royal Bk. of Can.	34,375	34,75
Seagram	64	62,75
Shell Canada	22,875	23,875
Sherritt Gordon	7,375	7,5
Stelco -A-	25,25	25,5
TransCda. PipeLines	21,75	21,5
Westcoast Transm.	17,875	17,625
Index TSE 300	2866,00	2843,20

Tokio

	13.12.	7.12.
Alps	1850	1780
Bank of Tokyo	775	725
Banyu Pharma	708	710
Bridgestone Tire	532	514
Canon	1200	1130
Daikin Kogyo	635	653
Daiwa House	880	859
Daiwa Sec.	818	768
Eisai	1380	1300
Fuji Bank	1540	1440
Fuji Photo	2090	2040
Fuji Radio	1970	1870
Hitachi	780	735
Honda	1230	1180
[illegible] Iron	348	343
Isetan	715	780
Ito Yokado	3070	1420
Japan Air	7140	7400
Japan Met.	336	344
Japan Syn. Rubber	349	350
Kajima	480	463
Kansai Elec.P.	2120	1810
Kao Soap	975	978
Kawasaki H	170	148
Kawasaki S	135	136
Kirin Brewery	739	724
Komatsu	490	498
Kubota Iron	342	350
Kyocera	4740	4570
Makita El.	1030	1010
Marui	1520	1530
Matsushita El. Ind.	1340	1210
Matsushita El. Wo.	888	828
Mitsubishi CP	583	586
Mitsubishi El.	340	342
Mitsubishi Estate	1140	1040
Mitsubishi Heavy I.	375	350
Mitsui Co. Ltd	488	392
Mitsukoshi	638	616
Mitsumi El.	910	870
Nichicon	[illegible]	–
Nihon Cement	328	322
Nikko Sec.	750	711
Nippon El.	1349	1320
Nippon Kokan	134	130
Nippon Oil	820	789
Nippon St.	155	150
Nippon Yusen	348	354
Nissan Motor	575	574
Nomura Sec.	1130	1040
Olympus	1050	1000
Penta-Ocean	340	329
Pioneer	1890	1710
Renown	738	755
Ricoh	1140	1180
Sankyo	1080	1070
Seiyu Stores	855	868
Sekisui Pref.	840	829
Sharp	957	899
Shiseido	1360	1570
Sony	4200	3870
Sumitomo Bank	1690	1890
Taisei Corp.	371	355
Taisho Marine	554	504
Takeda Chem.	942	958
Teijin	485	470
Tokyo Elec.	1340	1330
Tokyo Gas	301	289
Tokio Marine	910	845
Tokyo El. Power	2720	2290
Toray Ind.	520	505
Toshiba Elec.	395	374
Toto	870	865
Toyo Kogyo	402	397
Toyota Motor	1220	1150
Yamaichi	770	718
Yamanouchi	3050	3020
Yamaha	675	685
Yamazaki	966	950
Index	1047,97	1018,57

ERGEBNISSE

Stuttgart – München	0:0	
Hannover – Bremen	2:4	(1:0)
Saarbrücken – Leverkusen	3:1	(1:0)
Hamburg – Dortmund	3:0	(1:0)
Köln – K'lautern	1:1	(1:1)
Nürnberg – Frankfurt	4:1	(2:1)
Düsseldorf – Bochum	2:1	(0:1)
Uerdingen – Mannheim	1:0	(0:0)
Schalke – M'gladbach	2:2	(2:1)

DIE SPIELE

Stuttgart – München 0:0

Stuttgart: Roleder – Zietsch – Schäfer, K.-H. Förster – Hartmann, Allgöwer, Buchwald, Müller, Nushöhr – Klinsmann, Pasic (76. Wolff). – **München:** Aumann – Augenthaler – Flick, Eder – Nachtweih, Dremmler, Lerby, Pflügler, Willmer – Hoeneß, Kögl. – **Schiedsrichter:** Ahlenfelder (Oberhausen). – **Zuschauer:** 36 000. – **Gelbe Karten:** Augenthaler (4), Nachtweih (3).

Hannover – Bremen 2:4 (2:1)

Hannover: Raps – Hellberg – Vjetrovic, Geschlecht – Surmann, Giesel (30. Kuhlmey), Gerber, Heidenreich, Fleer (75. Baier) – Reich, Gue. – **Bremen:** Burdenski – Pezzey – Schaaf, Kutzop – Ruländer, Möhlmann (13. Hermann), Votava, Meier (30. Ordenewitz), Okudera – Burgsmüller, Neubarth. – **Schiedsrichter:** Pauly (Rheydt). – **Tore:** 1:0 Gue (4.), 1:1 Pezzey (17.), 2:1 Vjetrovic (27.), 2:2 Votava (70.), 2:3 Burgsmüller (75.), 2:4 Ordenewitz (84.). – **Zuschauer:** 50 000. – **Gelbe Karten:** Giesel (4/1), Reich (3), Fleer (2), Ordenewitz. – **Rote Karte:** Kutzop.

Saarbrücken – Leverkusen 3:1 (1:0)

Saarbrücken: Hallmann – Boysen – W. Müller, Kruszynski – Muntubila, Jambo, Jusufi, Blättel, Foda – D. Müller, Seel (83. Schnier). – **Leverkusen:** Vollborn – Hörster – Hielscher, Reinhardt – Zechel, Patzke, Götz (84. Hantzidis), Schreier, Drews (78. Hinterberger) – Waas, Tscha. – **Schiedsrichter:** Ermer (Weiden). – **Tore:** 1:0 Jusufi (19.), 1:1 Schreier (67.), 2:1 Blättel (79.), 3:1 Jambo (87., Foulelfmeter). – **Zuschauer:** 10 000. – **Gelbe Karte:** Zechel (2).

Hamburg – Dortmund 3:0 (1:0)

Hamburg: Stein – Jakobs – Schröder, Plessers – Kaltz, Kroth, Lux (81. Homp), Rolff, Magath – von Heesen (68. Balzis), Gründel. – **Dortmund:** Immel – Pagelsdorf – Huber, Storck – Kutowski, Zorc, Bittcher, Raducanu, Loose (77. Simmes) – Wegmann, Hrubesch (77. Schüler). – **Schiedsrichter:** Scheuerer (München). – **Tore:** 1:0 Rolff (43.), 2:0 Gründel (72.), 3:0 Kroth (83.). – **Zuschauer:** 12 000. – **Gelbe Karte:** Storck (2).

Köln – K'lautern 1:1 (1:1)

Köln: Schumacher – van de Korput – Gielchen (69. Pisanti), Steiner – Lehnhoff (53. Häßler), Janßen, Geilenkirchen, Bein, Geils – Littbarski, Allofs. – **K'lautern:** Ehrmann – Dusek – Majewski, Melzer – Moser, Geye, Eilenfeldt, Löchelt, Brehme – Wuttke, Spielberger. – **Schiedsrichter:** Schmidhuber (Ottobrunn). – **Tore:** 1:0 Gielchen (1.), 1:1 Wuttke (8.). – **Zuschauer:** 6000. – **Gelbe Karten:** van de Korput (4/2), Allofs (2), Majewski (4), Moser (2).

Nürnberg – Frankfurt 4:1 (2:1)

Nürnberg: Heider – Reuter – Giske, Grahammer – T. Brunner, Lieberwirth, Güttler, Wagner (51. Geyer) – Philipkowski, Andersen, Eckstein (68. H. Brunner). – **Frankfurt:** Gundelach – Caspary – Sievers, Müller, Binz – Kitzmann, Sarroca (75. Trieb), Falkenmayer, Svensson – Friz, Bühler (66. Krämer). – **Schiedsrichter:** Weber (Essen). – **Tore:** 0:1 Falkenmayer (25., Foulelfmeter), 1:1 Güttler (29.), 2:1 Philipkowski (39.), 3:1 Grahammer (61., Foulelfmeter), 4:1 H. Brunner (70.). – **Zuschauer:** 13 900. – **Gelbe Karten:** Heider, Müller (2), Bühler (2), Caspary, Gundelach.

Düsseldorf – Bochum 2:1 (0:1)

Düsseldorf: Schmadtke – Fach – Bunte, Kuczinski – Kremers, Del'Haye (46. Demandt), Thomas, Dusend, Weikl – Thiele, Holmquist. – **Bochum:** Zumdick – Tenhagen – Kree, Oswald – Schulz (76. Leifeld), Benatelli, Kempe, Wegmann (50. Knüwe), Lameck – Fischer, Kuntz. – **Schiedsrichter:** Bruch (Bischmisheim). – **Tore:** 0:1 Kuntz (9.), 1:1 Demandt (47.), 2:1 Weikl (78.). – **Zuschauer:** 5500. – **Gelbe Karten:** Kuczinski (2), Holmquist (2).

Schalke – M'gladbach 2:2 (2:1)

Schalke: Junghans – Dietz – Schipper, Roth – Kruse, Kleppinger, Jakobs (82. Regenbogen), Dierßen – Hartmann (82. Opitz), Thon, Täuber. – **M'gladbach:** Sude – Bruns – Drehsen, Hannes, Frontzeck – Hochstätter, Winkhold, Rahn, Lienen (70. Budde) – Mill (46. Pinkall), Criens. – **Schiedsrichter:** Correll (Heilbronn). – **Tore:** 1:0 Hannes (31., Eigentor), 1:1 Rahn (42.), 2:1 Thon (45.), 2:2 Pinkall (75.). – **Zuschauer:** 22 800. – **Gelbe Karten:** Drehsen (4), Frontzeck (2), Lienen (2), Criens.

Uerdingen – Mannheim 1:0 (0:0)

Uerdingen: Vollack – Herget (55. Edvaldsson) – Wöhrlin, Dämgen – Bommer, Klinger, W. Funkel (72. Brinkmann), F. Funkel, Buttgereit – Schäfer, Loontiens. – **Mannheim:** Zimmermann – Sebert – Tsionanis, Quaisser – Kohler, Schlindwein, Heck (75. Bührer), Schön, Dickgießer – Walter (75. Scholz), Remark. – **Schiedsrichter:** Föckler (Weisenheim). – **Tor:** 1:0 Klinger (72.). – **Zuschauer:** 6000. – **Gelbe Karten:** Dämgen, Walter (2), Heck (2), Sebert (3), Quaisser (3).

VORSCHAU

Samstag, 20. 1. 1986, 15.30 Uhr:

Frankfurt – Düsseldorf	(1:0)
K'lautern – Nürnberg	(1:3)
Dortmund – Köln	(0:2)
Leverkusen – Hamburg	(3.1)
Bremen – Saarbrücken	( )
M'gladbach – Hannover	(3:2)
München – Schalke	(1:0)
Bochum – Mannheim	(1:4)
Stuttgart – Uerdingen	(4:1)

In dieser Woche werden fünf Spiele des Pokals ausgetragen. Mittwoch: München – Bochum (Wiederholung, Achtelfinale). Donnerstag: Leverkusen – Mannheim (Viertelfinale). Samstag: Sandhausen – Dortmund, Stuttgart – Schalke (Viertelfinale), Ulm – K'lautern (Nachholspiel Achtelfinale).

MEXIKO '86 / Das Abenteuer Weltmeisterschaft wegen Höhe, Luft, Wasser, Essen, Fans

Brasilien: Keine Mannschaft, aber schon Favorit

U. SCHRÖDER, Mexico City

Sie haben alle ihre Pläne gemacht und Strategien entwickelt. Wissenschaftler – solche für Herz und Kreislauf und für Ernährung – sind den Trainern diesmal so wichtig wie Torjäger und Spielmacher. Mexiko, das ist keine Weltmeisterschaft wie die anderen. Wegen der Höhe, wegen des Essens, wegen der Hygiene.

Vor fünfzehn Jahren schleppte die deutsche Nationalelf sogar Mineralwasser und Bettwäsche mit nach Leon. Ratlosigkeit und Naivität sind noch heute so groß wie damals. Sie müssen es sein, weil jeder Mensch anders reagiert auf Mexikos Luft und Mexikos Wasser.

„Was sollen wir schon tun", sagt Ungarns Trainer Georg Mezey nach der 0:2-Niederlage seiner Elf gegen Mexiko, „die besonderen mexikanischen Umstände benachteiligen alle europäischen Mannschaften." Italiens Pfeifenraucher Enzo Bearzot denkt ebenso fatalistisch: „Jede Weltmeisterschaft ist ein Abenteuer. Aber die in Mexiko ist ein ganz besonderes." Der Italiener fällt denn auch ganz aus der Reihe. Nur für drei Wochen wird er seine Mannschaft ins Trainingslager stecken und erst kurz vor Beginn des Turniers in Mexiko erscheinen. „Man kann sich durchaus in sieben oder acht Tagen akklimatisieren", sagt Bearzot. Für die anderen freilich gilt: je länger und je höher, um so besser und lieber.

Franz Beckenbauer zieht mit seinen Spielern nach dem zweiwöchigen Trainingslager in der Heimat für eine gute Woche nach Morelia. Die Höhenlage hier entspricht ungefähr jener in Queretaro, dem Spielort der deutschen Mannschaft. Die Franzosen beziehen wieder vier Wochen lang ihr Höhencamping von Font Romeu in den Pyrenäen. Die meisten anderen Teams suchen sich ebenfalls in Mexiko ein luftiges Plätzchen gleich unter den Wolken.

Die Argentinier, die Uruguayer und wahrscheinlich auch die Brasilianer lassen sich in der am höchsten gelegenen Hauptstadt der Erde nieder, in Bogotá. Mit ihren 2650 Metern über dem Meeresspiegel übertrifft die Metropole in den Anden sogar Mexico City. Schon 1970, vor Mexikos erster Weltmeisterschaft, haben Brasilianer und Engländer in Bogotá auf Sauerstoffmangel trainiert. Die Mexikaner gehen ins Erholungsheim der Firma Nestlé, das in der Nähe von Toluca auf fast 3000 Meter Höhe in einer Landschaft liegt, die ausschaut wie die Schweizer Alpen. Nur viel gewaltiger. Über einen Monat lang wollen die Argentinier und Uruguayer in Bogotá, die Mexikaner bei Nestlé bleiben.

Enzo Bearzot scheint für seine Gelassenheit guten Grund zu haben. „Auf die südamerikanischen Mannschaften", hat der Italiener nämlich gesagt, „treffen wir ja sowieso erst in der zweiten Runde." Erst dann, mit den Südamerikanern als Gegner, das meint Bearzot wohl, wird's wirklich ernst. In der Tat produzieren sich außer den Mexikanern vor allem die Argentinier als Vorbereitungs-Weltmeister. Doktor Carlos Salvador Bilardo, der Trainer, beginnt die Arbeit mit elf Leuten schon am 6. Januar. Vier bis fünf Wochen vor Turnierbeginn in Mexiko stoßen dann die elf in Italien, Frankreich und Spanien beschäftigten Spieler, darunter Diego Maradona, zu den Kollegen in der Heimat. In den ersten Maitagen geht's dann hinauf nach Bogotá.

Und die Brasilianer? Die sind im Vorfeld dieser WM noch gar nicht existent. Ihr Verband hat keinen Präsidenten. Die Nationalelf wurde nach geschaffter Qualifikation aufgelöst. Einen Trainer gibt es nicht. Neue Stars auch nicht, nur die alten. Zico, Falcao, Socrates. Die Klubs leiden unter einem galoppierenden Zuschauerschwund: 1979 noch 25 000 im Schnitt. Heute nur noch 10 000.

Im Januar soll ein Präsident gewählt und ein Nationaltrainer bestimmt werden. Zagalo ist Favorit. Santana kann nicht, weil er noch bei den Saudis unter Vertrag steht. Doch das Vertrauen in Brasilien ist grenzenlos. In 80 Prozent aller Experten-Tips erscheinen sie als Nummer eins.

So ist das in dieser ach so professionellen Branche: Sie machen Pläne, entwerfen Strategien, bemühen Wissenschaftler aller Sparten. Aber sie glauben an Wunder, und die geschehen dann auch immer wieder ...

Auch bei den Londoner Buchmachern, die noch vor der Auslosung der Final-Gruppen (bei Redaktionsschluß dieser Ausgabe noch nicht beendet) schnell die ersten Wettkurse veröffentlichten. Wer jetzt vier Pfund auf Brasilien setzt, erhält elf zurück, wenn die Mannschaft tatsächlich den Titel gewinnt. Dahinter folgen Argentinien 9:2, Uruguay 7:1, Mexiko 11:1, Italien, Deutschland, Dänemark, Frankreich alle 14:1. Am Ende: Marokko, Irak und Kanada mit 500:1.

Das große Warten auf Sanchez

U. SCHRÖDER, Mexico City

Die Fahnen erstarrten in der dünnen Luft. Die Mariachi-Kapellen verstummten. Aus dem Torgeschrei wurde Wutgebrüll. „Raus, raus", tobten die mexikanischen Zuschauer. Carlos Hermosillo, der Torjäger, hatte drei Meter hoch über die Latte geschossen. „Das wird ihm eine Lehre sein", sagte Bora Milutinovic, Mexikos jugoslawischer Nationaltrainer. „Er muß seine Tore auch machen, wenn er unter Druck steht." Könnte Hermosillo das und könnten das seine Kollegen auch, hätten wir am Samstagmittag den nächsten Weltmeister gesehen.

Die Mexikaner gewannen im 2600 Meter hohen Toluca trotz Hermosillos Versagen gegen Ungarn 2:0, und auch der scheußliche Rasen hatte sie nicht hindern können, selbst recht distanzierte Betrachter in Verzückung zu versetzen. Schnelligkeit und Feinheit, Zweckmäßigkeit und Spielfreude vereinigten sich zeitweise zu einer zauberhaften Demonstration. Und alles, das ganze Umfeld, wird für die Mexikaner spielen bei der Weltmeisterschaft. Die dünne Luft, das Publikum, und nicht selten auch die Schiedsrichter. Wer will diese Mexikaner schlagen?

Nur sie selber. Wenn's nämlich richtig ernst wird, flattern ihnen allen die Nerven, wie bei Hermosillo. Diese Angst will Milutinovic ihnen nun austreiben. Er hält die Nationalspieler wie eine Klub-Mannschaft. Seit Wochen sind sie zusammen, machen nichts anderes als trainieren, reisen, spielen. Bis auf zwei Unentschieden gegen Argentinien haben sie alle Spiele gewonnen.

„Und jetzt machen wir Urlaub", sagte Milutinovic gestern nach dem Sieg über Ungarn. Aber am 6. Januar müssen sie wieder antreten. Am Tag danach ist medizinischer Test. Dann wird drei Wochen Kondition gebüffelt. Danach gibt es mindestens sechzehn Länderspiele, acht davon im Olympia- und im Aztekenstadion von Mexico City (wo die Elf auch während der WM spielt), zwei Spiele in Guadalajara, zwei in Monterey. Diese Spiele sollen, genau wie bei der WM, in Intervallen von zwei oder drei Tagen aufeinander folgen.

So spätestens im April soll die WM-Form erreicht sein. Dann fliegt die Mannschaft nach Toluca ins Höhenlager. Vorher wohnen die Spieler zu Hause. Sie haben jedoch nichts anderes zu tun, als mit Milutinovic zu arbeiten. Die Klubs müssen ohne ihre Nationalspieler auskommen. Deshalb gibt's in der Liga wohl einen Meister, aber keinen Absteiger.

Jetzt hofft Milutinovic nur noch, daß Real Madrid so bald wie möglich aus dem UEFA-Cup fliegt. „Ich wünsche Real ja alles Gute", sagte der Jugoslawe, „aber am letzten Mittwoch habe ich Mönchengladbach beide Daumen gedrückt. Weil ich ihr Fan bin und weil ich Sanchez brauche." Hugo Sanchez, Mittelstürmer, Idol und Sportler Nummer eins in Mexiko, einer der zur Zeit elegantesten und gefährlichsten Torjäger, wird von Real Madrid nicht vor dem Ende der Meisterschaft freigegeben. Das ist am 27. April. Erreicht Real das Finale des UEFA-Pokals, träfe Sanchez erst drei Wochen vor Turnierbeginn in Mexiko ein.

In der verbleibenden Zeit kann er nicht mehr aufholen, was seine Kollegen schon geschafft haben. Doch für den Ausgleich werden die Zuschauer sorgen. Und die Höhenluft. Und die Schiedsrichter. Sie alle sollen Mexiko ins Finale puschen.

*

Mexikos Staatspräsident Miguel de la Madrid hat in der Hauptstadt das neuerbaute Pressezentrum für die Weltmeisterschaft eröffnet. Der einzige WM-Neubau neben dem Stadion von Queretaro, in dem die deutsche Mannschaft ihre Vorrunden-Spiele bestreiten wird, hat 20 Millionen Dollar gekostet. Das rosa Gebäude, in kolonialer und moderner Architektur errichtet, bietet während der Weltmeisterschaft auf 19 200 Quadratmeter Fläche Arbeitsraum für rund 3000 Journalisten.

Fußball-Kulisse

Hintergründe aus der Bundesliga

● Bayern München nur unentschieden, Mönchengladbach nur remis – der einzige Auswärts-Sieger des 19. Spieltages vergrößert seinen Vorsprung in der Tabelle der Fußball-Bundesliga: Werder Bremen. Und bei Schalke 04 gibt es schon wieder einmal Streit: Wird der Vertrag mit Manager Rudi Assauer nicht verlängert, kommt Rüßmann?

Volle Deckung. Der Münchener Kögl (links) und der Stuttgarter Allgöwer ziehen die Köpfe ein. FOTO: BAADER

Immer wieder Schalke Muß Rudi Assauer für Rolf Rüßmann weichen?

HEINZ STUMM

In Schalke rumort es wieder. Gleichsam über Nacht ist die Luft für Manager **Rudi Assauer** (47) rauher geworden. Der Vorstand um den Unternehmensberater **Hans-Joachim Fenne** (50) hat vor, sich nach fünf Jahren Zusammenarbeit von dem cleveren Assauer zu trennen, obwohl Mannschaft und Trainer geschlossen hinter dem „schönen Rudi" stehen.

„Die Zusammenarbeit ist hervorragend, das Verhältnis zwischen Manager und Trainer stimmt", geht **Diethelm Ferner** (44) praktisch auf Kollisionskurs zum Vorstand. Und Schalkes Neuerwerbung **Frank Hartmann** (25), in Köln praktisch in die Ecke gestellt und in Schalke inzwischen der beste Angreifer, packt seine Reaktion in den Satz: „Als ich davon hörte, daß Assauer gehen soll, war ich wie vor den Kopf geschlagen."

Gerade jetzt, so Hartmann, vor dem DFB-Pokalspiel am Samstag in Stuttgart und nach dem unglücklichen 2:2-Spiel gegen Gladbach (Hartmann: „Ohne die Fehler von Torhüter Junghans hätten wir leicht einen Sieg eingefahren") könne die Mannschaft keine Unruhe gebrauchen. Der Spieler weiß freilich, daß er mit dem Vorstandsbeschluß, der heute gefällt werden soll, leben muß.

Nachfolger von Assauer soll ein ehemaliger Schalker Nationalspieler werden, der schon deshalb nicht alle Sympathien besitzt, weil er im Jahr des Abstiegs den Klub verließ und nach Dortmund ging: **Rolf Rüßmann** (35). Er hält sich noch bedeckt: „Ich möchte zu diesem Zeitpunkt nichts sagen."

Daß die Sache gut für Rüßmann steht, ist den Worten des Schalker Schatzmeisters **Ingo Westen** (38) zu entnehmen, der nach dem 2:2 gegen Mönchengladbach sagte: „Wenn Vorstand und Management nach fünf Jahren Zusammenarbeit eine Trennung in Betracht ziehen, ist das doch wohl normal." Assauer will das Feld offensichtlich nicht kampflos räumen. Zur Zeit, so ließ er anklingen, schweige er, doch in der heutigen Sitzung werde er schon reden.

Der Noch-Manager soll zu den Sponsoren gehören, die im Besitz einiger Spieler sind (zum Beispiel von Mittelstürmer **Dieter Schatzschneider**), ohne die es um Schalke schlecht bestellt sei. Dem Verwaltungsrat, der zu dieser Frage gehört werden muß, habe es zudem nicht gepaßt, daß dieses Thema vorzeitig in die Öffentlichkeit gedrungen ist und Assauer angeblich über die Zeitung von dem Vorhaben erfahren haben will. Insider vermuten, daß Assauer heute „die Brocken hinwirft", wenn er spürt, daß ihm der Wind voll ins Gesicht bläst.

Wie dem auch sei, nach langer Stille um die einstige Skandalnudel Schalke ist wieder mal Sturm angesagt.

*

Gähnende Leere im Stadion (6000 Zuschauer gegen Kaiserslautern sind Minus-Rekord für den 1. FC Köln) und ein gähnend langweiliges Spiel der Mannschaft beim 1:1 gegen Kaiserslautern haben auch in Köln neue Kritiker auf den Plan gerufen. **Oskar Maaß** (75), fünf Jahre lang Präsident des Klubs, ehe er aus gesundheitlichen Gründen Platz für **Peter Weiand** (65) machte, hält Trainer **Hannes Löhr** (42) für überfordert. Maaß, als Verwaltungsratsmitglied nach wie vor recht einflußreich, hält den Zeitpunkt für angebracht, sich von dem ehemaligen Stürmer zu trennen, den er stets als „lieben Kerl" zu schätzen wußte, aber für untauglich hält, die Mannschaft aus ihrem Trott und ihrem Tief herauszuholen. Er wisse, daß **Udo Lattek** (50) noch immer mit „Kölle liebäugelt" und mit dieser Stadt durch sein Haus und durch seine Freundschaft mit **Erich Ribbeck** (48) eng verbunden sei. „Man sollte ein Gespräch mit Udo Lattek suchen", rät Maaß FC-Vorstandsmitglied **Karl-Heinz Thielen** (44), der für Engagements zuständig ist.

Maaß ist zum Beispiel verärgert darüber, daß der hochveranlagte Berliner **Thomas Häßler** (19), mit 1,66 m noch zwei Zentimeter kürzer als sein Landsmann **Pierre Littbarski** (25), immer nur eingewechselt wird. „Er hat doch Kraft für ein ganzes Spiel, das muß man doch als Trainer sehen", wirft der Alt-Präsident dem Jung-Trainer mangelnde Flexibilität und Risikofreude vor.

Pierre Littbarski, der gestern mit Ehefrau **Monika** nach New York in den Urlaub flog, war gegen Kaiserslautern übrigens kaum wiederzuerkennen: Sein Hof-Friseur hatte ihm zu viele Färbungsmittel ins Haar geschmiert und den Dribbelkünstler in ein Blondie verwandelt.

Das Bemühen um Nationalspieler **Thomas Allofs** (26) scheint der 1. FC Köln schon wieder verloren zu haben. Während das Management noch überlegt, ob und wann Verhandlungen aufgenommen werden sollen, hat Kaiserslautern schon gehandelt: Trainer **Hannes Bongartz** (34) und Allofs-Berater **Holger Klemme** (36) bestätigten übereinstimmend, daß aussichtsreiche Verlängerungs-Gespräche geführt worden seien. Hannes Bongartz schaut voller Optimismus in die nahe Zukunft. „Wir wollen den Thomas auf alle Fälle halten, und auch den Andreas Brehme nicht aufgeben." Brehme, so der Trainer, habe ihm in die Hand versprochen, daß er bei Bayern München noch keinen Vorvertrag unterzeichnet habe. Und vollmundig ergänzt Bongartz, der am Wochenende immer nach Bottrop zu seiner Frau fährt: „In Kaiserslautern wird das Fritz-Walter-Stadion auf 44 000 Zuschauer ausgebaut und überdacht. Schon deshalb müssen wir dem Publikum eine gute Mannschaft und gelegentlich ein neues Gesicht bieten." Das neue Gesicht könnte ein altes sein: **Hans-Peter Briegel** (30) wurde in Verona mitgeteilt, daß Kaiserslautern an einer Rückkehr des Pfälzer Fußball-Idols interessiert sei. Bongartz: „Der Hans-Peter läßt sich nicht wie Hansi Müller (28) in Italien hin- und herschieben, wenn man ihn nicht mehr haben will." Bongartz kann sich auch vorstellen, daß der in Hamburg abgeschobene **Wolfram Wuttke** (24) in der Pfalz heimisch wird: „Der Wolfram scheint zu begreifen, daß wir ihm eine Chance geben." Wuttke lebt praktisch von der Hand in den Mund, aber dabei nicht schlecht: Nach dem 1:1 gegen Köln, zu dem er das Tor lieferte, kassierte er 7700 Mark – 6500 Mark Einsatzgeld und 1200 Mark Punktprämie.



Gesprengtes Gespann? Trainer Ferner, Manager Assauer (rechts). FOTO: MÜLLER

*

Zu den Spielern, die noch am Sonntag einem Punktverlust nachtrauerten, gehörte der Stuttgarter **Karl Allgöwer** (27), der sich nach wie vor als Torschütze beim 0:0 gegen den FC Bayern München sieht und von einem Reporter des Süddeutschen Rundfunks in seiner Ansicht, einen regulären Treffer erzielt zu haben, bestärkt wurde. „Der hat mir gesagt, daß es Aufnahmen gibt, die beweisen, daß der Ball von der Latte hinter die Linie gesprungen sei." Schiedsrichter **Wolf-Dieter Ahlenfelder** (43) aus Oberhausen sah es jedoch anders. Aber nicht nur in diesem Fall habe dem Titelverteidiger das Glück zur Seite gestanden. Weil der Isländer **Asgeir Sigurvinsson** (27) verletzt auf der Bank saß und Allgöwer nach dreimaligem Versagen zögerte, zur Exekution bei einem Elfmeter anzutreten, bot sich **Jürgen Klinsmann** (21) an und schoß dem sich streckenden Torhüter **Raimund Aumann** (22) den Ball in die Arme. Allgöwer: „Der Jürgen hat mir gesagt, er hatte den Ball oben ins Eck knallen wollen, aber nicht richtig erwischt."

Vor allem dieses „unverschämte Glück" sei ein Grund, weshalb er, Allgöwer, die Bayern immer noch zu den berechtigten Titelanwärtern zähle. Von der Klasse her, so schätzt er, sei zur Zeit nur Bremen und der HSV meisterreif. Von Gladbach hält er nicht viel: „Schon nach unserem 1:1 war ich skeptisch, ob die Mannschaft in Madrid überleben wird. Mit ein bißchen mehr Mut hätten wir sie schon schlagen können."

Bremen vier Punkte voraus. Hannover: Fast so viele Zuschauer wie München

							Heim		Auswärts	
1. Bremen	19	13	3	3	57:30	29:9	37:9	17:1	20:21	12:8
2. München	19	11	3	5	37:21	25:13	28:6	16:2	9:15	9:11
3. Hamburg	19	11	3	5	32:17	25:13	22:5	15:3	10:12	10:10
4. M'gladbach	18	9	6	3	40:25	24:12	25:9	15:5	15:16	9:7
5. Leverkusen	19	8	6	5	39:27	22:16	27:12	16:4	12:15	6:12
6. Mannheim	18	8	4	6	30:24	20:16	23:9	15:3	7:15	5:13
7. Bochum	18	9	1	8	36:29	19:17	25:13	13:5	11:16	6:12
8. Stuttgart	19	7	5	7	31:31	19:19	17:8	11:7	14:23	8:12
9. Köln	18	5	8	5	28:28	18:18	18:11	12:6	10:17	6:12
10. Uerdingen	18	7	4	7	27:44	18:18	14:15	11:5	13:29	7:13
11. Schalke	19	6	5	8	29:30	17:21	19:9	12:6	10:21	5:15
12. K'lautern	19	6	5	8	26:27	17:21	17:6	14:6	9:21	3:15
13. Dortmund	19	6	4	9	29:42	16:22	21:14	13:7	8:28	3:15
14. Saarbrücken	19	4	7	8	26:34	15:23	18:11	13:5	8:23	2:18
15. Frankfurt	19	3	9	7	21:33	15:23	12:10	11:9	9:23	4:14
16. Hannover	19	5	4	10	31:53	14:24	16:16	9:9	15:37	5:15
17. Nürnberg	18	5	2	11	28:34	12:24	19:18	9:11	9:16	3:13
18. Düsseldorf	19	4	3	12	28:46	11:27	20:16	11:9	8:30	0:18

● Die Bundesliga-Klubs jagen weiter einen Rekord auf dem falschen Feld. Der Bremer Michael Kutzop ist nach 19 Spieltagen der 16. Spieler, der die rote Karte sah (wegen wiederholten Foulspiels). In der gesamten letzten Saison gab es nur 19 Platzverweise. Die Höchstmarke liegt bei 21 roten Karten in der Saison 1983/84. Nach je vier gelben Karten sind Majewski (Kaiserslautern), Drehsen (Mönchengladbach) und Augenthaler (München) automatisch für den 20. Spieltag gesperrt. Insgesamt wurden am 19. Spieltag 30 Verwarnungen ausgesprochen, das sind immerhin 3,3 pro Spiel.

● Nicht die Torjäger vergangener Jahre – Klaus Allofs, Rudi Völler, Horst Hrubesch – sind die erfolgreichsten Schützen des Jahres, sondern die Außenseiter Stefan Kuntz (16 Treffer), Thomas Remark (14) und Frank Neubarth (13). Erst dann folgt mit Karl Allgöwer (12) einer der etablierten Torjäger. Die Zahl von bislang 575 Treffern liegt bei einem Schnitt von 3,52 Toren pro Spiel um 55 hinter der Ausbeute des Vorjahres zurück. Das Minus ist in den drei Nachholspielen Uerdingen – Gladbach (18. Dezember), Köln – Bochum und Mannheim – Nürnberg (beide 18. Januar) nicht mehr aufzuholen.

● Mit dem 2:1 über Bochum beendete der Tabellenletzte Fortuna Düsseldorf eine Negativ-Serie von neun Spielen ohne Sieg (3:15 Punkte). Die derzeit schlechteste Zwischenbilanz weist nun der 1. FC Kaiserslautern auf: acht Spiele ohne doppelten Punktgewinn und 3:13 Punkte. Auch der VfB Stuttgart ist bereits seit fünf Spieltagen sieglos (3:7 Punkte). Wilfried Hannes (Mönchengladbach) ist der achte Spieler dieser Saison, der den Ball ins eigene Tor schoß. Vier Elfmeter wurden am Wochenende verhängt, nur der Stuttgarter Klinsmann war (gegen Aumann) nicht erfolgreich.

● Nur 158 751 Zuschauer (Durchschnitt 17 639) kamen zu den neun Spielen des Wochenendes. Den besten Besuch verzeichnete Aufsteiger Hannover 96 im Niedersachsen-Stadion gegen Spitzenreiter Werder Bremen mit 46 451 Besuchern. Die niedrigste Zuschauerzahl mußte wieder einmal Fortuna Düsseldorf mit 5500 verbuchen. Düsseldorf steht auch am Ende einer Tabelle nach Zuschauerzahlen mit 8959 im Durchschnitt. An der Spitze halten sich hinter Bayern München (33 778) die Aufsteiger Hannover 96 (33 176) und Nürnberg (26 990). Erst dann folgt Tabellenführer Bremen (23 118).

DÜSSELDORF / 2:1 über den VfL Bochum ist der erste Sieg des Tabellenletzten nach neun erfolglosen Bundesliga-Spielen

Spieler stützen Brei, der Präsident wünscht sich „etwas Gutes"

ULLA HOLTHOFF, Düsseldorf

„Und schreiben Sie was Gutes, die Fortuna kann es gebrauchen", sagte Düsseldorfs Präsident Peter Förster zum Abschluß des Gesprächs. Der moralische Druck, den er damit auslöste, war ungleich größer als der spielerische Druck, den Fortuna Düsseldorf in der ersten Halbzeit des Fußball-Bundesligaspiels gegen Bochum ausgeübt hatte.

Es wäre leicht und vordergründig, sogar gerechtfertigt, die negative Kritik der letzten Wochen fortzuführen. Anhaltspunkte bietet der Verein reichlich. Sportlicher Niedergang (0:18 Auswärtspunkte), ständig sinkende Zuschauerzahlen (gegen Bochum kamen nur 5500), spielerischer Substanzverlust, wirtschaftliche Sorgen, Machtkämpfe und Intrigen im Präsidium. Fortuna Düsseldorf hat sein Profil verloren und findet keinen Ausweg aus der seit Monaten währenden Krise. Kein Wunder, daß der Präsident sich „etwas Gutes" wünscht. Jetzt, in der Zeit des Umbruchs, in der Zeit der Wünsche und guten Vorsätze.

Winterpause, Jahreswechsel und nach neun sieglosen Spielen endlich wieder ein doppelter Punktgewinn für Fortuna Düsseldorf. Ein 2:1-Heimsieg über den VfL Bochum, der damit auf seinem Weg in obere Tabellenregionen vorerst gestoppt wurde. Der 20jährige Amateur Sven Demandt und der 31jährige Sepp Weikl, der in seinen 256 Bundesligaspielen für Fortuna Düsseldorf erst 18 Tore erzielt hatte, konservierten mit ihren Toren die Hoffnung auf den Klassenerhalt. Zwei Tore als Ausdruck von Optimismus und Auflehnung. Gerade rechtzeitig. Mit der Hoffnung als Ansporn und dem Sieg im Rücken läßt sich die sechswöchige Winterpause leichter überbrücken. Und dem Trainer Dieter Brei bleibt der Arbeitsplatz vorläufig erhalten. Sagt der Präsident, denn „ist so ein Spiel ein Anlaß, ihn zu entlassen?"

Dieter Brei bleibt. Auch deshalb, weil die Mannschaft sich beim Präsidenten für ihn einsetzt. „Mich haben die Spieler angerufen und gesagt: Um Gottes willen, nicht jetzt auch noch den Trainer ... An ihm liegt es nicht. Wenn wir nur 60 Prozent von dem umsetzen würden, was er mit uns im Training erarbeitet, dann stünden wir ganz oben." Präsident Förster, der seinen Trainer seit Wochen gegen erhebliche Widerstände innerhalb des Präsidiums im Amt beläßt, wird in seiner konsequenten Haltung von der Mannschaft unterstützt und fühlte sich nach dem Spiel bestätigt: „Die haben heute für den Trainer gespielt. Meinen Sie, die hätten so gekämpft, wenn sie ihn nicht mehr wollen?"

Zu Beginn des Spiels gegen Bochum hatte es noch ganz anders ausgesehen. Fortuna Düsseldorf agierte so, als könne die Talfahrt nicht mehr gestoppt werden. Selbst erfahrene Bundesligaspieler wie Sepp Weikl (31) und Günter Kuczinski (31) wirkten nach dem frühen Bochumer Führungstor verunsichert und gehemmt oder versagten völlig wie del'Haye (30). Es schien, als sei der letzte Tabellenplatz nur Durchgangsstation auf dem direkten Weg in die Zweite Liga. Vom Tabellenführer nach dem ersten Spieltag zum sichersten Abstiegskandidaten. Da drängt sich der Vergleich mit dem 1. FC Nürnberg auf, der 1968 Deutscher Meister wurde und in der folgenden Saison abstieg. Trübe Aussichten. Dabei hatte sich der Präsident doch „etwas Gutes" gewünscht.

Nun, es geht ja auch anders. Mit einem positiven Gegenbeispiel. Ein Beispiel wie Borussia Dortmund. In der Bundesliga-Tabelle der Düsseldorfer Stadionzeitung taucht Dortmund gleich zweimal auf: auf dem 10. und auf dem 13. Platz. Ist das ein Zeichen für die allgemeine Verwirrung im Umfeld der Fortuna oder eher ein versteckter Hinweis auf die Vorbildlichkeit, mit der Dortmund sich als Vorgänger Düsseldorfs vom letzten Tabellenplatz ins Mittelfeld vorgearbeitet hat? Die Dortmunder haben vorgemacht, was Präsident Förster jetzt in Düsseldorf exerzieren will: ohne Trainerwechsel die Krise überwinden.

Bielefeld nutzte Gunst der Stunde

sid, Düsseldorf

Arminia Bielefeld hat die Gunst der Stunde genutzt und sich mit einem 1:0 (1:0)-Sieg bei Schlußlicht MSV Duisburg hinter Spitzenreiter FC Homburg auf Platz zwei der Zweiten Fußballiga geschoben. Die Ostwestfalen, die nach ihrem vierten Erfolg hintereinander 27:13 Punkte besitzen, profitierten dabei von den Punktverlusten der ärgsten Rivalen aus Stuttgart, Köln und Aachen.

Einen herben Rückschlag erlitt Fortuna Köln. Die Mannschaft von Trainer Hannes Linßen bezog durch ein 3:4 bei Darmstadt 98 die zweite Niederlage in Folge und fiel vom dritten auf den vierten Rang hinter die Stuttgarter Kickers zurück. Die Schwaben sind nach dem 1:1 bei Hertha BSC Berlin seit nunmehr sieben Spielen ungbesiegt.

In der Abstiegszone errang die SpVgg Bayreuth mit einem 3:2 gegen Blau-Weiß 90 Berlin zwei wichtige Punkte. Immer größer werden die Sorgen für Tennis Borussia Berlin, das nach dem 0:3 beim Karlsruher SC seinen vorletzten Platz vor dem MSV Duisburg untermauerte.

Zumindest in den nächsten zwei Monaten müssen die Profis von Hessen Kassel mit weniger Geld auskommen. Der Verein kürzt vorübergehend die Prämien, weil der mit 8000 Zuschauern kalkulierte Durchschnittsbesuch nicht erreicht wurde.

2. Liga

DIE ERGEBNISSE

Spiel	Ergebnis	Halbzeit
Bayreuth – BW Berlin	3:2	(0:1)
Freiburg – Oberhausen	1:1	(1:0)
Aachen – Solingen	0:0	
Karlsruhe – TB Berlin	3:0	(1:0)
Hertha BSC – Stuttgart	1:1	(0:0)
Darmstadt – Köln	4:3	(2:1)
Duisburg – Bielefeld	0:1	(0:1)
Aschaffenb. – Braunschw.	2:1	(0:1)
Osnabrück – Homburg	1:1	(1:0)
Wattenscheid – Kassel	3:0	(1:0)

DIE TABELLE

Platz	Sp.	G	U	V	Tore	Punkte
1.Homburg	21	13	3	5	52:23	29:13
2.Bielefeld	20	12	3	5	35:21	27:13
3.Stuttgart	21	10	7	4	41:30	27:15
4.Köln	21	11	4	6	39:30	26:16
5.Aachen	21	8	8	5	31:28	24:18
6.BW Berlin	21	8	7	6	39:28	23:19
7.Darmstadt	21	8	7	6	36:27	23:19
8.Wattenscheid	21	10	3	8	35:38	23:19
9.Karlsruhe	20	9	4	7	36:29	22:18
10.Kassel	20	10	2	8	33:32	22:18
11.Braunschweig	21	6	7	8	37:37	21:21
12.Solingen	21	8	5	8	28:36	21:21
13.Aschaffenb.	21	9	2	10	34:36	20:22
14.Osnabrück	21	6	8	7	29:33	20:22
15.Oberhausen	21	5	7	9	27:33	17:25
16.Hertha BSC	21	4	9	8	28:39	17:25
17.Bayreuth	20	7	2	11	26:46	16:24
18.Freiburg	21	5	6	10	28:38	16:26
19.TB Berlin	21	4	6	11	31:45	14:28
20.Duisburg	21	3	4	14	16:42	10:32

DIE VORSCHAU

Nachholspiele: Mittwoch: Karlsruhe – Bielefeld. – **Samstag:** Kassel – Bayreuth. – **22. Spieltag. Samstag, 25. 1. 86:** Bayreuth – Aachen, TB Berlin – Wattenscheid, Kassel – Darmstadt, Stuttgart – Solingen, Oberhausen – Hertha BSC, Braunschweig – Freiburg, Bielefeld – Osnabrück. – **Sonntag:** Homburg – Aschaffenburg, BW Berlin – Karlsruhe, Köln – Duisburg.

SCHWIMMEN / Bundesrepublik ohne Michael Groß überraschend stark

Kein Glückwunsch für Hoffmeister

sid/dpa, 's-Hertogenbosch

In bestechender Form präsentierten sich die Männer des Deutschen Schwimmverbandes (DSV) beim Europacup im niederländischen 's-Hertogenbosch. Auf der 25-m-Kurzbahn führten sie bereits nach dem ersten Tag mit 133 Punkten vor der „DDR" (120) und der UdSSR (108). Enttäuschend dagegen das Abschneiden der Frauen. Mit Ausnahme von Birgit Schulz, jüngst aus Bonn nach Dormagen gewechselt, blieben sie weit unter ihren Bestleistungen.

Der Erfolg der Männer überrascht und hat doch einen guten Grund: Ausnahmekönner Michael Groß fehlte, aber der Kampfgeist des Rückenschwimmers Frank Hoffmeister, der nach seiner Flucht aus der „DDR" erstmals vom DSV in einem internationalen Wettbewerb eingesetzt wurde, riß die anderen mit.

„So schlecht ist die Situation gar nicht, wenn der Michael Groß einmal fehlt," wertete Schwimmwart Jürgen Kozel. „Da strengt sich jeder noch mehr an, damit hinterher keiner sagen kann, ohne Groß läuft bei uns nichts." Offensichtlich wurde die DSV-Mannschaft nach der Absage von Groß von der Konkurrenz unterschätzt. Zumindest die „DDR" war auf die Leistungsstärke des DSV nicht vorbereitet. Die Herren aus der „DDR" ließen sich niederkämpfen wie selten zuvor.

Schon nach der Hälfte der 28 Wettbewerbe wurden fünf DSV-Rekorde registriert. Herausragend, aber ohne Rekord-Notierung, die Leistung des Vize-Europameisters Rolf Beab (Dormagen), der über 100 m Brust in 1:01,17 Minuten siegte, die sieben Jahre alte Europa-Bestzeit von Gerald Mörken (Dortmund) aber um 17 Hunderstelsekunden verfehlte. Immerhin: Das ist Platz drei in der „ewigen" Weltrangliste.

Unbestrittene Nummer eins im DSV-Team aber war Frank Hoffmeister. Nach einem kurzen Gastspiel bei der SG Hamburg wieder nach Bochum zurückgekehrt, überraschte er mit einer wahren Leistungsexplosion. Die direkte Auseinandersetzung mit seinem ehemaligen Mannschaftskameraden, dem Weltmeister und Europarekordinhaber Dirk Richter („DDR") setzte ungeahnte Kräfte frei. Schon im Vorlauf über 200 m Rücken lieferten sie sich ein erbittertes Kopf-an-Kopf-Rennen. Als Folge davon verbesserte Frank Hoffmeister den DSV-Rekord auf 2:00,42, Richter hatte sich auf der letzten Bahn abgesetzt und hatte in 2:00,3 den Vorlauf für sich entschieden.

„Er kann mich nicht leiden, und das hat mich zusätzlich stimuliert", erklärte Hoffmeister die Hintergründe des unnachgiebigen Konkurrenzkampfes. Richter würdigte den Konkurrenten keines Blickes, vermied jeglichen Kontakt und verweigerte nach dem Finale sogar den Glückwunsch für Hoffmeister, der mit großartiger Leistung den Rekord noch einmal auf 1:58,98 verbessert hatte. Nur eine Bemerkung zu den ernüchternden Begleitumständen des stummen Wiedersehens mit Flüchtling Hoffmeister war dem Dirk Richter zu entlocken: „Ich möchte nichts über und zu Hoffmeister sagen. Ich versuche hier, alles für mein Land zu geben. es geht nur um Sport. Was er privat macht, muß er für sich selbst tun. Das ist ganz seine eigene Sache."

Das war alles. Hoffmeister beließ es ebenfalls dabei und forderte nichts und niemanden heraus. Vor dem Europacup hatte er gesagt, er wolle „mit Leistung die DDR-Geschichte vergessen". Daß es so einfach nicht ist, hat er in 's-Hertogenbosch erfahren. Die DSV-Funktionäre hatten ihm zur Zurückhaltung geraten: Kein „DDR"-Schwimmer sollte unnötig in eine möglicherweise peinliche Situation gebracht werden, um die Beziehungen zwischen den beiden Verbänden nicht zu stören.

SPORT-NACHRICHTEN

Sieg für Kohde/Sukova

Tokio (UPI) – Claudia Kohde (Saarbrücken) hat mit Helena Sukova (CSSR) das Doppel-Finale beim Tennisturnier in Tokio gewonnen. Sie schlugen Mesker/Smylie (Holland/Australien) 6:0, 6:4 und erhielten dafür 9000 Dollar.

Silber für Becher

Sarajewo (dpa) – Druch drei Stürze in der Kür verpaßte die 15jährige Mannheimerin Susanne Becher die Chance, in Sarajevo Junioren-Weltmeisterin im Eiskunstlaufen zu werden. Es siegte Natalja Gorbenko (UdSSR). Susanne Becher wurde Zweite.

Leon Spinks: Comeback?

New York (sid) – Der frühere amerikanische Box-Weltmeister aller Klassen, Leon Spinks (32), bezwang in New York seinen Landsmann Kane durch Abbruch. Am 23. März will Spinks gegen den Amerikaner Qawi antreten, den Weltmeister im Leichtschwergewicht (WBC-Version).

Schwerer Trainingsunfall

Winterberg (dpa) – Dem 23jährigen Josef Berlinger aus Lam wurden bei einem Sturz im Training zum Sauerländerpokal der Rennrodler in Winterberg die Nerven des rechten Armes durchtrennt. Es besteht der Verdacht, daß der Arm steif bleibt. Die umstrittene Bahn wurde vorerst auch für die Rodler gesperrt.

Curling-Europameister

Grindelwald (dpa) – Nach einem 7:5-Sieg im Finale über Schweden wurden die deutschen Herren in Grindelwald (Schweiz) zum ersten Mal Europameister im Curling. Die als Titelverteidiger angetretenen deutschen Damen belegten Platz sechs. Es siegte die Schweiz.

Graf schlug Mandlikowa

Loretto (sid) – Die Heidelberger Tennisspielerin Steffi Graf bezwang in Loreto (Mexiko) die Weltranglisten-Dritte Hana Mandlikova (CSSR) mit 6:4, 6:2. Bei dem Spiel hadelte es sich um das Finale eines Einladungsturniers.

Werben mit Pferden

Lissabon (sid) – Pferde mit Firmennamen sind ab sofort offiziell im internationalen Turniersport erlaubt. Ausnahmen bilden die olympischen Wettbewerbe. Als Berufsreiter gilt fortan, wer von seinem Verband als Trainer anerkannt wird oder mit einem Sponsor einen von der Föderation nicht genehmigten Vertrag abschließt. Das beschloß der Weltverband (FEI) in Lissabon.

Müller in der Meisterrunde

Wien (sid) – Nur mit Mühe erreichte der frühere deutsche Fußball-Nationalspieler Hansi Müller mit Wacker Innsbruck die Meister-Runde der österreichischen Bundesliga, die mit den besten acht Vereinen ausgetragen wird. Ein 1:1 gegen Linz reichte zum achten Tabellenplatz.

Heike Redetzky wechselte

Leverkusen (dpa) – Die zweimalige deutsche Hochsprungmeisterin Heike Redetzky (bisher TSV Kronshagen) wechselte zur LG Bayer Leverkusen. Sie wird beim früheren Meyfarth-Coach Osenberg trainieren.

Prämienausschüttung

Paris (sid) – Der Schweizer Springreiter Willi Mellinger erhielt für den Gewinn des Weltcups im Mächtigkeitsspringen 45 000 Mark. Die Deutschen Wiltfang und Mehlkopf bekamen als Dritte jeweils 15 500 Mark.

Freiheitsstrafen

Prag (dpa) – Zu Freiheitsstrafen bis zu zweieinhalb Jahren wurden in Prag vier Fußball-Rowdies verurteilt. Außerdem wurde ein unbefristetes Besuchsverbot für alle Fußball- und Eishockeyspiele ausgesprochen. Die Jugendlichen hatten acht Eisenbahnwagen demoliert.

Gorman statt Ashe?

Philadephia (sid) – Tom Gorman (39) wird neuer Kapitän der amerikanischen Daviscup-Mannschaft. Er soll heute das ehemals von Arthur Ashe verwaltete Amt wahrnehmen. Ashe wird vorgeworfen, daß er nicht mit den Stars McEnroe und Connors zurechtkam.

Nicht mehr im Amt

Düsseldorf (sid) – Klaus-Dietrich Günther (München), ehrenamtlicher Bundestrainer der Leichtgewichte im Deutschen Ruderverband (DRV), ist zurückgetreten. Der Grund: Die Arbeit sei nur mehr hauptamtlich zu erledigen, doch dafür fehlt das Geld.

Sepp Wildgruber: Melken und Füttern nach der Abfahrt

Andreas Wenzel, der genauso lange im Skizirkus dabei ist, schob Sepp Wildgruber zur Seite. „Nur weil du Dritter geworden bist, brauchst du dich nicht so breit zu machen", flachste der Liechtensteiner und bat um Durchlaß. Man könnte die nebensächliche Episode auch so auslegen: An dem fast 27 Jahre alten Oberaudorfer kommt die Ski-Elite nicht mehr so einfach vorbei. In Gröden, bei der ersten klassischen Abfahrt der Weltcup-Saison 1985/86, gelang es nur dem Österreicher Peter Wirnsberger und dem Schweizer Peter Müller.

Lange versuchte Wildgruber, der vor elf Jahren in Gröden Weltcup-Premiere hatte, vergeblich, in die Welt-Elite hineinzufahren. Erst der siebente Olympiarang im Vorjahr in Sarajevo wirkte bei ihm wie ein „psychologischer Schneepflug" (Wildgruber), und zum Ende der letzten Saison drückte er die Konkurrenz im japanischen Furano und im amerikanischen Aspen als Zweiter und Dritter erstmals zur Seite.

„Die Erfahrung macht's, sie spielt schon bei meiner Saisonvorbereitung eine wichtige Rolle. Ich weiß heute viel besser als früher, was ich im Sommer für die Kondition zu tun habe, gehe erst fünf bis sechs Wochen vor dem Rennauftakt zum ersten Schneetraining, um nicht schon vor dem Weltcup-Start platt zu sein", sagt Wildgruber, der bisher in den Wochen vor Weihnachten noch niemals in einem Weltcup-Rennen unter den ersten zehn war. Und in Gröden hatte er ohnehin noch nie einen Punkt geholt, wofür schon ein 15. Rang gereicht hätte.

Schon einige Male überlegte Wildgruber in den letzten Jahren, ob er die Renn-Ski nicht in die Ecke stellen sollte. Er sah sich fast dazu gezwungen, als der Vater im Vorjahr plötzlich starb, einen großen Hof und damit viel Arbeit hinterließ.

Doch Sepp Wildgruber reifte an dieser erhöhten Verantwortung, profitierte davon auch im Sport. Freilich bringt die Doppelbelastung, die Sepp Wildgruber allerdings kaum als Handicap empfindet („Arbeit hat noch keinem geschadet"), auch ihre Probleme mit sich. Vor den beiden Abfahrten im August in Argentinien hatte Wildgruber weder Zeit zur ausreichenden Vorbereitung, noch konnte er den Hof mit über vierzig Kühen allein lassen.

„Meine Damen müssen schließlich versorgt sein", formulierte es Wildgruber einmal zur Freude der Umstehenden. Er meinte damit die Kühe im Stall. Jetzt, wo er mit dem Skizirkus auf Tour ist, erledigt eine Aushilfe die Arbeit auf dem Hof. „Schon im letzten Winter hat die Sporthilfe für diese Maßnahme 5000 Mark zur Verfügung gestellt. Ich hoffe, heuer finanziert sie mich auch wieder", meint Wildgruber. Er muß sich da wohl keine großen Sorgen machen.

In Gröden, wo Wildgruber seine Weltcup-Karriere begann und wo er nun den dritten Platz in der Abfahrt errang, blieb allerdings wenig Zeit, um zu feiern. Noch am Samstag nachmittag machte sich Wildgruber auf den Weg nach Hause. Denn gestern morgen gab es genug zu tun: Füttern und Melken.

GERD HOLZBACH

TURNEN / Kubicka Chef, Winkler Meister

Ziel: Bis 1992 Japan und die „DDR" einholen

dpa/sid, Hannover

Bekannte Namen, neue Titel. Vaclav Kubicka und Daniel Winkler standen bei den deutschen Meisterschaften der Kunstturner in Hannover im Mittelpunkt. Kubicka (46), bislang Bundestrainer für den Nachwuchsbereich, wird neuer Cheftrainer des Deutschen Turner-Bundes (DTB). Daniel Winkler (23) holte sich im Olympischen Zwölfkampf seinen ersten deutschen Meistertitel.

Mit dem ehemaligen finnischen Meisterturner Mauno Nissinen (Frankfurt) wird Kubicka ein Spezialist für Biomechanik zur Seite stehen. Arbeitsbeginn für Kubicka, Nachfolger des nach persönlichen Querelen mit Bundeskunstturnwart Klaus Zschunke zurückgetretenen Philipp Fürst (künftig wieder Nachwuchstrainer), ist der 6. Mai, weil tags zuvor die Jugend-Europameisterschaften in Karlsruhe enden, bei denen Kubicka als betreuender Trainer der deutschen Riege auftreten muß.

„Diese Lösung war vorgezeichnet, weil Vaclav Kubicka im Olympia-Stützpunkt Frankfurt zu Hause ist, weil er mit seinen Jugendlichen erfolgreiche Arbeit leistet und weil die wissenschaftlichen Begleitmaßnahmen in Frankfurt bestens durchgeführt werden können", sagte Zschunke.

„Wenn Herr Zschunke mich zum Cheftrainer bestimmt, werde ich diesen Auftrag erfüllen", meinte Kubikka, nunmehr seit fast 17 Jahren in den Diensten des Deutschen Turner-Bundes. Und: „Ich lasse mir meine Kompetenzen schriftlich garantieren und bin zuversichtlich, dann gute Arbeit leisten zu können."

Kubicka, Europameisterschaftsteilnehmer 1967, WM-Teilnehmer 1962 und 1966, Olympia-Teilnehmer 1964 und 1968 (Barren-Sechster), seit seiner Flucht aus der Tschechoslowakei Bundestrainer im DTB (1. Januar 1969) und schon einmal Cheftrainer (1975 bis 1977), machte sich vor allem als Trainer des deutschen Rekord-Meisters Eberhard Gienger (1971 bis 1981) einen Namen, seit 1983 dann aber auch als erfolgreicher Jugendtrainer. Innerhalb von nur drei Jahren brachte er ein halbes Dutzend hochklassiger Jugendturner heraus, die schon bei den Weltmeisterschaften 1987 in Rotterdam, spätestens jedoch bei den Olympischen Spielen 1988 in Seoul in der deutschen Nationalriege turnen sollten.

Kubicka hat sich hohe Ziele gesteckt: „Auch wenn es überheblich klingt: Ich halte es für denkbar, bis 1992 an die DDR und Japan heranzukommen. Wir müssen einen Spitzenturner wie seinerzeit Gienger als Leitfigur aufbauen." Die technischen Voraussetzungen dafür seien fast optimal, jetzt müsse man durch Sicherung von Studien- und Arbeitsplätzen und leistungsbezogene finanzielle Zuwendungen auch ein besseres Umfeld schaffen. Kubicka: „Das ist die wichtigste Aufgabe des Bundesfachwartes."

Fachwart Klaus Zschunke, nicht erst seit Fürsts Rücktritt die umstrittene Figur im Lager der Kunstturner, stößt ins gleiche Horn. „Wir müssen noch näher an die Spitze heran. Ich will einen Chefcoach, der den übrigen Bundestrainern gegenüber weisungsbefugt ist. Einer muß die volle Verantwortung übernehmen", erklärte der Mathematikprofessor, der keine Angst um seinen Posten hat: „Meine Entscheidungen waren größtenteils richtig, daher sehe ich keinen Grund zurückzutreten. Das Verhältnis zu Aktiven und Trainern ist viel besser, als oft behauptet wird."

Der neue Zwölfkampf-Meister Daniel Winkler sieht das anders: „Manchmal kann er einem das Turnen völlig verleiden." Doch bei dem Temperamentsbündel aus Heusenstamm überwog schnell die Freude über die erste Meisterschaft. „Ich wollte endlich das Image des ewigen Talents loswerden." Schon oft stand er dicht vor dem Sieg, doch Nervenschwäche ließen seine Betreuer verzweifeln. „Ich konzentriere mich jetzt nur noch auf mich. Was die anderen turnen, interessiert mich nicht mehr."

So erfuhr er nur beiläufig während des Wettkampfes, daß der Hannoveraner Andreas Japtok, nach der Pflicht an der Spitze liegend, durch eine völlig verkorkste Bodenkür (8,45 Punkte) alle Titelchancen schon nach dem ersten Gerät eingebüßt hatte. Japtok erkannte neidlos an: „Daniel hat als einziger fehlerfrei durchgeturnt, sein Sieg ist verdient." Ein halber Punkt lag am Ende zwischen Winkler (114,45) und Japtok (113,95), Dritter wurde mit 112,80 Punkten der letztjährige Vizemeister Bernhard Simmelbauer aus Mühldorf.

HANDBALL

Sieg verschenkt 43 Würfe, aber nur 16 Treffer

sid, Verden

Zum Abschluß der Vorrunde hat die Handball-B-Weltmeisterschaft der Frauen die ersten Kapriolen geschlagen. Das fast schon sensationelle 19:17 der Österreicher gegen Vize-Weltmeister Ungarn und der überraschende Punktverlust des Weltmeisters UdSSR beim 18:18 gegen Rumänien stellten sogar die unnötige 16:19-Niederlage der Mannschaft aus der Bundesrepublik Deutschland gegen die „DDR" in den Schatten.

Die österreichische Legionärs-Truppe, bei der fast ausschließlich eingebürgerte Ostblock-Spielerinnen zu den Leistungsträgerinnen zählen, profitierte bei ihrem Sieg in erster Linie von der Treffsicherheit der gebürtigen Jugoslawin Jasna Kolar-Merdan. Die Torschützenkönigin des olympischen Turniers 1984 in Los Angeles erzielte neun Treffer. In einer Nacht-und-Nebel-Aktion hatte die 32jährige erst wenige Tage vor Beginn der B-WM die Staatsbürgerschaft von Österreich erhalten, nachdem sie vor einem Jahr vom jugoslawischen Meister Radnicki Belgrad zu Südstadt Wien gewechselt war. Durch den Erfolg gegen Ungarn zog Österreich gemeinsam mit den Magyaren und der CSSR in die Hauptrunde des Turniers ein.

Von den vermeintlichen Favoriten zogen nur Rekord-Weltmeister „DDR" und Polen ohne Punktverlust in die Hauptrunde der besten zwölf Mannschaften ein. Bei ihrem 19:16-Sieg gegen das Team der Bundesrepublik profitierte die „DDR" allerdings weniger von der eigenen Stärke als von einer katastrophalen Wurfausbeute der Gastgeber. „Wir haben 43mal aufs Tor geworfen und nur 16 Treffer erzielt. Mit so einem Schnitt kann man gegen die DDR nicht gewinnen", sagte Bundestrainer Ekke Hoffmann nach dem Spiel.

Entscheidend für die achte Niederlage im neunten Duell mit dem dreimaligen Weltmeister war das völlige Versagen sämtlicher Rückraumspielerinnen. Für etwas Druck und Tempo im Angriff sorgte lediglich die zuletzt so heftig kritisierte Spielmacherin Britta Vattes. Torhüterin Astrid Hühn erteilte ihrer Mannschaft in der 52. Minute Anschauungsunterricht, als sie einen weiten Heber über „DDR"-Torfrau Sabine Picken hinweg verwandelte.

RODELN

Weltcup-Erfolg im Doppelsitzer

sid, Sarajevo

Die olympische Kunsteisbahn am Berg Trebevic ist für die deutschen Rennrodler ein gutes Terrain. Fast zwei Jahre nach dem Olympiasieg von Hans Stanggassinger und Franz Wembacher gewannen die Berchtesgadener Thomas Schwab und Wolfgang Staudinger in Sarajevo das erste Weltcup-Rennen der Saison. Den Erfolg rundeten Stefan Ilsanker und Georg Hackl als Dritte ab, nachdem Johannes Schettel im Einsitzer schon Fünfter geworden war.

„Es läuft besser als erwartet", freute sich Ex-Weltmeister Sepp Fendt, der Sportdirektor des Deutschen Bob-und Schlittensport-Verbandes (DBSV), derweil im heimischen Berchtesgaden. „Das gibt Rückhalt für unsere Aktiven. Sie wissen jetzt, daß Siege möglich sind." Bereits zu Saisonbeginn hatte Johannes Schettel den Auftakt der Drei-Bahnen-Tournee in Königssee für sich entschieden und in der Gesamtwertung Platz zwei belegt.

„Mit diesen Erfolgen ist auch das Gerede vom schlechteren Material ein für allemal vom Tisch", erklärte Sepp Fendt, nachdem in der Vergangenheit Mißerfolge auf das Gerät abgewälzt wurden. Fendt: „Da muß ich Bundestrainer Sepp Lenz ein Kompliment machen, der diese Sache voll im Griff hat."

SKI ALPIN / Weltmeister Markus Wasmeier vor lauter Wut gestürzt

Stenmarks Comeback: Der 80. Sieg

sid/dpa/DW. Gröden

Der 80. Weltcup-Sieg für den Schweden Ingemar Stenmark beim Riesentorlauf im italienischen Alta Badia, ein Schweizer Doppelerfolg (Erika Hess vor Brigitte Gadient) beim Damen-Slalom von Savognin und ein österreichischer Triumph durch Peter Wirnsberger bei der klassischen italienischen Abfahrt in Gröden – das brachte das Wochenende im alpinen Ski-Rennsport.

29 Jahre alt ist der Schwede Ingemar Stenmark, und im letzten Winter hat er vergeblich versucht, sein 80. Weltcup-Rennen zu gewinnen. Nun klappte das Comeback des zweimaligen Olympiasiegers von 1980 gleich zum Saisonauftakt der Serie im Riesentorlauf in Alta Badia.

Nach dem ersten Durchgang, den der Österreicher Hubert Strolz auf einer sehr steilen Piste gewonnen hatte, lag Stenmark an vierter Stelle. Im letzten Durchgang setzte der Schwede, der im nächsten Jahr endgültig vom aktiven Wettkampfsport zurücktreten will, wie in seinen besten Zeiten alles auf eine Karte und griff mit vollem Risiko an. Es zahlte sich aus. Stenmark siegte vor Strolz und dem Italiener Erbacher.

Bester Teilnehmer des Deutschen Ski-Verbandes (DSV) war der mit Startnummer 49 ins Rennen gegangene Frank Wörndl (Sonthofen), der als 16. um neunzehn Hundertstelsekunden einen Weltcup-Punkt verpasste. Weltmeister Markus Wasmeier (Schliersee) war bereits im ersten Durchgang nach einem Sturz ausgeschieden. Wasmeier: „Bei der Einfahrt in den Steilhang paßte gar nichts. Da habe ich eine solche Wut gekriegt – schon lag ich auf der Nase."

Der für Luxemburg startende Österreicher Marc Girardelli gewann die Kombination aus der Abfahrt von Gröden und dem Riesentorlauf von Alta Badia. Hinter dem Schweden Niklas Henning belegte der zweimalige Weltmeister Pirmin Zurbriggen (Schweiz) den dritten Platz.

Bei den Damen, deren ursprünglich in Leysin geplantes Rennen wegen Schneemangels abgesagt werden mußten, bewältigte Erika Hess im Erssatzort Savognin den zweiten Spezialslalom der Saison am schnellsten und feierte den 17. Torlauf-Erfolg ihrer Karriere. Maria Epple-Beck (Seeg) war nach dem ersten Durchgang noch Achte gewesen; im zweiten Lauf kam sie nicht ins Ziel. Beste deutsche Läuferin: Renate Lazak aus Eschenlohe als 18.

Schulterklopfen, Sprechchöre, Gratulationen am laufenden Band – Sepp Wildgruber fühlte sich als Dritter der Weltcup-Abfahrt von Gröden in Südtirol wie ein Sieger: „Dabei dachte ich oben, als ich über den Kamelbuckel schlich: Du bist verdammt langsam. Gott sei Dank war das der größte Irrtum des gesamten Rennens." Schneller als er waren nur der Österreicher Peter Wirnsberger, der ein Stundenmittel von 101,23 Kilometer erreichte, und der Schweizer Peter Müller. Ein großes Comeback feierte Leonhard Stock als Vierter, der österreichische Olympiasieger von 1980 in Lake Placid. Stock, der im Sommer nach jahrelanger Erfolgslosigkeit fast aufgehört hätte, feierte in Gröden seinen vierten Platz als großes Comeback.

„Auf einer Geheimspur zum Sieg", schrieb die Wiener „Kronenzeitung". Wirnsberger hatte bei seinem fünften Weltcup-Sieg die sogenannten Kamelbuckel nicht links übersprungen – wie die übrige Konkurrenz – sondern war rechts vorbeigefahren. Wirnsberger: „Ich sagte mir: Peter, du bist Abfahrer, also riskierst du etwas." Der ehemalige Rennläufer Karl Schranz dazu: „Manche tun so etwas aus Angst. Andere, wie Peter Wirnsberger, aber aus der Überzeugung heraus, mehr zu können als die anderen, direkter und risikoreicher als sie zu fahren." Der ehemalige Schweizer Abfahrts-Star Bernhard Russi: „Es war super, einfach perfekt. Peter fuhr das beste Rennen seiner Laufbahn."

Sport in Zahlen . . . Sport in Zahlen . . .

FUSSBALL

„DDR"-Oberliga, 13. Spieltag: Zwikkau – Karl-Marx-Stadt 0:1, Frankfurt – Erfurt 2:1, Jena – Brandenburg 2:2, Riesa – Dynamo Berlin 1:2, Union Berlin – Dresden 1:1, Aue – Lok Leipzig 1:1, Magdeburg – Rostock 3:2. – Tabellenspitze: 1. Dynamo Berlin 20:6, 2. Dresden 18:8, 3. Jena 16:10, 4. Lok Leipzig 15:11. – **Erste englische Division,** 21. Spieltag: Arsenal – Liverpool 2:0, Aston – Manchester United 1:3, Chelsea – Sheffield 2:1, Everton – Leicester 1:2, Ipswich – Queens Park 1:0, Manchester City – Coventry 5:1, Newcastle – Southampton 2:1, Nottingham – Luton 2:0, Oxford – Bromwich 2:2, Watford – Tottenham 1:0, West Ham – Birmingham 2:0. – Tabellenspitze: 1. Manchester United 49 Punkte, 2. Liverpool 44, 3. West Ham 44, 4. Chelsea 41. – **Internationales Vier-Länder-Turnier** in Mexiko: Mexiko – Algerien 2:0, Ungarn – Südkorea 1:0, Mexiko – Südkorea 2:1, Ungarn – Algerien 3:1, Südkorea – -Algerien 2:0, Mexiko – Ungarn 2:0.

BASKETBALL

Bundesliga, Herren, 14. Spieltag: Bayreuth – Charlottenburg 84:86, SSV Hagen – Langen 108:65, Köln – Leverkusen 66:80, Oldenburg – Gießen 75:80, Göttingen – Bamberg 70:88, Osnabrück – TSV Hagen 45:80. – **Damen,** 13. Spieltag: Porz/Hennef – Leverkusen 83:69, Köln – Barmen 67:100, Osterfeld – München 70:53, Düsseldorf – Heidenheim 107:61.

EISHOCKEY

Bundesliga, 25. Spieltag: Düsseldorf – Schwenningen 7:5, Iserlohn – Mannheim 8:5, Kaufbeuren – Rosenheim 6:5, Landshut – Rießersee 5:3, Bayreuth – Köln 1:3.

HANDBALL

B-WM, Frauen in Niedersachsen, 3. Vorrunde: Bundesrepublik Deutschland – DDR" 16:19.

HOCKEY

Bundesliga, Herren (Halle), Gruppe Nord: Berlin – Leverkusen 4:6, Krefeld – RW Köln 6:7, SW Köln – Braunschweig 11:4, Gladbach – Hannover 17:8. – Gruppe Süd: Bad Dürkheim – Mülheim 9:9, München – Heidelberg 11:9, Stuttgart – Mannheim 6:4, Frankenthal – Limburg 11:11. – **Damen,** Gruppe Nord: Berliner HC – Brandenburg 3:9. – Gruppe Süd: Raffelberg – Düsseldorf 7:3, BW Köln – Frankenthal 7:3, Frankfurt – Hanau 4:6, Leverkusen – Bad Kreuznach 8:4.

VOLLEYBALL

Bundesliga, Damen: Lohhof – Augsburg 3:0, Rüsselsheim – Berlin 2:3, Oythe – Münster 1:3. – **CEV-Pokal,** Herren, 1. Runde: Paderborn – Thessaloniki 3:1 (Hinspiel 0:3, Thessaloniki weiter). – Damen: Feuerbach – Saint-Maur 3:0 (Hinspiel 3:0, Feuerbach weiter). – **Europapokal der Landesmeister,** Herren, Achtelfinale, Rückspiel: Parma – Hamburg 3:0 (Hinspiel 3:2, Parma weiter). – **Pokal der Pokalsieger:** Berlin – Cannes 3:0 (Hinspiel 0:3, Cannes weiter).

RINGEN

DMM, Endrunde, Gruppe A: Reilingen – Aschaffenburg 15:19, Schifferstadt – Wiesental 20,5:18. – 1. Schifferstadt 6:2, 2. Wiesental 4:4. – Gruppe B: Witten – Urloffen 26:11, Aalen – Aldenhofen 25:12,5. – 1. Witten 8:0, 2. Aalen 6:2.

SKI ALPIN

Weltcup-Abfahrt, Herren in Gröden/Italien: 1. Wirnsberger (Österreich) 2:04,29, 2. Müller (Schweiz) 2:04,82, 3. Wildgruber (Deutschland) 2:05,28, 4. Stock (Österreich) 2:05,30, 5. Heinzer (Schweiz) 2:05,33, 6. Mair (Italien) 2:05,49, . . .16. Wasmeier (Deutschland) 2:06,40. – Stand im Weltcup nach fünf Rennen: 1. Müller 64 Punkte, 2. Wirnsberger 61, 3. Alpiger (Schweiz) 55, 4. Mair 35, . . .7. Wasmeier und Petrovic (Jugoslawien) je 25, . . .12. Wildgruber 18. – **Weltcup-Slalom** in La Villa/Italien: 1. Stenmark (Schweden) 2:38,95 Min., 2. Strolz (Österreich) 2:39,37, 3. Erlacher (Italien) 2:39,90, 4. Petrovic 2:40,15, 5. Gaspoz (Schweiz) 2:40,88, 6. Girardelli (Luxemburg) 2:41,98, . . .16. Wörndl (Deutschland) 2:42,67. – Kombinationswertung: 1. Girardelli 35,90, 2. Henning 39,50, 3. Zurbriggen 47,80, 4. Stock 49,82, 5. Heinzer 56,69, 6. Wenzel 57,08, 7. Piccard 58,43, 8. Prammotton 59,95, 9. Hangl 60,29, 10. Müller 76,05, 11. Steiner 77,49, 12. Wirnsberger 80,11, 13. Bürgerl 81,96, 14. Kernen 84,02, 15. Mair 86,11. – **Weltcup-Slalom,** Damen in Savognin: 1. Hess 102,89 Sek., 2. Gadient (beide Schweiz) 0,47 Sek. zur., 3. Bonfini (Italien) 0,48, 4. Schneider (Schweiz) 0,62, 5. Pelen (Frankreich) 0,70, 6. McKinney (USA) 1,19, . . .16. Lazak (Deutschland) 4,73. – Stand im Slalom nach zwei Rennen: 1. Hess 45 Punkte, 2. Steiner 25, 3. schneider 21, 4. Pelen 19, 5. Bonfini 18, 6. McKinney 16, 7. Örtli 15, 8. Beer 13, 9. Twardokens 12, 10. Nilsson 11. – Stand im GesamtweltcuP: 1. Hess 78, 2. Gerg 60, 3. kiehl und Graham je 45, 5. Örtli und Schneider je 38, 7. Armstrong 36, 8. Walliser 35, 9. Figini 32, 10. Gutensohn 31.

SKI NORDISCH

10-km-Weltcup-Langlauf, Damen (Klassisch) in Biwabik (US-Bundesstaat Minnesota): 1. Pettersen 32:35,3 Min., 2. Dahlmo (beide Norwegen) 32:50,3, 3. Matikainen (Finnland) 32:53,0, 4. Jahren (Norwegen) 33:24,4, 5. Wentsena (UdSSR) 33:26,2, 6. Määtäe (Finnland) 33:28,2. – Stand im Weltcup: 1. Matikainen 40, 2. Dahlmo 29, 3. Pettersen 27.

RODELN

Weltcup in Sarajevo, Herren, Endstand nach zwei Läufen: 1. Huber 1:34,702, 2. Hildgartner (beide Italien) 1:34,933, 3. Prock (Österreich) 1:35,137, . . .5. Schettel 1:35,343, . . .7. Hackl, . . .14. Staudinger (alle Deutschland).

BIATHLON

10-km-Sprint in Sillian/Österreich: 1. Roetsch 28:44,9/1 Strafrunde, 2. Wirth (beide „DDR") 28:55,5/0, 3. Angerer 29:03,6/1, . . .6. Fritzenwenger (beide Deutschland) 30:04,1/1. – 4 x 7,5-km-Staffel: 1. „DDR" 1:19:16,4 Std./2, 2. Deutschland IV 1:20:25,5/2 (Fritzenwenger, Höck, Wudy, Fischer), 3. CSSR 1:21:06,6/0, . . .5. Deutschland III 1:22:50,4/1 (Hüttner, Reiter, Pichler, Hiemer).

EISSCHNELLAUF

Internationale Eröffnung in Inzell, Männer, 500 m: 1. Streb (Deutschland) 39,42 Sek. – Frauen, 500 m: 1. Holzner-Gawenus (Deutschland) 1:26,76. – 1000 m: 1. Holzner-Gawenus 1:26,76.

TURNEN

DM der Kunstturner in Hannover, Zwölfkampf: 1. Winkler (Heusenstamm) 114,45 Punkte, 2. Japtok (Hannover) 113,95, 3. Simmelbauer (Mühldorf) 112,80. – Einzelwertung, Ringen: Aquilar (Hannover) 19,55, 2. Japtok 19,25, 3. Winkler 19,15. – Seitpferd: 1. Winkler 19,525, 2. Sziller (München) 19,175, 3. Japtok 19,150. – Sprung: 1. Haschar (Griesborn) 19,250, 2. Brümmer (Feuerbach) 18,750, 3. Voigt (Hannover) 18,650.

REITEN

Weltcup-Springen in London: 1. Durand (Frankreich) Jappeloup 0 Fehler/31,48 Sek., 2. Rüping (Deutschland) Silbersee 0/31,71, 3. Heffer (England) Viewpoint 4/31,23, 4. Leredde (Frankreich) Jalisco „B" Philips 4/31,26, 5. Pyrah (England) Towerlands Anglezarke 4/31,53, 6. Schockemöhle (Deutschland) Deister 4/31,97. – Stand Europa-Liga, nach fünf Springen: 1. Whitaker (England) und Durand beide 54 Punkte, 3. Fuchs (Schweiz) 44.

TENNIS

Damen-Turnier in Tokio, Halbfinale: Gadusek (USA) – Kohde (Deutschland) 6:4, 6:3, Maleeva (Bulgarien) – Sukova (CSSR) 6:0, 6:2. – Doppel: Kohde/Sukova – Bassett/White (Kanada/USA) 6:3, 7:6, Mesker/Smylie (Holland/Australien) – Fernandez/White (USA) 6:4, 7:6.

TISCHTENNIS

Schlußklassement, Bundes-Ranglistenturnier, Herren: 1. Böhm (Saarbrücken) 10:1 Siege/32:6 Sätze, 2. Wosik (Düsseldorf) 9:2/32:6, 3. Engel (Saarbrücken) 8:3/26:19, 4. Rebel (Grenzau) 7:4/25:21, 5. Stellwag (Reutlingen) 7:4/23:20, 6. Borsos (Düsseldorf) 5:6/23:24, 7. Roßkopf (frankfurt) 5:6/21:23, 8. Lieck (Altena) 5:6/18:23, 9. Stefko (Grenzau) 4:7/20:24, 10. Böhm (Saarbrücken) 3:8/18:25, 11. Hüging (Grenzau) 2:9/10:27, 12. Sonntag (Steinhagen) 1:10/9:30. – **Damen:** 1. Wenzel 11:0/33:5, 2. Nemes (beide Saarbrücken) 10:1/30:4, 3. Stumper (Stuttgart) 8:3/25:20, 4. Nolten 7:4/25:15, 5. Freiberg (beide Duisburg) 6:5/24:21, 6. Spengler 6:5/20:22, 7. Schreiber (beide Frankfurt) 5:6/20:18, 8. Böhning (Ahlem) 4:7/18:22, 9. Ulmann (Frankfurt) 4:7/17:23, 10. von Dieken (Kleve) 3:8/12:26, 11. Trapp (Berlin) 2:9/11:31, 12. Ostermayer (Donauwörth) 0:11/4:33.

CURLING

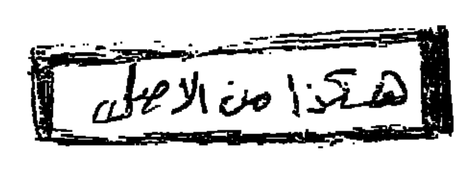
EM in Grindelwald, Herren, Finale: Deutschland – Schweden 7:5. – **Damen,** Finale: Schweiz – Schottland 7:3, . . .6. Deutschland.

GALOPP

Rennen in Mülheim: 1. R.: 1. Tullio (L. Mäder), 2. Tanjanka, 3. Ratsherr, Toto: 88/42, 21, 38, ZW: 512, DW: 7380, 2. R.: 1. Ägypterin (Fr. M. Thiem), 2. Gangster, 3. Flug, Toto: 128/34, 16, 22, ZW: 644, DW: 8440, 3. R.: 1. Tabasco (S. Klein), 2. Serestus, 3. Vulkanvogel, Toto: 196/66, 22, 50, ZW: 1208, DW: 26 960, 4. R.: 1. Simson (Am. H. Strompen), 2. Borama, 3. Pantomas, Toto: 36/16, 12, 19, ZW: 88, DW: 528, 5. R.: 1. Amata (R. Suerland), 2. Woschod, 3. Tomasina, Toto: 68/19, 15, 30, ZW: 156, DW: 6408, 6. R.: 1. Nareto (N. Rumstich), 2. Barinella, 3. Ararat, Toto: 56/22, 50, 20, ZW: 1200, DW: 4424, 7. R.: 1. Ostbote (R. Suerland), 2. Tibet, 3. Saarfürst, Toto: 28/14, 13, 16, ZW: 108, DW: 652, 8. R.: 1. Badener (Frl. K. Bender), 2. Chablis, 3. Waldix, Toto: 148, 42, 26, 26, ZW: 964, DW: 13 008, 9. R.: 1. Panimasi (F. Puchta), 2. Ila, 3. Soiree, Toto: 88/22, 18, 26, ZW: 648, DW: 10 528, 10. R.: 1. Swakara (T. Potters), 2. White Queen, 3. Arkadia, Toto: 100/30, 82, 54, ZW: 1864, DW: 18 432.

GEWINNZAHLEN

Lotto: 8, 17, 19, 20, 23, 26, Zusatzzahl: 3. – **Spiel 77:** 8 9 1 2 5 2 9. – **Toto, Elferwette:** 0, 2, 1, 1, 0, 2, 2, 2, 0, 1, 1. – **Glücksspirale,** Endziffern: 0, 37, 602, 7966, 57845, 27284. – Los-Nummer: 5649507, 5090335, 9454662. – Prämienziehung: 181289, 387934, 055331. (Ohne Gewähr).



Pankraz, Muggeridge und das Nullereignis

Es läßt sich nicht länger ignorieren: Unser moderner, von Fernseh- und Rundfunknachrichten unterteilter Alltag wird immer mehr geprägt durch das Nicht- oder Nullereignis. Fast jeden Abend sehen wir in der Tagesschau Journalisten, die vor irgendwelchen Häusern warten, wir sehen Limousinen vorfahren und Aktentaschen durch Türen eilen, aber was das Ganze bedeuten soll und ob es überhaupt etwas bedeutet und des Hinsehens wert ist – das erfahren wir selten. Es wird der Eindruck erweckt, als passiere etwas höchst Wichtiges, nur kommt in der Regel nicht mehr als eine verlegene Sprechblase heraus, die den Aufwand nicht im mindesten gelohnt hat.

- Der bisherige Höhepunkt dieses neuartigen Tanzes um das Nullereignis war wohl das Gipfeltreffen von Genf. Ein riesiger Medien-Apparat war installiert worden, dreitausend Journalisten allein aus Amerika waren angereist, unter ihnen die bekanntesten Moderatoren und Kommentatoren. Die Genfer Hotelbetten waren seit Monaten ausgebucht, die Touristik-Unternehmen der Stadt machten ein Geschäft wie nie zuvor. Doch zu berichten gab es nichts, jedenfalls nichts, was man sich nicht schon vorher hätte ausrechnen können. Ein einziges kleines Reporterteam hätte ausgereicht, das bißchen wirkliche Information zu übermitteln. Alles Übrige war heiße Luft. Die Medien inszenierten sich selbst, und der Zuschauer verfolgte gelangweilt ihre Rituale.

Geradezu paradigmatisch trat die zentrale Problematik der sogenannten Informationsgesellschaft ans Licht, die – modisch gesprochen – darin besteht, daß die Software allzuweit hinter der Hardware herhinkt. Mit anderen Worten: Es kann gar nicht mehr so viel passieren, wie der Apparat zu übermitteln und abzubilden in der Lage ist. Schon eine mittlere, durchschnittlich gut ausgerüstete Zeitungsredaktion leidet unter dem Mißverhältnis. Sie ist getrimmt auf den Not- und Ernstfall, auf die unerhörte Nachricht, auf das Super-Ereignis – und muß sich meistens damit abfinden, daß „nichts" geschieht, daß alles seinen „täglichen Trott" geht und folglich wieder einmal Locken auf Glatzen gedreht werden müssen.

Die modernen Medien ähneln einem Weitspringer, der immer wieder zum Achtmetersprung ansetzt, obwohl er in neunundneunzig von hundert Fällen nur ein kleines Hüpferchen zu machen braucht. So etwas frustriert natürlich und läßt einen auf allerlei riskante Gedanken kommen. Schon Malcolm Muggeridge, der große britische Journalist und Journalisten-Kritiker, zu dessen Zeiten der Informationsapparat im Vergleich zu heute noch ziemlich unterentwickelt war, sah die Gefahren. „Ein wartender Journalist", schrieb er, „gleicht einer wilden geduckten Katze. Ein vergeblich wartender Journalist gleicht einem Leoparden, dem man auf den Schwanz getreten ist. Aber ein vergeblich wartender Journalist, der mit einem anderen vergeblich wartenden Journalisten in Gedankenaustausch tritt, gleicht einem reißenden Tyrannosaurus."

So ist es also nicht in jedem Falle linke Freundlhuberei oder kalt ausgeführte Parteiarbeit, wenn Journalisten, frustriert vom allzu langen, vergeblichen Warten, mit wahrer Wonne grüne, rot-grüne oder alternative Demonstrationen üppig ins Bild setzen. Denn bei solchen Demonstrationen „passiert doch wenigstens etwas". Der Apparat kann bedient werden, man selbst kann seine Daseinsberechtigung und sein mediales Geschick nachweisen. Und der arglose Fernsehzuschauer, der einen ruhigen, gemütlichen Sonntag verbracht hat und am Abend „heute" einschaltet, sieht mit Erstaunen, daß das Wochenende nichts weniger als ruhig gewesen ist, daß es vielmehr bis oben hin angefüllt war mit tobenden „Wackersdorfern", mit pathetisch vor die Linse geschobenen Plakaten, mit Prügeleien und eingeschlagenen Schaufensterscheiben.

Auch solche Demos sind übrigens, was ihren Informationsgehalt angeht, fast reine Nullereignisse. Man erfährt durch sie nichts Neues, sie beeinflussen nur ganz selten den wahren Gang der Dinge, sie haben lediglich Symbolwert. Doch sollte man den Symbolwert nicht unterschätzen. Symbole liefern starke Farben, ihr Schau- und Unterhaltungseffekt ist beträchtlich. Wer glaubt, symbolische Demos entlarvten die Nichtigkeit ihres Anliegens immer von selbst und man könne an ihnen vorbei gelassen zur politischen Tagesordnung übergehen, der hat die Gesetzmäßigkeiten des Medienzeitalters noch nicht begriffen.

Das Medienzeitalter mit seinen Überapparaten produziert politische Nullereignisse am laufenden Band, auch innerhalb der ernsthaften Politik, siehe die oben erwähnten Limousinen-Vorfahrten und Aktentaschen-Gänge. Es verdammt die Politiker jedoch auch zur laufenden Präsenzpflicht; wer nicht im Medium ist, der ist für das große Publikum bald überhaupt nicht mehr vorhanden.

Jede gute Regierung hat folglich darauf zu achten, daß nicht beispielsweise die beste Sendezeit, nämlich das mediale Wochenende, völlig den Chaoten und ihren symbolischen Aktionen überlassen bleibt. Es kommt für sie darauf an, sich ihrerseits gute Wochenend-Symbolaktionen auszudenken und damit unschätzbaren Medienplatz zu besetzen. Außerdem muß sie auf die medialen Qualitäten der Aktionen achten. Eine Parteitagsregie etwa, die nicht auf attraktives Arrangement und auf gute, unterhaltsame Delegiertenreden abhebt, ist das Geld nicht wert, das man den Pressesprechern bezahlt.

Pankraz hat den Eindruck, daß die Bonner Regierung hier noch viel zu lernen hat. Im Gegensatz zur Reagan-Administration oder auch zu Mitterand ist sie medial deutlich unterbelichtet. Ihre Leute glauben allen Ernstes, es genüge, hin und wieder einige farblose Statements abzugeben und im übrigen für Proporz in den öffentlich-rechtlichen Sendeanstalten zu sorgen. Aber auf diese Weise wird man den Herausforderungen aus der Sphäre der Nullereignisse nicht gerecht.

Pankraz

In Berlin wurde die Denkschrift zur Gründung einer neuen Akademie der Wissenschaften überreicht

Ein Mekka für die Interdisziplinären

Die Medizin gab das exemplarische Beispiel. Der Festvortrag des Freiburger Arztes Wolfgang Gerok anläßlich der Übergabe einer Denkschrift für die Gründung einer Akademie der Wissenschaften zu Berlin im alten Reichstagsgebäude war sozusagen eine geistige Leitlinie der künftigen Arbeit dieser geplanten Institution.

Die moderne Medizin sieht sich einer Aufgabenfülle gegenüber, die sie allein nicht mehr bewältigen kann. Neue Krankheiten treten auf, die sich erst aus veränderten gesellschaftlichen Normen und Verhaltensweisen ergeben. Andere Krankheiten werden bedrohlicher, weil die Gesellschaft ihre Rahmenbedingungen nicht mehr zu kontrollieren vermag. Wenn die Gesundheitskosten sich innerhalb von 25 Jahren fast verzehnfacht haben, sind auch ökonomische Fragestellungen aus gesundheitspolitischen Erwägungen nicht mehr auszuschalten. Und schließlich: Wenn die geltenden Definitionen dessen, was Gesundheit bedeutet, sich im Bewußtsein der Menschen als geradezu krankheitsfördernd auswirken, dann spätestens kann der Arzt allein nicht mehr helfen.

Aus solchen Problemen, denen die Medizin wie viele andere Wissenschaftsdisziplinen in wachsendem Maße gegenübersteht, ergibt sich eine Forderung wie von selbst: die Forderung nach fachübergreifender Forschung. Und dies ist denn auch der zentrale Gedanke jener Denkschrift, die jetzt in Berlin nach einjähriger Arbeit des Gründungsausschusses für eine neue Akademie der Wissenschaften vorgelegt wurde.

Allein die Tatsache, daß diese Denkschrift nun endlich nach jahrzehntelanger Diskussion vorliegt, verdient Beachtung. Die alte Preußische Akademie mußte zwangsläufig ohne Rechtsnachfolger bleiben. Ost-Berlin hatte schon vor Jahren eine eigene Akademie gegründet. In West-Berlin scheiterten solche Erwägungen immer wieder an politischen und ökonomischen Fragen.

Alliierte Vorbehaltsrechte waren zu berücksichtigen. Ost-Berlin gegenüber wollte man einen harten Konfrontationskurs vermeiden, um der neuen Akademie nicht von vornherein ihren Wirkungsradius zu beschneiden. Und als Berlins Wissenschaftssenator Wilhelm Kewenig das Problem schließlich mit Nachdruck verfolgte, kamen schon nach den ersten konkreten Erwägungen die üblichen politischen Klischee-Vorwürfe: Monopol des Konservativismus, Betreibung von elitärer Repräsentationswissenschaft und staatsgeförderte Ideologieproduktion.

Kurtze Erzehlung / Welchergestalt Von Sr. Kön. Maj. in Preußen Friederich dem I. in Dero Hauptsitz Berlin Die Societæt der Wissenschafften Oder Zu mehrer Aufnahme des gelehrten Wesens abzielende Gesellschafft gestifftet worden Und wie dieselbe zu ihrer völligen Niedersetzung gediehen. Mit beifügung des Stiftungs-Briefs/der Einrichtungs-Gesetze/derer bey der Niedersetzung gehaltenen Reden/ und des Catalogi Membrorum Societatis.



BERLIN /
Verlegts Johann Christoph Papen / Königl. privilegirter wie auch der Societät Buchhändler und Factor.
Gedruckt von Gotthard Schlechtigern/Königl. privilegirten auch der Societæt bestellten Buchdr. 1710.

An ihre Tradition soll in modernem Stil angeknüpft werden: Titelblatt des Gründungsberichts der alten Preußischen Akademie von 1700
FOTO: ULLSTEIN

Senator Kewenig hat das nicht sonderlich berührt. Er räumte vor allem alliierte Bedenken aus, er hat in zahlreichen Gesprächen mit Ost-Berlin zumindest die Chancen einer künftigen Zusammenarbeit offengehalten. Um dem Unternehmen von vornherein eine breite politische Basis zu sichern, bemühte sich Kewenig auch um eine Zustimmung der Berliner SPD. Diese hat jetzt ihre grundsätzliche Bereitschaft dazu signalisiert. Noch im Jahr 1986 will Kewenig das Akademie-Gesetz durch das Abgeordnetenhaus bringen. Zur 750-Jahr-Feier Berlins soll dann die Akademie ihre Arbeit aufnehmen können.

Der Gründungsausschuß unter dem Vorsitz des Münchner Plasmaphysikers Klaus Pinkau hat sich von vornherein bemüht, der Öffentlichkeit auch die Inhalte einer künftigen Akademie-Arbeit deutlich zu machen. Was die Berliner Akademie will, läßt sich am besten an einem Themenkatalog ablesen, den der Ausschuß als hypothetische Zielrichtung exemplarisch vorgestellt hat. Die Spannbreite ist weit, aber deutlich praxisbezogen. Da ist zum Beispiel das Thema „Gesetzmäßigkeiten bei Gleichzeitwirkung mehrerer Komponenten auf biologische Systeme". Oder „Fernmeldemonopol – rechtliche, ökonomische, technische Begrenzung oder Rechtfertigung in Hinblick auf die modernen Medien".

Was hinter solchen komplizierten Formulierungen steckt, sind aktuelle Fragen: Umweltbelastung, Meinungsfreiheit und Meinungsbildung unter staatlich vorgegebenen Grundbedingungen oder die Gastarbeiter- und Asylantenproblematik. Und weil sich die neue Akademie einem drängenden Defizit des Forschens und wissenschaftlichen Handelns stellen will – die notwendige Gegenbewegung gegen den einzelwissenschaftlichen Zwang zur Spezialisierung –, weil sie mehr sein will als ein weiterer elitär-wissenschaftlicher Elfenbeinturm, hat sie auch ihre Organisationsform gegenüber bereits bestehenden Akademien geändert.

Sie wird nicht in Klassen gegliedert, ihr zentrales Instrument werden vielmehr Arbeitsgruppen sein. Diese Arbeitsgruppen erarbeiten „innerhalb einer bestimmten Frist eine Antwort auf eine ihnen durch die Akademie aufgegebene Frage". Daß sie fachübergreifend zusammengesetzt sind und der Wechselwirkung von Technik, Wissenschaft, Politik und Gesellschaft Rechnung tragen, versteht sich aus dem Grundansatz heraus von selbst. Das Prinzip der Re-Integration der Wissenschaft ist sozusagen der wissenschaftspolitische Ansatz. Die Arbeitsgruppen werden auch keineswegs vorrangig in Berlin arbeiten, sondern da, wo für das entsprechende Thema die besten wissenschaftlichen und organisatorischen Voraussetzungen vorhanden sind. Das kann ebenso ein Ort in der Bundesrepublik sein oder im Ausland. Die Themenvorschläge können aus der Akademie selbst kommen wie aus Wissenschaftsinstitutionen, Parlamenten, der Verwaltung oder aus der Öffentlichkeit. Über ihre Bearbeitung entscheidet der Akademierat.

Dieser Rat ist ein weiteres Hauptinstrument der Akademie. In ihm sind die Akademiemitglieder kooptiert, und zwar im wesentlichen jene, die in den Arbeitsgruppen tätig sind. Der Rat beschließt nicht nur die Projekte, er bestimmt auch die allgemeinen Perspektiven der Arbeit, die Bewertung der Arbeitsergebnisse und die Einrichtung von Akademieprofessuren. Daß die Mitgliedschaft im Rat fünf Jahre beträgt und einmalige Wiederwahl zulässig ist, trägt den Bedürfnissen nach Erneuerung und Wandel gleichermaßen Rechnung. Das Plenum der Akademie ist die Mitgliederversammlung.

Kontinuität im Wandel, Praxisnähe und fachübergreifende Forschung sind die Kernpunkte der projektierten Akademiearbeit, die vor allem Technik, Natur- und Kulturwissenschaften wieder enger zusammenführen will. Wenn das gelingt, könnte Berlin zum Mekka der Interdisziplinären werden.

LOTHAR SCHMIDT-MÜHLISCH

Wiedererweckung: Hans Neuenfels inszeniert Wedekinds „Franziska" an der Freien Volksbühne Berlin

Von der Lust, als Mann schwanger zu werden

Frank Wedekinds „Franziska", dieses konfuse, sonderbar verkrampfte Stück, ist, soweit ich erkennen kann, in Berlin seit mehr als 60 Jahren nicht mehr gespielt worden. Wie sich nun herausstellt: mit gutem Grund nicht. Das ironische Mysterium eines weiblichen Faust, der mit seinem Mephisto sich auf den Weg macht, die hohe und niedere Welt zu erkunden und zu kosten, diese hochgesteckte Faust-Travestie ist ein Wirrsal mehr als ein Theaterstück.

Schnell, parodistisch, klagend – und dann wieder zugreifend zynisch gespielt, könnte es sicher gerettet werden. Hans Neuenfels, damit vom Film wieder auf das Theater und an das Theater der Freien Volksbühne zurückkehrend, tut das Gegenteil. Er nimmt es bitterernst.

Er hat die gleiche verlorene Vorlage schon einmal mit seiner wunderbaren Protagonistin, Elisabeth Trissenaar, in Wien vor einiger Zeit am Burgtheater inszeniert. Dies ist also sein zweiter Versuch mit dem dramatisch deutlich verkorksten Gegenstand. Er macht aus der vorexpressionistischen, hämischen Weltvision von 1911 eine Art ruppiger Revue.

Franziska, ein Mädchen aus behütetem Hause, fällt in die Hände eines teuflischen Verführers, eines vorgeblich modernen Mephisto. Sie will die Abgründe des Daseins und der wilden Welt erfahren. Sie geht mit ihm auf einen hektischen Trip. Sie verkleidet sich als Mannsperson. Sie will, als Mädchen und Frau unterdrückt, die Lust erfahren, ein Mann zu sein und so durch die Welt zu rasen. Sie scheitert. Sie wird schwanger, ohne recht klären zu können, von welchem ihrer Wegbegleiter sie denn eigentlich zur Mutter gemacht worden ist.

Damit bricht denn schon die Faust-Persiflage ab, wenig einsichtig oder witzig. Der Rest ist Weltschmerz, ist dramatische Lyrik, ist schmerzliches Wirrsal, ist Wedekind nur als eine Art schwierigen Krampfes geraten. Kein erkennbar deutliches Stück. Es bleibt eine Folge von Kabaretteinfällen. Der Zuschauer wird, sosehr er bemüht ist, eine Gedankenfolge oder einen Sinn in der dramatischen Sache zu erkennen, bis zum späten Ende (die Vorstellung dauert wieder mehr als vier Stunden) vollends im dunkeln gelassen.

Wenn das alles fix, sozusagen als ein schmerzlicher Jux inszeniert wäre, könnte man die sicher schwache Vorlage vielleicht doch noch retten. Hans Neuenfels aber geht den anderen Weg. Er legt sie breit und mit einer inszenatorischen Ausführlichkeit und Inbrunst dar, die ihr keineswegs zunutze wird.

Er versucht, sozusagen immer wieder eine Art Pandämonium auf die Szene zu zwingen. Er sieht Wedekind offenbar als Vorgänger des bösen und leidenden Sünders, des Franzosen Jean Genet. Er putzt die kleinen Einfälle wuchtig auf. Er füllt die Szene immer wieder mit neuen Schreckensvisionen. Er läßt nicht nach, uns mit neuen Verzückungen oder mit ruchlosen Weltverwerfungen zu konfrontieren.

Das aber hält die immer noch schwache Vorlage gerade nicht aus. Es wird ein beklemmender, schließlich ein ärgerlich betäubender Abend. Klarheit bleibt aus. Schon in der Pause gibt es irritierte Abwanderung aus dem Theater. Am Ende – sicher für den treuen Hans Neuenfels – Beifall, aber auch deutliche Kundgebungen eines irritierten Mißfallens. Dieser Wedekind war so sicher nicht zu retten. Auch (oder gerade) von Neuenfels nicht.

Dabei sieht man wieder (wenn auch ungeklärt) schöne Passagen. Leider kommt die doch sicher große Tragödin Elisabeth Trissenaar, solange sie in Männerkleidung hantieren und sprechen muß, überhaupt um ihre beste Wirkung. Erst wieder, wenn sie in Frauenkleidern zurückkehrt, erkennt man ihre bedeutenden Bühnenqualitäten. Peter Roggisch, als ihr bullnackiger Mephisto „Veit Kunz", trumpft immer wieder auf, ohne eigentlich Sinn und Erkenntnis in seine treibende Rolle bringen zu können.

Man erblickt einige wichtige Darsteller, wie Hermann Treusch oder Elisabeth Rath, ohne daß auch sie sich deutlich verlautbaren könnten. Bekannte, schöne Wedekind-Lieder sind in diese langwierige Revue eingepaßt. Aber da atmet man auch nur immer kurz beglückt auf.

Prägnant gespielt, schnell weg gespielt, wie mit zynischen Peitschenhieben dargetan, hätte diese verquerte Vorlage sicher gerettet werden können. Man spielt lang ausgeholt mit so vielem überflüssigen, eher enervierenden Aufputz. Wedekind bleibt auf der Strecke.

FRIEDRICH LUFT

Kassel: Offenbach-Verschnitt „Oh, Robinson"

Kannibalens Cancan

Ein wenig verwegen ist es schon, wenn die Kasseler Theatermacher ihre Kreation „Oh, Robinson!" mit der Musik von Jacques Offenbach als Uraufführung anpreisen. Gewiß, keine deutsche Bühne wollte den romantisch-naiven „Robinson", der bereits 1867 in der Pariser Opéra Comique zu Uraufführungsehren kam, bisher haben. Er hatte keine gute Presse gemacht und geriet auch bald in Vergessenheit. Peter Siefert und Rolf Johannsmeier machten sich nun an die textliche Resteverwertung und sahen sich dafür beim originalen Librettisten Hector Crémieux, bei Daniel Defoe und Johann Nestroy nach brauchbaren Gegenwartsbezügen um. Reinhard Karger besorgte ein sparsames musikaliches Arrangement. Das wunderliche Resultat: eine „kannibalische Posse mit Gesang".

Aussteiger Robinson, „nicht geschaffen, um in den Armen der Routine einzuschlafen", wird so zum Mittelpunkt einer recht vergnüglichen Operettenrevue. An den kleinen Bosheitsakten der weißen Eindringlinge lernen Wilde und Kannibalen das Zurückschlagen. Regisseur Peter Siefert, bis zum Überdruß die goldenen Regeln des menschlichen Zusammenlebens parodierend, verteilt nach allen Seiten hin antizivilisatorische Keulenhiebe. Aber er macht es eher clownesk als provozierend, versteht sich auf die von Walter Perdacher ebenso handgreiflich wie farbenfroh ausgebreiteten Mittel der Revue. Ein bißchen Zirkus ist auch dabei.

Die ausnahmslos gute Besetzung (vor allem Karsten Gaul in der Titelrolle, Markus Dietz als gezähmter Wilder und Sabine Wackernagel als Traum von der Südsee) ist auf die Manegen-Konfrontation zwischen weißem Mann und Neger abgerichtet, meint aber die entwicklungsbeflissene Gegenwart, wenn sie das vorige Jahrhundert ins Visier nimmt. Aber es wird doch zuviel Klamauk produziert, und der Effekt nutzt sich in der Wiederholung ab. Auch die Ausdünnung der komischen Oper zur Musiquette bringt nicht viel.

Die drei klangschön, akademisch brav musizierenden Solisten – Bearbeiter Reinhard Karger am Piano, Wolfgang Scholz (Flöte) und der Cellist Christoph Kollmann – neigen mehr zum Unter- als zum Überspielen, treten nicht entschieden genug heraus aus ihrem Schattendasein als Begleitsklaven. Wenn sie es aber einmal tun, wenn sie Offenbachs Notierungen mit *modern sound* erhitzen, wenn sie ein Negerballett auf Rollschuhen in einen erotisch prickelnden Cancan hetzen, wenn sie Offenbachs Couplet-Verve und viel tönenden lyrischen Schmelz von einem Grammophon der Pionierzeit einspielen, dann versuchen sie, das Ragout doch noch in die Nähe der „Schönen Helena" oder des „Hoffmann" zu schmuggeln.

Doch die Story bleibt fremd, ohne theatralische Durchschlagskraft für drei Stunden. Und auch das musikalische Arrangement samt der Anleihen klingt auf Dauer weder frech noch geistreich, kaum persiflierend und nur selten frivol. Immer wieder verselbständigt sich die „kannibalische Posse" zum Südseekarneval und degradiert die Musik zur begleitenden Belanglosigkeit einer Revue-Kantate.

HEINZ LUDWIG



Vom Flohmarkt ins Museum: Kakaokanne aus Porzellan mit schabloniertem Dekor aus dem Spritzapparat (um 1930), Teil der Nürnberger Sammlung Buddensieg
FOTO: BRÖHAN-MUSEUM

Das Bröhan-Museum in Berlin zeigt „Keramik in der Weimarer Republik"

Die Konstruktivisten zum Abendessen

Die wahren Gebirge der Flohmärkte sind schon oft gut gewesen als archäologische Fundstätten für Kunst- und Sozialwissenschaftler. Ganz neue Sammelgebiete sind plötzlich entdeckt und lassen sich, wenn man Glück hat, in Forschung und – klingende Münze umsetzen.

Erst vor sieben Jahren hat der Bonner Ordinarius für Kunstgeschichte, Prof. Tilmann Buddensieg, in Berlin auf dem Flohmarkt seine erste „Weimarer Tasse" erstanden. Garage, Keller und Wohnung füllten sich rasch mit immer mehr Steingut-Geschirren der 20er Jahren. 450 Stücke wurden es bald. Und schon sind sie als feste Sammlung Bestandteil des Germanischen Nationalmuseums in Nürnberg. Die Ausstellungstournee eines Teils der Kollektion begann in Mailand, am Ende steht die nobelste der Adressen, das Victoria & Albert Museum in London. Momentan ist sie im Bröhan-Museum in Berlin zu Gast.

Tatsächlich hatte die Alltagskultur in jenen Jahren beim Steingut ihre große Stunde, bevor dann ab 1933 Pünktchen und deutsche Blumen gegen die als „kommunistisch" denunzierten Gebrauchsgeschirre massiv auf den Plan traten. Diese Tassen, Kannen, Teller, Platten großer und kleiner, manchmal gänzlich unbekannter Manufakturen entstanden für den täglichen Bedarf in industrieller Massenfertigung.

Der Spritzapparat, die Schablone machten die rasche, genormte Übertragung der Entwürfe anonymer Künstler möglich. Das Steingut erlebte einen einzigartigen Triumph: Die Porzellanleute ihrerseits begannen, „Arme-Leute-Dekore" zu kopieren. Bei manchen Eierbechern und Tortenhebern, Brotplatten und Teekannen hat man das Gefühl, die Bilder der Konstruktivisten hätten sich hier durch die Hintertür den Abendbrot-Tisch erobert. Die Klarheit des Art deco kam den Entwerfern entgegen. Einige Bunzlauer Gefäße haben sich vielleicht ihre derbere Art bewahrt, sehr viele ihrer Geschwister aber traten äußerst selbstbewußt und elegant auf.

Figuren gibt es da äußerst selten: Geometrie und klare Kontur regieren die zerbrechliche Szene. Ob die Benutzer bereits den hohen Grad der Geschmackskultur gespürt haben, wenn sie aus solcher Keramik ihren Kaffee tranken, kann man getrost dahinstellen. Sowieso war das Steingut, was jetzt, von allen Muckefuckspuren befreit, als Kostbarkeit auf dem Museumspodest nobilitiert wird, ein frühes Beispiel auch der Verschleiß-Kultur: weniger haltbar und temperaturbeständig, nach Beschädigung häßlicher als das Porzellan.

Die klaren Formen, die unvernippten Dekore, die intensiven Farben gewinnen für den Betrachter einen derartigen Reiz, daß es nicht wundern sollte, wenn auch die Industrie hier ein Feld für Neuauflagen entdecken würde. (Bis 6. Jan., Rotterdam: 18. 1. bis 9. 3., Düsseldorf: 23. 3. bis 19. 5.; Kat. 29 Mark.)

PETER HANS GÖPFERT

JOURNAL

Berliner Akademie erhält Archiv der „Gruppe 47"

dpa, Berlin

Das Text- und Fotoarchiv der „Gruppe 47" hat das Land Berlin von Hans Werner Richter, dem Begründer dieser Schriftstellervereinigung, erworben. Die Materialien werden in das bestehende Literaturarchiv der Akademie der Künste in Berlin eingegliedert. Es wird heute übergeben. Die Akademie will ein besonderes Archiv der deutschen Nachkriegsliteratur aufbauen. Voraussetzung dafür, so Richter, sei die Überlassung des Archivs der „Gruppe 47" gewesen. Auch sei der Erwerb der Archive des 1982 gestorbenen Schriftstellers Peter Weiss und des jetzigen Präsidenten der Akademie, Günter Grass, geplant.

Moskau und Washington wollen Bilder austauschen

AP, Moskau

Das bei dem Genfer Gipfeltreffen von US-Präsident Reagan und dem sowjetischen Parteichef Gorbatschow abgeschlossene Abkommen über Kulturaustausch trägt erste Früchte. Wie der amerikanische Industrielle Armand Hammer in Moskau bekanntgab, wird eine Ausstellung von 40 Gemälden vorwiegend impressionistischer Meister aus der Leningrader Eremitage und dem Moskauer Puschkin-Museum 1986 in Washington und Los Angeles gezeigt. Im Gegenzug wird die Hammer-Sammlung von Meisterwerken aus fünf Jahrhunderten nebst einer Auswahl von 40 Bildern der Washingtoner Nationalgalerie in Leningrad und Moskau gezeigt.

Keine Ausreise für Künstler aus dem Osten

dpa, Lausanne/Nancy

Auf den 10. Januar mußte die Übergabe des Europapreises für Essays an György Konrad in Lausanne vertagt werden. Der ungarische Schriftsteller und Soziologe hatte für die am vergangenen Freitag vorgesehene Feier kein Ausreisevisum erhalten. Eine tags darauf angesetzte Vorstellung des sowjetischen Bolschoi-Theaters in Nancy ist wenige Stunden vor dem Termin abgesagt worden, weil die Künstler keine Ausreisebewilligung für Frankreich erhalten haben. Eine Begründung für die Visa-Verweigerung wurde nicht bekannt.

Bach-Gesellschaft in Hamburg gegründet

dpa, Hamburg

Eine „Hamburger Bach-Gesellschaft" ist in der Hansestadt gegründet worden. Der gemeinnützige Verein will sich für die Musik der Bach-Söhne und ihrer Zeitgenossen einsetzen. Das soll auf internationaler Ebene und fachübergreifend zusammen mit anderen geisteswissenschaftlichen und künstlerischen Disziplinen geschehen. Mitgliedsländer sind bisher Belgien, Frankreich, Großbritannien, Israel, Japan, die Niederlande, Österreich und die USA.

Heymes Essener Einstand und seine Bedingungen

dpa, Essen

Im Zusammenhang mit der Premiere des bereits in Berlin von ihm inszenierten Stücks „Sophonisbe" von D. C. v. Lohenstein in Essen nannte Hansgünther Heyme die Bedingungen, die er an ein endgültiges Verbleiben als Schauspielchef stellt: Einer Verlängerung des auf zwei Jahre befristeten Vertrags will er nur zustimmen, wenn erstens eine Aufstockung des Etats von drei Millionen Mark auf das Doppelte garantiert wird, zweitens das jetzige Große Haus nach dem Umzug des Musiktheaters in den 1988 fertiggestellten Neubau gewährleistet ist und drittens wenn eine zumutbare Zusammenarbeit mit dem im Frühjahr neu zu berufenden Generalintendanten erwartet werden kann.

Victor S. Pritchett 85

Schaut man in deutschen Verlagsverzeichnissen nach, wird man seinem Namen selten begegnen. Bei uns ist er mit seinen Romanen, Biographien und essayistischen Arbeiten nie heimisch geworden. Allenfalls seine Erzählungen, um die sich dankenswerterweise Klett-Cotta kümmerte, haben einigen Anklang gefunden, doch nur bei Lesern, die aufmerksam genug sind, hinter der scheinbaren Normalität der beschriebenen Alltagsereignisse die latenten menschlichen Tragödien zu entdecken. Victor Sawdon Pritchett, der heute 85 Jahre alt wird, begann seine „Karriere" als Vertreter für Lederwaren, bevor er zum Journalismus und dann zur freien Schriftstellerei überwechselte. Ganz folgerichtig hieß der Roman, der ihn 1935 bekannt machte, „Nothing like leather". In Britannien ist er nach wie vor eine literarische Institution; der Zeitschrift „New Statesman" hat er durch seine regelmäßigen Beiträge über Jahrzehnte Gepräge verliehen. Unkonventionell, politisch liberal, von satirischer Skepsis und mit dem Humor des Wissenden ist er eine typisch englische Erscheinung. sta

Präsident Reagan nimmt an der Trauerfeier teil

Gander: Wahrscheinlich technische Mängel Absturzursache

AFP, Gander

Kanadische Experten haben damit begonnen, die auf mehr als tausend Quadratmeter zerstreuten Trümmer der am Donnerstag abgestürzten DC-8 in einem Hangar des Flughafens von Gander zusammenzutragen. Bei dem Unglück waren alle 256 Insassen – davon 248 US-Soldaten der Sinai-Friedenstruppe – ums Leben gekommen. Am Wochenende verdichtete sich der Verdacht, daß der Absturz entgegen mehreren Bekenneranrufen nicht auf einen Anschlag zurückzuführen ist, sondern auf Mängel in der Wartung oder auf Nachlässigkeit des Flugpersonals.

Die Arrow Airlines bestätigte gestern, daß die abgestürzte DC-8 in der Vergangenheit mehrfach technische Mängel aufgewiesen hat. Die Heckpartie des Flugzeugs hatte am 15. November bei einem Start in Grand Rapids (Michigan) die Startbahn gestreift. Ein zweiter Start gelang danach problemlos. Am 28. Juli mußte ein Start in Toledo aufgrund „mechanischer Probleme" verschoben werden. Zugleich dementierte die Gesellschaft aber einen Bericht der Tageszeitung „Louisville Times", eines der vier Triebwerke habe damals Feuer gefangen.

Drei Tage später hatte ein amerikanischer Mechaniker nach eigenen Angaben schwere Mängel an dem Flugzeug gemeldet. Dabei stellte er in einem der vier Triebwerke Ventilprobleme fest, die zu einem Treibstoffstau und zur Explosion des Triebwerkes während des Fluges führen konnten. Die Arrow Airlines hätten daraufhin zwar neue Ventile eingebaut, nicht aber den schadhaften Filter ersetzt. Damals habe er die amerikanische Luftfahrtbehörde FAA von den Schäden in Kenntnis gesetzt, da er es nicht verantworten wollte, seine Unterschrift unter die Reparaturbescheinigung zu setzen.

Gegen die These, daß die Maschine nach einer Explosion an Bord abstürzte, spricht die Tatsache, daß zuerst das Heck den Erdboden streifte und das Flugzeug eine lange Spur in dem tiefgefrorenen Boden hinterließ. Der in Gander getankte Treibstoff explodierte offenbar erst nach dem Aufprall. Die DC-8 sei nicht überladen gewesen. Offenbar habe der Pilot den Fehler begangen, trotz der Minustemperaturen keine Enteisung beantragt zu haben, hieß es. Erschwert wurden die Ermittlungen der Absturzursache durch den Umstand, daß die beiden Flugschreiber beschädigt sind. Bei den Flugschreibern der Unglücksmaschine handelt es sich zudem um ein veraltetes, in den USA aber genehmigtes Modell vom Ende der 50er Jahre.

Nach dem Absturz war bekanntgeworden, daß die Arrow Airlines mehrmals gegen Sicherheitsvorschriften verstoßen hatte und deshalb im Sommer 1984 eine Strafe von 34 000 Dollar entrichten mußte. Ein Sprecher der Fluggesellschaft wies jedoch darauf hin, daß der Linie seitdem „ausgezeichnete" Sicherheit bescheinigt wurde.

Inzwischen kündigte das Weiße Haus an, US-Präsident Ronald Reagan und seine Frau Nancy würden heute an einer Trauerfeier für die Unglücksopfer auf dem Luftwaffenstützpunkt Fort Campbell (Kentucky) teilnehmen. Am Freitag hatte Reagan für das Weiße Haus Trauerbeflaggung angeordnet.

LEUTE HEUTE

Populäres Paar

Mit einem Empfang für rund 800 Personen im Brüsseler Schloß haben der belgische König **Baudouin** (55) und Königin **Fabiola** (57) am Freitag abend ihre Silberhochzeit gefeiert. Das Paar hatte vor allem belgische Ehepaare, die sich ebenfalls im Dezember 1960 trauen ließen, eingeladen. Baudouin hatte den Thron bereits 1951 bestiegen und damit die sogenannte „Königskrise" beendet, die sein Vater Leopold III. wegen seines umstrittenen Verhaltens während der Zeit der deutschen Besetzung Belgiens ausgelöst hatte. Das kinderlose Königspaar ist in Belgien sehr populär. Offizieller Thronfolger ist daher Baudouins Bruder Prinz **Albert**, der mit der italienischen Prinzessin Paola verheiratet ist. In der Öffentlichkeit wird damit gerechnet, daß Albert zugunsten seines Sohnes Prinz Philippe (25), der von Baudouin und Fabiola erzogen wurde, auf den Thronanspruch verzichtet.

Gina contra Sophia

Zwei italienische Altstars im Showgeschäft, die sich noch nie sonderlich grün waren, stehen wieder einmal in Konkurrenz zueinander: **Gina Lollobrigida** und **Sophia Loren**. Noch leitet „Gina Nazionale" die beliebte sonntägliche TV-Sendung „Domenica in..." und interviewt Prominente aus aller Welt (zuletzt **Tony Curtis** in Mailand). Ihre Nachfolgerin soll nun Sophia Loren werden. Auch die Loren kenne die Stars der internationalen Film- und Fernsehbranche und auch sie habe bisher nichts an Anziehungskraft eingebüßt, berichtet jetzt „Novelle 2000".

Eine Mexikanerin aus Juarez als guter Geist der deutschen Luftwaffensoldaten in Fort Bliss

Mamacitas moroder Laden – Herberge der Geborgenheit

Wenn die Spider Murphy Gang mit ihrem „Skandal im Sperrbezirk" in die vollen geht und Freddy einen seiner weltschmerzenden Songs schmachtend aus der Musikbox schmettert, ist Stimmung im Lokal der Mama Ampara Kluber Le Roy – besser bekannt unter der liebevollen Bezeichnung „Mamacita". Ihre Tequila-Kneipe befindet sich in einer kleinen Seitenstraße der mexikanischen Grenzstadt Juarez, gegenüber der texanischen Grenzstadt El Paso am Rio Grande.

Die kleine Pinte in der 636 Melchor Ocampo hat sich zum Treffpunkt zahlloser deutscher Luftwaffensoldaten aus der benachbarten Raketenschule der Bundeswehr in El Paso (USA) entwickelt. Dort bildet die Bundeswehr an den Waffensystemen „Nike", „Hawk" und neuerdings auch „Patriot" aus.

Mamacitas ebenso herzliche wie kommerziell genutzte Deutschfreundlichkeit geht so weit, daß sie ihr ganzes Haus samt Baumstamm davor schwarz-rot-gold anpinseln ließ. Die Verehrerin scharenweise in Juarez einfliegender Germanen empfängt ihre Gäste in der schmuddeligen Bodega mit einem großen Schild: „Alle Deutschen sind herzlich willkommen." Und hat Mamacita besonders gute Laune, drückt sie die Nummer A 2 ihrer klapprigen Musikbox: Dann schmettert das Heeresmusikkorps 6 die deutsche Nationalhymne als Willkommensgruß.



Was deutschen Ordnungsbeamten die Sprache verschlagen würde, haben die Soldaten zur Galerie der Dankbarkeit ausgeschmückt: Mamacitas Tequila-Kneipe. FOTO: M. ZINS

Eines ist sicher: In ihrem Lokal werden die Besucher nicht ausgenommen. Im Gegenteil. Mamacita, die mit diplomatischem Geschick und allerbesten Verbindungen in nicht so lichte Kreise schon so manchen jungen Soldaten „aus der Tinte zog", achtet auf die reelle Bedienung ihrer Gäste. Auch wenn man sich nicht immer ganz sicher ist, was man da gerade trinkt. Auf jeden Fall reicht Mamacita, deren Alter von der „El Paso Times" mit 72 Jahren angegeben wird, mit dem Getränk gleich ein Papiertuch über den chaotisch überfüllten Tresen.

Das in dunkles Rotlicht getauchte, aus einer Mixtur teutonischer, babylonischer und mexikanischer Einrichtungen zusammengewürfelte Lokal ist seit den frühen 60er Jahren gewissermaßen zu einem Stützpunkt geworden, der umgefragt angelaufen wird. Fast scheint es, daß Mamacita einen festen Platz im sozialen Leben der deutschen Soldaten in El Paso einnimmt – auch wenn manche Offiziere an der Schule dieses nicht allzugern hören. Sie ist es indes, die betrunkene Soldaten aus dem Kittchen holt, in dem allzu blaue Jungs sehr schnell landen können. Dank Mamacitas Hilfe erspart sich die Luftwaffe allerlei Unbill mit den mexikanischen Behörden.

Die Polizei ist in Juarez, einer quirligen 900 000-Einwohner-Stadt mit starker amerikanischer Ausprägung, genauso bestechlich wie streng. Wer an der Theke über die Stränge schlägt, wird kurzerhand eingebuchtet. Oder er muß zur rechten Zeit den rechten Schein in die richtige Hand fallen lassen. Deshalb schiebt Mamacita den deutschen Jungs in ihrer schummerigen Kneipe auch gleich eine Warnung über den Tisch. „Vorsicht", heißt es darin, „niemals mehr als 25 Dollar nach Juarez mitnehmen. Polizisten sind Diebe."

Die Luftwaffensoldaten können sich zumeist derartige Geldausgaben ersparen. Die Befreiung aus dem mexikanischen Bau erledigt Mamacita. Auch hat sie schon so manchem das Taxi zurück über die Grenze nach den USA bezahlt. So erspart sie der Führung an der Raketenschule manch diplomatischen Ärger. Schließlich wäre es für die Bundeswehr auch nicht so einfach, einen der Ihren aus einer mexikanischen Zelle herauszuholen. Mamacita dagegen schafft es schnell. Wie, das ist ihr Geheimnis.

Über all dies spricht sie, die vor einigen Jahren sogar für das Bundesverdienstkreuz vorgeschlagen worden war, nicht gern; sie steht lieber hinter der schmuddeligen Theke ihres „Deutschen Clubs" und vor einer gerahmten Widmung des einstigen Militärbischofs Schmalstieg, der ihre seelsorgerischen Fähigkeiten schnell erkannt hatte. „Für die Soldaten erfüllt Mamacita eine soziale Schutzfunktion", meint auch Oberst Karl E. Wallrath, Kommandeur der deutschen Raketenschule in Fort Bliss/El Paso. Man sollte der Frau – wenn nicht mit einem Orden – dann wenigstens symbolisch mit einer Urkunde Dank sagen.

Ein Beweis, welches Vertrauen die Soldaten ihrer Mamacita entgegenbringen, ist ein massiver Geldschrank in der Ecke: Dort deponieren sie ungefährdet Autoschlüssel, Geld und Papiere, wenn sie einmal außer dem berüchtigten „Special Drink" oder den nicht gerade neuesten deutschen Schlagern andere Seiten des Nachtlebens von Juarez erleben wollen. „I love my boys", verkündete Mamacita kürzlich in der „El Paso Times". Und sie bedauerte nur, daß sie der Einladung zur 30-Jahr-Feier der Bundeswehr in Fort Bliss nicht habe Folge leisten können.

Der Club, bei dessen Anblick jeder deutsche Ordnungsbeamte auf der Stelle in Ohnmacht fallen würde, hält indes weitere Überraschungen parat: Drinnen hängen Hunderte von Paßfotos ihrer ungezählten soldatischen Gäste. Dazwischen lächelt Bayernkönig Ludwig II. mild aus einem Bilderrahmen, die Vergläsung ziert ein Strauß-Aufkleber. Es hat sich seit Jahren kaum etwas verändert in der Kneipe, in die kürzlich auch mehrere Bundestagsabgeordnete – auf Visite in El Paso – geführt worden waren. Deutsche Autokennzeichen, Freischwimmerzeugnisse, Geldscheine und künstliche Blumen vermitteln den „Stil" des Etablissements. Insgesamt möchte man meinen: eine Galerie der Dankbarkeit.

Ihre Begeisterung für alles Deutsche brachte Mamacita freilich auch schon Ärger ein, als sie an der Wand Bilder von Willy Brandt und Adolf Hitler in schöner Eintracht nebeneinander aufgehängt hatte. Die rundliche Mexikanerin konnte überhaupt nicht verstehen, warum sie auf Bitten einiger Emissäre der Bundeswehr die Bilder wieder abhängen sollte.

Während sie irgendein undefinierbares Getränk ins Glas kippt, plärrt aus der Musikbox die Schnulze „Versunkene Träume". Dann sehen die Raketenschüler auf den großen Spruch an der Wand „Nicht daheim – aber doch zu Hause". Irgendwie stimmt's. GERO SOMMERFELD

Gemeinsamer Kampf gegen den Krebs

dpa, Paris

Frankreich schlägt einen gemeinsamen Kampf aller Länder der Europäischen Gemeinschaft gegen den Krebs vor. Staatspräsident François Mitterrand hat dazu ein Programm für alle Staatschefs entworfen. Es soll heute bei der Außenministerkonferenz der EG in Luxemburg bekannt gemacht werden. Es sieht sieht eine europäische Informationswoche mit dem Schwergewicht Vorsorge, Früherkennung und Frühbehandlung vor; außerdem eine gemeinsame, regelmäßig erscheinende Zeitschrift und Krebsinformationen über die elektronischen Medien.

Kooperation mit Moskau

dpa, Hamburg

Gemeinsam mit westeuropäischen Wissenschaftlern wollen die Sowjets im kommenden Frühjahr ihr erstes größeres Projekt zur Erforschung der Röntgenstrahlung im All starten. Wissenschaftler der Europäischen Weltraumorganisation ESA, der Universitäten Utrecht (Niederlande), Birmingham (Großbritannien) Tübingen und des Max-Planck-Instituts für extraterrestrische Physik in Garching bei München sowie des Interkosmos-Instituts in Moskau, haben zu diesem Zweck ein Observatorium entwickelt. Das berichtet das Magazin GEO.

Hotelbrand

dpa, Garmisch-Partenkirchen

Bei einem Hotelbrand in Garmisch-Partenkirchen sind gestern neun Menschen verletzt worden. Zwei von ihnen erlitten schwere Rauchvergiftungen. Die Polizei vermutet Brandstiftung. Der Schaden wird auf mindestens eine Million Mark geschätzt. Zur Zeit des Unglücks hielten sich 56 Menschen in dem Gebäude auf.

Liftunglück in Colorado

AP, Dillon/Colorado

Dutzende von Skifahrern sind am Wochenende in einem Skigebiet auf dem 3556 Meter hohen Keystone im US-Staat Colorado verletzt worden, als das Zugkabel eines Lifts vom Antriebsrad sprang und die Wintersportler in die Tiefe stürzten.

Arktische Kälte

AFP, Washington

Über weite Teile der Vereinigten Staaten ist am Wochenende eine neue Kältewelle hereingebrochen – mit Temperaturen bis zu minus 45 Grad Celsius. Der Norden wurde von Schneestürmen mit Spitzengeschwindigkeiten von 110 km/Std. heimgesucht. Auch in Texas, in Houston und Port-Arthur, fielen die Temperaturen auf minus 10 Grad Celsius.

Aufs Dach gestiegen

dpa, London

Ein 25jähriger Mann hat im Londoner Regierungsviertel Whitehall einen Großeinsatz der Sicherheitsbeamten ausgelöst, als er auf dem Dach von Downing Street 10, dem Amtssitz der Premierministerin, herumkletterte. Der Eindringling konnte rasch gefaßt werden. Er ist inzwischen wieder auf freiem Fuß. Margaret Thatcher hielt sich zum Zeitpunkt des Vorfalls auf ihrem Landsitz Chequers auf.

ZU GUTER LETZT

Große Augen machten in Mönchengladbach Polizeibeamte, als sie bei der Kontrolle des Autos eines der Wilderei verdächtigen 54jährigen statt Wildbret 46 000 Mark in bar aus dem Plastiktüten holten. Der Mann gab an, sein Ererbtes, Gespartes und im Lotto Gewonnenes aus Sicherheitsgründen seit Jahren immer mit sich zu führen. Auf Zinsen pfeife er. Die Polizei ist noch dabei, die Angaben zu überprüfen.

WETTER: Weiterhin mild

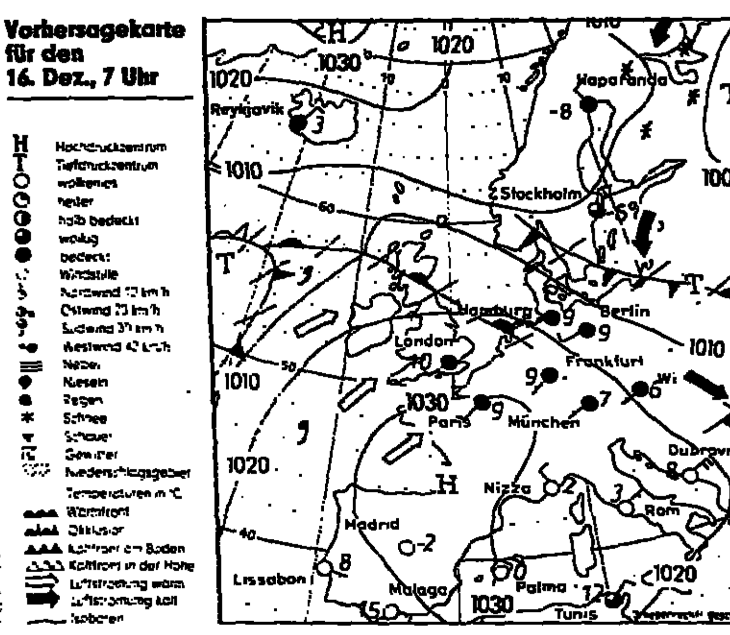
Lage: An der Nordflanke des Hochs über Südfrankreich und Spanien fließt weiterhin feucht-milde Atlantikluft über die Britischen Inseln nach Mitteleuropa.

Vorhersage für Montag: Meist bedeckt, im Mittelgebirgsraum nebligtrüb und gelegentlich Regen oder Sprühregen, vor allem im Norden und Osten des Bundesgebietes. Im Südwesten am ehesten Bewölkungsauflockerungen. Temperaturen zwischen 6 Grad im Südosten und 10 Grad im Nordwesten. Nachtwerte kaum niedriger. Schwacher bis mäßiger, an der Küste frischer bis starker Wind aus Südwest bis West.

Weitere Aussichten: Im ganzen wenig Änderung. Weiterhin unbeständig und mild.

Sonnenaufgang am Dienstag: 8.22 Uhr*, Untergang: 16.14 Uhr; **Mondaufgang:** 12.28 Uhr, Untergang: 22.41 Uhr (* in MEZ, zentraler Ort Kassel).

Vorhersagekarte für den 16. Dez., 7 Uhr



Temperaturen in Grad Celsius und Wetter vom Sonntag, 12 Uhr (MEZ):

Deutschland:			Lübeck	9	R	Faro	15	he	Ostende	11	bw
			Mannheim	8	bd	Florenz	6	he	Palermo	15	he
Berlin	10	R	München	9	Sp	Genf	4	he	Paris	10	bd
Bielefeld	10	bd	Münster	10	bd	Helsinki	-3	he	Peking	0	wl
Braunlage	6	R	Norderney	8	bw	Hongkong	17	he	Prag	7	bd
Bremen	10	bd	Nürnberg	8	bd	Innsbruck	7	he	Rhodos	17	bw
Dortmund	9	R	Oberstdorf	10	he	Istanbul	7	bd	Rom	11	he
Dresden	9	bd	Passau	4	Sp	Kairo	19	bw	Salzburg	6	R
Düsseldorf	10	bd	Saarbrücken	8	bd	Klagenfurt	0	bd	Singapur	27	R
Erfurt	9	bd	Stuttgart	9	bd	Konstanza	5	he	Split	15	he
Essen	9	bd	Trier	8	bd	Kopenhagen	9	bd	Stockholm	-7	he
Feldberg/S.	3	Ne	Zugspitze	-5	he	Korfu	17	he	Straßburg	6	bd
Flensburg	9	bd	Ausland:			Las Palmas	17	bw	Tel Aviv	20	bw
Frankfurt/M.	9	bw				Leningrad	-1	S	Tokio	8	Rs
Freiburg	8	bw	Algier	13	bw	Lissabon	10	he	Tunis	16	bw
Garmisch	6	he	Amsterdam	11	bd	Locarno	8	he	Valencia	13	he
Greifswald	9	bd	Athen	13	bd	London	13	bd	Varna	8	bw
Hamburg	10	bd	Barcelona	14	he	Los Angeles	12	bw	Venedig	7	he
Hannover	10	Sp	Belgrad	6	R	Luxemburg	7	bd	Warschau	5	R
Kahler Asten	5	R	Bordeaux	6	he	Madrid	7	he	Wien	11	bw
Kassel	8	R	Bozen	6	he	Mailand	6	wl	Zürich	8	bw
Kempten	9	bw	Brüssel	10	bd	Malaga	15	he			
Kiel	8	R	Budapest	7	bw	Mallorca	13	he			
Koblenz	8	R	Bukarest	7	bw	Moskau	-1	bw			
Köln-Bonn	10	Sp	Casablanca	17	he	Neapel	13	he			
Konstanz	6	bd	Dublin	12	bd	New York	1	he			
Leipzig	9	bd	Dubrovnik	11	bw	Nizza	15	he			
List/Sylt	6	bw	Edinburgh	11	he	Oslo	-2	S			

bd = bedeckt; bw = bewölkt; Gr = Graupel; Gw = Gewitter; he = heiter; IW = in Wolken; Ne = Nebel; R = Regen; Rs = Regenschauer; S = Schneefall o. Schneeschauer; Sp = Sprühregen; Sr = Schneeregen; wl = wolkenlos

„Ehrengeist vom plattdeutschen Strand"

dpa, Münster

Nun hat es auch den „kühlen Blonden aus dem Norden", Gerhard Stoltenberg, erwischt: Als „Ehrengeist vom plattdeutschen Strand" wurde der Verwalter der Bundeskasse wie vor ihm viele Spitzenpolitiker in die Garde der Ehrengeister von Münsters Karnevalsgesellschaft „Böse Geister" eingereiht. Gemeinsam mit ihm ließ sich der mehrfache Weltmeister im Dressurreiten, Rainer Klimke, im historischen Rathaus von Münster mit verbundenen Augen die feuchte „Taufe" gefallen. Beide erwarben damit das Recht, zu spuken, wo es ihnen beliebt.

In der Laudatio würdigte Münsters Oberbürgermeister Jörg Twenhöven (CDU) den Parteifreund Stoltenberg als „höchste Erhebung in Schleswig-Holstein". In Bonn sollen schon „Vermessungsingenieure" tätig sein, um die Größe genau festzulegen. Als Geschenk konnte der Bundesschatzmeister Symbolträchtiges entgegennehmen: Eine Luftpumpe, weil jede Finanzierung auf Pump Luft sei, einen Schraubenschlüssel zur Bedienung der Steuerschraube und einen „westfälischen Holzcomputer" in Gestalt einer Abzähl-Rechenmaschine aus vergangenen Schulzeiten. Schließlich zauberte Twenhöven noch den Zollstock für eine „Politik nach Maß". Klimke wurde als „reitender Rechtsanwalt" eingeführt, der lebenslang wiehernden Pferden nachgelaufen sei.



„Höchste Erhebung in Schleswig-Holstein" FOTO: W. von BRAUCHITSCH



Wie die Faust aufs Auge: Skyline, Mauer und Fidelio-Arie. FOTO: AP

„Ein peinliches Nichts"

Aktion von HA Schult kollidierte mit der Wirklichkeit

DW. Bonn

An der Berliner Mauer in Kreuzberg fanden sich am Freitagabend bei regnerischem Wetter etwa 50 geladene Gäste ein, um den deutschen Teil der Aktion „Berlin ist New York" von HA Schult zu erleben. Die Mauer durfte nach Protesten der „DDR" als Projektionsfläche für die Satellitenübertragung nicht genutzt werden. So sah man New York auf einer Wand von 36 Bildschirmen. Die Verbindung zwischen Alter und Neuer Welt, zwischen alter und neuer Metropole sollte so hergestellt werden. Schult wollte den New Yorkern Berlin nahebringen, und er ist überzeugt, daß die „gigantische Collage mehr über Berlin aussagt als die eine oder andere politische Rede im Schöneberger Rathaus".

PETER HANS GÖPFERT, Berlin

Einen HA Schulz läßt man nicht (allein) im Regen stehen. Erst recht nicht, wenn man im Besitz einer goldenen Eintrittskarte zur Mauer an der Wilhelmstraße ist und dieses Billett ausdrücklich vermerkt, daß sich gleichzeitig in New Yorks Guggenheim-Museum erlesene Gäste im Smoking das Plaisier ihrer Anwesenheit machen. Da steht man abends um neun im pitschnassen Terrain, das die Stadtreinigung eben noch von einigem Dreckschlamm freigeschippt hat. Tatsächlich hängt manches lange Kleid in die Pfütze, Lackschuhe kriegen ihre Spritzer weg. Man ist einer Meinung mit William Pell, der sich mit Florestans Worten (aus „Fidelio") warmsingt: „Ich murre nicht." Der Steinway steckt, wie die Wand mit den Bildschirmen, unter wasserfester Folie. Der Pianist hat Watte im Ohr.

Dann endlich ist die Minute da: Schult spricht sein vielgeübtes Statement, die Pappmauer auf Roosevelt Island vor dem UN-Gebäude in New York und das Berliner Original schieben sich mit Satellitenhilfe auf dem Bildschirm übereinander.

Schults Parole „Man kann alles zu Kunst machen" kehrt sich hier allerdings makaber gegen den Aktions-Künstler selbst. Seine New Yorker Mauer ist mit viel Technik und Publicity aufgemöbelt, mit großspurigen Worten wird ihre aufklärerische Wirkung behauptet. Aber sie bleibt von Pappe. Sie ist ein albernes, peinliches Nichts vor der wirklichen Mauer in Berlin.

Die Realität holt die Attrappen ein: Als die Zuschauer-Komplizen zu den obligatorischen Buletten und Bieren ins Haus am Checkpoint Charlie eilen, das Museum der deutschen Teilung, steht dort die Frau des Heidelberger Arztes Professor Wolf-Dieter Thomitzek wortlos mit einem Transparent vor der Tür. Seit Tagen demonstriert sie für ihre inhaftierten Verwandten in der „DDR", denen die Ausreise verweigert wird. Alles ist Kunst? Hier ist die Wirklichkeit der Schicksale wohl stärker als eine Anderthalbmillionen-Aktion und Satellit, die um einen einzigen thematischen Mittelpunkt kreist: ihren Macher.

Caterina Valente seit 50 Jahren im Beruf

dpa, Stuttgart

Dem international bekannten Showstar Caterina Valente ist am Wochenende vom baden-württembergischen Ministerpräsidenten Lothar Späth das Bundesverdienstkreuz überreicht worden.

Die in Paris geborene und heute in der Schweiz lebende Sängerin sagte zu der Verleihung: „Das ist das größte Kompliment, das man einem Künstler machen kann."

Caterina Valente, die sich bei der Preisverleihung nach eigenem Bekunden „unheimlich wohl und sehr aufgeregt" fühlte, beherrscht sechs Sprachen und trägt ihre Lieder in zwölf Sprachen akzentfrei vor. Lothar Späth mußte sie allerdings gestehen, daß sie nicht schwäbisch spreche. „Das muß ich noch lernen."

Nach Dornröschenschlaf jetzt in Frankreich

Exilrusse hatte 90 000 Mark bei sich / Herkunft ungeklärt

SAD, Paris

Der 43jährige russische Emigrant Wladimir Leontjew, der nach drei Wochen „Dornröschenschlaf" in Großbritannien am Donnerstag nach Frankreich abgeschoben worden war, ist am Wochenende aus dem Krankenhaus in Calais an einen unbekannten Ort entlassen worden.

Die Polizei teilte mit, daß Leontjew am Sonnabend nachmittag sich noch in einem „halblethargischen" Zustand befunden habe. Er verließ das Krankenhaus um 19 Uhr, doch weder die Krankenhausverwaltung noch die Polizei wollten sagen, ob er in Freiheit gesetzt oder in eine andere Anstalt gebracht wurde.

Die Polizei teilte lediglich mit, die „Angelegenheit Leontjew" sei nicht mehr „ihre Sache". Leontjew war sofort nach seiner Einlieferung in das Krankenhaus von Calais seinem angeblichen Tiefschlaf erwacht und hatte erst einmal eine kräftige Mahlzeit zu sich genommen.

Über die Herkunft der 278 500 französischen Francs (rund 90 000 Mark), die die englische Polizei vor drei Wochen nach seinem Motorradunfall bei London bei ihm gefunden hatte, schwieg er jedoch auch in Frankreich weiter. Leontjew war bei seiner Befragung „spontan" in seinen Tiefschlaf verfallen, aus den ihn die Scotland-Yard-Beamten mit dem besten Willen nicht hatten wecken können.

Auch in der Klinik stellte sich der Mann gekonnt schlafend. So gut, daß Spezialisten heute noch nicht wissen, ob der Emigrant simulierte oder nicht.

Die französische Zollverwaltung erklärte, wenn Leontjew das Geld nicht vorher aus Frankreich ausgeführt habe, was nach den französischen Devisenbestimmungen verboten ist, sei die Einfuhr der Summe nicht strafbar. Die Zollverwaltung vermutet, Leontjew, der Jude ist, habe vielleicht dieses Geld in England in Form von Spenden für die Unterstützung der in der Sowjetunion lebenden Juden gesammelt. Der Mann hat für Frankreich eine unbefristete Aufenthaltsgenehmigung.

Ein zu starker Yen bremst die Konjunktur

Von FRED de LA TROBE

Das japanische Wirtschaftsplanungsamt und die Bank von Japan haben in ihren neuesten Berichten in den letzten Wochen eine langsamere Fahrt der Konjunktur festgestellt. „Ein Warnsignal ist aufgeleuchtet", erklärte ein Sprecher des Planungsamts.

In der ersten Hälfte 1985 sei der reale Zuwachs der Wirtschaft (auf Jahresbasis) 4,8 Prozent gewesen im Vergleich zu 5,6 Prozent im vorausgehenden Halbjahr. Seit Anfang dieses Herbstes sei das Wachstum noch deutlicher abgeflacht, wobei der gegenüber dem Dollar erstarkte Yen eine wichtige Rolle spielte. Beim Export, dem Konjunkturmotor der beiden letzten Jahre, sei eine wesentlich ruhigere Gangart zu beobachten.

Einer der Hauptgründe dieser Entwicklung ist das Abflauen der amerikanischen Konjunktur, das die Lieferungen aus Japan herabdrückte. Während 1984 die japanischen Ausfuhren in die USA noch um durchschnittlich 30 Prozent stiegen, nahmen sie zwischen April und Oktober dieses Jahres im Vergleich zur selben Vorjahresperiode nur noch um 7,8 Prozent zu.

Automobile trieben den Export nach oben

Für dieses Wachstum waren außerdem wesentlich größere Automobillieferungen verantwortlich, da die Exportquoten von 1,85 Millionen Wagen auf 2,3 Millionen 1985 erhöht wurden.

Die Ausfuhren von Halbleitern und anderen elektronischen Produkten in die Vereinigten Staaten gingen jedoch in dieser Periode um 38 Prozent zurück, die von Eisen und Stahl sanken um 18 Prozent, die von Textilien um 9 Prozent und die von Büromaschinen um sieben Prozent. Auch die japanischen Lieferungen nach Südostasien und China erreichten in den zurückliegenden Monaten dieses längst nicht mehr die Zuwachsraten des vergangenen Jahres.

Die Exportabschlüsse der 13 großen Handelshäuser im Oktober lagen auf der Basis von Yen um 11,2 Prozent niedriger als im gleichen Vorjahresmonat und auf der Basis von Dollar nur um 2,1 Prozent höher.

Infolge sinkender Importe und den Auswirkungen des stärkeren Yen – der die in Dollar quotierten Exportpreise erhöhte – schloß die japanische Leistungsbilanz in dem Halbjahr April bis September 1985 mit einem noch höheren Überschuß als vorher, der 26,6 Milliarden Dollar betragen hatte.

Bei Ausfuhren von 86,7 Milliarden Dollar, 1,6 Prozent mehr als in der gleichen Vorjahresperiode, und Einfuhren von 57,4 Milliarden, 7,6 Prozent weniger, wies die Handelsbilanz ein Plus von 29,3 Milliarden Dollar aus. Die langfristige Kapitalbilanz hatte einen Fehlbetrag von 35,7 Milliarden Dollar.

Nach dem G-5-Treffen in New York stieg der Wechselkurs des Yen zum Dollar seit dem 22. September steil um nahezu 20 Prozent auf rund 200 Yen für einen Dollar an. Während importintensive Branchen aus der höheren Parität Vorteile ziehen, beginnen exportorientierte Sektoren wie die Textil-, Elektronik-, Elektro-, Stahl- und Autoindustrie – zunächst vor allem bei kleineren und mittleren Zulieferern – unter dieser Entwicklung zu leiden.

Das wesentlich langsamere Wachstumstempo der Exporte wirkt sich auch ungünstig auf den Privatkonsum und den Umfang der Investitionen aus.

Die Ausgaben der privaten Haushalte [illegible] im Halbjahr April bis Septe[illegible] 1985 um nur 0,5 Prozent im Vergleich zur Vorjahreszeit. Die Preise blieben stabil: Die Verbraucherpreise in Tokio lagen im Oktober nur um 1,2 Prozent über den Stand des gleichen Vorjahresmonats.

Der Index der Großhandelspreise war im gleichen Monat sogar um 3,2 Prozent niedriger. Die Arbeitslosenquote liegt noch wie im Vorjahr bei 2,6 Prozent. Im September waren 1,5 Millionen Japaner erwerbslos. Vom geringen Exportwachstum war auch die Industrieproduktion betroffen, die in den Sommer- und Herbstmonaten abschwächte. Im Oktober lag sie nur um 1,9 Prozent höher als im gleichen Vorjahresmonat. Sinkende Ausbringungszahlen waren vor allem in den ausfuhrabhängigen Fertigungen von Videorekordern, Farbfernsehern und Halbleitern zu verzeichnen.

Unternehmer melden Rückgang der Gewinne

Im Ende September endenden Halbjahr meldete eine große Mehrheit aller Unternehmen Rückgänge ihrer Umsätze und Gewinne. Die 500 größten Gesellschaften berichteten für diese Periode von einem durchschnittliches Sinken ihrer Umsätze um 3,6 Prozent im Vergleich zur Vorperiode und eine Abnahme ihrer Bruttogewinne um 15,4 Prozent.

Es wird erwartet, daß die unbefriedigenden Geschäftsergebnisse die Investitionen ungünstig beeinflussen werden. Das Ministerium für Handel und Industrie (MITI) veranschlagt die Zunahme der Anlageinvestitionen im laufenden Fiskaljahr gegenüber dem Vorjahr allerdings auf 10,7 Prozent. Dabei sind jedoch die Kosten der Privatisierung der bisher staatlichen Telephon- und Telegraphengesellschaft Japans (NTT) und des Tabakmonopols mitgerechnet.

Das Wirtschaftsplanungsamt er[illegible]te, daß der Investitionsumfang [illegible]ttlerer und kleiner Unternehmen im Quartal Juli bis September um 5,5 Prozent unter dem Vorjahresniveau lag, während bei den großen Gesellschaften noch eine leichte Zunahme zu verzeichnen war. Die Politik der Bank von Japan, die zur Stärkung der Yen-Parität die Zinsen zu erhöhen sucht, wirkt ebenfalls dämpfend auf die Investitionslust der Unternehmer.

Ein anderer lustloser Bereich der Wirtschaft ist das Bauwesen, in dem die Zahl neuer Vorhaben leicht unter dem Vorjahresstand liegt. Zur Stimulierung der Inlandsnachfrage hatte das japanische Kabinett Mitte Oktober allerdings Sonderausgaben in Höhe von 3,1 Billionen Yen (38,7 Milliarden Mark) beschlossen, die zu einem großen Teil dem Wohnungsbau zugute kommen sollten.

Die Regierung will zusätzliche öffentliche Hypotheken bereitstellen, die Bauvorschriften lockern und Staatsland verkaufen, um den Bau privater Häuser zu fördern. Öffentliche Bauprojekte sollen dadurch beschleunigt werden, daß den Regionalverwaltungen und den Gemeinden die Emission zusätzlicher Anleihen erlaubt wird. Ein großer Teil der Mittel für dieses Programm soll von privater Seite beigesteuert werden. In Bankkreisen herrschen aber Zweifel, ob die Gelder tatsächlich im geplanten Umfang bereitgestellt werden.

Das japanische Finanzministerium, das nach wie vor mit Vorrang das Defizit des Budgets und die Staatsschulden abbauen will, wird auch für nächstes Jahr wieder mit einem Sparetat aufwarten. Der Haushaltsplan des Ministeriums für das Fiskaljahr 1986 sieht nur eine Zunahme von 3,2 Prozent auf 54,2 Billonen Yen vor.

Die höhere Yen-Parität wird voraussichtlich die Steuereinnahmen um einige hundert Milliarden Yen vermindern. Während die japanische Regierung für das laufende Fiskaljahr mit einer realen Wachstumsrate der Wirtschaft von 4,6 Prozent rechnet, erwartet die Fuji Bank nur noch 4,2 Prozent Zuwachs. Für das Fiskaljahr 1986 nimmt die Bank von Tokyo ein reales Wachstum von 3,4 Prozent, die Fuji Bank aber nur einen Zuwachs von 2,9 Prozent an.



Der Erfolg kommt nicht aus dem Wachstum, sondern aus der Technologie FOTO: J. DARCHINGER

Frühling in Fernost für Bankinstitute des Westens

Die Deutsche Bank wird im Frühjahr nächsten Jahres eine Niederlassung in Tokio gründen. Dies gab F. Wilhelm Christians, Vorstandssprecher des Frankfurter Instituts, im November bekannt. Diese Ankündigung geschah etwa zur gleichen Zeit, als in Tokio im Finanzministerium die Entscheidung fiel, ab Sommer 1986 in Japan Off-shore-Banking zuzulassen.

Die Vorbereitungen für diesen in Bankkreisen weltweit als überfällig empfundenen Schritt begannen bereits vor Jahren. Aber erst in den letzten 18 Monaten gelang der Durchbruch in den Behörden.

So wurden als wichtige Maßnahmen die graduelle Lockerung der Beschränkungen bei Emissionen von Yen-Anleihen durch ausländische Unternehmen und die Freigabe von Euro-Yen-Anleihen-Emissionen durch entsprechende Firmen beschlossen, die in Japan allerdings ansässig sein müssen.

Neben diesen beiden wichtigsten Maßnahmen der Regierung wurden begleitende Schritte beschlossen, um dem Yen ein stärkeres internationales Gewicht zu geben. Dabei haben die Japaner durchaus national und auch wirtschaftlich-eigensinnig gedacht.

Mit der veränderten Rolle ihrer Währung im internationalen Kapitalmarkt verändert sich auch die Rolle des Yen im internationalen Warenaustausch. Der Außenhandel Japans kann aufgrund der nunmehr beschlossenen Maßnahmen stärker als bisher in der nationalen Währung abgewickelt werden. Im Handel Japans werden bisher nur 30 Prozent der Exporte und weniger als drei (!) Prozent in Yen fakturiert. Der Anteil des Yen als internationale Währungsreserve liegt unter vier Prozent.

Weg von Schwankungen des US- Dollars

Mit einer Stärkung des Yen kann das Risiko der Dollarschwankungen vermindert werden. Dies ist für ein Land wie Japan, das im Energie- und Rohstoffbereich von Dollar-fakturierten Rohstoffen abhängig ist, von erheblicher Bedeutung.

Die Politik des „Off-shore-Banking" ist neu in Japan, und es bleibt abzuwarten, wie sich der neue Standort gegen die etablierte internationale Konkurrenz behaupten kann.

Noch vor wenigen Jahren galt das oberste Prinzip, keine Nebenwährung zum Dollar zu dulden. Ausländischen Banken war eine Beteiligung nur unter restriktiven Bedingungen möglich. Bis Mitte 1985 galt für ausländische Finanzinstitute die strikte Vorschrift, daß sie nur auf einem fest definierten Spezialgebiet tätig sein durften. In der Hauptsache durften die Repräsentanzen nur Anleger und Emissionskunden im Auftrag des Hauptsitzes bedienen.

Mit der Entscheidung, ausländischen Banken eine japanische T[illegible]ustbanken-Lizenz zu geben, haben die ausländischen Banken nunmehr die Möglichkeit erhalten, herkömmliche Bankgeschäfte wie auch weiterhin die klassische Vermögensverwaltung zu betreiben.

Ins Wertpapiergeschäft nur mit Auflagen

Insbesondere auf deitschen Druck, hier war dem Vernehmen nach die Filiale der Dresdner Bank in Tokio besonders stark engagiert, soll den ausländischen Banken die Gründung von Tochtergesellschaften für das Wertpapiergeschäft in Japan gestattet werden.

Bedingung ist jedoch, daß die Beteiligung der Muttergesellschaft an der japanischen Bank-Niederlassung die Grenze von 50 Prozent nicht überschreitet. Die Ankündigung der Deutschen Bank Anfang November bezog sich auf dieses Geschäft.

Siemens und Bayer werden sich an dieser Tochter in Japan beteiligen, um so den Anteil der Deutschen Bank an diesem Unternehmen auf 50 Prozent zu senken. Die neue Gesellschaft wird dann „DB Capital Management (Asia)" heißen. Auch die Dresdner Bank bemüht sich um die Zulassung einer solchen Tochter. (Siehe Beitrag auf der übernächsten Seite.)

Für japanische Banken in der Bundesrepublik Deutschland, wie überhaupt in Europa, sind derartige Schwierigkeiten – außerhalb denen ihrer eigenen Gesetzgebung in Japan – weitgehend unbekannt. Für japanische Großbanken sind die deutschen Metropolen ganz normale Standorte ohne große Restriktionen. Ihre Anwesenheit ist selbstverständlich seit vielen Jahren, ja oft Jahrzehnten.

So sind bekannte Institute wie die „Bank of Tokyo", die „Fuji Bank", die „Sumitomo Bank", die „Dai-Ichi-Kangyo-, Mitsui- und Mitsubushi Bank" klangvolle Namen auch in Frankfurt.

Sie ließen sich in Deutschland nieder, um den Siegeszug der japanischen Industrie, vor allem Autos und Elektronik, auf dem deutschen Markt finanzieren zu helfen.

Heute entfallen durchweg nur noch rund 60 Prozent des Gesamtgeschäfts aller in Deutschland operierenden Japan-Banken auf dieses „Tradition"-Geschäft, während der Rest auf Firmen mit überwiegend deutscher Kapitalmehrheit entfällt.

Hier dominieren naturgegeben die großen Namen der deutschen Wirtschaft. Dies hat vor allem Bonitätsgründe. Andererseits werben die japanischen Institute in Deutschland damit, daß sie ihre Dienstleistungen deutschen Firmen auf dem Japan-Markt „überaus nutzbringend" andienen können. Hier wird insbesondere die eigene Attraktivität für mittelständische deutsche Kunden auf Grund der starken Durchdringung des japanischen Marktes als überaus erfolgversprechend angesehen und dementsprechend dargestellt.

Auch das China-Geschäft wird in die Werbung um deutsche Kunden miteinbezogen. Hier können die Japan-Banken auf größere Erfahrungen verweisen als ihre deutschen Konkurrenten.

Grundsätzlich allerdings steht das Finanzierungsgeschäft von deutschen Lieferungen nach Japan im Mittelpunkt.

Das engagierte Geschäftsgebaren der Japaner kommt nicht von ungefähr. Im internationalen Geschäft rangieren sie hinter den US-Banken auf Platz 2. Sie halten an den internationalen Bankforderungen einen Anteil von 23,5 Prozent (USA: 28 Prozent) mit einem Volumen von 514 Milliarden Dollar (USA: 615). Die deutschen Banken rangieren auf Platz 5 (6,5 Prozent mit einem Volumen von 142 Milliarden Dollar), ermittelte im Sommer '85 die „Bank für internationalen Zahlungsausgleich" in Basel.

Die Strukturen des japanischen Banksystems gehen auf die Mitte des 19. Jahrhunderts zurück. Zunächst dominierte das amerikanische Nationalbanken-System. Schließlich veränderte sich das System hin zum britischen Finanzorganisationsschema. Neben der Bank of Japan (1882) bestehen Geschäftsbanken, Sparkassen und Spezialinstitute zur Finanzierung des Außenhandels und zur langfristigen Kreditfinanzierung.

Erst 1982 wurden die japanischen Bankgesetze den internationalen Bedürfnissen angepaßt. Der Schritt zum Off-shore-Bankzentrum ist eine Folge davon.

Jetzt wird verstärkt Kapital exportiert

Mitte November '85 stellte die Bank für Gemeinwirtschaft in einer Studie zum japanischen Kapitalmarkt fest: Japan startet eine neue Exportoffensive – diesmal mit Kapital.

Der Aufstieg Japans zum größten Gläubigerland und zeitgleich der Abstieg der USA zum größten Schuldnerland hängen eng zusammen, hieß es in der Studie. Letztlich liefern die Japaner gegenwärtig den Amerikanern nicht nur Güter und Dienstleistungen, sondern sind auch gleich Kreditgeber für einen beachtlichen Teil der Exporte in die USA. Die Japaner exportieren Güter und Dienstleistungen quasi auf Kredit, sagt die Frankfurter Bank. US

EMANZIPATION / Erst das Volk fragen?

Vertrauen statt Novellen

In Japan macht die Gleichberechtigung der Frau nur langsam Fortschritte. Weil das traditionelle Rollenverständnis der Geschlechter auch bei den Japanerinnen noch tief verwurzelt ist, finden emanzipatorische Bestrebungen bei ihnen geringe Resonanz.

Als die Regierung in Tokio der UNO-Konvention zum Schutz der Frau vor Diskriminierung beitrat, löste dieser Schritt heftige Kontroversen in Nippon aus. Die Kritiker führten ins Feld, es hätte vorher eine Volksbefragung abgehalten werden müssen, die zur Ablehnung geführt hätte.

Der Streit begleitete auch die öffentliche Debatte über entsprechende Gesetzesbestimmungen, die vom japanischen Parlament vor der Ratifikation der UNO-Konvention erlassen werden mußten. Ein Experten-Gremium, das vom Arbeitsminister berufen wurde, konnte sich nach langen Beratungen nicht über Leitlinien verständigen.

„Ich bezweifele, daß es vernünftig wäre, alles durch Verordnung zu reglementieren", sagte damals Arbeitsminister Misoji Sakamoto. Nach seiner Auffassung könne die Gleichberechtigung eher „durch gegenseitiges Vertrauen zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern vorangebracht werden".

Mit dieser Haltung liegt die Regierung auf der Linie der japanischen Industrie, die eine gesetzlich verankerte Gleichberechtigung ablehnte und darauf abzielende Auflagen für das Arbeitsleben befürchtete. So wurden auch Sanktionen für den Fall diskriminierender Behandlung verworfen.

Den Standpunkt der Industrie- und Handelskammer Tokio umriß Isao Ono, einer ihrer Direktoren, wie folgt: „Nur in Zeiten fremder Besatzung oder der Revolution werden überlieferte Grundwerte auf einmal als anomal hingestellt." Damit wandte er sich gegen den Trend, westliche Gepflogenheiten in Japan nachzuvollziehen.

Noch immer werden freie Stellen nach Geschlechtern strikt getrennt ausgeschrieben. Die Mehrzahl der japanischen Unternehmen stellt nur männliche College-Absolventen ein. Allein für sie gilt die lebenslange Zusage auf Beschäftigung. Wo junge Frauen mit gleicher Qualifikation beginnen dürfen, werden sie nur für untergeordnete Tätigkeiten herangezogen.

In der Industrie stellen die Frauen nahezu 40 Prozent der Arbeitskräfte. Sie bekommen im Durchschnitt lediglich die Hälfte des Lohnes der Männer. Nach einer Untersuchung der Internationalen Arbeitsorganisation (Ilo) von 1983 hatte sich die Kluft in den zurückliegenden zehn Jahren sogar weiter vertieft. Damit steht Japan allein unter den Industriestaaten. Besonders hoch ist der Anteil weiblicher Arbeitskräfte in der Elektroindustrie. Dort findet eine starke Fluktuation statt: Die jungen Frauen, die noch zu Hause bei den Eltern oder in Wohnheimen der Unternehmen leben, heiraten etwa Mitte Zwanzig und scheiden dann aus dem Arbeitsprozeß aus.

„Gesetzliche Regelungen werden daran nichts ändern", heißt es im Arbeitsministerium, „die althergebrachten Einstellungen zur Rolle der Frau können nicht von heute auf morgen wechseln." Diese Einschätzung wurde auch durch eine Meinungsumfrage bestätigt, in der nahezu 75 Prozent der Bevölkerung die unterschiedlichen Rollen von Mann und Frau bestätigen.

Während akademisch ausgebildete Frauen in den meisten Konzernen und großen Handelshäusern kaum eine angemessene Position finden, geschweige denn Aufstiegschancen haben, bietet ihnen die Computer-Industrie in zunehmendem Maße ein Vorwärtskommen in ihren Karrieren. Am leichtesten gelingt der berufliche Aufstieg für Frauen in Niederlassungen ausländischer Firmen, die keine Barrieren kennen.

Von Jahr zu Jahr schaffen ein paar Frauen mehr den Durchbruch zur Gleichberechtigung in der Medizin und im Rechtswesen. Mitsuko Shimomura, die als erste Korrespondentin einer Tokioter Zeitung ins Ausland entsandt wurde, bemerkte dazu: „Die Zahlen nehmen sich zwar noch bescheiden aus, aber die Hoffnung für andere wird immer größer."

Wie schwer es ist, alte Gewohnheiten im Arbeitsleben zu ändern, zeigte sich in Japan bei der schleppenden Einführung der Fünf-Tage-Woche in der Industrie und eines freien Samstags im Monat für die Banken. –ube–

AUF EINEN BLICK

UdSSR
CHINA
HOKKAIDO
NORDKOREA
JAPAN
HONDO
Japanisches Meer
SÜDKOREA
Pazifik
SHIKOKU
KYUSHU
200 km
DIE WELT

WICHTIGE ADRESSEN

Bundesrepublik Deutschland

Japanische Botschaft, Bundeskanzlerplatz, Bonn Center HI 701, 5300 Bonn 1, Tel.: 0228/5001.

Japanische Generalkonsulate: Wachtelstraße 8, 1000 Berlin 33, Tel.: 030/8 32 70 26.

Immermannstraße 45 A, 4000 Düsseldorf 1, Tel.: 0211/35 33 11.

Hamburger Allee 2–10, 6000 Frankfurt 90, Tel.: 069/77 03 51.

Rathausmarkt 5, 2000 Hamburg 1, Tel.: 040/32 18 06.

Prinzregentenplatz 10, 8000 München 80, Tel.: 089/47 10 43.

Japanische Industrie- und Handelskammer zu Düsseldorf, Immermannstraße 45, 4000 Düsseldorf 1, Tel.: 0211/36 90 01.

Deutsch-Japanisches Büro zur Förderung der Wirtschaft, Oststraße 110, 4000 Düsseldorf 1, Tel.: 0211/35 80 48.

Japan External Trade Organisation (Jetro), Königsallee 58, 4000 Düsseldorf, Tel.: 0211/80 70 26;

Roßmarkt 17, 6000 Frankfurt 1, Tel.: 069/28 32 15;

Colonnaden 72, 2000 Hamburg 36, Tel.: 040/34 17 63.

Japanische Fremdenverkehrszentrale, Biebergasse 6–10, 6000 Frankfurt, Tel.: 069/29 27 92.

Japan Airlines, Kaiserstraße 79, 6000 Frankfurt 1, Tel.: 069/23 00 56.

In Japan

Botschaft der Bundesrepublik Deutschland, 4–5–10 Minami Azabu, Minato-ku, Tokio, Tel.: 00813/473-01 51.

Generalkonsulat Osaka-Kobe, Goko-dori 8–16, Chuo-ku, Kobe-shi 651, Tel.: 008178/2 32 12 12.

Deutsche Industrie- und Handelskammer in Japan (Zainichi Doitsu Shoko Kaigisho), Akasaka Tokio Bldg. 10 F, Nagata-cho 2–14–3, Chiyoda-ku, Tokio 100, Tel.: 00813/5 81 98 81.

00813/5 80 01 69.

Japan National Tourist Office, Tokio Kotsu Kaikan, 13, Yuraku-cho, 2-chome, Chiyoda-ku, Tokio 100, Tel.: 0 08 13/2 16 19 01.

Lufthansa, Tokio Club Bldg., 2–6 Kasumigaseki, 3-chome, Chiyoda-ku, Tokio 100, Tel.: 00813/5 80 21 21.

KREDITKARTEN / Späte Liebe, großes Geschäft und riesengroßer Leichtsinn

Mit Smart cards gegen das Mogeln

Obwohl die Japaner sehr leicht die schnellen Wandlungen des modernen Lebens übernehmen können, tun sie sich doch sehr schwer damit, sich an eine bargeldlose Gesellschaft zu gewöhnen. Erst in den zurückliegenden Jahren haben die Japaner ihren Komplex, bar zu zahlen, überwunden und benutzen jetzt Kreditkarten in größerem Umfang.

Nach Mitteilung von Atsuo Kuroda vom Japanischen Verbraucherschutz zirkulierten in Japan 1984 etwa 74 Millionen Plastikkarten und damit dreimal mehr als 1979. Die genaue Zahl der Kreditkartenbesitzer kann nicht festgestellt werden, denn viele benutzen mehrere Karten verschiedener Kreditorgane. Im vergangenen Jahr verzeichnete die Kreditkartenindustrie, die aus 128 japanischen Firmen besteht, ein Auftragsvolumen von 1,84 Billionen Yen (ungefähr 23,89 Milliarden Mark). Wenn man die Kreditkarten berücksichtigt, die von Kaufhäusern und Läden, von Banken und Vergnügungsetablissements ausgegeben werden, um zu höherem Umsatz anzureizen, hat das ganze Geschäft mit den Karten schon einen Wert von 15,61 Billionen Yen, umgerechnet 202,7 Milliarden Mark.

Nippon Shinpan, Japans größte Gesellschaft zur Konsumfinanzierung mit 10,3 Millionen Kartenbesitzern, eingerechnet auch die Benutzer anderer Gesellschaften, die eine Absprache mit Nippon Shinpon haben, registrierte Zahlungen in Höhe von 427,32 Milliarden Yen, umgerechnet 5,5 Milliarden Mark, während des Fiskaljahres 1984. Diese Kreditkartenbesitzer haben auch Zugang zum Spardienst der Post.

Der wachsende Kreditmarkt verdankt die Zuwachsraten der Nachkriegs-„Babyboom-Generation", die jetzt 35 bis 40 Jahre alt ist. Anders noch als ihre Eltern, sind sie leicht von der Notwendigkeit, eine Kreditkarte zu erwerben, zu überzeugen, um Häuser und andere Güter zu bezahlen, die sie sich mit ihren laufenden Einkommen nicht sofort leisten könnten.

Die Marui-Kaufhauskette hat etwa sieben Millionen Karten ausgegeben, 60 Prozent hiervon sind Leute zwischen 18 und 24 Jahren. Andere Kaufhäuser vergeben Kreditkarten nach Empfehlung ihrer Mitarbeiter an treue Kunden. Bei dem Einkauf von Waren ist keine Unterschrift erforderlich, und jedes Mitglied der Familie kann die Karte benutzen, die kein Verfallsdatum trägt.

Die Postämter im Lande haben bislang etwa 4,2 Millionen Karten herausgegeben, mit denen man Einzahlungen und Abhebungen von der Postsparkasse vornehmen kann. Bis 1987 wird die japanische Post 7000 Maschinen mit einem Online Network, dem 20 000 Postämter angeschlossen sind, aufgestellt haben. Bargeldautomaten der Banken schießen wie Pilze aus dem Boden und erlauben Sofortkredite für Kartenbesitzer.

Allerdings haben das so leicht erhältliche Plastikgeld und der Eifer, den Verkauf auf Kreditbasis anzukurbeln, dazu geführt, daß viele Leute ihre Kreditkarten wenig klug einsetzten, und andere gar gegen das Gesetz verstießen. Das führte zu dem Ergebnis, daß in Japan die Kreditkartenkriminalität an der Spitze steht. Nach Auskünften der Kreditinstitute liegt die Deliktrate bei etwa zehn Prozent der Benutzer und damit ungleich höher als vergleichbare internationale Zahlen.

So häufte eine junge Frau Schulden im Wert von 30 000 Mark an, indem sie zwölf verschiedene Karten für Einkäufe oder Bargeldabhebungen benutzte. Allerdings muß für die Kreditkartenkriminalität auch die Nachlässigkeit der herausgebenden Firmen verantwortlich gemacht werden. Einige verschicken Karten an die Leute, ohne daß sie darum ersucht haben. Andere senden sie mit der normalen Post mit einem Hinweis: „Es besteht die Gefahr, daß diese Karte gestohlen wird." Und tatsächlich, es wird oft berichtet, daß Kreditkarten aus der Briefpost gestohlen wurden.

Seitdem die bankabhängigen Kreditkartengesellschaften Vereinbarungen mit American Express, Mastercard, Visa und anderen getroffen haben, um ihre Kreditkarten weltweit einsetzbar zu machen, hat die ungewöhnlich hohe Kriminalitätsrate Japans die ausländischen Bankinstitute alarmiert. Zum Vergleich wird die Verfehlungsrate bei Visa International mit nur 3,6 Prozent angegeben.

Da es in Japan keine zentralisierte Agentur zur Information über die Kreditwürdigkeit gibt, muß der Kreditkartengeber die Kreditwürdigkeit eines Antragstellers bei verschiedenen Quellen überprüfen. Größere Kartengesellschaften und Warenhausketten arbeiten mit einem Kreditnachrichtensystem auf Computerbasis und können so vermeiden, daß die Kunden ihre Kredite überziehen. Und doch wird die Information über Kunden mit hohem Risiko nicht mit den Mitbewerbern geteilt, weil das als ungeschickt angesichts des gegenwärtig geführten Kreditkartenkrieges gilt.

Gleichwohl vertreten internationale Finanzierungsgesellschaften die Meinung, daß der japanische Kreditkartenmarkt expandiert und günstige Investitionschancen eröffnet. Der Standard des Kundendienstes für Besitzer von Karten beispielsweise ist in Japan exzellent und unterstützt von moderner Technologie auch effizient. So prüfen japanische Gesellschaften zur Zeit die Einführung von sogenannten Smart cards mit eingebauten Mikrochips, die Informationen speichern und verarbeiten können. Man erwartet, daß sie die gegenwärtig im Einsatz befindlichen Magnetkarten in fünf bis zehn Jahren ersetzt haben werden. Etwa 20 japanische Firmen studieren zur Zeit ihren Einsatz.

Solche Plastikkarten im Kreditkartenformat bieten eine Vielzahl von Verwendungsmöglichkeiten von der Speicherung von Bank- und medizinischen Daten bis zur Kontrolle von Fabriksystemen. In Frankreich etwa sind solche ICIC-Karten schon weit verbreitet.

Martin Roth von Jardin Fleming Security in Tokio zitiert eine Schätzung der Regierung und spricht in seinem Forschungsbericht davon, daß die IC-Karten einen heimischen Markt von potentiell 200 Milliarden Yen (2,6 Milliarden Mark) nur für diese Karten haben. Wenn man die peripheren Karten hinzunimmt, dürfte der Betrag um einiges höher sein. Berücksichtigt man den Weltmarkt, könnten diese Karten den japanischen Herstellern eine Billion Yen oder den Gegenwert von fast 13 Milliarden Mark in die Kassen bringen. Diese Smartkarte wäre gegen Nachahmung geschützt und würde fast alle Betrugsversuche ausschließen.

EDWIN KARMIOL

ERSTE DEUTSCHE AKTIE WURDE AN DER JAPANISCHEN BÖRSE EINGEFÜHRT / Folge der Wirtschaftsbeziehungen

Dresdner Bank wagte sich in die Höhle der „Top Four"

Von WOLFGANG RÖLLER

Zwischen Japan und der Bundesrepublik Deutschland, den nach den USA bedeutendsten Industrie- und Handelsnationen der westlichen Welt, bestehen traditionell enge und gute Wirtschaftsbeziehungen.

Das dokumentiert insbesondere der bilaterale Warenaustausch, der sich in der Nachkriegszeit kontinuierlich ausweitete und dessen Gesamtvolumen im vergangenen Jahr das 32fache seines Umfangs von 1960 erreicht hat. Die Begleitung und Finanzierung dieses Handels durch die deutschen und japanischen Kreditinstitute bilden ein wesentliches Element der finanziellen Zusammenarbeit beider Länder.

Allerdings weist die Bundesrepublik gegenüber Japan schon seit 1970 ein ständig wachsendes Außenhandelsdefizit auf, das 1985 12 Milliarden Mark überschreiten wird. Die anderen EG-Länder ebenso wie die USA befinden sich in einer ähnlichen Lage.

Dies hat zu einem zunehmenden Druck der Haupthandelspartner auf Japan geführt, seinen Binnenmarkt für ausländische Erzeugnisse stärker zu öffnen. Gleichzeitig betrachtet die deutsche Wirtschaft das Ungleichgewicht jedoch auch als Herausforderung, der sie sich zu stellen bereit ist.

Eher noch stärker ist die Herausforderung, der sich die deutschen Kreditinstitute bei einem Vergleich mit ihren japanischen Konkurrenten gegenüber sehen. Das gilt allein schon für die Größenordnungen. An der Bilanzsumme gemessen, nehmen heute japanische Banken international, noch vor den US-amerikanischen, die vier ersten Plätze ein.

Unter den 25 größten Banken der Welt befinden sich inzwischen 12 japanische, davon allein fünf innerhalb der „Top 10". Der Finanzplatz Tokio steht nach New York und London an dritter Stelle unter den führenden Finanzzentren der Welt. Betrachtet man allein die Aktienbörse, so hat Tokio London sogar bereits klar vom zweiten Platz verdrängt.

Auch in den Hauptbereichen internationaler Bankaktivitäten, dem Eurokredit- und dem internationalen Anleihegeschäft, zählen die japanischen Kreditinstitute inzwischen mit zu den Spitzenreitern. Parallel zur weltweiten japanischen Handelsoffensive hat also eine ebenso weltweite japanische Bankenoffensive stattgefunden. Dabei ist bemerkenswert, daß sich die japanischen Institute in ihrem internationalen Geschäft immer stärker dem Charakter von Universalbanken annähern, was ihnen in Japan selbst durch die nationale Gesetzgebung untersagt ist.

Dort besteht im Gegensatz zum deutschen Banksystem, das den Kreditinstituten die gesamte Palette von Finanzdienstleistungen anzubieten erlaubt, ein striktes Trennsystem zwischen dem kommerziellen Bank- und dem Wertpapiergeschäft, ferner zwischen lang- und kurzfristiger Finanzierung, und – getrennt davon – dem Trustbanking.

Mit ihren internationalen Aktivitäten begannen die japanischen Banken schon verhältnismäßig früh, fast gleichzeitig mit den großen japanischen Handelshäusern; sie bahnten damit den Exportströmen des Landes finanziell den Weg.

Heute haben die japanischen Finanzinstitute die Welt mit einem dichten Netz von Geschäftsstellen und Repräsentanzen überzogen, in zahlreichen Ländern auch lokale Banken übernommen. Sie sind in praktisch allen bedeutenden Regionen mit ihren Dienstleistungen präsent, was in Verbindung mit dem bekannten Korpsgeist der gelegentlich auch als „Japan Inc." bezeichneten japanischen Wirtschaft ihre starke Stellung, nicht nur bei der Abwicklung und Finanzierung des japanischen Außenhandels, erklärt.

Dennoch haben die deutschen Kreditinstitute ihre japanischen Kollegen nicht ausschließlich als Wettbewerber gesehen. Das internationale Bankgeschäft ist schon wegen der Größenordnung der Transaktionen, der involvierten Risiken sowie der Mittelbeschaffung von seiner ganzen Natur her sehr weitgehend auf ein arbeitsteilig-partnerschaftliches Zusammenwirken von Kreditinstituten angelegt.

In seiner täglichen Praxis kommt konsortialiter agierenden Banken eine weit größere Bedeutung zu, als dies etwa im Inlandsgeschäft der Fall ist. Die Mitarbeit und der finanzielle Beitrag der starken japanischen Finanzhäuser sind daher im Konzert der weltweit tätigen Banken durchaus willkommen, ja notwendig. Die bisher mit ihnen als Partnern in internationalen Transaktionen gemachten Erfahrungen sind durchweg gut.

Die Dresdner Bank kooperiert schon seit vielen Jahren mit japanischen Banken erfolgreich zum beiderseitigen Vorteil.

So fand sie sich bereits Ende der 60er, Anfang der 70er Jahre mit japanischen Häusern in Konsortialbanken zusammen, die am Asien-Dollarmarkt und am Euromarkt operieren, und erst jüngst entstand unter Beteiligung der Dresdner Bank sowie einer großen japanischen Geschäftsbank eine chinesisch-deutsch-japanische Dreieckskooperation, die China Universal Leasing Co. Limited (CULC).

Zur weiteren Intensivierung der finanziellen Zusammenarbeit besonders im Wertpapier- und Emissionsgeschäft ließ die Dresdner Bank vor wenigen Tagen ihre Aktie als ersten deutschen Titel an der Börse von Tokio einführen. Parallel hierzu leitete sie über ein Syndikat japanischer Wertpapierhäuser die Plazierung von 750 000 Stück ihrer eigenen Aktien bei fernöstlichen, vor allem japanischen, Investoren ein.



Nach New York die Nummer eins, die Tokioter Börse FOTO: W. STECHE

Diese erfolgreiche Aktion dürfte das Interesse japanischer Anleger am deutschen Kapitalmarkt allgemein verstärken. Gleichzeitig ist hiervon eine Signalwirkung auch auf andere renommierte Gesellschaften in der Bundesrepublik, insbesondere große Industrieunternehmen, zu erwarten, für die eine Aktiennotiz an dem wichtigen Finanzplatz Tokio nicht zuletzt aus Marketinggründen von Bedeutung ist.

Die sich bietenden Möglichkeiten, die finanzielle Zusammenarbeit weiter auszubauen, erscheinen aus deutscher Sicht noch längst nicht ausgeschöpft. Dem steht allerdings entgegen, daß sich Japan, ähnlich wie im Warenhandel, auch hinsichtlich seines Kapitalverkehrs und seiner Finanzmärkte noch nicht in dem Maße dem Ausland gegenüber geöffnet hat, wie es dem Land aufgrund seiner Bedeutung im Rahmen der Weltwirtschaft eigentlich zukäme.

Da umgekehrt die japanischen Institute in den wichtigsten Industriestaaten verhältnismäßig große Handlungsfreiheit genießen, ist es verständlich, daß sowohl die US-amerikanische als auch die europäische Finanzwelt auf eine weitere Liberalisierung der japanischen Finanzmärkte drängt.

Die Bundesrepublik Deutschland besitzt eines der liberalsten Finanzmarktsysteme der Welt. Seit langem besteht hier volle Freizügigkeit des Geld- und Kapitalverkehrs. Unser Kapitalmarkt ist auch für Ausländer weit geöffnet. Derzeit sind Aktien von über 180 ausländischen Unternehmen, darunter knapp 60 japanische, sowie mehr als 660 Fremdwährungsanleihen mit ebenfalls gewichtigem japanischen Kontingent an der Frankfurter Wertpapierbörse notiert. Den in der Bundesrepublik ansässigen Auslandsbanken stehen praktisch die gleichen Geschäftsmöglichkeiten offen wie den deutschen Universalbanken.

Die deutschen Banken haben in Japan diese volle Bewegungsfreiheit leider nicht, was sowohl in dem erwähnten japanischen Trennbankensystem als auch in der teilweise zu zögerlichen Liberalisierung der japanischen Devisen- und Finanzmärkte begründet liegt.

Die deutschen Kreditinstitute erwarten, begleitet von Bundesregierung und Bundesbank, in Japan ähnliche Chancen, wie sie die japanischen Finanzhäuser in der Bundesrepublik besitzen. In diesem Zusammenhang ist auch zu sehen, daß die Frage der Beteiligung japanischer Banken als Konsortialführer bei der Emission von D-Mark-Auslandsanleihen zunächst offengelassen wurde.

Zu begrüßen ist, daß die japanische Regierung mit ihrem am 30. Juli dieses Jahres vorgelegten Aktionsprogramm zur Marktöffnung und Internationalisierung der japanischen Wirtschaft in einem Zeitraum von drei Jahren auch die Liberalisierung der Finanzmärkte des Landes schrittweise weiter voranzutreiben beabsichtigt.

Die Reformen umfassen vor allem die Deregulierung der Habenzinsen, ferner Erleichterungen für das Euroyen-Geschäft, eine Erhöhung der Zahl der an der Börse von Tokio zugelassenen Wertpapierhändler, um auch ausländischen Instituten eine Teilnahme zu ermöglichen, sowie die Zulassung von Auslandsbanken zum Trust-Bank-Geschäft.

Bereits seit längerem hatten die deutschen Banken der japanischen Seite eine flexiblere Ausgestaltung des Trennbankensystems, ähnlich wie in den USA, empfohlen. Daß die japanische Regierung den entsprechenden Argumenten aufgeschlossener gegenübersteht, verdeutlicht die Erklärung des Finanzministeriums vor wenigen Tagen, Tokio sei bereit, ausländische, in Japan tätige Banken über Tochtergesellschaften auch zum Wertpapiergeschäft zuzulassen.

An einer derartigen Regelung sind naturgemäß die deutschen Kreditinstitute in Japan, die von Hause aus alle auch im Wertpapiergeschäft stark engagiert sind, besonders interessiert.

All diese Maßnahmen sind Schritte in die richtige Richtung, um auch von japanischer Seite aus den Boden für eine künftig noch engere und intensivere finanzielle Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik und Japan vorzubereiten. Eine derartige Kooperation würde beiden Ländern zum Vorteil gereichen, sehen sie sich doch als führende Industriestaaten international in vieler Beziehung mit ähnlichen Problemen konfrontiert und haben daher gleichgelagerte Interessen.

Dies gilt nicht zuletzt auch im Hinblick auf den sich weltweit immer mehr ausbreitenden Protektionismus, der Wachstum und Beschäftigung gerade der besonders exportstarken Länder Deutschland und Japan bedroht. Angesichts der fundamentalen Bedeutung eines reibungslos funktionierenden internationalen Finanzsystems für die Weltwirtschaftsentwicklung erscheint es als unverzichtbar, daß zumindest in den bedeutenderen Industrieländern der Kampf gegen den Handelsprotektionismus Hand in Hand geht mit einer fortschreitenden Liberalisierung der Finanzmärkte und des internationalen Kapitalverkehrs. Auch hierbei sind die Bundesrepublik Deutschland und Japan letztlich in ähnlicher Interessenlage.

Ob es ihnen gelingt, in vereintem Bemühen mit den anderen wichtigen Staaten der freien Welt die drohende Erosion der internationalen Wirtschaftsbeziehungen zu bannen und wieder stärker auf die Dynamik freier Märkte zu setzen, wird mitentscheidend sein für ein dauerhaftes Wachstum der Weltwirtschaft zum Vorteil aller.

Dr. Wolfgang Röller ist Vorstandssprecher der Dresdner Bank AG, Frankfurt

MASCHINENBAU / Deutsche auf Platz 2

Service läuft noch nicht

Für 30 Milliarden Mark kauften japanische Unternehmen im letzten Jahr Maschinen im Ausland ein. Nach den USA als Hauptlieferanten rangieren bundesdeutsche Maschinenhersteller auf Platz 2 mit einem Liefervolumen von rund zehn Prozent. Darauf wies Hozumi Tanaka, General Manager der Maschinenabteilung von Mitsui Ltd. auf einem Symposium über „Japan-Exporte" am 27. 11. 1985 in Hamburg hin.

Deutsche Maschinenbauer können auch in den folgenden Jahren mit wachsenden Aufträgen aus Japan rechnen. Besonders gefragt sind Investitionsgüter für den Rohstoff-Explorationsbereich wie Erdöl, Gas, Mineralien, Fördermaschinen, Roboter. Die Exportorganisation Jetro weist darauf in einer Marktstudie „Exportmarkt Japan" hin: Der Bereich der Rationalisierung und der arbeitssparenden Maschinen erlangt immer größere Wichtigkeit, heißt es dort. Typisch für derartige Investitionen ist die erhöhte Verwendung von Robotern und computergesteuerten Herstellungs- (CAM) und Designsystemen (CAD) in der Automobilindustrie.

Ein weiterer wichtiger Faktor für Investitionen in Japan war die Notwendigkeit, veraltete Maschinen und Anlagen zu ersetzen. 1970 betrug das durchschnittliche Alter von Maschinen und Ausrüstungen 8,1 Jahre. Diese Zahl ist 1981 auf 8,4 Jahre angestiegen. Da die auffallendste Veränderung der japanischen Wirtschaftsstruktur in der Zukunft durch eine langsame, aber stetige Steigerung der Wichtigkeit von informationsintensiven Branchen verursacht werden wird, kommt den Montageindustrien enorme Bedeutung zu. Daher wird die Neuerung in der Elektrotechnologie weiterhin der Brennpunkt der Investitionsaktivitäten sein.

Daneben ist der Rohstoff- und Energiesektor hervorzuheben. Japan hat nur knappe Vorräte an Energie und Rohstoffen. Milliarden von Dollar mußten in der Vergangenheit für die lebenswichtigen Importe ausgegeben werden. Nach 1973 wurden ebenso viele Milliarden dafür verwendet, Einrichtungen zur Konservierung von Energie und Rohstoffen zu bauen und zu installieren.

Auch die Ware „Arbeit" ist teuer in Japan. Daher wurden arbeitssparende Maschinen entwickelt. Mitsui-Direktor Hozumi Tanaka drückte dies in Hamburg so aus: „Automatisation zur Senkung der Produktionskosten und Maßnahmen zur Energieeinsparung stellen den Hauptanteil der Investitionen. Gegenwärtig ist der japanische Exportmarkt für Maschinen durch diese Fakten gekennzeichnet: Spezialmaschinen, die keinen großen Markt erwarten lassen, werden von japanischen Herstellern wegen der notwendigen vergleichsweise hohen Investitionen für eine Produktionsaufnahme nicht angeboten. Japan hat auf die Massenproduktion gesetzt und ist dabei erfolgreich."

Genau das sei, so das Japan-Symposium in Hamburg, eine gute Chance für bundesdeutsche Maschinenbauer. Tanaka: „Deutsche Unternehmen haben dann eine große Möglichkeit auf dem japanischen Markt, wenn sie immer die neueste Technologie anbieten, aber eine Zusammenarbeit mit japanischen Unternehmen der totalen Konkurrenz vorziehen."

Für den Zugang zum Markt sei aber eine gründliche Kenntnis des potentiellen Marktes unbedingt erforderlich. Es genüge nicht, nur mit sämtlichen möglichen Käufern und Benutzern der zu verkaufenden Maschinen Kontakt aufzunehmen. Tanaka: „Sie sollten, und das ist für deutsche Manager höchst ungewöhnlich, auch Kontakt mit den japanischen Mitbewerbern aufnehmen. Es könnte nämlich sein, daß diese daran interessiert sind, ihre deutschen Produkte in Japan zu vertreten."

Großes Manko aller deutschen Maschinenbau-Exporteure ist nach Auffassung der japanischen Exportorganisation immer noch der Aftersales-Service. Er ist der schwächste Punkt der importierten Maschinen. Die Installation eines effektvollen Services würde, so Hozumi Tanaka anläßlich des Symposiums des „Ostasiatischen Vereins" in Hamburg, „vertrauenerweckend wirken".

Besonders im Bereich der fertigen Maschinen sind sowohl Schulungen für die Benutzer, als auch das Überlassen von Informationsquellen wie Handbücher und Rundschreiben über die Produkte des Herstellers von großer Bedeutung. Japanische Hersteller laden zum Beispiel ihre Stammkunden in ihre Fabriken zu Vorführungen und Ausbildungsveranstaltungen ein, wenn sie neue Maschinen einführen. ing.

WERTVORSTELLUNGEN / Japan, China und die USA haben die geistige Wende schon hinter sich

Wir müssen der Selbstentfremdung gegensteuern

Japan ist nach dem Jahre 1945 einen behutsamen Weg gegangen. Zunächst schien es durchaus so, als wenn Japan es schwerer haben würde, den wirtschaftlichen und geistigen Aufbau zu bewältigen als Deutschland.

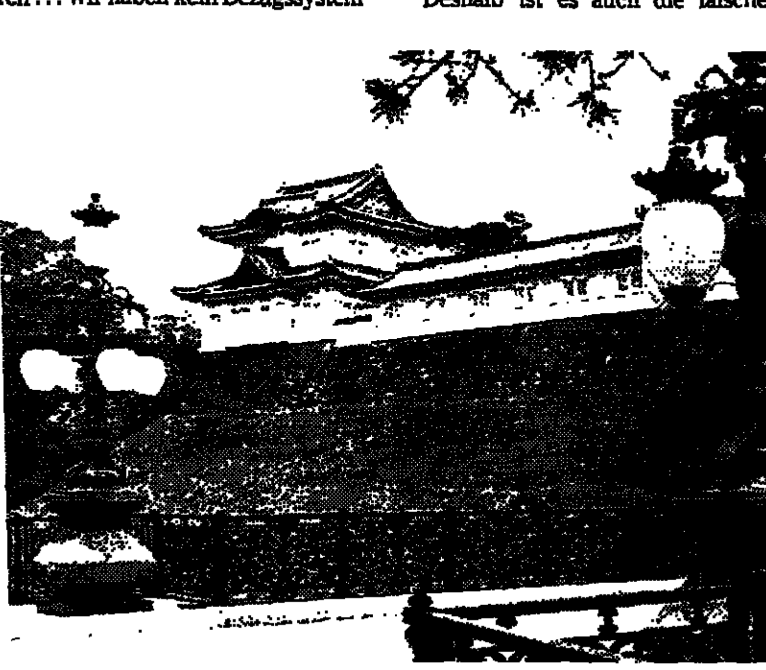
Heute, nach mehr als einer Generation, hat Japan den technischen Anschluß, aufbauend auf westlichen Basiserfindungen, erreicht. Die japanische Entwicklung wird zudem von einer optimistischen, auf den Aufbau einer modernen Informations- und Technologiegesellschaft abzielenden Grundstimmung getragen. Den beeindruckenden Wirtschafts- und Handelsergebnissen liegen bewußt gepflegte geistige Kräfte zugrunde. In den modernen Unternehmungen herrscht ein ausgeprägtes Gefühl der Zusammengehörigkeit vor.

Ausdruck dieser Bindungen sind zum Beispiel Shinto-Schreine auf den Dächern moderner Großkonzerne, alljährliche „Wallfahrtsreisen" harter Manager zum Schrein der Sonnengöttin Amaterasu in Ise und die übergeordnete nationale Zielvorstellung „ichiban", das heißt, an erster Stelle in der Welt stehen zu wollen. Man könnte pointiert sagen, daß Japan nicht nur Autos und andere Industriegüter exportiert, sondern darüber hinaus auch Zukunftsglauben oder eine grundsätzlich positive geistige Einstellung. Auf keinen Fall aber Negativismen, wie es in unserer Medien- und Kulturszene, zumindest bis vor einiger Zeit, verbreitet war.

Eine dem japanischen ähnliches Beispiel ist in einer Verlautbarung der Botschaft der Volksrepublik China vom Oktober 1984 anläßlich des Nationalfeiertages enthalten: „Although China is an old country, New China is young", wobei dieses Neue China heute durchaus wieder auf alte Traditionen und Lebensphilosophien zurückgreift und gleichzeitig „marktwirtschaftliche" Elemente zu integrieren versucht. Einer ähnlichen Aufbruchstimmung gab Präsident Reagan Ausdruck, als er anläßlich seiner Wiederwahl sagte, daß die USA ihre besten Jahre noch vor sich haben.

Der Pendelschlag muß auch in Europa wieder in eine menschlichere, ganzheitliche Richtung gehen. So ist das japanische Management dem in Europa und USA vielfach schon dadurch überlegen, daß den „soft factors", den zwischenmenschlichen Beziehungen, im Betriebe ein weitaus größerer Platz als bei uns eingeräumt wird, was zu erhöhter Motivation beiträgt. Das hatten wir auch einmal und ist wieder machbar.

Wir müssen der Selbstentfremdung des modernen westlichen Menschen entgegensteuern. Erich Fromm stellt zu diesem Tatbestand fest: „... (habe) die Entfremdung als Ausgangspunkt gewählt ... Dieser Begriff (scheint) an die tiefste Schicht der modernen Menschheit zu führen ... Wir haben kein Bezugssystem mehr. Der Mensch hat seinen festen Platz verloren, von dem aus er sein Leben und das Leben seiner Gesellschaft überblicken und beherrschen konnte."



Imperialpark. Tradition steht hoch im Kurs FOTO: W. STECHE

Wie aber kann der Mensch diese Unsicherheit ertragen und überwinden?

Eine Möglichkeit ist, „daß er so stark in der Gruppe verwurzelt ist – sei es in der Familie, der Sippe, der Nation oder der Klasse, daß die Zugehörigkeit zur Gruppe das Identitätsgefühl (wie im Falle Japans) garantiert". Bezeichnenderweise fühlen sich nach mehreren Umfragen in den letzten Jahren weit über 90 v. H. der Japaner der Mittelklasse zugehörig – Japan als ein ziemlich monolithischer Block mit dem Ziel, seinen festen Platz in der Welt einzunehmen.

Wir können dieses japanische Gruppengefühl bei uns, in unserem andersartigen Kulturkreis nicht nachvollziehen. Aber wir können uns auf der Basis unserer individualistischen Welt klarmachen, daß unser „Ego-Trip" zu weit gegangen ist. Wir brauchen wieder Bezugssysteme, mit denen die Eigensucht das Ego kollektiv eingebunden wird. Das Ideal der pluralistischen Gesellschaft darf nicht zum Sprengsatz denaturieren.

Deshalb ist es auch die falsche Richtung, wenn die Arbeit zu sehr im Gegensatz zur Freizeit gesehen wird. Beides gehört zusammen. Bei einer Kontrastierung wird die Sinnentleerung in beiden Bereichen nur vorangetrieben.

In den vergangenen Jahren hatte man eher den Einduck, daß wir unsere Möglichkeiten mit teutonischer Gründlichkeit unbewußt/bewußt negativ auslebten. Niemand hindert uns jedoch, gerade die Stärken unserer individualistischen Welt wieder auszuspielen und zu nutzen.

Wird nicht auch Japan schwächer werden? Die kriegswirtschaftliche und geistige Entwicklung Japans nach dem Kriege ist von einer konservativ-progressiven Grundstimmung getragen worden, von einem überlegten, zähen Festhalten an wichtigen tradierten Werten, aber gleichzeitig geprägt von einem flexiblen Offensein gegenüber notwendigen und zukunftsorientierten Entwicklungen.

Der jetzige soziokulturelle Stand dürfte jedoch der Kombination einer Reihe von Faktoren zu verdanken sein, die so in der Zukunft nicht mehr möglich zu sein scheint.

Die Ansprüche, und damit die Belastungen, werden weiter steigen, wobei gleichzeitig die Konkurrenz durch andere Billig-Preis-Schwellenländer aus dem ostasiatisch-pazifischen Becken zunehmen wird. Längerfristig könnte die Volksrepublik China nicht nur zu einem größeren Absatzgebiet, sondern zu einem ernstzunehmenden Konkurrenten werden.

In Japan sind eine Reihe von beachtlichen Schwachpunkten zu verzeichnen, wie:

- Man hört allgemein die Klage, daß sich die jungen Leute nicht mehr so vorbehaltlos für „ihr" Unternehmen einzusetzen gewillt sind. Der Wohlstand zeigt seine Wirkung.
- Im Infrastruktur- und Umweltbereich ist unter großem Kostenaufwand Erhebliches nachzuholen – gerade auch, um die junge Generation zufriedenstellen zu können.
- Die japanische Bevölkerungsstruktur wird sehr schnell ungünstiger, so daß durch die rapide Zunahme der älteren Jahrgänge erhebliche Belastungen entstehen werden.
- Die schon erheblichen Lohndisparitäten zwischen Klein- und Großbetrieben nehmen wieder zu.
- Japan hat zwar seinen technischen Durchbruch auf der Grundlage westlicher Basispatente geschafft. Jetzt mit an der Spitze des industriellen Fortschritts stehend, versucht es, die bislang vernachlässigte Grundlagenforschung voranzutreiben.

Die Schwachpunkte Japans dürfen uns nicht zu der falschen Annahme verleiten, daß wir nur darauf zu warten haben, bis auch Japan als ein reiches Industrieland ähnliche „Fehlentwicklungen" wie bei uns und den anderen europäischen Industrieländern aufweisen wird. Wir müssen uns neben den USA, Japan und den Schwellenländern behaupten und haben gute Voraussetzungen hierfür aufzuweisen. Wir müssen uns nur weiterhin dafür entscheiden, den „positiven" Weg zu gehen.

SIEGFRIED BÖTTCHER

MELDUNGEN

Von Duisburg nach Tokio

Informationsdefizite will die Universität Duisburg mit ihrem neuen Lehr- und Forschungsprogramm „Japan und der Pazifikraum" abbauen. Für das Sommersemester 1986 bietet sie ein Postgraduierten-Studium „Ostasienwirtschaft" an.

Fünf-Tage-Woche

Die japanische Regierung will die Unternehmungen und Gewerkschaften ermuntern, die Fünf-Tage-Woche einzuführen. Damit sollen erstens die Inlandsnachfrage stimuliert, und zweitens die Handelsüberschüsse abgebaut werden. Japanische Arbeitnehmer arbeiten in der verarbeitenden Industrie jährlich 2136 Stunden, deutsche in der Bundesrepublik 1682 Stunden.

Gipfel vom 4. bis 6. Mai

Der nächste Wirtschaftsgipfel der sieben wichtigsten Industrienationen des Westens soll vom 4. bis 6. Mai nächsten Jahres in Tokio stattfinden.

BMW an der Spitze

Die deutschen Importautos in Japan konnten ihre Position um knapp 30 Prozent gegenüber dem Vorjahr verbessern. Am erfolgreichsten unter ihnen ist die bayerische Marke BMW. Gleichwohl macht der Anteil der Ausländer nur einen Marktanteil von 2,27 Prozent aus.

Größter Gläubiger

Nach einer Schätzung der Zeitung „Daily Yomiuri" wird Japan vermutlich noch 1985 der größte Nettogläubiger der Welt werden, und damit die Saudis überholen.

38 Milliarden-Spritze

Mit umgerechnet 38 Milliarden Mark will die japanische Regierung in den kommenden 12 Monaten den Wohnungsbau, die Infrastruktur und den privaten Verbrauch stimulieren.

Daimlers Tochter

Die Daimler-Benz AG, Stuttgart, wird in Japan eine Tochtergesellschaft, die Mercedes Benz of Japan in Tokio, gründen. Mercedes verkaufte im Vorjahr 7521 Wagen. E. S.



WIRTSCHAFTSPLANUNG / Alles für den tertiären Sektor

Wieder Interesse an den Samurais

In den letzten 25 Jahren war die japanische Wirtschaft gekennzeichnet von einer relativ hohen Wachstumsrate des Bruttosozialproduktes und von strukturellen Änderungen.

Einer Prognose des Kieler Weltwirtschaftsinstitutes zufolge wird die Jahreszuwachsrate des Bruttosozialproduktes der OECD-Länder für den Zeitraum 1981 bis 1990 circa zwei Prozent betragen, während nach Schätzung des japanischen Wirtschaftsplanungsministeriums die Zuwachsrate für Japan bei über vier Prozent liegen dürfte. Dies bedeutet, daß die Bundesrepublik Deutschland nach Ablauf von zehn Jahren ein absolutes Wachstum von etwa 25 Prozent gegenüber dem Basisjahr 1980 erzielen wird, Japan dagegen einen Zuwachs von etwa 50 Prozent.

Einer groben Schätzung nach dürften sich in dem Zeitraum 1970 bis 1990 folgende strukturelle Änderungen in den drei Bereichen der japanischen Wirtschaft ergeben:

Der Anteil des tertiären Wirtschaftssektors – der Service- und Dienstleistungsindustrie – wird sich erheblich vergrößern, der primäre Wirtschaftssektor hingegen – die Agrar- und Landwirtschaft – wird künftig kaum noch Einfluß auf das Bruttosozialprodukt haben. Überraschend ist, daß sich der Anteil des sekundären Wirtschaftsbereiches – der Rohstoff und verarbeitenden Industrie – am Bruttosozialprodukt verringern wird.

Dies dürfte der allgemeinen Annahme zuwiderlaufen, die davon ausgeht, daß der sekundäre Wirtschaftssektor aufgrund seiner materiellen Wertschöpfung immer mit Problemen zu kämpfen haben wird, wie z. B. der Rohstoffbeschaffung, Energieversorgung und Umweltgefährdung, den internationalen Warenbörsen- und Wechselkursschwankungen und nicht zuletzt der sich aus der Außenpolitik der Länder ergebenden Unsicherheit.

So ist eine Entwicklung, die ihre Wertschöpfung und Arbeitsplätze durch den Ausbau des tertiären Wirtschaftsbereichs erzielt, die richtige und erstrebenswerte für die japanische Wirtschaft. Daraus folgt, daß sich das Wirtschaftswachstum Japans auf die Dauer nicht mehr auf ein Konzept stützen kann, in dem bisher die Inlandsinvestitionen und der Export von Gütern aus dem sekundären Wirtschaftsbereich die treibende Kraft waren. Die sogenannte japanische Herausforderung wird in den neunziger Jahren sicher im Dienstleistungsbereich stattfinden.

Wahrscheinlich wird die Herausforderung Japans gegenüber der Außenwelt aber nicht in einem dem Wachstum des Bruttosozialproduktes entsprechenden Maße steigen, denn der wachstumsträchtige tertiäre Wirtschaftsbereich wird, wegen seines dienstleistenden und nicht materiellen Charakters, politisch weniger relevant sein.

Das japanische Wirtschaftswunder der sechziger Jahre, das etwas später als das deutsche Wirtschaftswunder eintrat, bescherte dem Land auch Umweltprobleme, wie den Smog in Tokio. Anfang der siebziger Jahre hatte sich das Problem der Umweltzerstörung derart zugespitzt, daß die Politiker eingriffen und ein neues Umweltministerium schufen. Bestimmte Bereiche des Ministeriums für internationalen Handel und Industrie (MITI) und des Gesundheitsministeriums wurden dem Umweltministerium übertragen, um dadurch die Umweltprobleme besser in den Griff zu bekommen.

Als das Wachstum der japanischen Wirtschaft Ende der siebziger Jahre etwas abschwächte und die Bevölkerung ein ausgeprägteres Umweltqualitätsbewußtsein entwickelt hatte, war es zum großen Teil gelungen, einen Ausgleich zwischen Ökologie und Ökonomie herzustellen. Wenngleich die technische Entwicklung und relativ hohe Wachstumsrate sowie der immer noch große Anteil der verarbeitenden Industrie auch heute noch Umweltbeeinträchtigungen verursachen, so führen diese doch nicht mehr zu einer derartigen politischen Spannung zwischen Technik, Wirtschaft und Gesellschaft, wie sie gegenwärtig in der Bundesrepublik zu spüren ist.

Auch die fortschreitenden Automatisierungs-, Roboterisierungs- und Computerisierungsprozesse haben wenige gesellschaftliche und politische Spannungen in Japan verursacht. Der zunehmende Einsatz von Robotern und Automatisation findet hauptsächlich in mechanischen Bereichen statt, in denen bisher Fachwissen und langjährige Erfahrung erforderlich waren, und in Bereichen mit Arbeitsplätzen, die keinerlei Attraktivität für die junge Generation besitzen, sei es, weil sie als zu anspruchslos oder als physisch nicht zumutbar empfunden werden. Deswegen hat die Automatisierung bzw. Roboterisierung in Japan eigentlich kaum eine Relation zur Arbeitslosigkeit. Wenn demnächst ein junger Arbeiter einem Roboter mündlich einen Befehl für eine Aufgabe erteilen kann, die früher nur ein Facharbeiter ausführen konnte, so ist das ohne Frage ein toller Arbeitsplatz für den jungen Mann.

Japan sieht sich jetzt jedoch einer neuen Art von Problemen gegenüber. Unsere heutige Industriegesellschaft befindet sich in der Übergangsphase zur Informationsgesellschaft. Die Probleme dieser neuen Ära haben neben dem materiellen auch immateriellen Charakter. Das veränderte Bewußtsein der Menschen gegenüber Wertsystemen und die Gefühle und Empfindungen der verschiedenen Generationen müssen kommerzialisiert und industriell erfaßt werden können, wenn der tertiäre Bereich der Informationsgesellschaft eine hohe Wachstumsrate erfahren soll.

Die Technologie soll aber nicht mehr die Gesellschaft formen wie bisher und auch nicht mehr ein Spannungserzeuger innerhalb der Gesellschaft sein.

Seit 1980 beschäftigt sich Japan mit einem „Technopolis"-Projekt, mit dem es versuchen will, die einseitigen Auswirkungen der technologischen Entwicklung auf nationaler Ebene teilweise zu lösen.

Neben solchen nationalen Projekten bemühen sich die privaten Unternehmen intensiver als bisher, den Gründergeist in ihren Firmen zu reaktivieren und zu pflegen. Die Tugenden der Japaner wie Fleiß oder Anwendungsfähigkeit, die den bisherigen wirtschaftlichen Erfolg herbeiführten, können in der Zukunft durch innovative Fähigkeiten und den ursprünglichen Unternehmensgeist verstärkt werden.

Kann eine geistige Grundlage wie eine Unternehmensphilosophie der Antriebsmotor für die Informationsgesellschaft sein? Das wiedererwachte Interesse der Bevölkerung an Erzählungen über die Samurais, wie zum Beispiel Ieyasu Tokugawa, dem Begründer der Shogun-Dynastie, oder Musashi Miyamoto, und der boomartige Erfolg geschichtlicher Werke im Verlags- und Medienwesen in den letzten Jahren sind positive Anzeichen dafür.

Die kulturelle Betrachtungsweise, wie sie in vielen japanischen Unternehmen fast Tradition gewesen ist, wird sich in den kommenden Jahren einer harten Prüfung unterziehen müssen aufgrund der veränderten Wertvorstellungen der jungen Generation – der Generation der Gesättigten.

Die Gegebenheiten, die die japanische Gesellschaft in der Zukunft mitgestalten werden, sind nicht unbedingt günstig. Da ist die ständig steigende Altersquote der Bevölkerung (schon jetzt ist die Lebenserwartung in Japan die höchste der Welt: 80 Jahre für Frauen, 75 Jahre für Männer), die langsame Auflösung der traditionellen Familieneinheit, die veränderte Einstellung zum Beruf und zur Arbeit und andere Probleme.

Die Japaner werden sich mit diesen Problemen auseinandersetzen und nach einer für ihr Land praktikablen Lösung suchen müssen.

SHIGEYOSHI KAMAKATSU

Japan
Redaktion: H.-H. Holzamer, Bonn
Anzeigen: Hans Biehl, Hamburg